

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

59. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XV. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 16. Dezember 1980

Tagesordnung

Grüner Plan 1981

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981

Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 5889)

Geschäftsbehandlung

Vertagungsbeschluß (S. 6000)

Tatsächliche Berichtigung

Dipl.-Ing. Riegler (S. 5901)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 5889)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-70): Grüner Plan 1981 (506 d. B.)

Berichterstatter: Maier (S. 5889)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 d. B.); Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 (547 d. B.)

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Spezialberichterstatter: Koller (S. 5890)

Redner:

Dipl.-Ing. Riegler (S. 5891),

Pfeifer (S. 5898),

Dipl.-Ing. Riegler (S. 5901) (tatsächliche Berichtigung),

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden (S. 5901 und S. 5919),

Ing. Murer (S. 5902 und S. 5955),

Deutschmann (S. 5907 und S. 5955),

Haas (S. 5912),

Peter (S. 5913),

Frodl (S. 5925),

Maier (S. 5928),

Josef Steiner (S. 5931),

Weinberger (S. 5935),

Fachleutner (S. 5938),

Staatssekretär Schober (S. 5942),

Gärtner (S. 5947) und

Brandstätter (S. 5951)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend die Verwendung jener Steuergelder, die für die SP-Zeitung „Agrarwelt“ zur Verfügung gestellt werden, für die Grenzlandförderung (S. 5927) – Ablehnung (S. 5956)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend die Ausrichtung der Agrarpolitik auf Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe sowie von wirtschafts- und strukturschwachen Regionen und Herstellung der Wettbewerbsgleichheit im Außenhandel (S. 5954) – Ablehnung (S. 5956)

Kenntnisnahme des Grünen Planes 1981 und Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 5956)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 d. B.); Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 (547 d. B.)

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik

Spezialberichterstatter: Dr. Fertl (S. 5956)

Redner:

Dr. Keimel (S. 5957),

Babanitz (S. 5965),

Probst (S. 5971),

Bundesminister Sekanina (S. 5976),

Hagspiel (S. 5980),

Schemer (S. 5983),

Dr. Jörg Haider (S. 5986),

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer (S. 5992),

Lehr (S. 5995) und

Gföllner (S. 5997)

Annahme der Beratungsgruppe XIII (S. 6000)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

549: Änderung des Gebührengesetzes 1957 (S. 5889)

Vom Rechnungshof

III-77: Bericht über die Durchführung besonderer Akte der Geburtsüberprüfung betreffend die Betriebsorganisationsplanung für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien (S. 5889)

Anfragen der Abgeordneten

Peter, Dipl.-Wv. Josseck und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Attersee und Traunsee – Ausstattung der Gendarmerie mit Patrouillenbooten (909/J)

5888

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Vetter, Hietl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Mittel für den Ausbau der Bundesstraßen im Waldviertel (910/J)

Lußmann und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Gerichtsgebäude Bad Aussee (911/J)

Dkfm. DDr. König, Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Grunderwerbnachversteuerung durch Beitritt von Ehegatten (912/J)

Dr. Ermacora, Kraft, Mag. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Fahrtkostenerleichterungen für Grundwehrdiener (913/J)

Wimmersberger, Burger, Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für soziale

Verwaltung betreffend Verbesserung der Modalitäten der Briefwahl im Rahmen der Betriebsratswahl (914/J)

Wolf, Maria Stangl und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Lehrplanänderung für die Höhere Lehranstalt für landwirtschaftliche Berufe und landwirtschaftliche Frauenberufe (915/J)

Dr. Paulitsch und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend geplante Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Österreich (916/J)

Dr. Feurstein, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Einführung des Visumzwanges für türkische Staatsbürger (917/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Thalhammer.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Blenk, Kammerhofer, Dkfm. Gorton, Ing. Url, Stögner, Ing. Krenn, Roppert, Köck und Dr. Ofner.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird (549 der Beilagen), eingelangt ist.

Dem Rechnungshofausschuß weise ich den Bericht des Rechnungshofes über die Durchführung besonderer Akte der Geburungsüberprüfung betreffend die Betriebsorganisationsplanung für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien (III-77 der Beilagen) zu.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Vereinbarungsgemäß wird die Debatte über den auf der heutigen Tagesordnung stehenden Grünen Plan 1981 und die Beratungsgruppe VIII des Bundesvoranschlages zusammengefaßt werden.

Es werden daher zuerst die Berichtersteller ihre Berichte geben, sodann wird die Debatte über beide Gegenstände gemeinsam durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich – wie immer in solchen Fällen – getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? – Das ist nicht der Fall.

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-70 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1981) (506 der Beilagen)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen (547 der Beilagen)

Beratungsgruppe VIII

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den beiden Verhandlungsgegenständen, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies:

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-70 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1981) (506 der Beilagen), und

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen (547 der Beilagen)

Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft.

Berichterstatter zum Grünen Plan ist der Herr Abgeordnete Maier. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Maier:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1981) (III-70 der Beilagen).

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat am 7. Oktober 1980 gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976, den „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft (Grüner Plan 1981)“ vorgelegt. Der Bericht enthält neben den „Auswirkungen des Grünen Planes 1979“ die „Zusammengefaßten Ergebnisse aus dem Lagebericht 1979“. Insbesondere enthält der Grüne Plan die „Finanziellen Erfordernisse für die in Aussicht genommenen Maßnahmen 1981“.

Unter Berücksichtigung der Empfehlung für die Förderungsschwerpunkte der Kommission gemäß § 7 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes wird vorgeschlagen, Maßnahmen des Grünen Planes im Jahre 1981 im Sinne des § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes mit Bundesmitteln in der Höhe von 1 822,537 Millionen Schilling zu dotieren. Hierbei sind im Ansatz 1/603 1 045,737 Millionen Schilling und im Ansatz 1/602 für das

5890

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Maier

Bergbauern-Sonderprogramm 776,8 Millionen Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsvoranschlag für das Jahr 1981 sind beim Ansatz 602 in der Stabilisierungsquote 15 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote 25 Millionen Schilling sowie beim Ansatz 603 in der Stabilisierungsquote jeweils 19 Millionen Schilling vorgesehen.

In den Erläuterungen zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen wird ausgeführt, daß die Bundesregierung im Sinn der Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes und der Regierungserklärung 1979 einer leistungsfähigen und wirtschaftlich gesunden Landwirtschaft größte Bedeutung zumißt.

Technischer Fortschritt und steigende Produktion führten aber dazu, daß sich die Einkommensverbesserung in den verschiedenen Betriebsgruppen unterschiedlich entwickelte. Insbesondere Landwirte in den von der Natur benachteiligten Gebieten konnten an der Entwicklung weniger teilhaben. Die Agrarpolitik der Bundesregierung sieht daher vor, der Bergbauern- und Grenzlandförderung sowie der Verbesserung der Infrastruktur besonderen Vorrang zu geben und die kleinen Betriebe verstärkt zu fördern, wobei sich die Förderung auf alle Erwerbsarten zu erstrecken hat.

Eine Förderung der Einzelbetriebe durch Beihilfen wird in der Regel auf die Betriebe des Bergbauerngebietes und anderer entsiedlungsgefährdeter Gebiete zu beschränken sein. Die Förderung von Gemeinschaftsmaßnahmen und -einrichtungen hat im Weg von Beihilfen allen sozioökonomischen Erwerbsarten im gesamten Bundesgebiet zugute zu kommen.

Die Leistung von Zinsenzuschüssen für Investitionsdarlehen ist vor allem auf jene Anschaffungen zu konzentrieren, die ohne Störung des Marktgleichgewichtes besonders zur Rationalisierung der Einzelbetriebe, zur Hebung des Einkommens und Lebensstandards der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen beitragen sowie der räumlichen Funktion und dem natürlichen Standort des jeweiligen sozioökonomischen Betriebstyps entsprechen. Kredite zur Anschaffung von Maschinen in Maschinenringen und unter Einhaltung der richtlinienmäßig festgelegten Mindesteinsatzgrenzen durch Betriebe im Bergbauerngebiet und in anderen Problemgebieten haben Vorrang. AIK für Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur sind nur auf jene Betriebe zu beschränken, die mit der Vermarktung von besonders preisempfindlichen Agrarprodukten befaßt sind oder bei denen es sich um kapitalschwache Neugründungen handelt.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft

hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 4. November 1980 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Pfeifer, Ing. Murer, Helga Wieser, Keller und Huber sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Deutschmann und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschuß, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1981) (III-70 der Beilagen), zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bin ich ermächtigt, General- und Spezialdebatte unter einem zu beantragen.

Präsident: Spezialberichterstatter zur Beratungsgruppe VIII ist der Herr Abgeordnete Koller. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Koller: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen.

Dieser Bericht umfaßt Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Zu Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft:

Im Bundesvoranschlag 1981 sind für die Land- und Forstwirtschaft 5 044,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erläutert.

Zu Kapitel 62: Preisausgleiche:

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1981 sind für die Preisausgleiche 3 462,4 Millionen Schilling veranschlagt, denen 905,6 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Zu Kapitel 77 des Bundesvoranschlages 1981: Österreichische Bundesforste:

Im Voranschlag 1981 des Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesforste sind Betriebsausgaben von 1 865 Millionen Schilling vorgesehen, denen Betriebseinnahmen von 1 895,2

Koller

Millionen Schilling gegenüberstehen, sodaß mit einem Überschuß von 30,2 Millionen Schilling gerechnet werden kann.

Bei Betrachtung des Voranschlages der Österreichischen Bundesforste ist noch zu beachten, daß die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung dieses Wirtschaftskörpers im Betrage von etwa 59 Millionen Schilling zu tragen haben und im Rahmen der Einforstungsrechte zu Abgaben im Werte von rund 109 Millionen Schilling verpflichtet sind.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen die Abgeordneten Deutschmann, Remplbauer, Ing. Murer, Dipl.-Ing. Riegler, Hirscher, Helga Wieser, Weinberger, Keller, Brandstätter, Maderthaner, Huber, Gurtner, Gärtnner, Frodl und Fachleutner das Wort.

Die aufgeworfenen Fragen wurden durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden sowie durch den Staatssekretär Schober beantwortet.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft,
dem Kapitel 62: Preisausgleiche, und

dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste, samt den zu den Kapiteln 60 und 77 dazugehörigen Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1981 (460 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Berichterstattern.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Budgetdebatte gliedert sich im heurigen Jahr zeitlich in zwei Abschnitte. Die Debatte wurde vorige Woche unterbrochen. Aber nicht nur zeitlich zerfällt die Debatte in zwei Teile, sondern auch insofern, als wir einen Teil der Budgetdebatte mit einem Finanzminister hatten und nun heute einen zweiten Teil der Budgetdebatte ohne Finanzminister starten. Ich sage das deshalb, weil wir einfach feststellen müssen – ich glaube, das geht alle Österreicher sehr viel an –, daß die Regierungsfähigkeit der sozialistischen Alleinregierung derzeit nicht gegeben ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir fordern Sie auf – vor allem Sie, Herr Bundeskanzler –: Beenden Sie diesen Zustand der Regierungsunfähigkeit so schnell wie möglich und machen Sie vor allem jene Drohung nicht wahr, die im „Kurier“ vor wenigen Tagen nachzulesen war, nämlich daß unter Umständen der Bundeskanzler selbst für einige Zeit das Finanzressort noch übernehmen würde. (Ruf bei der ÖVP: Das hätte uns noch gefehlt!)

Noch eines als Vorbemerkung zur heutigen Debatte: Das Erbe des abgetretenen Finanzministers Dr. Androsch wird uns nicht nur bei der heutigen Debatte begleiten, sondern es wird die Österreicher, vor allem die jungen Österreicher, noch viele Jahre begleiten, denn eines steht bereits fest: Die am raschesten wachsende Budgetpost sind die Schuldentlastungen und die Zinsen. Die neuen Belastungen, die auch im Budget 1981 in Höhe vieler Milliarden Schilling wieder beschlossen wurden, werden von allen Österreichern viele Jahre hindurch als zusätzliche Belastungen getragen werden müssen.

Meine Damen und Herren! Um der Legendenbildung vor allem des Herrn Bundeskanzlers vorzubeugen, muß man bereits jetzt festhalten: Finanzminister Androsch wird nicht als der größte Finanzminister der Zweiten Republik in die Geschichte eingehen, sondern als der größte Schuldenträger, den Österreich überhaupt jemals erlebt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn wir heute das Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft diskutieren, gestatten Sie mir, zwei Dinge bei dieser Gelegenheit in Erinnerung zu rufen:

Am 10. Dezember erschien in der „Kleinen Zeitung“ ein Bericht mit der Überschrift „Fleisch und Butter nur auf Karten“. Es wurde ausgeführt: Das monatliche Kontingent an Fleisch und Fleischprodukten soll 4 Kilogramm für einen physischen Arbeiter, 5 Kilogramm für Arbeiter im Bergbau, 3 Kilogramm für die übrigen Arbeiter und ihre Familienangehörigen und 2 Kilogramm für Kinder bis zum 6. Lebensjahr betragen. Das sind keine Dinge, die uns an das Jahr 1946 erinnern, sondern das sind jene Maßnahmen, die in der Volksrepublik Polen ab 1. Jänner 1981 wirksam werden. Auch daran sollten wir denken.

Es gibt eine andere Überschrift in der „Arbeiter-Zeitung“: „Polen bittet EG um Nahrungsmittel“. Oder eine andere Überschrift in der „Presse“ vom 20. November: „Polens Agrarkrise bleibt bis 1984. Mehr Geld für Bauern als Lösung“.

Das sollte uns deshalb bewußt sein, weil die Situation in Österreich nichts Selbstverständliches ist und weil wir es unserer Form der leistungsfähigen Land- und Forstwirtschaft ver-

5892

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dipl.-Ing. Riegler

danken, daß wir nicht mit Problemen der Ernährungsunsicherheit zu kämpfen haben, sondern daß wir wenigstens in diesem Bereich mit Sicherheit in die Zukunft blicken können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch etwas in diesem Zusammenhang. In der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 11. November wird über eine Pressekonferenz berichtet, die Sie, Herr Landwirtschaftsminister, gemeinsam mit dem FAO-Direktor Saouma gehalten haben. Hier wird die Aussage des FAO-Experten ausgeführt, daß 1981/82 eine Welternährungskrise auf uns zukommt, sollten nicht die Anbauflächen auf ein Höchstmaß ausgedehnt werden.

Ich habe das deshalb erwähnt, meine Damen und Herren, weil ich damit zum Ausdruck bringen möchte: Hören wir doch endlich auf, den österreichischen Bauern Überproduktion vorzuwerfen. Ein Minimum an Sicherheit, das sich ohnehin sehr rasch ändern kann, wenn die ausländischen Zufuhren von Treibstoff, von Handelsdünger und von Futtermitteln wegfallen würden, sollte uns doch etwas wert sein. Wir sollten nicht in der Öffentlichkeit diese Leistung unserer Volkswirtschaft ständig in Frage stellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich appelliere: Bemühen wir uns doch um eine gemeinsame Bewußtseinsbildung, daß wir die Chancen unserer Landwirtschaft ausnützen und vor allem unseren jungen Bauern auch eine Chance für die Entwicklung ihrer Leistungsmöglichkeit geben wollen. Bekennen wir uns zur eigenen Leistung. Wir tun es vom Standpunkt der Landwirtschaft her. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen, daß die österreichische Bevölkerung die Sicherheit in der Ernährung und die Gestaltung unserer Kulturlandschaft, die wir unvergleichbar haben, dem Leistungswillen der österreichischen Bauern zu verdanken hat.

Was erwarten sich die Bauern als Gegenleistung? Sie erwarten sich, daß sie für ihre Arbeit einen entsprechenden Lohn bekommen. Der Lohn des Bauern heißt, gerechte Preise und ein gesicherter Absatz. (*Beifall bei der ÖVP.*) Dafür hat auch der Staat und dafür haben die zuständigen Minister in dieser Regierung ein hohes Maß an Verantwortung zu tragen.

Zweitens: Die Bauern erwarten sich ein gewisses Maß an Gleichbehandlung; Gleichbehandlung in der Sicherung ihrer Arbeitsplätze und Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherung.

Meine Damen und Herren! An Bekenntnissen zu der Notwendigkeit und Bedeutung des Bauernstandes hat es auch seitens der sozialistischen Regierung und der SPÖ nicht gefehlt. Man

könnte die Regierungserklärungen zitieren. Man könnte verschiedene Aussagen von Regierungsmitgliedern hier aufzeigen.

Bundeskanzler Kreisky hat beim Verbandstag des Arbeitsbauernbundes, der sozialistischen Bauernorganisation, eine Begründung dafür geliefert. Er sagte, es gehe darum, die entsprechende Stimmensicherung zu gewährleisten. Er führte dazu aus: Die letzten 3 bis 4 Prozent, die die Mehrheit bedeuten können, sind erfahrungsgemäß ungleich schwieriger zu erhalten als die ersten 3 bis 4 Prozent. Das ist das, was wir an Ihrer Agrarpolitik immer kritisieren, daß es Ihnen nämlich in erster Linie um Stimmenfang geht und nicht um die Bewältigung der Probleme im Interesse der Bauern und aller Österreicher. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der sozialistische Meinungsforscher Ing. Gehmacher hat es bei einem Symposium im Oktober dieses Jahres ganz klar ausgesprochen. Er sagte: Wir wissen, daß bei den Bauern nur ein sehr kleiner Wechselwähleranteil ist, und daher werden Sie auch verstehen müssen, daß wir in diesem Bereich sehr wenig tun. Das ist eine Form der Behandlung dieser wichtigen Probleme, die wir einfach nicht hinnehmen können.

Wir müssen gerade auf Grund der Entwicklung auch in diesem Budget feststellen, daß sich in der SPÖ anscheinend jener Flügel stärker durchsetzt, der schon immer gesagt hat: Für die Bauern etwas zu tun, das ist uns zu teuer. Auch das hat Bundeskanzler Kreisky bei seinem Referat vor dem sozialistischen Bauerntag zum Ausdruck gebracht. Er sagte hier: Nicht wenige Parteidreunde hat es gegeben, die Zweifel an der Notwendigkeit dieser Maßnahmen geäußert haben. Dem Argument, das alles kostet doch zuviel, stand noch das andere zur Seite, die Bauern würden uns doch nicht wählen.

Das sind Dinge, wie Sie agrarpolitische Probleme beurteilen. Das Ergebnis sehen wir dann an den konkreten Maßnahmen, wie wir sie auch heute hier zu diskutieren haben. Es ist ein offensichtlicher Widerspruch zwischen dem, was Sie in Ihrem Parteiprogramm an schönen Worten formulieren, und der Praxis, wie wir sie miterleben müssen. In Ihrem Parteiprogramm steht das Wort Gerechtigkeit. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Wo sind die Gerechtigkeit und die Gleichbehandlung, wenn man für einen Arbeitsplatz im General Motors-Werk 1,5 Millionen Schilling aus Steuergeldern bereitstellt und für das gesamte Grenzland-Sonderprogramm beispielsweise in der Steiermark den Wert von 20 solchen Arbeitsplätzen für 30 000 oder 40 000 Betriebe bereitstellt?

Das ist eine so offensichtliche Ungerechtig-

Dipl.-Ing. Riegler

keit, daß sie mit dem Postulat der Gerechtigkeit in Ihrem Parteiprogramm einfach nicht übereinstimmt.

Oder: Sie haben den Begriff der Solidarität als einen Ihrer Grundwerte. Ich frage Sie: Wo ist die Solidarität für die Bäuerinnen in der Bereitstellung einer Mutterschaftshilfe? Wo ist die Solidarität für die Nebenerwerbsbauern bei der Gleichbehandlung in der Arbeitslosenversicherung und bei der Gleichbehandlung der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes? (Beifall bei der ÖVP.)

Sie reden sehr viel von der Freiheit in Ihrem Programm, ich frage Sie: Wie sieht es mit der Freiheit der bäuerlichen Berufsgruppe im konkreten aus, wenn Sie nun hergehen wollen und die Vertretung der Bauernschaft von oben her in der Form absolutistischer Herrscher bestimmen wollen?

Sie werden jetzt sagen, na ja, das kennen wir, die Dinge werden nur kritisiert. Im Gegensatz zu Ihnen anerkennen wir positive Maßnahmen. Und wir anerkennen es, daß Maßnahmen wie die Schulfreifahrt, wie die Schulbuchaktion an sich zur positiven Entwicklung beigetragen haben, was wir kritisieren, ist die Verschwenzung, die vor allem im Bereich der Schulbuchaktion nach wie vor gang und gäbe ist.

Wir anerkennen auch, daß die Umstellung in der Familienbeihilfe für bäuerliche Familien einen positiven Effekt gebracht hat. Man muß allerdings dazu sagen, meine Damen und Herren: Warum wurde diese Umstellung gemacht? – Nicht aus Liebe zu den bäuerlichen Familien, sondern weil sich der Finanzminister damit Geld in seinem Budget erspart hat. Und aus der Weiterentwicklung sehen wir ja sehr deutlich, daß diese Form der direkten Auszahlung der Familienbeihilfen längerfristig noch deutlicher zu Lasten der Familien gehen wird.

Oder: Sie stellen sehr gerne die Bauernpension als Ihre Leistung heraus. Man muß es daher immer wieder festhalten: Die Bauernpension wurde 1969 von der ÖVP-Mehrheit, von der ÖVP-Alleinregierung hier in diesem Hause beschlossen. Ihre Abänderungsanträge damals waren, die Bauern sollen höhere Beiträge bezahlen und sie sollen die volle Pension nicht im Jahre 1971, sondern erst nach Ablauf von fünf Jahren bekommen. Und diese Linie haben Sie weiter fortgesetzt bis zur versuchten Rentenkürzung in diesem Jahr. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zum Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft einige Bemerkungen. In den zehn Jahren der SPÖ-Regierung sind die Gesamtausgaben des Bundes um 230 Prozent gestiegen. Die Ausgaben für die Schuldentlastung, das ist der Wachstumsposten im sozialistischen Budget, sind um 600 Prozent innerhalb von zehn Jahren

gestiegen. Und diese Position wird weiter steigen, dafür hat der abgetretene Finanzminister bereits vorgesorgt.

Die Ausgaben für die landwirtschaftliche Förderung sind um 75 Prozent gestiegen gegenüber 230 Prozent allgemeiner Budgetentwicklung, die Ausgaben für die Preisausgleiche um 27 Prozent.

Wenn man das Jahr 1980 mit dem Jahr 1981 vergleicht, haben wir eine Steigerung des Gesamtbudgets um 11 Prozent, eine Steigerung des Landwirtschaftsbudgets um 5,5 Prozent und der eigentlichen Förderungsmaßnahmen um 2,2 Prozent. 11 Prozent Budgetsteigerung, 2,2 Prozent für die landwirtschaftliche Förderung.

Diese Zahlen sind Ihnen selbst unangenehm, und daher versuchen Sie die Dinge so darzustellen, daß ein imponierender Eindruck entsteht. Man liest in der „Agrarwelt“, auf das werden wir noch ein bissel zu sprechen kommen, 7,9 Milliarden Schilling für die Landwirtschaft, in den Unterlagen des Finanzministers sind es gar 8,8 Milliarden Schilling. Wie schaut das wirklich aus?

Wenn wir die Unterlagen des Finanzministers hernehmen, stellen wir fest, es gibt eine wunderschöne Graphik: mehr für die Land- und Forstwirtschaft. Hier werden aufgezählt: 3,4 Milliarden für die Preisausgleiche, 1,8 Milliarden Schilling für die Österreichischen Bundesforste. Und das ist schon allerhand, meine Damen und Herren, 1,8 Milliarden Schilling Ausgaben für die Österreichischen Bundesforste, denen 35 Millionen mehr an Einnahmen gegenüberstehen, werden als Ausgaben für die österreichische Landwirtschaft hier verkauft. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit, die einfach ungeheuer ist!

Dann haben Sie drinnen das Bergbauern-Sonderprogramm mit 777 Millionen Schilling, den Grünen Plan mit 988 Millionen Schilling, die eigentliche Förderung der Land- und Forstwirtschaft, und dann kommt Sonstiges mit 1,8 Milliarden, wie zum Beispiel Schutzwasserbau, Lawinenverbauung und ähnliches mehr. Ich möchte dazu sagen, das sind äußerst wichtige Maßnahmen, Lawinenverbau und Schutzwasserbau, Regulierungen, aber doch keine Maßnahmen für die Bauern, sondern Maßnahmen für die österreichische Allgemeinheit. Man sollte daher nicht mit 8 oder 9 Milliarden Schilling für die Bauern hausieren gehen, wenn in Wirklichkeit 1,8 Milliarden Schilling für die Förderung und echt 2,2 Milliarden für die Preisausgleiche, insgesamt 4 Milliarden Schilling, in diesem Bereich zur Verfügung gestellt werden. Das muß

5894

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dipl.-Ing. Riegler

man einfach zur Richtigstellung der Dinge hier einmal deutlich festhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das stört uns vor allem nicht nur deshalb, weil Sie sich hier mit Ausgaben schmücken wollen, die ja zum Teil von den Bauern selbst bezahlt werden müssen, wie etwa in Form der Absatzförderungsbeiträge, die von den Konsumenten bezahlt werden müssen in Form der §-9-Mittel der Milchwirtschaft, die Sie aus zweckgebundenen Einnahmen bekommen, sondern es stört uns vor allem deshalb, weil hier mit verschiedenen Tricks die Bauern zu Subventionsempfängern gestempelt werden sollen, die sie in Wirklichkeit gar nicht sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und einen besonderen Höhepunkt, wie man die Dinge manipulieren kann, stellen die Abbildungen 34 und 35 in der Beilage zur Budgetrede des heurigen Jahres von Finanzminister Androsch dar. In der Abbildung 34 wird eine wunderbare Steigerung der Ausgaben für die Landwirtschaft ausgewiesen, und hier haben Sie zum Beispiel im Jahr 1970 in dieser Tabelle 564 Millionen Schilling an Preisausgleichen, auf der nächsten Seite in der Tabelle 35 haben Sie für das Jahr 1970 2,736 Milliarden Schilling an Preisausgleichen ausgewiesen.

Ich muß Sie wirklich fragen: Erstens, was glauben Sie der Öffentlichkeit zumuten zu können, und zweitens, für wie dumm halten Sie eigentlich die Abgeordneten, denen Sie solche Unterlagen zur Hand geben? (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kern: Vernebelung! Verschleierung!*)

Genau! Die Transparenz war eines der Schlagworte, mit denen Sie am Beginn der siebziger Jahre angetreten sind. Nun hören wir es ja ohnehin nicht mehr, aber wir sehen, was in der sozialistischen Terminologie unter „Transparenz“ zu verstehen ist.

Wir reden auf Grund der Kürze der Zeit im einzelnen gar nicht von den Belastungen, die diesen Budgetausgaben gegenüberstehen. Die Nichtanpassung der Mehrwertsteuer: Allein damit kassiert der Finanzminister Jahr für Jahr ungerechtfertigterweise eine halbe Milliarde Schilling von den Bauern. Die Freigabe des Dieselölprix kostet die Bauern Hunderte Millionen.

Und in dem Zusammenhang sind es die österreichischen Gartenbaubetriebe, die nun unter der Entwicklung der Heizölpreise ganz enorm zu leiden haben. Auch auf dieses Problem wird heute noch im einzelnen einzugehen sein.

Oder: Herr Bundesminister, Sie haben bei der Debatte zum Grünen Bericht den Begriff des Reinertrages einfach in Abrede gestellt und gemeint, das wäre etwas, was man um die

Jahrhundertwende diskutiert hätte. Im Jahr 1975 hat Landwirtschaftsminister Weihs auf die Frage, was sein Staatssekretär mache, einmal gesagt, er liest sich momentan ein.

Herr Landwirtschaftsminister! In der Frage dieser Einkommensbegriffe haben Sie sich schlecht eingelesen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte Ihnen einen Artikel des Universitätsprofessors Dr. Gurtner von der Universität für Bodenkultur zum Studium gerne geben, wo die objektiven Erfolgsmaßstäbe sehr klar dargestellt sind und wo einfach deutlich wird, daß der Reinertrag als Wert der Verzinsung des im landwirtschaftlichen Betrieb eingesetzten Kapitals einen notwendigen Begriff darstellt. Es stört Sie halt, daß seit den siebziger Jahren nur mehr negative Reinerträge, das heißt Reinverluste, aufscheinen, und daher möchten Sie diesen Begriff wegbekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Genauso, wie Sie überhaupt neue Begriffe erfinden, wo Ihnen eben die Entwicklung nicht in das Konzept paßt. Sie wollen nicht die Entlohnung der Landwirtschaft in Form des Einkommens akzeptieren, sondern Sie sprechen vom Verbrauch, obwohl Sie wissen, welche Sonderentwicklungen hier gegeben sind allein auf Grund der Spezialisierung in der Landwirtschaft, weil einfach der Zukauf hier wesentlich größer geworden ist.

Und noch ein Punkt, der hier aufgezeigt gehört: Die reale Entwicklung ist ständig schlechter geworden; Sie wollen von den Tauschwertvergleichen nichts wissen, das weiß ich. Reden Sie aber einmal mit den Bauern! Jeder Bauer wird Ihnen vorrechnen können, was es für ihn bedeutet, daß er vor zehn Jahren mit seiner Produktion einfach etwas anderes leisten konnte, als es heute der Fall ist. Und auch, wenn man die Produktivitätssteigerung einbezieht, bleibt eine negative Entwicklung in ganz enormem Maße aufrecht.

Nur zwei Beispiele: Für einen Traktor von 52 PS mußten im Jahre 1970 43 000 kg Weizen aufgewendet werden, im Jahre 1979 62 000 kg, um 42 Prozent mehr. Dann vergleichen Sie die Ertragssteigerungen in den Dreijahresdurchschnitten, dann werden Sie sehen, welche negative Entwicklung hier eingetreten ist.

Oder im Bereich der Milchwirtschaft: Für eine bestimmte Heuerntemaschine im Jahre 1970 6 700 Liter, im Jahre 1979 11 300 Liter, fast das Doppelte, und nun werden Sie mir nicht nachweisen können, daß die Milchleistung im Durchschnitt um das Doppelte innerhalb dieser zehn Jahren gestiegen ist. Das sind die Dinge, die die Bauern spüren und die einfach die Situation schwieriger gemacht haben.

Dipl.-Ing. Riegler

Und noch ein zweites dazu: In einer Pressekonferenz vor wenigen Tagen haben Sie zur Bergbauernförderung gesprochen und die Notwendigkeit der Infrastrukturverbesserung, der Regionalförderung, erklärt: Völlig richtig, Herr Bundesminister, und wir gehen ganz konform in der Auffassung: Verbesserung der Infrastruktur, eine umfassende regionale Entwicklung, eine Sicherung des Absatzes, das sind die wichtigsten Maßnahmen für die positive Entwicklung der Bergbauern. Nur machen Sie genau das Gegenteil.

Einige Beispiele nur: Die Regionalförderung. Im Jahre 1970 sind von den Gesamtkosten aus den Bundesmitteln etwa 13 Prozent finanziert worden, im Jahre 1979 6 Prozent, nicht einmal die Hälfte. Und wenn man den realen Wert 1970 im Vergleich nimmt, ist die Leistung für das laufende Jahr auf etwa 67 Prozent zurückgegangen. Sehen Sie, das ist der Widerspruch zwischen schönen Worten und der harten Realität Ihrer Politik.

Oder ein zweites Beispiel: Die Verkehrerschließung ländlicher Gebiete. Im Jahre 1970 hat der Bund mit seinen Beiträgen 476 km Wege gebaut, im Jahre 1980 sind es etwas über 300 Kilometer. Auch hier ein enormer Rückgang der effektiven Leistung.

Und bei der Gelegenheit noch etwas: Man kann ja auch den Budgetzahlen nicht mehr glauben, die hier in den Unterlagen stehen, die Sie beschließen. Denn wenn man vergleicht: Etwa im Jahre 1979 Voranschlag für die Verkehrerschließung 353 Millionen, Realisierung 314 Millionen; minus 39 Millionen, im Jahre 1978 Voranschlag 289 Millionen, Realisierung 239 Millionen; minus 50 Millionen. Auch hier ein ganz bewußtes Täuschungsmanöver, das hier aufgeführt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben vor wenigen Wochen den Grünen Bericht 1979 diskutiert mit der erschütternden Tatsache eines realen Einkommensrückgangs von 9,4 Prozent. Wenn hier der Abgeordnete Kriz, glaube ich – er ist jetzt nicht anwesend –, gesagt hat: Na ja, einige Prozent Einkommensrückgang, das ist doch eine ungeheuer positive Entwicklung, so ist das eine Aussage – wir können es im Protokoll nachlesen, steht ja drinnen; es werden ja Redner noch darauf zurückkommen –, die man einfach nicht hinnehmen kann. Denn jede andere Berufsgruppe würde sich genauso mit Recht wehren, wenn man eine negative Entwicklung noch als etwas sehr Positives hinstellen würde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ich möchte in dem Zusammenhang eines vor allem herausstellen in der Debatte zum Budget: Wo sind die Konsequenzen, die Sie aus

diesem Grünen Bericht 1979 ziehen? Denn eines steht fest, daß die sehr begrenzt vorhandenen Mittel, die Sie im Budget haben, auch noch schlecht eingesetzt werden, nämlich durch eine Aufblähung der Zentralstellen und durch eine Form der Agrarpolitik, Herr Bundesminister, die ich als „Briefkastl-Agrarpolitik“ bezeichnen möchte.

Sie haben in den sechziger Jahren in Ihrer Propaganda immer die Gießkannen-Politik kritisiert. Eine solche Form der Gießkannen-Agrarpolitik, wie Sie sie betreiben, hat es überhaupt noch nie gegeben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wo sind die Ursachen für diese negative Entwicklung gelegen? Erstens: Sie schaffen innerhalb des Landwirtschaftsministeriums ein eigenes Unterministerium an politischen Stabsstellen. Denn, meine Damen und Herren, obwohl eine ganze Reihe von Kompetenzen in den siebziger Jahren aus dem Landwirtschaftsressort abgewandert ist, haben wir eine Vermehrung der Dienststellen, und wenn man die Entwicklung bereinigt und die abgegebenen Dienstposten betrachtet, sind von 1970 bis jetzt um 128 Arbeitsstellen mehr im Landwirtschaftsministerium. Das ist eine Steigerung um 31 Prozent.

Und eine der Ursachen ist eben, daß Sie einen Stab im Ministerbüro, in der Grundsatzabteilung von insgesamt 21 Personen brauchen, während Minister Schleinzer einschließlich seiner Grundsatzabteilung mit zehn Dienstposten ausgekommen ist. Um mehr als 100 Prozent brauchen Sie mehr, weil Sie eben den eigenen Beamten im Ressort zu wenig trauen und weil Sie versuchen, sich mit einem politischen Stab in entsprechender Größe zu umgeben, oder weil Sie durch Aufspaltung von Abteilungen einen Weg suchen, um neue Leute in das Ressort einzubauen zu können, die Ihnen politisch genehm sind.

Es ist ja interessant, daß sogar das Bundeskanzleramt in einem Schreiben vom 9. Jänner 1980 sehr kritisch zu Ihrer Personalentwicklung Stellung nimmt. Es heißt hier etwa, daß in den letzten fünf Jahren von 453 auf 501 Planstellen erhöht wurde – und ich zitiere wörtlich aus diesem Schreiben –:

In Anbetracht dieser außerordentlichen Personalaufstockung, die in diesem prozentuellen Ausmaß bei keiner anderen Zentralstelle durchgeführt worden ist, müssen gegen Überstunden erhöhungen in einem solchen Ausmaß die schwersten Bedenken bestehen. Um nämlich die Auswirkungen der erwähnten Personalaufstockung richtig einzuschätzen, muß der Umstand aufgezeigt werden, daß für die Bewältigung der Aufgaben der Zentralleitung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft im

5896

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dipl.-Ing. Riegler

Kalenderjahr 1980 etwa 100 000 Arbeitsstunden mehr zur Verfügung stehen, als dies noch 1975 der Fall gewesen ist. Wenn unter diesen Umständen schon keine Überstundeneinschränkung möglich war, so sollte doch eine Überstunden erhöhung vermieden werden können. – Nicht unsere Kritik, sondern die Kritik des Bundeskanzleramtes.

Das sollte Ihnen doch einigermaßen zu denken geben.

Und in diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, muß man auch auf das leidige Thema „Agrarwelt“, der aus Steuermitteln bezahlten SPÖ-Zeitung, noch einmal zu sprechen kommen. Was uns stört, Herr Minister, in diesem Zusammenhang, ist die Verfilzung von Partei, von Regierung und von staatlicher Verwaltung, die in einer unzulässigen Weise hier vorliegt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was uns stört, ist der Mißbrauch von Adressen, die für die Abwicklung von Förderungen zur Verfügung gestellt werden. Ich habe gehört, daß nun Säckeweise die „Agrarwelt“ in den „Vorwärts“-Verlag zurückkommt. Anscheinend ist der Änderungsdienst noch nicht berücksichtigt. Das zeigt ja nur, wie problematisch es ist, wenn Sie Adressen, die Sie nicht für Informationszwecke, die Sie nicht aus einer eigenen Entscheidung der Bauern bekommen haben, sondern für die Abwicklung einer Förderungsaufgabe, für das Zuschicken einer ungewollten Propagandazeitung heranziehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es stört uns, wenn für das Jahr 1981 10 Millionen Schilling an Förderungsmitteln für die Finanzierung dieser Zeitung im Budget vorgesehen sind. Ich mache Ihnen daher einen Vorschlag, Herr Bundesminister: Schreiben Sie unter „Agrarwelt“ als Untertitel nicht „Zeitschrift für Information und Beratung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft“, sondern schreiben Sie „Zeitung der SPÖ“, bezahlen Sie diese Zeitung aus den Mitteln der Sozialistischen Partei, und die Sache ist in Ordnung. Geben Sie die 10 Millionen Schilling, wie wir es beantragt haben, zur Aufstockung für die Förderung unserer Grenzlandbauern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Ich möchte nicht im einzelnen darauf eingehen, aber auch die Form, wie Sie in den vergangenen Wochen mit pauschalen Verdächtigungen ganze Bereiche in Mißkredit gezogen haben – die Genossenschaften, die Kammern, die Vertretung in verschiedenen Bereichen –, können wir einfach nicht hinnehmen. Wir haben größtes Interesse daran, daß Unzulänglichkeiten, die überall passieren können, rasch und wirksam aufgeklärt und

abgestellt werden, aber wir haben alles dagegen, daß ein ganzer Bereich einfach unbegründet in der Öffentlichkeit diffamiert wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weil Sie den Fall der Käsefabrik Rupp immer wieder in der Öffentlichkeit aufzeigen: Herr Bundesminister! Ihre Prüfungsorgane haben im Oktober die Firma Rupp geprüft und nichts gefunden. Die interne Prüfung der ÖHEG, der Exportgesellschaft, hat auf den Verdacht der Unzulänglichkeiten Sie aufmerksam gemacht. Erst auf Grund dieses Schrittes haben Sie eine neuerliche Prüfung vorgenommen. Dann herzugehen, Herr Bundesminister, und jene Organe in der Öffentlichkeit zu verdächtigen, die Ihre Kontrolle erst ermöglicht haben, das ist einfach eine unhaltbare Vorgangsweise. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Genauso wie es nicht angeht – Sie haben, wie ich gehört habe, das dann nachher dementiert –, daß in einer „Zeit im Bild“-Meldung es geheißen hat: Auch im Bereich der Getreidewirtschaft gibt es nun Skandale. Wir haben nichts mehr weiter gehört.

Ich frage Sie: Was können Sie hier meinen? Ich glaube nicht, daß Sie die Firma TACO gemeint haben, aber ich möchte Sie ersuchen, Herr Bundesminister, vielleicht können Sie zumindest eine Information in diesem Zusammenhang geben, denn dann wären wir ja wirklich bei den Genossenschaften, allerdings nicht bei den Raiffeisengenossenschaften, sondern bei der Konsumgenossenschaft, wenn das stimmt, was die „Kronen-Zeitung“ und andere Zeitungen über die Vorkommnisse bei der Firma TACO in Graz in den vergangenen Monaten geschrieben haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was wir daher kritisieren, ist, daß Sie weniger Geld für die Förderung haben, dafür aber eine teurere und bürokratische Förderungsabwicklung, daß Sie durch das Mißtrauen – nicht nur gegenüber den Kammern, sondern auch gegenüber den eigenen Beamten – eine unnötige Aufblähung der Zentralstellen vornehmen und daß Sie anscheinend, Herr Bundesminister, weil Sie gekränkt waren, daß wir Ihren Vorstellungen bei der Beschußfassung des Betriebsinformationssystems nicht gefolgt sind, daß Sie uns hier Ihren Willen nicht aufdrängen konnten, dann einfach darangegangen sind, systematisch die Zusammenarbeitsmöglichkeiten zu zerstören: mit der Einsetzung der Förderungskommissionen, mit der Vorgangsweise in der Förderungspolitik, die wir einfach nicht hinnehmen können.

Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit hier sagen: Diese Vorgangsweise bei den Förderungskommissionen, daß sie, ohne, wie es gewünscht wurde, mit den Ländern darüber zu

Dipl.-Ing. Riegler

diskutieren, einfach von oben her dekretieren: Nun werden diese Kommissionen eingesetzt, und zwar in einer Form, die mit dem demokratischen Wahlergebnis überhaupt nichts zu tun hat, werden wir nicht zur Kenntnis nehmen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wo Sie versuchen, Grundprinzipien der Demokratie auf den Kopf zu stellen, werden wir keinen Millimeter von einer standhaften Linie abweichen. Wir werden es nicht hinnehmen, Herr Bundesminister, daß Errungenschaften, die von Hans Kudlich bis in die zwanziger Jahre zur Errichtung der eigenständischen Landwirtschaftskammern reichen, als Möglichkeiten der Selbstbestimmung der Bauern nun einfach wieder in Frage gestellt werden.

Ich muß es hier noch einmal wiederholen – es ist ja wirklich eigenartig -: In Polen wurde vor wenigen Tagen berichtet, daß die Bauern ebenfalls um die Einrichtung einer eigenen Gewerkschaft ringen, daß sie Eigenständigkeit haben wollen. Sie, Herr Bundesminister, wollen hingegen darangehen, in der Form absolutistischer Herrscher von oben her zu bestimmen, wer Bauernvertreter sein darf und wer nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte abschließen, meine Damen und Herren, mit folgender Feststellung: Was wir wollen, ist, daß im Interesse der Bauern eine wirkungsvolle Förderung durch ein entsprechendes Zusammenarbeiten gewährleistet wird. Daher verlangen wir, daß über die Abwicklung der Förderung klare Vereinbarungen zwischen dem Bund, den Ländern und den Kammern getroffen werden. Unter Ihrem Vorgänger Minister Weihs war eine solche Vereinbarung schwarz auf weiß nicht notwendig, weil es damals möglich war, die Dinge auch in Gesprächen auszudiskutieren.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre glauben wir, daß es richtig ist, die Dinge klar auszudiskutieren und in einer entsprechenden Vereinbarung festzulegen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Im Interesse der Bauern sind wir zur Mitverantwortung bereit; wir haben das wiederholt unter Beweis gestellt. Wir haben dort, wo eine gemeinsame Verantwortung erzielt werden konnte, auch im Interesse der Landwirtschaft Positives erreichen können. Ich möchte das ausdrücklich herausstreichen.

Die Regelung im Bereich der Getreidewirtschaft war ein positiver Schritt. Die Regelung im Bereich der Milchwirtschaft mit allen Schwierigkeiten, die mit dieser Umstellung verbunden waren, war ein positiver Schritt, den wir zusammengebracht haben. (*Abg. Pfeifer: Jetzt kommt Weihnachten!*) Selbstverständlich! Herr Abgeordneter Pfeifer! Wir haben uns immer dazu

bekannt. Sie wissen selbst, wie schwierig es war, einen gemeinsamen Weg zu finden.

Ich möchte ja jetzt nicht im einzelnen darauf hinweisen, welcher Unterschied zwischen Regierungsvorlagen und Verhandlungsergebnissen hier zum Tragen gekommen ist. Aber wir bekennen uns zu diesem gemeinsamen Ergebnis als einen positiven Schritt, genauso wie die Haltungsbegrenzung in der Viehwirtschaft ein positiver Schritt war, wie uns die aktuelle Diskussion in diesem Sommer sehr deutlich vor Augen geführt hat.

Wir glauben daher – das sehen wir als Ziel unserer politischen Arbeit an –, daß wir eine Weiterentwicklung im Interesse unserer Landwirtschaft erreichen können. An konkreten Vorschlägen hat es von unserer Seite nicht gemangelt.

Ich darf nur einiges aus den Anträgen der ÖVP stichwortartig aufzählen:

Umfassende Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung als Grundlage einer zukunftsorientierten Agrarpolitik.

Antrag für ein Bergbauernförderungsgesetz.

Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Obst- und Gemüsegesetz zur Existenzsicherung jener Betriebe, die wir ganz besonders dringend brauchen.

Gleichbehandlung der Nebenerwerbsbauern bei der Arbeitslosenversicherung.

Mutterschaftshilfe für Bäuerinnen.

Anpassung der Mehrwertsteuer, der Pauschallierungsgrenzen und Maßnahmen im agrarischen Außenhandel.

Wir werden auf die Frage Außenhandel ja heute noch einmal zu sprechen kommen müssen. Ich würde mir sehr wünschen, wenn es gelänge, doch Voraussetzungen zu schaffen, um den Vertragsabschluß in Ordnung zu bringen. Das, was bisher vorgelegt wurde, Herr Bundesminister, ist dafür allerdings ungeeignet.

Ich möchte abschließend sagen, daß es für die Österreichische Volkspartei im Bereich der Agrarpolitik um vier Punkte geht:

Erstens: Mehr Chancengleichheit für unsere österreichischen Bauern gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die Mängel in diesem Bereich sind immer größer geworden, 35 000 Arbeitsplätze in unserer Landwirtschaft könnten neu geschaffen werden.

Zweitens: Neue Produktionsmöglichkeiten. Wir sehen nicht ein, daß wir Produkte, die wir selbst erzeugen könnten, zu 95 Prozent einführen müssen. Wir sehen nicht ein, warum im

5898

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dipl.-Ing. Riegler

Bereich der Energiepolitik nicht mehr getan werden kann.

Drittens: Wir wollen, daß soziale Gerechtigkeit unteilbar ist, auch gegenüber den Bäuerinnen, den Nebenerwerbsbauern und den Bergbauern.

Wir wollen viertens, daß Arbeitsplätze überall gleich viel wert sind, in der verstaatlichten Industrie genauso wie im Kleinbauernbetrieb des Grenzlandes oder auf dem Bergbauernhof.

Ich möchte abschließend feststellen, vor allem den jungen Bauern gegenüber, daß sie unseres Erachtens mit Mut und Zuversicht in die Zukunft blicken können, auch wenn die Probleme schwierig sind, auch wenn wir mit vielem nicht einverstanden sein können.

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die positiven Werte einer bäuerlichen Lebensauffassung für unsere gesamte Gesellschaft in Zukunft notwendiger sein werden denn je und daß die Leistungen unserer Land- und Forstwirtschaft nicht nur für Österreich, sondern auch für die Bewältigung der internationalen Aufgaben noch sehr erwünscht sein werden.

Das vorliegende Budget des Bundes für 1981 wird in vielen Punkten den Anforderungen nicht gerecht, und daher werden wir dazu nicht die Zustimmung geben. (*Lang anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Pfeifer.

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der erste Sprecher der Österreichischen Volkspartei hat die Ablehnung des Budgets damit begründet, daß es halt nicht den Intentionen der ÖVP entspricht, daher wird dieses Budget abgelehnt. Das ist für uns nichts Neues: Sie lehnen das 11. Budget kategorisch ab.

Hohes Haus! Ich möchte als Sprecher der Regierungspartei sagen: Die rechte Seite dieses Parlaments hat bei allen Budgetablehnungen, speziell aber in der Landwirtschaft, noch nie einen sachlichen Grund finden können, warum sie das Budget ablehnt. Wenn die Sachlichkeit bei einer Aussprache, bei einer Rede eines ÖVP-Abgeordneten betont würde, dann würden Sie sich wahrscheinlich sehr schwer tun, dieses Budget abzulehnen, denn Sie wissen ja, wie Sie zu Ihrer Zeit budgetiert haben und wie wir das jetzt zum elften Mal für die Bauern in diesem Lande tun. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Riegler! Sie haben dann am Schlusse Ihrer Ausführungen eigentlich die

Auffassung vertreten, daß die Jungen nicht verzweifeln sollen, daß die Bauern doch Mut haben sollen zu ihrem Beruf und – mit einem Wort – diesen Beruf weiter ausüben sollen.

Ich bin sehr froh, daß Sie das am Schlusse Ihrer Rede gesagt haben, aber gestatten Sie mir doch die Feststellung, daß ich auf weiten Strecken Ihrer Rede eigentlich den Eindruck gehabt habe, wenn da jetzt auf der Galerie junge Menschen, junge Bauern sind und Sie permanent behaupten, daß alles schlecht ist, was von dieser Regierung kommt – Sie haben ja das immer wieder betont –, daß mit einem Wort die Bauern zugrunde gehen müssen, könnten ja nach Ihrer Wortmeldung eigentlich die Bauern, die da zuhören, dann, wenn sie der ÖVP glauben würden, nur zu einem Schluß kommen: Verkauf so rasch wie möglich deinen Hof, denn du hast keine Chance! – Das war auf weiten Strecken Ihr Argument, und das ist schäbig. Das sage ich Ihnen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hietl: Bitte um eine Erklärung, warum es von Tag zu Tag weniger werden!*)

Es gab Vorwürfe, der Herr Bundesminister würde sich einen politischen Generalstab schaffen, der Herr Bundesminister sei keiner, der für die Bauern regiert, ja einen gab es, das war der Minister Weihs!

Wissen Sie, was Sie hier betreiben? Wissen Sie, was Sie hier betreiben? Viele in diesem Hause und ich waren Zeugen, als damals Landwirtschaftsminister Weihs auf dieser Regierungsbank saß, waren Zeugen, wie Sie den Minister Weihs heruntergemacht haben in dieser Zeit, kein gutes Haar an seiner Landwirtschaftspolitik gelassen haben. Aber heute ist ein toter Sozialist immer ein guter Sozialist! Das ist Ihre makabre Art, die Sie am Pult vertreten. Sie sind weit gekommen, das muß ich Ihnen schon sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sie glauben, daß Ihnen die ländliche Bevölkerung Ihre Argumentation abnimmt. Herr Kollege Riegler! Ich glaube, Sie haben das ja in Ihrer Rede gespürt, weil Sie am Schlusse dann doch ein wenig versöhnlicher wurden. Aber ich glaube, eines steht fest: Wenn Sie kommen und uns vorhalten, daß wir eigentlich, um gleich zum Thema zu kommen, den Bauern immer die Überproduktion vorwerfen, dann sage ich Ihnen: Wir werfen den Bauern die Überproduktion nicht vor. Wir sind es, die den Bauern jede Chance geben, soviel wie möglich zu produzieren. Aber wir haben auch die Aufgabe – und wir tun das –, den Bauern, der Landwirtschaft bei der Vermarktung der Produkte entsprechend zu helfen.

Bitte, seien Sie mir doch nicht böse, wenn ich sage: Wenn die Landwirtschaftspolitik so

Pfeifer

schlecht wäre, ja wie gäbe es denn dann die Möglichkeit einer gemeinsamen Milchmarktregelung? Daß es bitte bei der Milch einen Überschuß gegeben hat, werden Sie mir nicht abstreiten. Aber wir haben hier gemeinsam einen Weg gefunden.

Kommen Sie bitte hier nicht zum Pult und tun Sie nicht so, wie wenn man mit dem Minister nicht reden könnte!

Wir haben eine gemeinsame Lösung beim Getreidemarktproblem gefunden. Auch hier sagen Sie, das sei alles nichts. Aber auf der anderen Seite müssen Sie zugestehen, daß, wie ich glaube, auf diesem Sektor vieles möglich gemacht wurde und vieles gemeinsam, wenn auch mit Kompromissen, für die Bauern und für die gesamte Volkswirtschaft erreicht werden könnte und konnte.

Meine Damen und Herren! Ich gehöre zu jenen, die immer den Standpunkt vertreten, daß die Landwirtschaft die Grundlage der Volkswirtschaft ist. Aber, Herr Kollege Riegler, vergleichen Sie nicht sofort die österreichische Landwirtschaft – es ist so herausgeklungen und war unüberhörbar – mit der Landwirtschaft in Oststaaten beziehungsweise in Polen.

Da kommen Sie und warnen Sie uns und weisen darauf hin, daß wir doch erkennen müssen, wie schwierig dort die Probleme sind und welch große Probleme die Bevölkerung in diesen wirklich schwierigen Zeiten in Polen zu erdulden habe, und dann reden Sie von den Lebensmittelkarten.

Die Leistung der Landwirtschaft in Österreich ist gigantisch, sie ist die Leistung der Bauern in Österreich, aber sie ist auch ein echter Erfolg der Landwirtschaftspolitik der Sozialdemokraten in diesem Staate! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Unlängst haben die Zeitungen eigentlich mit Recht berichtet, daß zur Landwirtschaftspolitik immer wieder die gleichen Reden gehalten werden. Ja wenn Sie immer die gleichen Themen aktualisieren, neu aufwärmen, dann wird es halt auch schwer sein, Ihnen nicht zu antworten beziehungsweise mit anderen Fakten zu kommen.

Sie haben uns nichts Neues erzählt, meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich sehr positiv vermerkt – ich habe da ganz genau zugehört –: Kollege Riegler hat hier am Pult festgestellt, daß das Schulbuch und die freie Schulfahrt eigentlich eine positive Leistung waren. (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Kollege Zittmayr! Sie waren dabei. Erinnern Sie sich! Als wir die freie Schulfahrt und das kostenlose Schulbuch eingeführt haben, hat – daran erinnere ich mich noch sehr gut – die ÖVP

in einer Sitzung des Finanzausschusses natürlich oppositionsbewußt dagegen gestimmt, und es gab damals im Ausschuß Wortmeldungen in der Richtung, daß uns einer Ihrer prominenten Vertreter in diesem Ausschuß – heute sitzt er in der Nationalbank – gesagt hat, die nächste Aktion wird die sein, daß in einer Novelle verlangt wird, daß man den Leuten auch Schuhdopplerzulagen gibt.

So haben Sie argumentiert. Das sagen Sie den Bauern draußen nicht! Sie wissen aber sehr wohl, meine Damen und Herren, daß gerade das kostenlose Schulbuch, die kostenlose Schulfahrt eine Wohltat für die bäuerlichen Menschen und ihre Kinder sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Kollege Riegler wirft uns hier Verschiedenes vor und meint: Für wie dumm halten Sie denn die Abgeordneten? Ich gebe das zurück und frage: Für wie dumm halten Sie die Menschen im ländlichen Raum, für wie dumm halten Sie die Bauern, daß sie das glauben, was Sie hier sagen? (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Das Landwirtschaftsbudget diskutieren wir eigentlich jetzt schon zum zweiten Mal, wenn ich das ein wenig unter Anführungszeichen stelle. Denn wir haben ja einen großen Agrartag, einen Bauerntag, bei der Debatte über den Grünen Bericht in diesem Haus gehabt, und heute gibt es im wesentlichen ähnliche Argumente wie damals bei dieser Diskussion. Ich glaube nur, daß man das Landwirtschaftsbudget 1981, das das elfte Budget dieser Bundesregierung ist, den Bauern gegenüber auch deswegen jederzeit vertreten kann, weil durch dieses Budget in einer schwierigen Zeit die Vollbeschäftigung gesichert wird, und die Vollbeschäftigung ist in der heutigen Zeit auch für viele Bauern in diesem Lande äußerst wichtig. (Beifall bei der SPÖ.)

Das Förderungssystem wurde im Laufe der Jahre entsprechend adaptiert, die Beträge für die Landwirtschaftsförderung sind gesichert. Ich meine das ganz wertfrei, aber auch ganz ohne Polemik.

Herr Kollege Riegler! Wenn Sie hier neuerlich Ihre Verhaltensweise in Sachen des land- und forstwirtschaftlichen Betriebsinformationssystemgesetzes, des LFBIS, deponieren, dann möchte ich in aller Bescheidenheit sagen, daß niemand anderer es war und ist als diese Seite, die Regierungspartei dieses Hauses, die das Förderungssystem und auch die Auszahlung der Förderungsmittel ab dem 1. Jänner 1981 durch dieses Gesetz garantiert und möglich macht. Sie waren dagegen, meine Damen und Herren, wir haben uns lange bemüht. (Beifall bei der SPÖ.)

Was Sie hier aufgeführt haben – ich möchte das nicht im einzelnen wiederholen –, war

5900

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Pfeifer

gerade kein Ruhmesblatt für Sie. Wir sind auf alle Ihre zeitlichen Forderungen eingegangen. Wir haben unserem Herrn Bundesminister gesagt, wir wollen mit der Österreichischen Volkspartei so lange verhandeln, wie das möglich ist. Auch der Herr Bundesminister hat das getan, doch wir haben am Schluß zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir dieses Gesetz auch in der Frühjahrssession des Parlaments hätten beschließen können, denn wir sind im wesentlichen mit den Kollegen der FPÖ allein geblieben. Sie haben uns hingehalten und im letzten Moment auch in dieser Frage allein gelassen.

Ich stelle also fest: Das Landwirtschaftsbudget 1981 ist ein Budget, das in einer schwierigen Zeit erstellt wurde und das die Garantie gibt, daß die Landwirtschaftspolitik, die wir seit 1970 in diesem Staate alleine verantworten, für die Menschen im ländlichen Raum fortgeführt werden kann, so daß alle Aktionen sichergestellt sind.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade, was die Landwirtschaftspolitik von der Förderungsseite her betrifft, aller Grund besteht, daß wir den Bauern sagen, daß wir den Grünen Plan und die einzelnen Detailsparten – darüber werden noch meine Freunde aus meiner Fraktion reden – mit einem Betrag dotiert haben, der vor vielen Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Wenn man auf die Bergbauernpolitik zu sprechen kommt, dann müssen Sie folgendes wissen, meine Damen und Herren – auch wenn Sie mit Vergleichen kommen; wir können über jeden Vergleich diskutieren -: Allein die Summe der Bergbauernförderung im Grünen Plan 1981 ist so hoch wie die Gesamtsumme eines Grünen Planes in Ihrer Alleinregierungszeit, nämlich, wenn ich mich recht erinnere, des gesamten Grünen Planes 1969. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich kann mir schon vorstellen, daß Sie diese Dinge nicht besonders gern hören, ich kann mir auch vorstellen, daß Sie da immer wieder einen Einwand finden. Aber das sind eben Fakten, die vorliegen, Sie glauben, daß Sie immer wieder sagen können, daß es den Bauern schlecht geht. Sie tun das seit 1970 – ich muß das sagen, weil ja auch Ihr Vorwurf seit damals immer wieder kommt –, seit 1970, sagen Sie uns, geht es den Bauern permanent schlecht, und Sie übergehen dabei selbstverständlich sofort alle Wahlgänge, die es in der Zwischenzeit gegeben hat.

Sie wissen ganz genau, daß gerade bei den Nationalratswahlen immer wieder zum Ausdruck kommt, daß, je kleiner das Dorf ist, je kleiner die Gemeinde ist, je mehr Bauern dort

sind, umso größer die Zuwachsrate sind, wenn man die Dinge genau analysiert. Es hat auch der Dr. Lanner gleich nach einer wieder einmal verlorenen Wahl der ÖVP gesagt, im Dorf haben die Sozialisten die größten Zuwächse bekommen, und da müsse man von Seiten der ÖVP sehr aufpassen.

Ich weiß schon, daß Sie das irritiert, meine Herren, aber so sind die Fakten, und ich möchte Ihnen nur noch einmal sagen, daß wir die Politik, die wir seit 1970 in diesem Staate allein verantworten, auch in den achtziger Jahren weiter fortsetzen werden und um Zustimmung bitten.

Es hat jeder Abgeordnete ein kleines Bändchen bekommen. Schreien Sie nicht sofort wieder „Agrarwelt“! Zur „Agrarwelt“ sage ich Ihnen: Was Sie am allermeisten schmerzt, ist, daß es eine zweite Zeitung mit einer Auflage gibt, die fast so hoch ist wie die des „Bauernbündlers“, des Oppositionsblattes der ÖVP für die Bauern (*Ruf bei der ÖVP: Das zahlen wir uns selbst!*), und das haben Sie nicht gern. Sie werden es nicht verhindern können (*Abg. Hietl: Aber nicht aus dem Agrarbudget!*), denn ein Minister, der für seine Politik verantwortlich ist, eine Regierungspartei, die für diese Politik verantwortlich ist, dürfen auch ihre Arbeit und ihre Aktivitäten den Menschen nahebringen, und daher werden wir diesen Weg fortsetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich würde Sie nur einladen, daß gerade Sie von der rechten Seite dieses Büchlein genau studieren. Überblättern Sie die Dinge nicht. Damit liegt ganz genau vor, was sich in der Landwirtschaftspolitik abgespielt hat. Sie können darin alles nachschlagen. Ich möchte dem Herrn Bundesminister und seinen Herren sehr danken, daß sie diese wirklich gute Informationsschrift an uns weitergegeben haben.

Ich möchte auch zur allgemeinen Situation der Landwirtschaft etwas sagen. Ich habe schon von der Vollbeschäftigung geredet. Ich komme darauf zurück, daß wir gerade bei den Vorwürfen, die Sie dem Minister immer wieder machen, in Richtung „Briefkastl-Agrarpolitik“... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Sie haben „Briefkastl-Agrarpolitik“ gesagt. Ich habe Ihnen jetzt eine kleine Broschüre gezeigt. Ich glaube, es gehört irgendwie dazu, wenn man von Ihrer Seite „Briefkastl-Agrarpolitik“ vorwirft, dann denken Sie natürlich an die Informationen, die wir den Bauern weitergeben, und die stören Sie halt ein wenig. Aber ich kann nur versprechen, daß wir auf dem Weg der Förderung wie auch auf dem Weg der Information in den achtziger Jahren mit verstärktem Maße die Dinge vorantreiben werden. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Anton Schlager: Das glaube ich!*)

Pfeifer

Ja, Herr Kollege Schlager, sehen Sie – ich glaube, wir reden ja sehr offen miteinander –, ich bin sehr froh, daß Sie auch dieser Auffassung sind. Vielleicht kommt es von Ihnen auch einmal, daß das Schulbuch gut ist, vielleicht kommt auch von Ihnen einmal der Satz, daß die kostenlose Schulfahrt gut ist, vielleicht kommt also auch einmal ein Wort darüber, daß eigentlich die Sozialpolitik der Sozialisten nicht die schlechteste für die Bauern war, denn wir halten hier jedem Vergleich spielend stand. Und bitte bringen Sie mich nicht mit Zwischenrufen in die Richtung, daß ich Ihnen die Zeit in Erinnerung rufen muß, wie Sie zu Ihrer Zeit die Bauern auf dem sozialpolitischen Sektor behandelt haben. Das wissen Sie sehr genau. Seien wir froh, daß wir gemeinsame Lösungen finden konnten, seien wir froh, daß wir gerade hier auf diesem Gebiet für die Bauern mehr tun konnten als je zuvor. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Ich möchte namens der sozialistischen Fraktion sagen, daß wir – und ich meine das so, wie ich das bereits ausgeführt habe – in der Landwirtschaftspolitik immer wieder Gespräche werden führen müssen, daß wir in der Landwirtschaftspolitik ganz einfach immer wieder versuchen müssen, in schwierigen Situationen Kompromisse zu finden.

Und wir haben immer wieder versucht – und der Herr Bundesminister hat das, glaube ich, immer getan und tut es auch in der Gegenwart –, schwierige Probleme mit den Bauern zu lösen, denn es ist nun einmal so, daß die Bauern das Ressort brauchen und das Ressort die Bauern braucht. Und wir sollten alle daran arbeiten, daß diese Gesprächsbasis erhalten bleibt und, wenn es geht, forciert wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben in vielen Produktionssparten – ich sagte schon: Milch, Getreide, wenn Sie wollen, Weinexport, Viehwirtschaft – in letzter Zeit viel erreicht.

Herr Bundesminister, ich bin sehr froh darüber, daß die entsprechende Kontrolle auf Grund der Vorfälle auf dem Milchsektor sehr rasch erfolgt ist, und wir sind froh darüber, daß bei den Unzukömmlichkeiten, um das sehr abschwächend zu sagen, von 124 Steuermillionen bereits 111 Millionen wieder rückestattet wurden. Aber es ist Grund genug, meine Damen und Herren, daß wir auf Grund dieser Vorkommnisse nicht müde werden und daß wir Sie immer wieder auffordern werden, Herr Bundesminister – wir haben ja das schon im Hohen Haus bei einer der letzten Sitzungen getan –, immer wieder diese Fälle zu kontrollieren, nicht müde zu werden und manche Genossenschaften beziehungsweise auch Betriebe in Permanenz zu kontrollieren, bevor

die Dinge überquellen und staatliche Steuermillionen vergeudet werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Das vorliegende Budget ist, wie ich schon sagte, unter schwierigen Umständen erstellt. Es garantiert die Förderungspolitik, die Sicherstellung der Förderungspolitik in der Landwirtschaft, es gibt die Sicherheit der Auszahlung für die Bergbauernbetriebe, und es ist, so meine ich, im Rahmen des Möglichen auch von der staatsbudgetären Situation her gesehen alles geschehen, was im Bereich des Möglichen für die Landwirtschaft zu geschehen hatte.

Ich bitte also, daß wir dieses Budget für 1981, dem wir zustimmen, sachlich diskutieren und daß wir uns auf der anderen Seite bemühen, aus den Diskussionsbeiträgen heraus die landwirtschaftliche Situation so zu schildern, wie sie wirklich ist.

Sie war immer schwierig und wird nie leicht sein, aber machen wir nicht durch manchmal vielleicht wenig überlegte Diskussionsbeitäge die Leute mutlos. Es gibt keinen Grund dafür, denn wir tun mit der Beschäftigungspolitik und mit der Agrarpolitik, mit der Wirtschaftspolitik dieser Regierung alles, um ein Budget für alle Österreicher und speziell für die Bauern vorzustellen und zu beschließen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Riegler gemeldet.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Pfeifer hat einen Vergleich darzustellen versucht zwischen der Zeitung „Agrarwelt“ und den Bauernbund-Zeitungen. Dieser Vergleich ist unzulässig. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es geht hier um zwei völlig verschiedene Dinge: Die Zeitungen des Bauernbundes werden aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, die Zeitung „Agrarwelt“, die als Informationszeitung des Ministeriums deklariert ist, der SPÖ gehört, wird aus Steuergeldern finanziert. Und das wollen wir nicht haben und das wünschen wir, daß es abgestellt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
Dipl.-Ing. Haiden: Nur einen Satz dazu. Ich möchte diesen Vergleich auch nicht akzeptieren, denn schauen Sie sich die Schreibweise an. (*Heiterkeit bei der ÖVP. – Abg. Hietl: Ja, gibt es eine Pressefreiheit? Soll der „Bauernbündler“ das schreiben, was Sie ihm vorschreiben? Das ist ja unerhört!*) Und zweitens: Der „Bauernbünd-

5902

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

ler“ bekommt Mittel aus dem Grünen Plan. Ich bitte, das dem Hohen Haus mitteilen zu dürfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Murer.

Abgeordneter Ing. Murer (FPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Verehrter Herr Präsident! Der Herr Kollege Pfeifer hat vorhin gemeint, man solle doch hier die Dinge darstellen, wie sie wirklich sind. Ich werde mich als Bauer bemühen, die Dinge wirklich so darzustellen, wie ich sie als Bauer nicht nur seit gestern oder nicht nur erst heute sehe, Herr Kollege Pfeifer, sondern wie sie meine Familie auf meinem Bauernhof schon seit Jahrzehnten empfindet und wie sie es täglich verspürt.

Herr Kollege Pfeifer, Sie haben gemeint, dieses Agrarbudget wäre ein Budget – oder haben Sie das gesamte Budget gemeint? – zur Vollbeschäftigung, das dazu beitrage, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Und ich frage Sie jetzt konkret, Herr Kollege Pfeifer: Darf dieses Wort der Vollbeschäftigung, das wir Freiheitliche genauso vertreten und auch die Österreichische Volkspartei vertritt, darf dieses Wort nur für verschiedene Berufsgruppen gelten? Herr Kollege Pfeifer, wenn Sie das ernst gemeint haben mit der Vollbeschäftigung, dann frage ich Sie, warum in den letzten Jahrzehnten bis hin zum letzten Jahr noch so viele Bauern ihre Höfe aufgeben haben müssen, und ich frage Sie, warum dann zehntausend Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft ihre Arbeitgeber verlassen mußten. Ich glaube, daß hier eben mit zweierlei Maß gemessen wird, und ich kann Sie nur ersuchen, diese Vollbeschäftigungspolitik auch für die bäuerliche Bevölkerung und für unsere Bauern in Zukunft gelten zu lassen.

Meine Damen und Herren! Es wird so viel über Agrarpolitik, es wird so viel über Bauernpolitik gesprochen, und ich muß Ihnen wirklich sagen, man ist ja entsetzt, daß es Politiker gibt, die hierher treten und sagen: So gut ist es den Bauern noch nie gegangen, so viel Einkommen haben sie überhaupt noch nie gehabt! Und wenn man in den hinteren Reihen die Kollegen sieht, wie sie mit Statistik argumentieren und meinen: Schaut's euch die Linie an, die geht nur nach oben, dann, bitte, ist mir eines unerklärlich: Wenn diese Agrarpolitik so gut war oder so gut ist, warum sind dann in den letzten zehn Jahren und auch im letzten Jahr noch so viele abgewandert? Meine Damen und Herren! Warum haben wir immer wieder dasselbe Wort, wo wir uns ja ständig auseinandersetzen, nämlich den Einkommensunterschied zwischen den Bauern und

den anderen Berufsgruppen, der im Jahr 1970 bei 2 000 S lag und der im Jahr 1980 bei 6 600 S angelangt ist?

Herr Bundesminister, ich frage Sie: Seit 1960 haben wir das Landwirtschaftsgesetz, wir haben den Grünen Plan, wir haben die Bergbauernförderung. Herr Bundesminister! Sie haben sicherlich viele Maßnahmen eingeführt, mit denen Sie immer wieder zeigen wollen – ich gebe es gerne zu, auch auf der sozialpolitischen Seite –, mit denen Sie immer wieder vorführen wollen, wie gut diese Agrarpolitik war. Aber bitte, warum haben 750 000 Menschen in den letzten 25 Jahren unsere Höfe verlassen? Ich frage Sie, Herr Landwirtschaftsminister, und antworten Sie darauf und sagen Sie mir aber bitte schön auch, ob Sie dafür eintreten, daß in den nächsten zehn Jahren noch einmal 250 000 vom Land verschwinden müssen. Diese Frage müssen Sie beantworten.

Herr Bundesminister! Ich werde mich nun, bevor ich auf das Budget eingehe, mit ein paar grundsätzlichen agrarpolitischen Fehlentwicklungen beschäftigen und hier etwas aufzeigen. Ich habe schon das Abwandern erwähnt, und ich muß feststellen, wenn in dem letzten Jahr, wo es auch in der Industrie nicht so günstig mit der Arbeitsplatzentwicklung war, nach wie vor zehntausend Arbeitnehmer vom Land gehen mußten und 3 000 Höfe aufgelassen werden mußten, dann war das das Spiegelbild der Agrarpolitik, das wir in den letzten zehn Jahren und speziell in den letzten paar Jahren sehen konnten. Durch die zurzeit manifestierten agrarpolitischen Zielsetzungen kann sich die Struktur, Herr Bundesminister, auf unseren Bauernhöfen nur zu immer weniger und dabei nicht immer größeren Betrieben entwickeln, wie man ja seinerzeit auch in der ÖVP vermutet hatte, mit einer Konzentration auf den günstigen Erzeugungsstandort und dem Ausscheiden der sogenannten kleineren Betriebe, dem Ausscheiden der sogenannten unrentablen Betriebe, worunter man natürlich auch dort und da immer wieder die Bergbauernhöfe meint. Das ist das Bild, das ich feststelle.

Und es gibt heute Beratungskräfte, es gibt heute Wissenschaftler und es gibt Arbeiterkammer- und ÖGB-Funktionäre, die meinen, daß es ja eigentlich schrecklich ist, daß das Beharrungsvermögen dieser bäuerlichen Familienbetriebe so groß ist. Ja damit, meine Damen und Herren, geben Sie ja zu, daß es Sie direkt schreckt, daß diese Bauern nicht abwandern. Und ich sage Ihnen von unserem freiheitlichen Standpunkt aus, ich bin froh, daß das Beharrungsvermögen dieser Bauern so groß ist und daß sie heute noch auf den Höfen bleiben. (Beifall bei der FPÖ.)

Ing. Murer

Was, meine Damen und Herren, ist die Folge dieser falschen Politik? Zunehmende Konzentration und beginnende Entleerung des ländlichen Gebietes und zunehmendes Auftreten von ökologischen Störungen und gewaltigen Naturdefiziten in den Gebieten, wo unsere Bauern heute nicht mehr arbeiten.

Die dritte Fehlentwicklung, die mir ins Gesicht schlägt, ist, daß durch den Zwang zur ständigen Mehrproduktion, zu einer ständig fortschreitenden Spezialisierung mit einem immer größer werdenden Einsatz von viel zu teurer Energie in Form von Handelsdünger, Chemie und Technik wir Bauern nach wie vor nicht nur in großen Schwierigkeiten sind, sondern in immer größere Schwierigkeiten hineinschlittern.

Und was ist die Folge dieser Politik, Herr Minister? Sie sagen es ja selbst immer wieder, und auch der Herr Staatssekretär sagt es: das Anwachsen der Überschüsse, der sogenannten Überschüsse. Und, Herr Bundesminister, Sie kennen ja die Problematik der Krisengroschen. Wir leben zwar in einer Zeit des Wohlstandes, die Sozialisten verkündigen ständig die „Insel der Seligen“ in Österreich, und die Bauern, die immer mehr arbeiten müssen, immer mehr sich konzentrieren müssen, müssen Krisengroschen zahlen über Krisengroschen. Und ich warte auf den Tag, bis den Sozialisten noch eines einfällt: einen allgemeinen Bauernkrisengroschen einzuführen, weil es halt überhaupt noch welche gibt. Und das lehnen wir ab, meine Damen und Herren.

Unlängst, Herr Minister, haben Sie gemeint, diese Überschüsse müßte man an die Dritte Welt verschenken. Ja, Herr Landwirtschaftsminister, ich frage Sie: Kann sich angesichts der angespannten Budgetlage die Regierung das leisten, zu kalkulierten Erzeugerpreisen unsere Überschüsse zu verkaufen, um dann mit viel Steuermitteln einen Zuschuß an die Dritte Welt zu verschenken?

Ich habe eine Presseaussendung dazu gemacht und habe gemeint, daß man in der Dritten Welt ein Problem lösen muß: das Grundverteilungsproblem. Wir wissen, daß in verschiedenen Ländern 90 Prozent und mehr von Grund und Boden in der Hand von einer Gruppe sind, und das zweite ist, daß dem Erzeugen von Nahrungsgütern der Menschen, die dort leben, oberster Vorrang gegeben werden muß, und daher gewinnen die österreichische Entwicklungshilfe und die Ausbildung unserer Entwicklungshelfer immer mehr an Bedeutung.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun kurz auf das Budget im besonderen eingehen. Wenn ich mir in den letzten Wochen den

Lobgesang der Sozialisten nicht nur im Landwirtschaftsausschuß angehört habe, sondern vom Bundeskanzler höre: „Zehn gute Jahre für die Bauern!“, von der Arbeiterkammer: „So viel haben die Bauern noch nie verdient, Klagen der Landwirtschaft über Einkommen sind völlig unberechtigt“, und anderes mehr, dann, meine Damen und Herren, fragen sich sicherlich viele Menschen und vor allem junge Menschen, Herr Minister: Ist denn diese SPÖ-Agrarpolitik überhaupt noch kritikwürdig?

Ich glaube Ihnen schon, daß so mancher sagt: Ja wenn das alles so gut war – vor allem die Nichtbauern werden sich fragen –, ja warum kritisieren die anderen Abgeordneten diese Agrarpolitik? Aber, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, lassen Sie doch mich als Bauer Ihnen einmal eines sagen: Wo Sie sind, da gibt es große Probleme. Selbstverständlich gilt das auch für die Agrarpolitik im allgemeinen und für die Agrarförderung zurzeit noch im besonderen.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat uns am 14. November im Ausschuß ja eine sehr tolle Rechnung präsentiert. Er sagte unter anderem: „Für den weiten Bereich der Land- und Forstwirtschaft sind 17 Milliarden Schilling veranschlagt.“ – Ja meine Damen und Herren, ich habe geglaubt, ich höre nicht richtig: 17 Milliarden für die Bauern hat der Herr Landwirtschaftsminister gemeint! Natürlich hat der Herr Landwirtschaftsminister alles mögliche in einen Topf hineingeschmissen, alles, was irgendwie mit Nahrungsmitteln zu tun hat, und alles, was irgendwie an Geld auf das Land hinausströmt. Herr Bundesminister! Ich verstehe Sie schon. Sie wollen halt in der Öffentlichkeit gut dastehen, deshalb tun Sie das. Das ist mir schon klar. Aber wissen Sie, was mich stört, Herr Landwirtschaftsminister? Daß es jedes Jahr heißt: Schon wieder mehr Geld für die Bauern! Das ist das, was mich so stört! Denn das stimmt nicht, und ich werde es Ihnen jetzt beweisen.

Herr Minister! In Wirklichkeit ist es doch so, daß viele andere Wirtschaftsbereiche und Berufsgruppen bei diesem Budget mitnaschen. Mit anderen Worten und auf deutsch gesagt: Das Bauernbudget hat sogenannte Kostgänger. Ich werde diese Kostgänger nennen.

Ich verstehe schon, daß der Herr Landwirtschaftsminister den Deckmantel des Schweigens darüber hält, und ich kann mich noch gut erinnern, wie Sie voriges Jahr gemeint haben, es sei ja eine müßige Diskussion, welche Posten den Bauern wirklich zugute kommen; darüber brauchen wir gar nicht zu reden, haben Sie gemeint, das sei ja wirklich müßig. Und ich sage Ihnen aus freiheitlicher Sicht, daß es keine müßige Diskussion ist, denn wir Freiheitlichen,

5904

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Ing. Murer

Herr Bundesminister, wollen eine transparente Budgetdiskussion! (*Beifall bei der FPÖ.*) Das würde ja sonst der Idee widersprechen, wenn wir diese Diskussion nicht führen würden, möglichst viele Förderungsmittel den Bauern direkt zufließen zu lassen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Bauernbudget 1981 ist genauso wie im Vorjahr ein wirres Durcheinander, ein wirres Kunterbunt von Budgetansätzen – und nichts anderes! –, die ich jetzt einmal richtig ordnen werde. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, die muß man ordnen, und man muß es den Menschen sagen, Herr Deutschmann, denn sonst werden Sie sicherlich Schwierigkeiten kriegen in Kärnten, wenn Sie das nicht wissen. Nicht? Ist doch klar! (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe des Abg. Deutschmann.*)

Daher glaube ich, daß man diesen gesamten Budgetansatz erstens einmal in ein Bauernbudget einteilen muß. – Herr Kollege Deutschmann, Sie werden es ja auch nicht genau wissen, nehme ich an. Aber hören Sie sich das an! Zum zweiten meine ich, weil ja auch die Kammern mit ihren Förderungsmitteln eine Rolle spielen, worüber Sie ja so oft reden . . . (*Zwischenrufe.*) Herr Kollege Deutschmann! Ich habe gerade gesagt: Weil die Kammern mit ihren Mitteln ja da auch eine Rolle spielen! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Steger.*)

Also zweitens, aber nicht nur, handelt es sich um ein Beamtenbudget.

Und drittens möchte ich das teilen in ein Landbevölkerungsbudget und ein Konsumen- und Fondsbudget.

Ich weiß schon, meine Damen und Herren von der linken und zum Teil von der rechten Reichshälfte, daß Ihnen das nicht paßt, aber es trifft den Nagel auf den Kopf. Das können Sie mir glauben.

Für uns Freiheitliche ist es selbstverständlich, daß das primäre Agrarbudget im absoluten Interesse steht. Schließlich steckt im primären Agrarbudget alles drinnen, die eigentliche Förderungspolitik, und das ist das eigentliche Förderungsbudget. Dabei handelt es sich um die Budgettiteln 601 bis 603, die Förderung der Land- und Forstwirtschaft und das Ernährungswesen, das Bergbauern-Sonderprogramm und den Grünen Plan.

Das heißt also, meine Damen und Herren, wenn ich nur den Grünen Plan hernehme mit 1 045 Millionen, daß sich dieser Grüne Plan im Vergleich zum Jahre 1980 nicht verändert hat, sondern gleichgeblieben ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich anerkenne, Herr Landwirtschaftsminister, aber auch, daß das Bergbauern-Sonderprogramm um 5,7 Prozent gestiegen ist. Das anerkennen wir Freiheitlichen sicherlich.

Und wir anerkennen auch, daß in Summe das Budget für landwirtschaftliche Förderungsmittel um 2,3 Prozent gestiegen ist. Auch das anerkenne ich.

Hohes Haus! Ich muß Ihnen eines sagen, was mich sehr stört: Daß mehr oder weniger diese Budgetpolitik unter einem Motto läuft, wenn ich mir das Gesamtbudget anschau: Die geringste Achtung für die wichtigste Arbeit! – Ich möchte damit keinen anderen Wirtschaftszweig in Frage stellen (*Abg. Czettel: Das tun Sie aber!*) – unter gar keinen Umständen, meine Damen und Herren –, aber ich glaube halt, daß die Nahrungssicherung für unsere Menschen auf jeden Fall zum Wichtigsten gehört.

Hohes Haus! Nur rund 36 Prozent des gesamten Budgetkapitels 60 beziehen sich auf das landwirtschaftliche Förderungsbudget. Das sind eben genau diese 1,8 Milliarden Schilling, die ich vorhin erwähnt habe.

Die Schutzwasser- und Lawinenverbauung, die ich bewußt als Landbevölkerungsbudget bezeichnet habe, beträgt rund 1,2 Milliarden Schilling. Und das sind 25 Prozent des Budgetkapitels 60.

Und nun rechnen wir die Budgetkapitel 65, 66 und 67 zusammen und nehmen noch das 609 dazu, meine Damen und Herren, und dann möchte ich sagen, daß das das Beamtenbudget ergibt. Und so komme ich dabei immerhin auf 1,9 Milliarden Schilling beim Beamtenbudget, und das sind 38 Prozent des gesamten Budgetkapitels Land- und Forstwirtschaft. Das ist mehr als das ganze landwirtschaftliche Förderungswesen insgesamt.

Herr Bundesminister! Ich weiß schon, Sie werden jetzt sagen, daß Ihnen die Beamten natürlich genauso lieb sind, denn ohne Beamten gäbe es ja keine Förderung. Und da gebe ich Ihnen bis zu einem gewissen Grad auch recht. Aber was mich dabei stört – und das habe ich ja voriges Jahr schon gemeint –, das ist die Tendenz, die sich in der gesamten Budgetgestaltung aufzeigt, daß es nämlich immer weniger Bauern werden, immer mehr Förderungsbeamte, immer mehr Bürokratie und immer mehr Schreibtische, und das wollen wir nicht, Herr Landwirtschaftsminister! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Herren von der ÖVP meinen immer wieder, daß ich gegen die Kammer wäre, daß ich gegen die Kammerbürokratie auftrete, womit sie zum Teil recht haben. – Schade, daß die Frau Kollegin Wieser nicht da ist; die Frau Kollegin

Ing. Murer

Stangl ist ja hier. Sie haben nämlich auch gemeint, daß ich gegen die Kammer wäre. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich muß Ihnen sagen, daß das sicher nicht stimmt, denn – ich möchte das hier sehr klar sagen – die bäuerliche Berufsvertretung ist eine Einrichtung, die es ja nicht erst seit Ihrer Zeit gibt. Schon in den zwanziger Jahren wurden ja die ersten Landwirtschaftskammern gegründet, nur mit einem gewissen Unterschied: daß man damals viel mehr dem Bauern geholfen hat und nicht so wie heute einen totalen Verwaltungsapparat über die Bauern aufgebaut hat. Und das wollen wir nicht! (Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe des Abg. Haas.)

Meine Damen und Herren! Wir Bauern sind alle in die Schule gegangen, und wir haben selbst denken gelernt, und wir lassen uns von dem Verwaltungsapparat der Landwirtschaftskammer sicher nicht – auch über das Beratungswesen nicht – unter Kuratel stellen. Das möchte ich hier gesagt haben! (Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren! Aber wissen Sie, was Sie draußen den Bauern sagen können? – Sie können draußen den Bauern gerne eines sagen (Ruf bei der ÖVP. . . der Murer!), daß natürlich der Murer kritisch jeder Organisation hier gegenübersteht. Wir haben ja schon viel zuviel mitgemacht mit diesen Organisationen, und insbesondere, Herr Präsident Deutschmann, stehe ich sehr kritisch der Abwicklung der Förderungsmittel gegenüber. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, Sie können ja reden, was Sie wollen, aber bitte paßt ein bissel auf! Frau Kollegin Stangl, ich stehe auch sehr kritisch den Äußerungen gegenüber, die von den Kammerpräsidenten oder von gewissen Herren der Kammer gemacht werden.

Darf ich Ihnen jetzt etwas sagen? – Mich hat es natürlich aufgereggt – jetzt rede ich, dann können Sie reden! (Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Passen Sie einmal auf! Wissen Sie, was der Herr Kammeramtsdirektor der Steiermark gemeint hat? – Der Kammeramtsdirektor der Steiermark hat zu meinem Entsetzen vor jungen Lehrern gesagt (Ruf bei der SPÖ: Aufpassen jetzt!), daß der Paritätslohn für die Landwirtschaft eine Illusion ist!

Ja daß ich dem natürlich kritisch gegenüberstehe, das können Sie sich doch vorstellen. Aber gegen die Organisation an und für sich habe ich nichts. (Abg. Deutschmann: . . . Paritätslohn!)

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen waren die ersten, die mit einem Landwirtschaftsgesetz, mit einer Vorlage hierhergekommen sind, Herr Kollege Deutschmann, und gemeint haben: Wir brauchen ein neues Landwirtschafts-

gesetz! Nicht Sie waren es! Daß Sie sich dann allerdings angeschlossen haben, darüber haben wir uns gefreut. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich wollte Ihnen nur eines sagen, Herr Kollege Deutschmann: 35 Jahre schwarze Kammerbürokratie, nach wie vor Hinterherhupfen der Bauern mit ihrem Einkommen – dazu brauchen wir keine Landwirtschaftskammer! Das kann ich Ihnen schon sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Zurück zum Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft. (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Was für Sie, bei Ihrem Einkommen, lustig ist, Herr Zittmayr, das sieht man ja, für uns Bauern ist das nicht lustig. Das kann ich Ihnen schon sagen. (Abg. Anton Schlager: Vom Einkommen brauchen Sie aber net zu reden!) Aber ich rede ja hier stellvertretend für alle Bauern, Herr Kollege Schlager. Ich kann Ihnen schon sagen, was Sie in den letzten 20 Jahren verabsäumt haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Zurück zum Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft, das in Summe rund 5 Milliarden Schilling beträgt und damit gegenüber 1980 vom Budgetansatz her eine Steigerung um 5,5 Prozent erfuhr. Auch das, Herr Minister, will ich anerkennen.

Aber, meine Damen und Herren, die Position des Kapitels 60 zum Gesamtbudget ist geradezu ernüchternd und zeigt sinkende Tendenz. Es hat einen Anteil von lediglich 1,5 Prozent. 1980 waren es noch fast 1,6 Prozent. Das primäre Agrarbudget hat überhaupt nur einen Anteil von 0,56 Prozent. Im Vorjahr waren es noch 0,61 Prozent.

Dieses Zurückdrängen des Agrarbudgets ist eigentlich für mich kein Wunder, Herr Landwirtschaftsminister, stieg doch das Gesamtbudget von 302 Milliarden Schilling auf 335 Milliarden Schilling; es stieg also um fast 11 Prozent. Es weist damit eine doppelt so starke Steigerungsrate auf wie das Kapitel Land- und Forstwirtschaft und eine rund fünfmal so starke wie das primäre Agrarbudget.

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, der Herr Landwirtschaftsminister wird wieder erwidern, das Hinterherlaufen der Landwirtschaft im Budget sei eben deswegen, weil es ja personalintensiv sei – so meinten Sie auch im letzten Jahr –, deshalb seien auch die Steigerungsraten viel niedriger.

Herr Landwirtschaftsminister! Bei der Agrarpreisverhandlung erwidert Ihr Freund Minister Staribacher, die Produktivitätsgewinne müßten natürlich hier berücksichtigt werden, darum könnten wir in dieser ganzen Preisverhandlung

5906

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Ing. Murer

nicht so mitgehen, wie es in den anderen Berufsgruppen ausfällt.

So, meine Damen und Herren, befindet sich die Landwirtschaft im Zangengriff einer recht eigenartigen Dialektik. Erstens hinkt sie budgetär hinterher, und sie wird preismäßig von staatlicher Stelle kräftig niedergehalten.

Nun einige Gedanken zum Preisausgleich. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Auch hier gilt das gleiche wie im Kapitel 60, daß nämlich nur ein Teil dieser Mittel von Preisausgleichen den Bauern wirklich zugute kommt.

Der Herr Finanzminister ging in seiner Budgetrede sogar davon aus, der Land- und Forstwirtschaft flössen insgesamt 9 Milliarden Schilling zu. Das wären aber nur 2,7 Prozent der gesamten Budgetausgaben. Er zählt nämlich bei diesen Rechenkunststücken das gesamte Kapitel 62 in Höhe von 3,4 Milliarden Schilling völlig den Bauern zu.

Meine Damen und Herren! Wenn tatsächlich das landwirtschaftliche Förderungsbudget 2,7 Prozent der Staatsausgaben ausmacht, dann könnte man natürlich viel mehr tun, als das jetzt der Fall ist.

Doch in diesen Preisausgleichen stecken ja auch große Teile dessen, was ich eingangs im Budget für die Fonds und natürlich auch für die Konsumenten hier bezeichnet habe. Daß nämlich 1,5 Millionen Wiener, fernab von der Milchproduktion, den gleichen Milchpreis haben wie jene Konsumenten, die mitten in den Erzeugungszentren wohnen können, ist genau auf diesen Preisausgleichsmechanismus zurückzuführen. Hier wird kräftig abgeschöpft und subventioniert und hin- und hergeschichtet.

Meine Damen und Herren! Ein beträchtlicher Teil der ausgewiesenen Mittel – ich denke dabei in erster Linie an die Subventionen für den Milchpreisausgleich, der mit rund 1,6 Milliarden Schilling veranschlagt ist – ist der Ausfluß der traditionellen Überschußpolitik. Die Journalisten sagen meistens dazu, daß das die Milch- und Butterberge sind.

Meine Damen und Herren! Hier ein klares Wort zu dieser Überschußproduktion: Diese Butterberge, die so vorgegeben werden, sind ja nichts anderes als die Folge einer falschen Milchmädchenrechnung. Niemand sagt, wieviel Krisenvorsorge wir haben, niemand spricht von einer gewissen Ernährungssicherheit und Ernährungsgarantie.

Genau dieser Ausspruch, meine Damen und Herren, veranlaßt mich wiederum zu grundsätzlichen politischen Aspekten. Man hat nämlich in den letzten Jahrzehnten irrigerweise geglaubt,

wenn man die Landwirtschaft auf die totale Rationalisierungsstraße bringt und mit Pauken und Trompeten die Produktivitätsmaschinerie in Gang setzt, kann man dieses ganze Produzieren nach Belieben wieder stoppen. Meine Damen und Herren! Man war der Meinung, man könnte quasi durch Knopfdruck das wieder abstoppen.

Ich meine, daß das der größte Irrtum der sogenannten Technokraten war. Man hat geglaubt, man könne alles machen, in der Landwirtschaft sei alles machbar.

Hohes Haus! Man kann über die eine oder andere Position, eben über das Agrarbudget oder die Preisausgleiche, herumkritisieren, aber darin allein kann sich, glaube ich, eine agrarpolitische Opposition, die wie die Freiheitlichen langfristig denkt, auf gar keinen Fall erschöpfen.

Der Grüne Plan ist das Herzstück der Agrarförderung, er ist bekanntlich auch der Ausfluß des Landwirtschaftsgesetzes.

Nun haben wir, Herr Bundesminister, seit Jahrzehnten ein solches Gesetz – leider ein unzureichendes Landwirtschaftsgesetz –, und jedes Jahr wird aufs Neue am Patienten Landwirtschaft und Bauern kräftig herumgedoktert – und es ändert sich kaum etwas!

Es stellt sich daher für mich als freiheitlichen Bauernvertreter die Frage einer Agrarbilanz. Daß der Regierung bei einer solchen Bilanzierung, Herr Minister, natürlich nicht wohl ist in der Haut, das kann ich mir schon vorstellen. Denn es fällt sehr mager aus.

Für etwaige Mißerfolge – so wie ich gehört habe – werden heute nicht – wie ich es erwähnt habe – die Agrartechnokraten und die Agrapolitik verantwortlich gemacht, sondern der technische Fortschritt und die steigende Produktion, so meint die Bundesregierung, seien schuld an dieser Misere. So kam es ja auch im Landwirtschaftsausschuß zur Sprache, und so wird es ja auch wörtlich von den Sozialisten formuliert.

Ich glaube, Herr Landwirtschaftsminister, daß Sie sich das viel zu bequem machen, indem Sie dem anonymen technischen Fortschritt und der ständig steigenden Produktion die Schuld in die Schuhe schieben.

Ich sage Ihnen, Herr Minister, diese Misere, in die die Masse unserer Bauern geraten ist, ist Menschenwerk und ist die Folge einer verfehlten sozialistischen Agrarpolitik. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Landwirtschaftsminister! Es stünde Ihnen als verantwortlichen Minister sicherlich viel besser an, wenn Sie sagten, es wurde leider

Ing. Murer

das im Landwirtschaftsgesetz gesteckte Ziel, das ohnehin sehr weitmaschig formuliert ist, nicht erreicht, nämlich den Bauern ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen. Das müßten Sie sagen, Herr Minister. Warum sagen Sie denn das nicht?

Weiters würde es Ihnen gut anstehen, wenn Sie sagen würden: Die seinerzeit kompromißlos vertretene Ansicht über den forcierten Strukturwandel und den staatlich organisierten Verdrängungswettbewerb, die Ansicht, über Produktivitätssteigerung zu einem Einkommensausgleich zu kommen, hat sich als eine Seifenblase entwickelt.

Es würde Ihnen auch gut passen, Herr Minister, wenn Sie sagen würden: Wir haben im Landwirtschaftsbudget zuwenig Geld, um der Masse der wirtschaftlich maroden Bauern auf die Beine helfen zu können. Wir werden uns aber bemühen, es in Zukunft besser zu machen.

Herr Landwirtschaftsminister, Sie müßten sagen: Wir werden das Landwirtschaftsgesetz im Sinne der Freiheitlichen Partei ändern.

Die Österreichische Volkspartei meinte heute auch, daß das Paritätseinkommen, der Paritätslohn das Ziel sei, das wir gemeinsam in diesem Hohen Hause erreichen müssen. Dann, Herr Landwirtschaftsminister, könnten wir uns vorstellen, eine gemeinsame Agrarpolitik zu machen. Aber in Wirklichkeit haben Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, mitgeholfen, die Bauern zu einer noch größeren Minderheit zu machen. Interessanterweise produziert diese Minderheit nach wie vor mehr, als die Mehrheit anscheinend verträgt, und zwar notgedrungenerweise, weil sie eben produzieren muß, weil sie zum Produzieren gezwungen wird, Herr Bundesminister, und nicht, weil sie vielleicht noch schuld daran ist.

Ich möchte abschließend zu diesem Budget 1981 grundsätzlich noch eines sagen. Ich möchte hier den Präsidenten der deutschen Industrie zitieren. Der Präsident des deutschen Handelskammertages hat gemeint, daß man vor den Subventionen warnen muß. Er sagte – ich zitiere –: Subventionen sind wie Rauschgift; am Anfang erzeugen sie Freude, am Ende aber steht die totale Zerrüttung des gesamten Staates.

Meine Damen und Herren! Das ist die Wahrheit Ihrer Subventionspolitik, Herr Minister, die wir Freiheitlichen unter gar keinen Umständen decken. (Beifall bei der FPÖ.)

Vielleicht noch ein zweiter Aspekt: Ich glaube, wir dürfen nicht in einen Subventionstaumel verfallen, wenn von einem Agrarbudget die Rede ist. Man kann doch – das ist uns

Freiheitlichen schon klar – die Agrarpolitik nicht vorrangig und nicht ausschließlich an der Höhe des Budgets messen – das weiß ich schon –, denn dieses Budget ist ja bruchstückhaft.

Wir Freiheitlichen meinen: Gebt den Bauern kostendeckende Preise, die diese Bauern, die wir heute noch haben, die diese Familienbetriebe befähigen sollen, im Durchschnitt ungefähr genau dasselbe zu verdienen wie die anderen in unserem Staate. Das haben Sie bis heute versäumt. (Zustimmung bei der FPÖ)

Meine Damen und Herren! Erst wenn diesem Wunsch der Freiheitlichen Partei Rechnung getragen wird, erst wenn Sie einem neuen Landwirtschaftsgesetz, das den Paritätslohn vorsieht, zustimmen, erst wenn Sie die Bauern von ihrer Nabelschnur, an der sie heute noch hängen, von der Agrarsubventionitis, die Sie pflegen, getrennt haben und erst wenn Sie diesem freiheitlichen Gedanken vom Paritätslohn zum Siege verhelfen, Herr Landwirtschaftsminister, könnte ich mir vorstellen, daß wir vielleicht auch einmal einem Grünen Plan zustimmen. Aber zu diesem Grünen Plan, zu diesem Agrarbudget, das wir heute haben, können wir Ihnen die Zustimmung aus freiheitlicher Sicht nicht geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Deutschmann.

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir nichts anderes erwartet als das, was heute im Hohen Haus zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft wieder einmal geschieht. Die einen behaupten, es sei alles in bester Ordnung, der freiheitliche Sprecher schlägt einmal nach links, einmal nach rechts. (Abg. Dr. Steger: Ist auch dringend notwendig!) Herr Abgeordneter Steger, ich werde dazu noch einiges sagen.

Es kommt der Tenor auf: Man sollte sich doch ein klein wenig im Zaum halten, die Gesprächsbasis ist doch etwas Wichtiges, sie wollen wir doch erhalten, damit wir die Probleme, die auf uns zukommen, gemeinsam lösen können. (Zwischenruf bei der FPÖ.) Ich bin ganz Ihrer Auffassung, nur appellieren Sie mit diesem Ausspruch immer an die anderen und nicht an sich selbst.

Herr Abgeordneter Pfeifer, ich möchte darauf hinweisen, weil Sie gemeint haben, man mache alles schlecht, was es nur schlechtzumachen gilt, daß der Herr Abgeordnete Riegler heute in seinen Ausführungen sehr wohl auf verschiedene Erfolge im Zusammenhang mit der Agrarpolitik hingewiesen hat. Er mußte aber auch Schwachstellen aufzeigen, mit denen wir

5908

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Deutschmann

nicht fertig geworden sind. Man könnte selbstverständlich untersuchen: Warum sind wir damit nicht fertig geworden? Aber ich glaube, daß es sicherlich Partner geben muß, wenn man mit diesen Problemen, die auf uns zukommen, fertig werden will.

Es hat mich gerade bei der Debatte über den Grünen Bericht gewundert, daß man alles getan hat, um diese Gesprächsbasis, die wir hatten, zu vernichten. Herr Abgeordneter Remplbauer, ich werde noch auf Ihre Ausführungen zurückkommen. Ich habe mich wirklich gewundert, weil wir ja der Auffassung sind, daß gerade die Agrarprobleme nur gemeinsam getragen und bewältigt werden können, daß man dann eine Welle auflegt, die alles eher bringt als die Zusammenarbeit.

Ich möchte auch sagen: Herr Bundesminister, ich habe mich gerade durch Ihre Zwischenmeldung irgendwie irritiert gefühlt. Sie haben mit einem Satz erklärt: Aber der „Bauernbündler“ bekommt auch Mittel aus dem Grünen Plan. Herr Bundesminister, das stimmt doch nicht! (Bundesminister Dipl.-Ing. Haider: 1,5 Millionen!) Nein, Herr Bundesminister, der „Bauernbündler“ bekommt keinen einzigen Schilling aus dem Grünen Plan! (Beifall bei der ÖVP.)

Die Bauernorganisationen bekommen Mittel aus dem Grünen Plan. Die freiheitliche Bauernschaft erhält eine Million Schilling, der Arbeitsbauernbund eine Million Schilling, der Bauernbund eine Million Schilling, der Allgemeine Bauerverband eine Million Schilling, und auch die Bergbauerngemeinschaft bekommt Geld. Aber dann hier aufzustehen und zu sagen: Der „Bauernbündler“ bekommt auch Mittel aus dem Grünen Plan!, und das der „Agrarwelt“ gegenüberstellen zu wollen, Herr Bundesminister, das ist nicht richtig. Ich glaube, wir wollen doch in dieser Sache offen sein und versuchen, Dinge nicht in eine Situation hineinzutreiben, die uns allen dann leid tut. Ich bitte wirklich darum, daß wir bei dieser Sprachregelung bleiben.

Zum „Lehrmeister“ Murer. Herr Abgeordneter Murer, ich bitte um Entschuldigung, daß ich erst 14 Jahre in diesem Hause bin und daß ich mich im Budget nicht auskenne. Ich habe die ganze Zeit gewartet, weil Sie gemeint haben (Abg. Ing. Murer: Das habe ich nicht behauptet! Tun Sie nicht das Wort im Mund umdrehen! Ich habe das ja nicht gesagt!), Sie würden hier das Budget ordnen. Sie haben nur gesagt: 601, 602, 603. Wenn das die Budgetordnung ist, die Sie uns hier vortragen wollten, Herr Kollege Murer, muß ich annehmen, daß Sie sich mit dem Budget sehr wenig beschäftigt haben. (Abg. Ing. Murer: Ich habe mich schon beschäftigt!)

Ich möchte noch etwas sagen, Herr Abgeordneter Murer: Für mich ist es zu wenig, wenn man hier beim Rednerpult erklärt: Die bösen Landwirtschaftskammern, ich habe so einiges mitgemacht mit diesen Organisationen. Herr Abgeordneter Murer, wahrscheinlich haben Sie einiges mitgemacht, weil Ihr Vater war ja Bezirksbauernkammerobmann in der Steiermark. Vielleicht haben Sie hier Erfahrungen, die nicht unserem Stil entsprechen, das kann ja möglich sein. Bitte, ich möchte das nur anmerken und möchte dazu noch etwas sagen (Abg. Ing. Murer: Ich habe das nur verallgemeinert!): Herr Abgeordneter Murer! Es tut mir sehr leid, daß ich Ihnen jetzt etwas sagen muß. Sie haben hier von diesem Rednerpult aus erklärt, daß der Herr Kammeramtsdirektor der Steiermark vor Jungbauern erklärt hat (Abg. Ing. Murer: Vor Junglehrern! Sie haben es schon wieder falsch verstanden!), vor Junglehrern erklärt hat, daß der Paritätslohn eine Illusion sei. Wir haben telefonisch jetzt mit dem Herrn Kammeramtsdirektor gesprochen. Er hat mitgeteilt, Sie sollten den Mut haben, hier zum Rednerpult zu gehen und zu sagen, wo und wann er das getan hätte. (Beifall bei der ÖVP.) Er kann sich nämlich nicht erinnern. Und ich sage Ihnen ganz offen, solche Unterstellungen lehnen wir grundsätzlich ab. Das geht nämlich zu weit! (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich möchte jetzt zu meinem eigentlichen Thema kommen, und ich habe heute bei der Budgetdebatte zum Kapitel Landwirtschaft gesehen, wie so einzelne mit den verschiedenen Broschüren herumwachsen und winken. Ich könnte, ich sage das offen, das auch sehr leicht, wir haben vom Herrn Finanzminister dieses Buch bekommen: „Bereit für die Zukunft.“

Ich nehme an, Herr Bundesminister, Sie haben das auch bekommen, und ich muß Ihnen ganz offen sagen, ich habe den Zusammenhang gesucht zu diesem Titel: „Bereit für die Zukunft“. Ich habe zuerst angenommen, vielleicht wird es ein Vorwort geben, wo man sich auf die Zukunft orientiert, und kann nur hier lesen auf der ersten Seite, wo es heißt: Das Nettodefizit des Bundesvoranschlages 1981 beträgt 25 Milliarden Schilling.

Wenn das die Bereitschaft für die Zukunft ist, daß man mit dem Defizit von 25 Milliarden Schilling beginnt, dann weiß ich es nicht. Und ich sage Ihnen auch ganz offen: Ich habe mich wirklich sehr intensiv jetzt dieser Tage mit dieser Broschüre auseinandergesetzt und muß sagen, daß das Budget 1981 nicht zukunftsorientiert ist, insbesondere nicht zukunftsorientiert für die Landwirtschaft, und deshalb lehnen wir es auch in der Gesamtheit ab. Sie haben ja heute im Rahmen, wie gesagt, Ihres Hauptsprechers

Deutschmann

Pfeifer darauf verwiesen, wie sich das Einkommen und die Situation in der Landwirtschaft verbessert haben. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Bitte, Sie können die Seite 172 aufschlagen. Jetzt sehen Sie es ganz genau: Einkommensabfall in allen Bereichen, Betriebsgrößen von 10 bis 20 Hektar ein Abfall, Betriebsgrößen von 20 bis 50 Hektar ein Abfall, Betriebsgrößen von 50 bis 100 Hektar ein Abfall. Das können Sie aus der Broschüre des Herrn Ministers für Finanzen ersehen. (*Abg. Remplbauer: Langfristiger Durchschnitt!*) Sie sehen ja: Langfristig von 1970 bis zum Jahre 1979, wo es sicher ein Aufgegeben hat, und jetzt, in den letzten zwei Jahren, gibt es eine Verminderung des Einkommens in der Landwirtschaft. (*Abg. Remplbauer: 2,9 Prozent reale Steigerung jährlich!*) Das können Sie einfach nicht wegleugnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Situation ist nun einmal so, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich sage Ihnen auch ganz offen: Ich habe Ihnen bei der Debatte zum Grünen Bericht darauf geantwortet: Mit Zahlen, mit Statistiken kann der einzelne Bauer nichts beginnen. Für ihn ist es wesentlich, was unter dem Strich bleibt. Und ich muß Ihnen sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es leider unter dem Strich weniger geworden ist, und die Sorgen sind größer geworden.

Wir waren eben der Auffassung, Herr Kollege Remplbauer und Herr Bundesminister, daß man auf Grund des Grünen Berichtes Konsequenzen zieht, daß man versucht, nicht nur in der Diskussion allein alles zu belassen, und daß die Ansätze für das Budget 1981 auf die Situation der Landwirtschaft auf Grund des Grünen Berichtes ausgerichtet werden. (*Abg. Remplbauer: Und die Förderungsmittel!*)

Wir vermissen das. Die Förderungsmittel sind ja nicht gestiegen, Herr Kollege Remplbauer. (*Abg. Remplbauer: Freilich!*)

Ich muß Ihnen etwas sagen, bitte. Hier ist ja auf der nächsten Seite eine sehr nette Graphik von seiten des Herrn Finanzministers. Ich weiß nicht, Herr Bundesminister, hat Ihr Ressort hier mitgearbeitet? Sind Sie befragt worden? Die Zahlen stimmen ja nicht. Das ist ja ein Graphikendurcheinander. Ich werde Ihnen das gleich zeigen. Hier sehen Sie zum Beispiel: Preisausgleichsmaßnahmen: 3,4 Milliarden Schilling. Mit keinem Wort steht in diesem Zusammenhang irgendwo in einer Fußnote gekennzeichnet, daß zugleich die Mittel des zusätzlichen, des allgemeinen Beitrages und §-9-Mittel beinhaltet sind. Das heißt: Es ist nicht eine Leistung des Bundes, aber das Kuroise

kommt noch dazu, bitte, ich sage Ihnen ganz offen, was mich schockiert hat. Wir haben ja ein eigenes Teilheft, Bundesvoranschlag 1981: Bundesbetriebe, die Österreichischen Bundesforste. Hier sind die Österreichischen Bundesforste als eine Ausgabe des Bundes für die Landwirtschaft eingetragen mit 1,860 Milliarden Schilling. Wissen Sie, wie die Wirklichkeit ausschaut? Die Bundesforste haben selbst bilanziert, haben selbstverständlich eine Einnahmen- und eine Ausgabenrechnung. Und hier stimmt es ja wieder nicht. Die Bundesforste haben einen Überschuß im Jahr 1981 von über 30 Millionen Schilling. Und Sie stellen dem Bauer eine Zuwendung von 1,8 Milliarden Schilling in Rechnung.

Herr Bundesminister! Das stimmt ja nicht. Außerdem stimmt es deshalb nicht, weil die Bundesforste eine Einnahme haben von 1 895 233 000 S, und hier stehen 1 860 000 000 S. Das heißt, daß hier schon in dieser Graphik zusätzlich 35 Millionen Schilling unterschlagen werden. Das sind doch Dinge, die die Gesamtheit verwirren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Pfeifer! Jetzt möchte ich auf einen Ausspruch von Ihnen zurückkommen: Sie haben gesagt, ob wir unsere Bauern wirklich für so dumm halten, daß sie uns alles das abnehmen, was von den Bauernbündlern gesprochen wird.

Herr Kollege Pfeifer! Für wie dumm hält man denn das Parlament, uns Abgeordnete, daß man uns mit solchen Zahlen, die nicht stimmen, für dumm verkaufen will? Die Zahlen stimmen nicht.

Und ich muß Ihnen noch etwas sagen, wenn Sie hier jetzt dann sehen: sonstige Schutzwasser- und Lawinenverbauung. Da sind 1,855 Milliarden nicht ausgewiesen. Ich habe nachgerechnet, die Summe mit 8,885 Milliarden stimmt.

Ich bin schon der Auffassung, Herr Bundesminister, daß es richtig ist, daß wir für Schutzwasserbau, Lawinenverbauung und so weiter Mittel zur Verfügung stellen sollen. Einverstanden! Aber man sollte nicht in der Öffentlichkeit darauf hinweisen, mehr für Land- und Forstwirtschaft. Das stimmt doch nicht. Die gesamte österreichische Bevölkerung ist Nutznießer dieser Mittel, und wir freuen uns, daß in verschiedenen Bereichen Schutzbauten getätigter werden können. Man kann es aber nicht der Bauernschaft anlasten, damit dann die öffentliche Meinung entsteht: Was wollen denn die Bauern noch? Immer mehr bekommen Sie und nie sind Sie zufrieden. Die eigentlichen Mittel für die Förderung sind etwas höher als das Defizit der Bundestheater.

Schauen Sie, und das schockiert uns. Ich sage

5910

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Deutschmann

Ihnen ganz offen, das schockiert uns, weil wir die Auffassung vertreten, daß gerade in der letzten Zeit verschiedene Probleme auf uns zukommen.

Herr Bundesminister! Sie können ja mit diesem Budget selbst nicht glücklich sein. Sie werden ja die Probleme, die auf Sie und auf uns gemeinsam zukommen, nicht lösen können. Ich verweise nur auf die enorme Betriebsmittelversteuerung.

Das tut uns überhaupt sehr weh, und ich habe das das letzte Mal schon gesagt: Wenn der Herr Finanzminister den Grünen Bericht gelesen oder davon eine Ahnung hätte, wie er ausgeht, hätte er sich sicher Gedanken gemacht, ob es richtig ist, die Einheitswerte zu erhöhen.

Sie können sich jetzt vorstellen, welche Situation sich in der Land- und Forstwirtschaft ergibt: Weniger Einkommen und mehr Belastung allein über die Einheitswerte. Das ist eine Situation, die Sie, Herr Bundesminister, mit uns gemeinsam bekämpfen müßten. Sie müßten ja nach dem jetzigen Grünen Bericht an den Herrn Finanzminister den Antrag stellen, daß die Einheitswerte wieder zurückgenommen werden, damit sich das Einkommen verbessert und nicht verschlechtert.

Ich möchte auch dann in weiterer Folge auf die Belastungswelle hinweisen. Vor wenigen Wochen haben Sie als Mehrheit diese Belastungswelle für viele, viele Bereiche beschlossen. Diese Belastungen kommen alle, alle auf uns, auf die Landwirtschaft genauso, zu.

Und letzten Endes die Schwierigkeiten mit den EG. Man hat gestern verhandelt, man wird heute weiterverhandeln. Man will einen Weg suchen, wie man aus dieser Schwierigkeit herauskommt. Ich weiß nicht, ob es Ihnen gelingen wird, aus dieser Schwierigkeit herauszukommen.

Für mich stellt sich ja nur die Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, was man dagegen tut. Und ich sage Ihnen auch ganz offen, daß diese Frage nicht allein im Interesse der Bauernschaft gestellt werden muß. Kollege Riegler hat ja schon darauf verwiesen, es ist dies eine Frage im Interesse aller Österreicher.

Wir Bauern haben in der Vergangenheit zukunftsorientiert gearbeitet, haben Lebensmittel auf den Markt gebracht, damit der Tisch jederzeit gedeckt bleibt.

Ich glaube, das müssen wir alle gemeinsam sagen. Und es wäre halt auch einmal angenehm, wenn man den Bauern nicht nur platonisch Lob, Anerkennung aussprechen würde, sondern ihnen auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen würde, die sie brauchen.

Ich bin der Auffassung und Meinung, das ist zu wenig, wenn man erklärt, die Land- und Forstwirtschaft ist die Grundlage jeglicher Volkswirtschaft oder die Land- und Forstwirtschaft geht jeden an. Das ist zu wenig, meine sehr Geehrten.

Wir wollen, die Bauern wollen Taten sehen, sie wollen das Gefühl bekommen, daß sie als gleichberechtigte Partner in Österreich auch von seiten der Bundesregierung behandelt werden.

Und ich bin der Auffassung, Herr Bundesminister, Sie können über dieses Budget die Probleme und weitere Aktivitäten nicht bewältigen, die auf Sie zukommen. Sie werden es einfach nicht zustande bringen.

Und ich möchte wirklich meinen, es ist notwendig, daß mehr Mittel zur Bewältigung dieser Fragen, die sich in der Landwirtschaft anstauen, zur Verfügung stehen, damit dann Lösungen erreicht werden, und man nicht, Herr Kollege Pfeifer, wie Sie gemeint haben, erklärt vor den Jungbauern und Jungbäuerinnen, alles ist schlecht. Man muß etwas tun, damit die Jungbauern und die Jungbäuerinnen mit Zuversicht diesen Beruf angehen können (*Beifall bei der ÖVP*), daß sie merken, daß man für sie da ist, und daß der Beruf Land- und Forstwirtschaft eine Zukunft hat.

Wir wissen auch von der FAO, von der Welternährungsorganisation, daß die Menschheit schneller wächst, als wir Bauern in der Lage sind, Produkte zu erzeugen, die die Menschheit braucht, das wissen wir. Aber es ist uns zu wenig, wenn man vorher soundso viele aus der Landwirtschaft vertreibt und dann wenige übrigbleiben, die dann nicht mehr in der Lage sind, die Produkte in vollem Ausmaß zu erzeugen.

Ich möchte aber auch, Herr Kollege Remplbauer und Herr Bundesminister, ganz kurz zu einer weiteren Frage kommen. Sie haben in der Diskussion über den Grünen Bericht die Mißstände in der Molkereiwirtschaft in einer Form diskutiert, die ich bedauere. Unter die Gürtellinie wurden Schläge ausgeteilt, da sind Aussagen getroffen worden, die ich niemals zur Kenntnis nehmen kann.

Ich möchte wirklich und vordringlich hier erklären, man sollte nicht verallgemeinern. Wir haben bei dieser Diskussion offen erklärt, daß wir selbst daran interessiert sind, Mißstände schnellstens aufzudecken und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Das ist unsere Einstellung, bitte. Aber Sie haben ja nur Verdächtigungen ausgesprochen.

Und hier möchte ich gerade in diesem Zusammenhang den Herrn Bundesminister etwas fragen. Ich habe das letztemal gesagt,

Deutschmann

wir sind interessiert daran, daß man schnellstens die Mißstände aufklärt. Ich habe mir deshalb erlaubt, mit dem Kollegen Riegler eine Anfrage an den Herrn Bundesminister zu stellen. Diese Anfrage ist mit 3. Dezember datiert. Ich habe bis zum heutigen Tag noch keine Antwort bekommen.

Herr Bundesminister! Ich weiß, nach der Geschäftsordnung haben Sie zwei Monate Zeit. Ich weiß, geschäftsordnungsmäßig kann ich Ihnen nichts anhaben. Nur möchte ich aufzeigen, wie es bei uns im Parlament zum Teil zugeht.

Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat am 21. November im gleichen Zusammenhang eine Anfrage gestellt an den Herrn Bundesminister. In der gleichen Sache sind sehr heikle Themen beantwortet worden. Innerhalb von fünf Tagen wurde die Frage beantwortet, damit der Herr Abgeordnete Pfeifer diese Antwort verlesen und der Öffentlichkeit aufzeigen konnte, wie schlecht unsere Molkereiwirtschaft ist, wie schlecht die Genossenschaften sind, wie schlecht die Funktionäre sind und so weiter. Das hat man hier in diesem Haus bewußt getan, meine sehr Geehrten.

Ich habe den Herrn Bundesminister ja nur gefragt, welche Möglichkeiten und Einrichtungen derzeit im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bestehen, um die Zahlungen des Ministeriums für Exportzuschüsse im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung zu überprüfen, in welchen Abständen beziehungsweise wann konkret. In den vergangenen fünf Jahren ist im Käsewerk Rupp eine Prüfung durch Prüfungsorgane des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vorgenommen worden. Wurden bei diesen Prüfungen Unzökommlichkeiten und Mängel festgestellt? Waren Ihrer Meinung nach die Prüfungen des Ministeriums ausreichend? Werden Sie Prüfungen in Zukunft intensivieren?

Wir wollten nur wissen, Herr Bundesminister, inwieweit Sie in der Lage sind, durch Ihren Apparat im Bundesministerium das zu überprüfen; denn gerade für die Prüfung Käsewerk Rupp sind Sie zuständig, kein anderer, Sie sind zuständig.

Aber hier im Hohen Haus kam es so, die anderen seien schuld.

Wir werden und wir wollen Sie unterstützen bei der Aufdeckung solcher Fälle. Aber Sie sollten auch so korrekt sein und sagen, nicht die anderen sind schuld, sondern wir haben im Landwirtschaftsministerium zu wenig Mitarbeiter, wir haben geprüft und sind nicht draufgekommen, es mußte ein Dritter her, der gesagt hat, da ist etwas nicht in Ordnung. Das sollten Sie in der Öffentlichkeit sagen und nicht eine

Pauschalverdächtigung gegenüber jeden, der dann in Schwierigkeiten kommt, vornehmen.

Ich möchte abschließend nur darauf hinweisen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Budget 1981 ist sicher nicht erfreulich, nicht für Sie, Herr Bundesminister, nicht für unsere Bauern. Wir alle wissen, daß – und das haben auch die Vorredner von der Regierungspartei wie etwa der Herr Abgeordnete Pfeifer erklärt – schwierige Zeiten kommen werden.

Wir wissen das, deshalb sind wir nach wie vor der Auffassung – ich erkläre es noch einmal ganz offen –: Herr Bundesminister, wir sind bereit, über offene Fragen zu reden, einen gemeinsamen Weg zu suchen. Wenn wir aber meilenweit auseinanderliegen, können Sie doch nicht erwarten, Herr Bundesminister, daß wir gegen die Interessen unserer Bauern Ihnen die Zustimmung geben. Das können Sie von uns nicht erwarten!

Ich möchte Ihnen jetzt abschließend etwas sagen. Vielleicht hat der eine oder der andere einmal die „Kleine Zeitung“ aufgeschlagen. Es gibt dort immer wieder Leserbriefe von verschiedenen Bürgern unserer Gesellschaft. Einmal schrieb ein Bergbauer in der „Kleinen Zeitung“, der meinte, man solle nicht nur reden, sondern handeln. Wir Bergbauern, wir Bauern, haben es sehr schwer. Wir erwarten von der Gesetzgebung, daß sie unsere Probleme kennt und daß sie aus der Erkenntnis der Probleme die notwendigen Mittel für den Bestand des bäuerlichen Berufsstandes zur Verfügung stellt.

Und am Ende dieses Briefes schreibt dieser Bauer dann: Auf etwas freue ich mich ganz besonders, auf die 30-Stunden-Woche, die jetzt in aller Munde ist. Nun werde ich endlich die Möglichkeit haben, als Bergbauer auf meinem Hof in der Woche nur zwei Tage arbeiten zu müssen.

Herr Bundesminister, Hohes Haus! Denken wir gemeinsam nach, was dieser Bergbauer mit diesem Ausspruch gemeint hat! Er wollte nicht den Arbeitnehmer diskreditieren, sondern er wollte aufzeigen, wie schwer und mit wieviel Arbeitsstunden es überhaupt nur möglich ist, mit mehr Arbeitsleistung des einzelnen und der ganzen Familie einen Bauernhof zu erhalten.

Erschweren wir ihm nicht das Erhalten des Bauernhofes, sondern geben wir allen Kärntner und österreichischen Bauern die Chance, daß wir, wie es hier heißt, mit Freude in die Zukunft blicken können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich erteile es ihm.

5912

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Abgeordneter Haas (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war sehr interessant, dem Kollegen Deutschmann eingangs seiner Rede aufmerksam zuzuhören, denn er hat gemeint, daß die ÖVP, vor allem der Bauernbund bestrebt ist, die Gesprächsbasis mit uns aufrechtzuerhalten.

Dazu kann man also nur folgendes sagen, Herr Präsident Deutschmann: Der Gesprächspartner der österreichischen Bauern sitzt hier auf der Regierungsbank, und es kann einen sozialistischen Abgeordneten nur verwundern, daß der neue Bauernbundpräsident Herr Ing. Derfler vor einigen Tagen die Erklärung abgegeben hat, daß für ihn, genauso wie für seinen Vorgänger, der derzeitige Landwirtschaftsminister Ing. Haiden nicht der richtige Gesprächspartner ist. (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Das stimmt nicht!) So ist es in den Zeitungen gestanden, und wenn das, Kollege Riegler, die Meinung des Bauernbundes sein sollte, dann bedauern wir das sehr, denn auf diese Art und Weise zerstören Sie wirklich die Gesprächsbasis zwischen Ihnen und uns. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Ich sagte, das stimmt nicht! Nehmen Sie das zur Kenntnis!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In unserer Agrarpolitik nimmt die landwirtschaftliche Regionalförderung eine sehr wichtige Position ein. Ich glaube, das hat also wirklich seine guten Gründe, denn in unserem Lande gibt es etliche Regionen, die auf Grund der Bodenbeschaffenheit, der Bodengüte, der klimatischen Verhältnisse die landwirtschaftliche Produktion nur unter erschwerten Bedingungen zulassen.

Solche Gebiete sind vor allem die Gebirgszonen der Hochalpen, der Voralpen, das Alpenvorland und das Wald- und das Mühlviertel. In diesen Gebieten wirken sich die erschwerten Produktionsbedingungen naturgemäß auch auf die Einkommenssituation der bäuerlichen Betriebe aus. Aus dem Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft im Jahre 1979 kann man das aus den zahlreichen Tabellen sehr klar herauslesen.

Es muß daher eine sehr wichtige Aufgabe einer guten Agrarpolitik sein, zur Erhaltung dieser bäuerlichen Betriebe im Berg- und im Grenzland sowie im Almbereich Förderungsmaßnahmen einzusetzen, damit in diesen Regionen eine Erhöhung des Gesamteinkommens der bäuerlichen Bevölkerung und eine Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Menschen erreicht werden kann, was ja gleichzeitig auch einen sehr bedeutenden Beitrag zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft unbestritten darstellt.

Nun gibt es seit 1971 diese landwirtschaftli-

che Regionalförderung. Ihr stehen zwei wichtige Instrumente zur Verfügung, einmal die Gewährung von Zinsenzuschüssen zu Agrarinvestitionskrediten und zum zweiten die Gewährung von Investitionsbeihilfen.

Die einzelnen Investitionsförderungsmaßnahmen sind auf die Rationalisierung, die Modernisierung und die Marktanpassung der Betriebe abgestellt und gliedern sich im wesentlichen wieder in zwei Gruppen.

Die erste Gruppe ist auf die Verbesserung der Produktion und Infrastruktur abgestimmt, das heißt, in diesem Bereich wird die Errichtung von Wirtschaftswegen, die Telephonversorgung und die Wasserversorgung gefördert.

Die zweite Gruppe dieser Förderungsmaßnahmen umfaßt die Verbesserung der Betriebsstrukturen. Sie umfaßt wiederum die Förderung von baulichen Anlagen, die Mechanisierung der Hauswirtschaften, der Bodennutzung und der Viehwirtschaft sowie auch den bäuerlichen Fremdenverkehr.

Die Förderungsmaßnahmen sind beachtlich. Bei Investitionsbeihilfen beträgt die Förderungshöhe des Bundes bis zu 25 Prozent; sie wird Betrieben mit einem fiktiven Einheitswert bis zu 350 000 S gewährt. Agrarinvestitionskredite werden für Investitionen mit einer Obergrenze von 450 000 S jährlich pro Darlehensnehmer gegeben, wobei der fiktive Einheitswert bis zu 800 000 S betragen kann. Der Förderungshöchstsatz selbst beträgt 70 Prozent der Gesamtkosten ohne Mehrwertsteuer, und der Zinsenzuschuß des Bundes liegt derzeit bei 3,75 Prozent. Der Bundesbeitrag bei der Koppelung von Beihilfen und Agrarinvestitionskrediten reicht ebenfalls bis zu 70 Prozent der Gesamtkosten.

Bei der Durchführung der Bauförderungsmaßnahmen ist es ganz erfreulich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß auch die Pflege des Ortsbildes, der forcierte Ausbau von Ferienwohnungen und Komfortzimmern diese Förderungsmittel einschließt. Ich glaube, das ist eine sehr wertvolle Maßnahme dafür, daß in diesen Regionen dem Fremdenverkehr eine Chance gegeben wird, wobei also wiederum die Chance miteinbezogen ist, damit der bäuerlichen Bevölkerung zusätzliche Einkommen zu verschaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Bilanz dieser nunmehr seit neun Jahren bestehenden landwirtschaftlichen Regionalförderung ist beachtlich. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 180 478 Betriebe gefördert. Die Gesamtinvestitionssumme betrug über 18 Milliarden Schilling, zu der es Bundesbeiträge in Höhe von 1,4 Milliarden und Landesbeiträge in Höhe von 467 Millionen Schilling gegeben hat.

Haas

Einige Zahlen, meine Damen und Herren, die die Wirksamkeit der Regionalförderung unterstreichen sollen:

Im Zeitraum 1971 bis 1979 wurden gefördert:

- 17 549 Wohngebäude,
- 21 616 Wirtschaftsgebäude,
- 2 456 Hauswasserversorgungsanlagen,
- 8 646 Sanitäranlagen,
- 5 376 Fremdenzimmer,
- 22 552 Gästebetten,
- 10 052 Maschinen für die Außenwirtschaft.

Diese Liste könnte man noch fortsetzen.

Aber ich glaube, man kann aus diesen wenigen Zahlen eindeutig herauslesen, daß durch diese regionale Förderung in den benachteiligten Regionen vieles durchgeführt werden konnte, um die Lebensbedingungen der dort ansässigen bäuerlichen Bevölkerung zu verbessern, und daß es damit auch möglich wurde, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Einkommenssituation zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unter den Regionen, wo die Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft besonderen Erschwernissen unterliegen, ist das Waldviertel besonders hervorzuheben.

Diese Region ist nach wie vor stark agrarisch strukturiert. Noch bei der Volkszählung 1971 lag der Anteil der landwirtschaftlichen Arbeitsbevölkerung im Bezirk Zwettl bei 54 Prozent, also weit über dem Durchschnitt, der damals, 1971, in Niederösterreich bei 21 Prozent lag und im österreichischen Durchschnitt 14 Prozent betrug.

Das große Problem dieser Region liegt neben seiner ungünstigen Lage, seinem rauen Klima und den kargen Bodenverhältnissen vor allem in dem gebietsweise hohen agrarischen Bevölkerungsanteil und in einem weit über dem Durchschnitt liegenden Arbeitsplatzdefizit.

Daher müssen wir bei den Entwicklungsmaßnahmen für das Waldviertel ganz besonders auf diese enge Wechselbeziehung zwischen regionalen wirtschafts- und arbeitspolitischen Maßnahmen und der Agrarpolitik Bedacht nehmen.

Es ist erfreulich, Hohes Haus, daß durch die Agrarpolitik der Regierung Kreisky diesem Erfordernis im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Situation dieser Region in einem sehr hohen Ausmaße während der letzten Jahre Rechnung getragen wurde.

Hier ist vor allem das Grenzland-Sonderprogramm zu nennen, das seit 1974 in Geltung ist. Zwei Drittel der im Rahmen dieses Programms

zur Verfügung gestellten Mittel sind in das Waldviertel geflossen.

Aus dem konkreten Ergebnis nur zwei Zahlen: Von 1974 bis 1979 war es damit möglich, 145 km zusätzliche Wegebaute durchzuführen, und über 3 000 Betriebe des Waldviertels bekamen Investitionsbeihilfen von 35 Millionen Schilling.

Daß im Rahmen des sogenannten Waldviertel-Planes, der nun zwischen Bund und Land Niederösterreich wahrscheinlich bald abgeschlossen sein wird und von dem wir uns sehr viel versprechen, auch einiges für die Landwirtschaft drinnen ist, ist selbstverständlich.

Meine Damen und Herren! Wenn der Grüne Bericht 1979 aufzeigt, daß bei der Einkommensentwicklung der österreichischen Bauern die Bergbauern etwas aufgeholt haben, so ist das für uns alle sehr erfreulich, ich glaube, erfreulich deswegen, weil ja gerade die Bauern in diesen Regionen unter oft extrem ungünstigen Bedingungen wirtschaften müssen und es vollauf gerechtfertigt ist, daß auch sie ihre Einkommen entsprechend verbessern können.

Zu dieser erfreulichen Entwicklung für die Bauern in den Berg- und Grenzregionen hat unserer Überzeugung nach sehr wesentlich auch die von der Bundesregierung initiierte Regionalförderung beigetragen.

Das in Beratung stehende Budget 1981, meine Damen und Herren, stellt sicher, daß diese Förderung auch in Zukunft fortgesetzt wird. Wir Sozialisten geben daher dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft gerne unsere Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige Passagen der Rede meines Fraktionskollegen Murer haben den Präsidenten Deutschmann so verärgert, daß er sie nicht sachlich entkräfzte, sondern einen Rückgriff (*Abg. Deutschmann: Nein!*) auf eine Art und Weise machte, die eigentlich nicht in die Zeit der achtziger Jahre hineinpaßt. (*Abg. Deutschmann: Aber!*)

Herr Abgeordneter Deutschmann hat dem Kollegen Gerulf Murer sozusagen seinen Vater vorgehalten. Herr Kollege Deutschmann! Weder Kollege Murer noch die freiheitliche Fraktion braucht sich Murers Vater zu schämen. Vater Murer war einstmals Mitglied der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Deutschmann: Ja!*) Und als solches war er ein hochangesehener und geschätzter Bezirksbauernkammerobmann der

5914

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Peter

Bezirksbauernkammer Liezen, einer der großen Österreichs. (Abg. Deutschmann: Einverständnis!)

In dieser Funktion als Bezirksbauernkammerobmann Liezen hat sich Murer senior großes Ansehen in bäuerlichen Standeskreisen erworben. (Abg. Deutschmann: Ich habe nicht das Gegenteil behauptet!) So ist Murer, Herr Präsident Deutschmann, eben den Weg vieler ehemaliger Landbündler nach dem Jahre 1945 gegangen, und der Weg vieler Landbündler führte damals in die Österreichische Volkspartei, wie etwa der des Herrn Thoma, der dann später Landwirtschaftsminister wurde, oder, um ein Kärntner Beispiel aus Ihrer Heimat zu zitieren, Herr Präsident Deutschmann: Der Landbündler Ferlitsch war dann später ein angesehener ÖVP-Landes hauptmann-Stellvertreter im Bundesland Kärnten.

Ich glaube, Herr Präsident Deutschmann, man sollte Vergangenheit Vergangenheit sein lassen und sich mit den Argumenten der achtziger Jahre auseinandersetzen! (Beifall bei der FPÖ.)

Nun zur Sache, die heute Gegenstand unserer Diskussion ist. Eine Kurzanalyse zum Agrarbudget 1981 zeigt, daß das gesamte Bundesfinanzgesetz im kommenden Jahr um 10,9 Prozent steigt, während das Kapitel Land- und Forstwirtschaft nur eine Steigerung von 5,5 Prozent gegenüber dem Jahre 1980 ausweist.

Mit anderen Worten: Die Steigerung des Gesamtbudgets ist doppelt so hoch wie jene des Agrarbudgets.

Das bedeutet weiter, daß zur Einkommensdisparität der Landwirtschaft, unter der die Bauern ja so zu leiden haben, noch eine budgetäre Disparitätspolitik kommt.

Hier, Herr Bundesminister, fällt einem ein polnisches Sprichwort ein, das Gott sei Dank nicht für Österreich zutrifft, aber gerade in diesen Tagen von besonderer Aktualität ist. Es lautet: „Wo der Bauer arm ist, ist das ganze Land arm!“ (Abg. Brandstätter: Hat der Bauer Geld, hat es die ganze Welt!)

Niemand in Österreich will den polnischen Weg gehen, am wenigsten die Bauern. Aber die Bauern wollen nicht weiter Stieffinder unserer pluralistischen Gesellschaft in wirtschaftlicher, einkommensmäßiger und sozialer Hinsicht sein.

Ich möchte mich vorerst mit der Position der Bergbauern im Agrarbudget 1981 auseinandersetzen.

Nach der neuesten Statistik gibt es in Österreich derzeit rund 125 500 Bergbauernbetriebe. 36 Prozent davon entfallen auf die Zone 1, 27 Prozent auf die Zone 2 und 37 Prozent

auf die Extremzone, das ist die Zone 3. Das bedeutet, daß 38½ Prozent aller Bauern in Österreich Bergbauern sind.

Daraus, Herr Bundesminister, darf ich die Frage ableiten, ob die sozialistische Agrarpolitik diesem Problem den gebührenden Stellenwert im Agrarbudget 1981 zuordnet. Sie werden den Regierungsstandpunkt vertreten und der Meinung sein, daß dies zutreffe. Ich bin der Meinung, daß dem nicht so ist.

Die Funktion und Bedeutung der Berggebiete in Österreich scheint mir eine bedeutsamere zu sein, als sie dem Agrarbudget 1981 zu entnehmen ist.

Ein Drittel der österreichischen Wohnbevölkerung hat sein Domizil im Berggebiet, 950 000 Berufstätige haben ihre Existenzgrundlage in Berggebieten. Und nun kommt eine für mich bedeutsame und entscheidende Ziffer: Neun Zehntel der 113 Millionen Fremdennächtigungen entfallen laut Grünem Bericht 1979 auf das Berggebiet. Neun Zehntel der 113 Millionen Fremdennächtigungen in Österreich entfielen 1979 auf die Berggebiete!

Wenn man nun die Frage prüft, welche Wertschöpfung die Bauern aus dem Tourismus und aus dem Fremdenverkehr bisher haben, dann schneiden sie außerordentlich schlecht ab. Die Bergbauern profitieren nur sehr mäßig und begrenzt vom Fremdenverkehrsboom in den Berggebieten und dies, obwohl die Bergbauern im Rahmen der Landschaftspflege erst die Voraussetzung für den Tourismus, den Fremdenverkehr, schaffen.

Schließlich bewirtschaften die Bergbauern 52 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Hiermit wird die Bedeutung der Bergbauern als Landschaftspfleger unterstrichen und aufgezeigt, welch eminent wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe die Bergbauern in Österreich erfüllen. 1979 erzielte der Bergbauernbetrieb im Durchschnitt nur 3 200 S jährlich an Einkommen aus dem Fremdenverkehr, allerdings im Alpengebiet war das jährliche Mittel eines Bergbauernbetriebes 4 700 S.

Mein Vorredner, der Abgeordnete Haas, hat sich mit der schwierigen Situation der Bauern im Wald- und im Mühlviertel auseinandergesetzt. Gerade in diesem Zusammenhang muß ein Wort zum Fremdenverkehr gesagt werden, weil eben das Wald- und Mühlviertel nur über eine Sommersaison verfügen, und damit konnte im Jahr 1979 eine Familienarbeitskraft aus dem Fremdenverkehr nur 336 S schöpfen. Das unterstreicht, meine Damen und Herren, wie schwierig die Situation der Bergbauern in verschiedenen Regionen ist.

Peter

Hingegen sind zwei Drittel des gesamten Rinderbestandes in den Bergbauernbetrieben. Eine erfolgreiche Rinderpreis- und Rinderexportpolitik ist und bleibt daher die beste Bergbauernförderung. 1 Schilling oder 2 Schilling Mehrerlös je Kilogramm schlagen für die Bergbauern unter Umständen viel stärker, viel effizienter zu Buche als fragwürdige Finanzspritzen aus dem Budget, noch dazu, wenn sie in jenen Jahren gegeben werden, in denen der Nationalrat neu gewählt wird.

Wenn man sich als angelernter landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter wie ich, der zugleich Konsument ist, mit der Agrarpolitik auseinandersetzt, kommt man zu überaus interessanten Schlüssen: Im Mittel hält der österreichische Bergbauer 25 Rinder, davon zehn Kühe. Damit liegt der Bergbauer auf dem Gebiet der Rinderzucht deutlich über dem österreichischen Bundesdurchschnitt. Daher, Herr Bundesminister, kann aus der freiheitlichen Sicht nicht nachdrücklich genug eine erfolgreiche Rinderpreis- und Rinderexportpolitik zur Sicherung der Existenzgrundlage der österreichischen Bergbauern gefordert werden.

Nun muß ich mich mit einer Thematik auseinandersetzen, meine Damen und Herren, welche die „Österreichische Raiffeisen-Zeitung“ in der Nummer 47 vom 20. November 1980 unter der Überschrift „Landwirtschaft schoß Eigentor“ aufgezeigt hat. In diesem Artikel wird über eine EG-Kommission berichtet, die Schlachthöfe und Fleischbetriebe in Österreich besucht hat. In diesem Zusammenhang wird geschrieben – ich zitiere –:

„Ach was, so wichtig wird das nicht sein; oh nein, da sind wir nicht zuständig und jetzt haben wir dazu keine Zeit!“

So oder ähnlich mögen „doch zuständige“ Herren in Österreich gedacht haben, als vor einiger Zeit sich eine Prüfungskommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) aus Brüssel kommend in Österreichs Schlachthöfen und Fleischbetrieben umzusehen wünschte.

Voraussetzung für Fleischexporte in die EG ist, daß der exportorientierende Fleischbetrieb eine EG-Zulassungsnummer besitzt.“

Zum Besuch dieser EG-Kommission in Österreich wird wörtlich ausgeführt:

„Die EG-Leute sahen sich um, prüften und fanden dies für gut und das für ungut (übrigens fanden sie gar manches für ungut) und dampften wieder ab.“

Jetzt kommt's: Die EG-Herren wurden zwar von Bundesland zu Bundesland weitergereicht, aber kein einziger offizieller sachverständiger Bundesvertreter begleitete die EG-Kommission,

von deren Urteil viel abhängt, exportierte doch Österreich 1979 immerhin 60 700 Stück Schlachtrinder in Form von Rindfleisch in die EG.“

„Gewiß können offizielle österreichische Begleiter einer EG-Prüfungskommission die Schlachthöfe und Fleischbetriebe nicht besser machen, als sie sind, aber es ist ein sehr wesentlicher Unterschied, ob das Urteil in Begleitung des Gastgebers beziehungsweise des zu Beurteilenden gefällt wird oder ob gleichsam in Abwesenheit ge- und verurteilt wird: ...“

„Die EG-Prüfer fuhrwerkten also mehr oder minder allein in Österreich herum und urteilten. Die Folgen sind noch gar nicht abzusehen.“

Herr Bundesminister! Ich bitte um Auskunft, wer in der Landwirtschaft der Landwirtschaft dieses Eigentor geschossen hat. Gerade Abgeordneter Deutschmann erinnerte uns vorhin daran, daß wir im nächsten Jahr Teile des Agrarmarktes in Griechenland verlieren werden. Gestern haben wir wegen der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten die Tagesordnungspunkte 15 bis 20 vertagt, um den Gewaltigen der beiden Seiten in der Landwirtschaft die Gelegenheit zu geben, hinter den Kulissen hintergründig einen Ausweg auf der Grundlage nicht bewährter, aber alter großkoalitionärer Verhandlungen zu führen. Sie sehen ja, was diese großkoalitionären Verhandlungen wert sind, welche Bedeutung sie an der Schwelle der achtziger Jahre noch haben. Sie sind und bleiben, wie die Agrarmarktordnung uns vor Augen führt, ein hintergründiger Koalitions-putsch. Diesem hintergründigen Koalitions-putsch stellen wir Freiheitlichen heute zum x-ten und zum wiederholten Male die Forderung nach einer neuen Agrarmarktordnung gegenüber. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bitte, mir dennoch zu sagen, Herr Bundesminister, wer für dieses vordergründige Desinteresse der amtlichen Landwirtschaft an den Europäischen Gemeinschaften und ihren Einrichtungen, wie zum Beispiel der zitierten Kommission, verantwortlich ist. Da ich diese Information der „Raiffeisen-Zeitung“ entnommen habe, nehme ich an, daß sie stimmt und daß ich keiner Fehlinformation zum Opfer gefallen bin.

Nun zurück zum heutigen Thema. Ich möchte mich nun mit der Arbeitszeit und der Arbeitslast der Bergbauern auseinandersetzen.

Der Statistik entnehme ich, daß der Bergbauer im Durchschnitt 3 492 Stunden im Jahr arbeitet. Das bedeutet, daß er sich einem Wochenstundenmaß von 67 Wochenstunden unterzieht. Das gliedert sich wieder in die drei Zonen des bergbäuerlichen Bereiches, worauf ich nicht

5916

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Peter

näher eingehen möchte. Eine gewaltige Arbeitslast, weit über dem Rahmen des Durchschnitts der 40-Stunden-Woche, wird von den Bauern im allgemeinen und von den Bergbauern im besonderen erbracht.

Die Einkommenslage der österreichischen Bergbauern wurde schon anlässlich der Debatte über den Grünen Bericht am 27. November behandelt und aus freiheitlicher Sicht einer sachlichen Kritik unterzogen. In Erinnerung sei gerufen: Das landwirtschaftliche Einkommen im Bergbauernbereich ist 1979 – der Wahrheit die Ehre – zwar um 14 Prozent gestiegen, doch das Niveau des Bergbauerneinkommens ist mit 61 600 S im Jahr oder mit 5 133 S monatlich extrem niedrig, am extremsten in der Extremzone 3 von monatlich nur 4 566 S.

Muten Sie bitte einem Arbeitnehmer ein monatliches Durchschnittseinkommen von 4 566 S zu, dann gibt es in seinem Gewerkschaftsbereich einen Aufstand. Das wäre für jeden Arbeitnehmer in Österreich untragbar. (Zustimmung bei der FPÖ.)

Bedenkt man das niedrige bergbäuerliche Durchschnittseinkommen von 5 133 S monatlich im Zusammenhang mit den an und für sich günstigen Produktionsvoraussetzungen in Österreich, dann wird die Sache noch rätselhafter.

Niedriges Durchschnittseinkommen von monatlich 5 133 S trotz erfreulich guter Waldausstattung,

trotz verhältnismäßig zufriedenstellender Holzpreise,

trotz eines überdurchschnittlich hohen Rinderbestandes und

trotz einer überdurchschnittlichen Betriebsgröße.

Wenn es trotz dieser günstigen Voraussetzungen ein so niedriges Monatseinkommen wie jene 5 133 S gibt, dann muß doch, bitte, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei, an der österreichischen Agrarpolitik etwas nicht stimmen. 5 133 S im Monat bei 67 Wochenarbeitsstunden ist ein für die Bauern untragbarer, weil unsozialer Zustand, meine Damen und Herren! (Zustimmung bei der FPÖ.)

Worin also, Herr Bundesminister, liegen die Ursachen für die Extremsituation? Aus der sozialistischen Ecke kommt immer wieder der Hinweis, den Bergbauern könne man mit der agrarischen Preispolitik – sprich: Milch- oder Rinderpreiserhöhungen – nicht oder kaum wirksam helfen. Womit denn als mit einer

Preispolitik, die der der übrigen Wirtschaft entspricht, soll man den Bauern helfen?

Es erhebt sich die Frage, womit den Bergbauern überhaupt geholfen werden kann. Wie sieht es diesbezüglich mit der staatlichen Agrarförderung aus? Ist sie zufriedenstellend? Ist sie sinnvoll? Erfüllt sie ihren Zweck und erfüllt sie ihre Aufgabe? Das sind berechtigte Fragen, die man in diesem Zusammenhang in den Raum stellen muß.

Kernstück der staatlichen Agrarförderung ist bekanntlich das Bergbauernsonderprogramm, das nun schon seit 1971/72 existiert und um das von der sozialistischen Seite – das muß unterstrichen werden – nach meinem Geschmack zu viel Tamtam gemacht wird.

Ich werde in Fragen der Agrarpolitik von diesem Pult aus nie eine Schwarzweißmalerei betreiben. Ich werde objektiv zu den Dingen Stellung nehmen und auf der Grundlage der Sachlichkeit kritisieren.

Es ist anzuerkennen, Herr Bundesminister, daß das Bergbauernsonderprogramm 1981 rund 777 Millionen Schilling betragen wird. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 42 Millionen Schilling oder um 5,7 Prozent. Zum Teil handelt es sich dabei um eine echte Aufstockung der Mittel – das sei ebenfalls unterstrichen –, zum Teil, etwa bei der Verkehrserschließung, handelt es sich bloß um eine Umschichtung der Mittel.

Die Positionen des Bergbauernsonderprogramms sind die landwirtschaftlichen Geländekorrekturen, landwirtschaftliche Bringungsanlagen, landwirtschaftliche Regionalförderung, Bergbauernzuschüsse sowie Rinderhaltungsprämien und die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete.

Den größten Brocken des Budgettitels 602, also des Bergbauernsonderprogramms, machen die Bergbauernzuschüsse einschließlich der Rinderhaltungsprämie aus. Auch hier eine Aufstockung von 250 Millionen Schilling im Jahre 1980 auf 286 Millionen Schilling im Jahre 1981.

Diese Direktzahlungen, die an die Bergbauern in den einzelnen Zonen, und zwar in den Zonen 2 und 3 geleistet werden – jene der Zone 1 werden nicht bedacht, obwohl sie eigentlich die längste Arbeitszeit aufweisen –, betrugen heuer je Betrieb und Jahr 5 000 S in der Zone 2 und 6 000 S in der Zone 3 je nach der Höhe des Einheitswertes. Je höher der Einheitswert, umso höher diese Beträge.

Interessant ist dabei wieder, daß nur sehr, sehr wenige Betriebe – 1979 waren es 4 700 – in den Genuss des Maximalzuschusses gekommen sind.

Peter

Die Erklärung dürfte darin liegen, daß es im Berggebiet eben nur wenige Betriebe gibt, die einen Einheitswert bis zu 40 000 S aufweisen. Diese 4 700 Betriebe wieder machen nur 3,7 Prozent aller Bergbauernbetriebe aus. Also nur 3,7 Prozent aller Bergbauernbetriebe kommen in den Genuß des Maximalzuschusses.

Das sind eigentlich sehr deprimierende Schlußfolgerungen, die man in diesem Zusammenhang ziehen muß. Diese Schlußfolgerungen verdeutlichen wieder jenen Circulus vitiosus, aus dem die österreichische Agrarpolitik nie und nimmer herauskommt.

Wie wirkt sich nun die direkte Bergbauernförderung auf das Einkommen der Betroffenen aus? In der Zone 2 macht die Bergbauernförderung 6 Prozent des Gesamterwerbseinkommens aus, in der Extremzone 3 immerhin 11 Prozent.

Dabei ist aber folgendes zu beachten: In diesen Prozentzahlen stecken auch die Direktzahlungen der Länder, die Alpenwirtschaftsprämien und die Bewirtschaftungsbeiträge, um hier wiederum nicht zu hoch anzusetzen. Das Bundesausmaß ist etwa um die Hälfte niedriger als die ausgewiesenen Beträge.

Zusammenfassend ist zur Direktförderung der Bergbauern aus freiheitlicher Sicht festzustellen:

Die Direktzuschüsse des Bergbauernsonderprogramms können in der derzeitigen Höhe von 6 bis 11 Prozent nie und nimmer einkommenstragend sein.

Die Bergbauernzuschüsse haben nur einen sehr schwachen subsidiären Charakter.

Vermutlich ist der Effekt der Bergbauernzuschüsse eher ein psychologischer denn ein finanziell effizienter.

Zu 66 bis 81 Prozent – je nach der Zone – schöpfen die Bergbauern ihr Einkommen noch immer voll und ganz aus der Land- und Forstwirtschaft.

Nur 14 bis 23 Prozent der Bergbauern – wiederum je nach Zone – schöpfen auch aus außerlandwirtschaftlichen Nebeneinkünften.

Das sogenannte Erwerbseinkommen überwiegt nach wie vor im Bergbauernbereich bei weitem.

Für uns Freiheitliche ergibt sich daraus die zwingende Folgerung, daß der Hauptpfeiler in der Einkommensschöpfung unserer Bergbauern nach wie vor die Land- und Forstwirtschaft ist. Die Agrarpreispolitik ist daher ein wesentliches Instrument für die Existenzsicherung der Bergbauern und darüber hinaus der gesamten österreichischen Landwirtschaft.

Und deshalb, Herr Bundesminister, muß der Wert oder Unwert einer sozialistischen Agrarpolitik vor allem an der Agrarpreispolitik dieser Bundesregierung gemessen werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich habe beim Grünen Bericht Vergleiche mit der Bundesrepublik Deutschland angestellt. Ich wähle heute einen anderen Weg und stelle Vergleiche mit der Schweiz an. Im Vergleich zur Schweiz steckt die österreichische Bergbauernförderung noch in den Kinderschuhen. In diesem Zusammenhang muß an die Adresse der beiden anderen Parteien ein schwerwiegender Vorwurf gerichtet werden. Die Österreichische Volkspartei – sie hört es nicht gerne, ich weiß es – hat auf dem Gebiet der Agrarpolitik wahrlich 25 Jahre versäumt. Die Sozialistische Partei hingegen hat die letzten zehn Jahre ihrer Machtausübung im Bereich der Agrarpolitik nicht voll genutzt.

Herr Bundesminister! Die Schweiz zahlt pro Jahr und Betrieb 70 000 S in Form von Kostenbeiträgen an Viehhälter im Berggebiet.

Die Schweiz bezahlt pro Jahr und Betrieb 70 000 S in Form sogenannter Bewirtschaftungsprämien an die Landwirtschaft unter erschweren Produktionsbedingungen, und diese Förderung erfolgt noch unter einer Reihe weiterer Titel, deren Aufzählung ich mir ersparen möchte.

Worin liegt die Ursache dafür, daß es in der Schweiz ein besseres Landwirtschaftsverständnis als in Österreich gibt? Darin, meine Damen und Herren, daß seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz ein positives Landwirtschaftsverständnis erarbeitet und gepflegt wurde. Die historische Schuld der ÖVP-Agrarpolitik in Österreich sehe ich darin, daß es die Österreichische Volkspartei in der Zeit ihrer Führungsrolle innerhalb der großen Koalition nicht verstanden hat, beim sozialistischen Koalitionspartner, beim sozialistischen Sozialpartner und bei den Arbeitnehmern das Verständnis für die Probleme und Belange der österreichischen Landwirtschaft zu wecken. (Beifall bei der FPÖ.)

Dieses Wecken des Verständnisses für die Selbständigen ist der Österreichischen Volkspartei in den Jahren ihrer Machtausübung nicht gelungen. Dadurch ist der Stellenwert der Selbständigen in Österreich, ob Handelstreibende, Gewerbetreibende oder Bauern, leider immer geringer geworden. Die betrübliche Konsequenz dieses niedrigen Stellenwertes der Selbständigen bestand darin, daß gerade im letzten Jahrzehnt Zehntausende Selbständige abgewandert und in unselbständige Berufe übergewechselt sind.

Das war die falsche Weichenstellung, die

5918

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Peter

falsche gesellschaftspolitische Weichenstellung der Österreichischen Volkspartei zum Sozialismus in Form einer falsch angelegten Selbständigenpolitik.

Ich glaube, daß die ÖVP diesen Fehler in ihrer Politik heute konsequent fortsetzt. Sie wird, gerade nach dem letzten Bundesparteitag und nach ihrer Reform, immer mehr eine christlich-soziale Dienstnehmerpartei und vernachlässigt die Vertretung der Selbständigenbereiche zusehends. Daher werden wir Freiheitlichen uns dieser Selbständigen, der Bauern, der Handels-treibenden und der Gewerbetreibenden in Zukunft noch intensiver annehmen, als wir es bisher schon getan haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun zurück zur sozialistischen Alleinregierung. Diese sozialistische Alleinregierung pflegt zu viel Sozialismus, ihr ist zu wenig Liberalismus eigen. Von den Sozialisten kann man noch weniger als von der Österreichischen Volkspartei Verständnis für die Selbständigen erwarten.

Hier muß ich wieder darauf verweisen, so wie ich es beim Grünen Bericht tat, daß eben dort, wo das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium von einem Liberalen geführt wird, wie in der Bundesrepublik Deutschland, die Selbständigen einen anderen Stellenwert haben, einen höheren Stellenwert haben als in einer sozialistischen Alleinregierung.

Ich stelle, meine Damen und Herren, keine Behauptung auf, sondern ich trete an einem aktuellen und konkreten Beispiel den Beweis an:

Herr Bundesminister! Die Erwerbsgärtner sind in den letzten Wochen mit größten Sorgen zu Ihnen und zu den drei Klubobmännern gekommen. Nicht nur der Ölshock im allgemeinen, sondern der frühe Einbruch des Winters hat heuer die österreichischen Erwerbsgärtner vor besondere Schwierigkeiten gestellt. Die Erwerbsgärtner haben Ihnen die Bitte unterbreitet, sie mit einem Betrag von 40 Millionen Schilling aus dem Budget zu unterstützen, damit sie dieser Extremsituation gerecht werden können. Bis jetzt haben die Erwerbsgärtner weder vom Herrn Bundesminister für Landwirtschaft noch vom Herrn Klubobmann der sozialistischen Mehrheitsfraktion darauf eine konkrete Antwort bekommen. Das Problem ist offen. Die Erwerbsgärtner wissen nicht, wie sie dran sind und ob der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ihrer sachlich gerechten Forderung zu entsprechen bereit und in der Lage ist.

Dort aber, Herr Bundesminister, wo ein liberaler Landwirtschaftsminister seinem Amt nachgeht, ist dieses Problem, wie Sie besser wissen als ich, längst gelöst. Im „Bundesanzei-

ger“, dem Verordnungsblatt der Bundesrepublik Deutschland, wurde das diesbezügliche Gesetz bereits am 1. März 1980 kundgemacht. Dort, meine Damen und Herren, erhalten die Erwerbsgärtner aus den schon dargelegten Gründen 50,5 Millionen D-Mark Anpassungshilfe für Unterglas-Gartenbaubetriebe.

Dieses Problem ist in Österreich seit geraumer Zeit anhängig, hat aber durch die Bundesregierung bis zur Stunde keine Klärung erfahren.

Ich richte an Sie, Herr Bundesminister, an den Klubobmann Dr. Fischer und an den Klubobmann Dr. Mock die Bitte um ein gemeinsames Vorgehen im Rahmen der Budgetdebatte: Gewähren wir den österreichischen Erwerbsgärtner das, was sie von Ihnen erbeten haben, nämlich diesen Zuschuß von 40 Millionen Schilling. Die 50,5 Millionen D-Mark entsprechen einem Betrag von 355 Millionen Schilling. Wir sind zehnmal kleiner als die Bundesrepublik Deutschland, gehen wir herunter auf die 35 bis 40 Millionen Schilling. Es ist meines Erachtens eine gerechte und angemessene Forderung, mit der die Erwerbsgärtner an die Bundesregierung herangetreten sind. Ich ersuche daher höflich alle drei Fraktionen und die Bundesregierung, dieser sachlich gerechten Forderung zu entsprechen.

Wieder zurück zum Vergleich mit der Schweiz. In der Schweiz haben die Landwirtschaft und die Landesverteidigung einen hohen Stellenwert im Bundesrat, der Bundesregierung. Symptomatisch ist, daß in Österreich, in einer sozialistischen Alleinregierung die Landwirtschaft und die Landesverteidigung einen sehr, sehr niedrigen Stellenwert haben. Die Bilder gleichen sich in diesem Zusammenhang im Vergleich zwischen zwei neutralen Staaten überhaupt nicht. Der Schweizer Bundesrat fördert seit Ende des Zweiten Weltkrieges das Landwirtschaftsverständnis der gesamten Bevölkerung intensiv, systematisch, kontinuierlich und ständig.

Wie sieht das, meine Damen und Herren, in Österreich aus?

Da gibt es Hiebe für die Bauern aus dem Bereich der Sozialpartner.

Dort gibt es ungerechtfertigte Subventionsvorwürfe an die Bauern aus dem Arbeitnehmerbereich.

Da wieder werden die Hörndlbauern gegen die Körndlbauern ausgespielt.

Dort wieder leben die genossenschaftlichen Giganten vom Geschäft mit der Landwirtschaft und mit den Bauern sehr gut. Die Bauern aber leben in Österreich sehr schlecht.

Peter

Der wirtschaftliche und soziale Status der österreichischen Landwirtschaft ist bedrückend. Bedrückend und besorgniserregend trotz Bergbauernsonderprogramm und trotz staatlicher Agrarförderung. Mit Hilfe einer untauglichen Agrarpolitik und mit Hilfe einer nicht überzeugenden staatlichen Agrarpolitik wird im bäuerlichen Bereich ein wirtschaftlicher und sozialer Zustand stabilisiert, der eigentlich abgeschafft gehört.

Herr Bundesminister! Sie zitieren gerne den bekannten seinerzeitigen deutschen Universitätsprofessor Aereboe. Friedrich Aereboe sagte einmal:

„Das Ziel der Agrarpolitik ist es, die Landwirtschaft dahin zu bringen, daß sie ihre Aufgaben innerhalb der gesamten Staatswirtschaft immer vollkommener erfüllt.“

Betrachtet man im Lichte dieses Soll-Zustandes die einzelnen Aufgaben und Ziele des österreichischen Landwirtschaftsgesetzes und vergleicht man die Theorie mit der im Grünen Bericht und im Agrarbudget statuierten Praxis, so klafft zwischen diesem Soll- und dem Ist-Zustand der österreichischen Landwirtschaft eine unüberbrückbare Kluft! Von der apostrophierten Aereboe-Vollkommenheit kann doch nur sehr, sehr bedingt die Rede sein.

Die Landwirtschaft ernährt zwar die Bevölkerung in reichlichem Maße und pflegt darüber hinaus die Kulturlandschaft. Die staatliche Agrarpolitik und die agrarische Kammerbürokratie sind aber im 35. Jahr des Bestandes der Zweiten Republik nicht in der Lage, den Bauern und ihren Familien einen angemessenen und damit dem Arbeitnehmereinkommen entsprechenden Lebensstandard zu bieten und zu sichern.

Nach 20 Jahren Landwirtschaftsgesetz und nach fast zwei Jahrzehnten Grünem Plan droht der österreichischen Landwirtschaft eine Bruchlandung durch weitere Dezimierung. Und einer weiteren Dezimierung der österreichischen Landwirtschaft setzen wir Freiheitlichen ein striktes Nein entgegen.

In Verfolgung dieses Ziels sagen wir auch zu dieser Agrarpolitik und damit zum Agrarkapitel des Bundesfinanzgesetzes 1981 nein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Halden: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich

habe heute das fünfte Agrarbudget zu vertreten; das vierte, das ich selber verhandeln konnte.

Ich habe nun nicht erwartet, daß Sie anlässlich dieser Debatte etwa sagen: „Im Jahre 1980 haben wir gemeinsam einiges zuwege gebracht, gut zustande gebracht, etwa die Verlängerung der Marktordnung, im Außenhandelsbereich den Polen-Vertrag. Wir sind nicht mit allem einverstanden, was die Regierung mit uns diskutiert hat, und wir sind nicht damit einverstanden, daß sie mitunter nicht alle Vorschläge akzeptiert hat, die etwa von der gesetzlichen Interessensvertretung gekommen sind. Aber insgesamt müssen wir sagen: Auch im Jahr 1980 haben wir ein tüchtiges Stück Arbeit gut vollbracht, wir sind in der Landwirtschaft vorangekommen.“

Daß Sie das sagen, habe ich wirklich nicht erwartet, und ich habe noch weniger erwartet, daß Sie sagen: Wir können als Redner der Oppositionsparteien doch nicht guten Gewissens den Standpunkt einnehmen, daß unsere Hauptredner zur Budgetdebatte auf der einen Seite erklären: Viel zuviel neue Einnahmen aus Gebührenerhöhungen und anderen notwendigen Maßnahmen und viel zuviel Ausgaben, es müßten die Ausgaben eingeschränkt werden, um gleichzeitig für alle Bereiche der Förderung mehr zu verlangen!

Sie wären sicherlich überfordert gewesen, wenn Sie diesen Standpunkt eingenommen hätten. Er wäre vertretbar.

Ich räume ohne weiteres ein, daß ich als Landwirtschaftsminister mehr Mittel gut gebrauchen könnte. Daraus mache ich gar kein Hehl (*Ruf bei der ÖVP: ... : zehn Millionen!*), und ich bin überzeugt davon, daß meine Kollegen in der Regierung für ihre Bereiche ebenfalls sagen: Mehr Mittel für die Bewältigung unserer Aufgaben, das wäre nur erwünscht!

Jawohl! Aber sehen Sie: Der Unterschied ist nun einmal der, daß die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit agiert und die wirtschaftliche Gesamtsituation mit im Auge behalten muß. Und sehen Sie: Wenn Sie das Problem der Budgetgestaltung so sehen, dann müßten Sie als Oppositionsredner akzeptieren, daß das Agrarbudget im Förderungsbereich nach wie vor den Schwerpunkt der Förderung in der Bergbauernpolitik gesetzt hat, trotz aller Bemühungen, das Netto-Budgetdefizit zu reduzieren. Das wäre ein Standpunkt gewesen.

Ich habe mir nun doch erwartet, daß über die Grundsätze der Agrarpolitik – wie es weitergehen soll – eine eingehende Debatte geführt wird. Ich muß sagen: Ich bin ein wenig enttäuscht. Die

5920

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Mittel sind überall zu wenig, es wird über die Darstellung des Budgets diskutiert.

Ja um Gottes willen, das Budget läßt sich doch lesen, es steht doch im Budget drinnen, was Förderungsaufgaben sind, was Personalkosten sind, welche Ausgaben in den Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung gehören!

Und dann wird darüber diskutiert, ob die Ausgaben der Bundesforste im Land- und Forstwirtschaftsbudget dargestellt werden sollen oder nicht; das ist sogar ein eigenes Kapitel, das Kapitel 77. (Abg. Deutschmann: ... Landwirtschaft!) So läuft dann die Diskussion.

Und dann geht die Kritik in die Richtung: Da und dort zu viel Personal in der Zentralverwaltung –, um das natürlich wohl begründet vor jeder Budgetverhandlung verhandelt werden muß. Und das ist dann die Debatte über die Agrarpolitik.

Sehen Sie: Wir könnten doch gemeinsam aus guten Gründen fragen: Was hat sich denn alles geändert in diesen vier Jahren – die ich nun zu vertreten habe –?

Es ist doch kein Zufall, daß heute das Ausland nach Österreich schaut und sagt: Wir sollten uns die Milchmarktordnung anschauen, wir sollten uns anschauen, wie der Getreidemarkt geregelt ist, im Weinmarktbereich setzen die Österreicher Schritte; gemeinsam übrigens. Darauf könnten wir ja gemeinsam stolz sein! Das ist doch keine Schande! (Zwischenruf des Abg. Hietl. – Abg. Steinbauer: Qualitätswein...!)

Nun, wie hat es sich bei uns abgespielt? Ich habe unmittelbar, nachdem ich das Ressort übernommen hatte, darauf hingewiesen, daß der Krisengroschen bei der Milch nicht haltbar ist. Jede Änderung wurde zuerst entschieden abgelehnt, mit aller Entschlossenheit, mit aller Entschiedenheit waren die Formulierungen etwa im „AIZ“. (Abg. Dr. Jörg Haider: Außer den Freiheitlichen!) Dann haben wir verhandelt. Dann haben wir uns geeinigt, zumindest in diesem Bereich mit der ÖVP, jawohl.

Als das Gesetz beschlossen war, kam die schwierige Phase der Umstellung, die zweifellos nicht leicht war. Da hieß es zunächst nach der Beschlüffassung: Ein für Europa beispielhaftes System – das stimmt zweifellos, nur war es halt schwer begreifbar in der Phase der schwierigen Umstellung. (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Vor allem die Anwendung!) Jawohl.

Sie haben dann, ich möchte fast sagen – entschuldigen Sie –, in hemmungsloser Weise Kritik geübt (Widerspruch bei der ÖVP), was die Anwendung betrifft.

Und jetzt klopfen wir uns gegenseitig auf die Schulter und sagen, was wir erreicht haben. (Abg. A. Schlager: Wer klopft auf die Schulter?) Ich darf Ihnen sagen: Im letzten „Agra-Europe“ vom 8. Dezember 1980 (Ruf bei der ÖVP: Stimmt das jetzt?) wird über die Haltung des deutschen Bauernverbandes zu dieser Frage berichtet. Der Bauernverband ist eine Organisation, die demokratisch organisiert ist und die in ihrer Mehrheit sicher auf der Ebene des Bauernbundes steht, also vergleichbar wäre mit dem Bauernbund; nicht in der Organisationsform. Und da heißt es nun, die EG-Milchpolitik müsse endlich von dem Überschußgespenst befreit werden. Dabei sollte die Marktordnung so ergänzt werden, daß die Erzeugung der Nachfrage einschließlich des Weltmarktes flexibel angepaßt werden könnte.

Diese Forderung stellt der deutsche Bauernverband in seinem Pressedienst auf. Gleichzeitig wird erneut auf das System der Verursacherabgabe hingewiesen. Was ist das, die Verursacherabgabe? Natürlich nicht die Mitverantwortungsabgabe, die dem alten Krisengroschen entspricht, sondern ein System, bei dem die stärkere Belastung dort liegt, wo die Überschüsse entstehen. Das könnte, man sagen, ist sozusagen eine Äußerung aus dem konservativen Lager.

Der frühere französische Landwirtschaftsminister Pisani hat für die französischen Sozialisten auf internationalem Parkett das System vorge tragen, das sich die französischen Sozialisten vorstellen. Es geht genau in die Richtung, die wir schon bewältigt haben.

Nehmen Sie den Getreidemarkt her. Im Sommer 1979 sind noch die Traktoren aufgefah ren, um sozusagen – wie man meinte – die Verhandlungen über den Getreidemarkt zu stützen. Wir durften ja vorher nicht abschließen, bevor nicht diese Demonstration zu Ende geführt war.

Wir haben uns dann gut geeinigt. Ich räume ein, daß das System, das beschlossen worden ist, ein sehr vernünftiger und guter Kompromiß ist – kein fauler Kompromiß –, wobei die Konzessionen auf beiden Seiten gelegen sind.

Heute funktioniert es. Zuerst bin ich auf das heftigste attackiert worden. (Zwischenruf des Abg. Fachleutner.)

Herr Kollege Fachleutner! Sie werden mir das ja bestätigen. Wir standen ja beide im Mittelpunkt der Kritik. Heute klopfen wir uns gegenseitig auf die Schultern. (Abg. A. Schlager: A da schau her, ein Schulterklopfer bist du!) Jawohl! Der Abgeordnete Fachleutner hat damals den Mut gehabt zu sagen, daß das notwendig sein wird.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Heute sind wir stolz. Ich darf daran erinnern, daß heftige Kritik des Bauernbundes in Richtung des Weinmarkts gegangen ist: Bitte, nichts mehr hereinlassen, Schluß mit den Importen! Dann haben wir das Problem gelöst!

Das angesichts einer Exportentwicklung, die ja – man muß sich das vor Augen führen – so ausschaut, daß wir in den achtziger Jahren das Zehnfache der siebziger Jahre exportiert haben.

Wir haben uns dann geeinigt, jawohl! (*Zwischenruf des Abg. Hietl.*) Ich werde wohl zum Grundsätzlichen der Agrarpolitik einige Bemerkungen machen müssen. Das Problem, das wir in der Agrarpolitik haben, ist europaweit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, Herr Kollege Hietl, wir müßten doch einmal feststellen, wieviel Weingartenflächen wir haben. Wir müssen sagen, daß wir auch mit dem Auspflanzungsverbot beginnen müssen. Zuerst gab es viel Skepsis, jetzt haben wir es gemeinsam bewältigt. Wir tragen es gemeinsam, und in dieser Agrardebatte findet man fast keine Gemeinsamkeit. Wir könnten doch stolz sein auf das, was andere vor sich haben, und was wir hinter uns haben. Darauf wollte ich doch ein bißchen hinweisen.

Nun doch noch einige Bemerkungen zu der Einkommensentwicklung. Ich räume ohne weiteres ein, daß es für den Landwirtschaftsminister äußerst schmerzlich ist, wenn reale Einkommensverluste eintreten. Aber die Fairneß hätte es erfordert, daß Sie hier sagen:

Jawohl, die schlechte Getreideernte hat einen ungewöhnlichen Rückschlag gebracht, einen sehr bedauerlichen! Wir haben aber eine uneinheitliche Entwicklung. Wir geben zu, wir haben etwa bei den bergbäuerlichen Einkommen nominell einen Zuwachs je Familienarbeitskraft von 14 Prozent. Wenn ich das real rechne, ist das eine beträchtliche Verbesserung. Im Produktionsgebiet der Hochalpen haben wir nominell 18 Prozent.

Der große Rückschlag ist im nordöstlichen Flach- und Hügelland, dort, wo wir an sich die wirtschaftlich gefestigteren Betriebe haben, weil eben die Getreideernte ausgeblieben ist. Das wäre Fairneß gewesen.

Wenn wir uns die bergbäuerlichen Einkommen ansehen, sehen wir von 1970 bis 1979 eine Veränderung nominell von 129 Prozent plus, real von 32 Prozent plus. Das sind pro Jahr 3,2 Prozent. Im gesamten Durchschnitt haben wir eine Steigerung von 2,9 Prozent real und die trotz der realen Einkommensverluste des Jahres 1979.

Diese ganze Debatte vollzieht sich nun vor dem Hintergrund des Jahres 1980. Wir haben ja die Ernte 1980 praktisch herinnen. Ich kann Ihnen sagen, wir werden beim landwirtschaftlichen Einkommen je Familienarbeitskraft einen zweistelligen Einkommenszuwachs haben, gemessen an den bäuerlichen Haupterwerbsbetrieben. Wir haben im Haus schon eine Prognose gemacht. Jedenfalls wird es in der Größenordnung von 12, 13, 14 Prozent sein. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Bei der Volkseinkommensrechnung wird es mehr sein, weil wir da den Großwaldbesitz dabei haben und der gute Holzpreis dort stärker durchschlägt.

Herr Klubobmann Peter! Ich möchte zu Ihren Ausführungen – ich komme noch darauf zurück – doch eine Bemerkung machen. Ich wäre Ihnen verbunden gewesen, wenn Sie bei dem Vergleich mit der Bundesrepublik geblieben wären.

Ich gebe zu, daß die landwirtschaftlichen Einkommen in der Bundesrepublik besser sind. Man müßte allerdings nach Produktionsgebieten vergleichen. Dann müßte man noch einiges korrigieren an dem, was Sie das letztemal hier gesagt haben. Aber wenn Sie dabei geblieben wären, zu vergleichen, wie es real ausschaut, dann hätten Sie festgestellt, daß in der Bundesrepublik seit dem Jahre 1975 ein realer Einkommensverlust eingetreten ist, und zwar unentwegt, Jahr für Jahr. Sie können es auch im „Agra-Europe“ nachlesen; es ist das auch eine der letzten Nummern vom 3. November. Der Titel lautet: „Reale Einkommensverluste in der EG“, eine Darstellung für die gesamte EG.

Für die Bundesrepublik zeigt sich bei einem Index der Preise für landwirtschaftliche Produkte im Jahre 1975 mit 100 im Jahre 1979 ein Index von 105,9. Daß dieser Rohertrag auf das Einkommen negativ voll durchschlägt und zu realen Einkommensverlusten führt, das liegt auf der Hand.

Ich wollte das nur ergänzen, weil es gerade in diesem Zusammenhang gut gewesen wäre, die Bundesrepublik zu zitieren; auf die Schweiz komme ich dann noch zu sprechen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Bergbauernpolitik doch noch einige Bemerkungen:

Ich stelle fest, wir haben im Grünen Plan 1981 insgesamt 1 822 000 000 S.

Im Jahre 1969 waren es 762 Millionen Schilling. Ich lade Sie ein, zu deflationieren, damit man auch diese Frage ausräumt. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Riegler! Das ist nicht um

5922

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Bundesminister Dipl.-Ing. Halden

75 Prozent mehr, sondern das ist ungefähr das 2,4fache des Budgets 1969. Ja es ist so, daß allein für das Bergbauernsonderprogramm 1981 mehr im Budget steht als 1969 im gesamten Grünen Plan.

Ich kann Ihnen versichern, das zweite Bergbauernsonderprogramm, für das vier Milliarden Schilling in Aussicht genommen sind, das werden wir sicher erfüllen können.

Man kann natürlich die Bergbauernzuschüsse negligen. Man kann sagen, daß es perzentuell wenig ist, daß sie höher sein sollten. Wir wollen ja innerhalb des zweiten Bergbauern-Sonderprogramms die Budgetzuschüsse verdoppeln; das wissen Sie ja.

Wir haben im Jahre 1974 2 000 Schilling gehabt, im Jahre 1977 4 000 Schilling, also das Doppelte. Im Jahre 1979 ist die Zone 2 dazugekommen. Im Jahre 1980 haben wir 6 000 Schilling in der Zone 3. Ich bin gerne bereit, Ihnen zu sagen, wie wir uns die Regelung für 1981 vorstellen. Wir möchten gerne die Einheitswertstufen noch weiter unterteilen, weil die Unterteilung bis zu 40 000 S Einheitswert und von 40 000 S bis 300 000 S nicht adäquat ist. Wir werden also bis zu 40 000 S Einheitswert eine Stufe machen, dann bis zu 100 000 S und schließlich bis zu 300 000 S. Für diese drei Gruppen sollen in der Zone 3 die Beträge 6 500 S, 6 000 S und 5 500 S ausmachen, in der Zone 2 3 000 S, 2 500 S und 2 000 S; also eine ganz beträchtliche Verbesserung.

Ich füge hinzu: Es wäre gut, wenn wir uns einigen könnten, daß wir die doch problematischen Bergbauernzuschüsse beim Export von Zucht- und Nutzrindern einfließen lassen in den allgemeinen Bergbauernzuschuß, denn wir haben ja nicht die Garantie, daß unsere Bauern diese Beträge bekommen. Wir wissen es zumindest dort nicht, wo die Tiere nicht über die Versteigerung gehen. Bei den Versteigerungen ist eine andere Situation. Darüber kann man auch sprechen. Diese Frage müßten wir doch gemeinsam bewältigen können.

Wenn wir diese Änderung herbeiführen, die vernünftig ist im Interesse der Bauern, dann könnten wir in der Zone 3 ohne weiteres um volle 1 000 S erhöhen und in der Zone 2 um 500 S, allenfalls sogar um etwas mehr; das müßten wir uns noch anschauen. Das wäre dann ein Bergbauernzuschuß, der immerhin 7 500 S in der Zone 3 bei einem Einheitswert bis zu 40 000 S betragen würde. Gehen wir doch diesen Weg gemeinsam, ich lade Sie ein.

Aber nur in der Öffentlichkeit zu kritisieren und alles, was zum Wohle der Bauern geschieht, zunächst einmal zu disqualifizieren, um sich nachher zu einigen, ist kein guter Weg. Wir

sollten uns doch vorher einigen können. Zur Gesprächsbereitschaft sage ich dann schon noch etwas.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete Riegler hat noch einige konkrete Fragen an mich gerichtet, die ich beantworten sollte.

Zunächst einmal zur Kontrolle im Marktordnungsbereich, die im Zusammenhang mit den Mißständen in der Milchwirtschaft, die ich nicht verallgemeinern will – ich habe das nie getan –, notwendig ist. Aber man darf um Gottes willen nicht sagen, Herr Abgeordneter Zittmayr, daß im Genossenschaftsbereich nichts gewesen wäre. Sie haben ja eine geschlossene Kette von den Affären: in Horn über die Mirimi bis zur OKM. Da haben Sie doch eine geschlossene Kette!

Ich bin der Auffassung, daß wir jene Anständigen in den Genossenschaften und in den Gewerbetrieben, die sich redlich um eine ordentliche, saubere und anständige Geburung bemühen, nicht mit diskreditieren sollten. Das tun wir aber, wenn wir es so darstellen, als ob es kein Problem gäbe. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Herr Abgeordneter Deutschmann! Die parlamentarische Anfrage werde ich rasch beantworten. Ich habe dazu Weisung gegeben und werde mich sehr anstrengen. Vor Weihnachten wird die Anfrage beantwortet sein. Wir haben nur jetzt einige Änderungen im Ressort und diese möchte ich Ihnen schon mitteilen; Sie wollen ja informiert sein.

Vielleicht darf ich auch folgende Frage klarstellen. Ich habe zu den Ereignissen vor Journalisten gesprochen. Es waren etwa 30 Journalisten anwesend. Ich habe mit keinem Wort – der Herr Kollege Fachleutner ist jetzt nicht da – auf die Getreidewirtschaft hingewiesen! Ich habe auf die Mißstände im Viehbereich hingewiesen. Ich bitte, wenn 30 Zeugen da sind, mich nicht dafür verantwortlich zu machen, daß eine Aussage nicht richtig wiedergegeben wird. Von der Getreidewirtschaft war bei meinem Pressegespräch – fragen Sie die Herren des „AIZ“, die anwesend waren – mit keinem Wort die Rede.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sehen die Gesprächsbasis gefährdet und meinen, wir wären meilenweit auseinander. Wenn man meilenweit auseinander ist – das kann durchaus vorkommen in der Demokratie –, dann muß halt jeder ein Stück des Weges gehen, damit man sich nähert. Anders wird es ja nicht gehen. Dann muß man sprechen. Niemand wird behaupten können, daß ich für Gespräche nicht zur Verfügung stehe. Ich warte darauf, daß sich Herr Präsident Derfler bei mir anmeldet. Ich warte, Herr Kollege Riegler, daß auch Sie sich anmelden. Ich stehe gerne für dieses Gespräch

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

zur Verfügung. Bisher wurde kein Termin erbeten; das darf ich auch feststellen.

Aber nun doch zu den Förderungskommissionen, denn diese sind ja der Stein des Anstoßes. Wegen der Förderungskommissionen sehen Sie die Gesprächsbasis gefährdet. Ich kann das subjektiv von meiner Warte aus überhaupt nicht verstehen. Ich kann das überhaupt nicht verstehen! Sie tun ja so, als ob diese Förderungskommissionen neu wären. Wir haben sie seit dem Jahre 1972. Seit dem Jahre 1972 sind sie von den Bauernorganisationen paritätisch besetzt. Der Bauernbund hat nicht mitgemacht. Die Präsidentenkonferenz war nicht eingeladen. Ich habe gesagt, ich lade die Präsidentenkonferenz bei der Änderung mit dazu ein. (Abg. Dr. Zittmayr: Pachtkommissionen!)

Da muß ich Ihnen schon etwas mit der notwendigen Bitte um Verständnis sagen. Diese Kommissionen sollen eine Kontrollinstanz sein. Sagen Sie mir doch nicht, daß Sie sich nicht vorstellen könnten, daß in Kontrollinstanzen die Minderheiten die starke Position haben. Im Rechnungshof haben wir doch das beste Beispiel dafür. Das ist eine Kontrolleinrichtung höchster Ordnung, in der die Minderheit bewußt die stärkere Position hat.

Ja wollen Sie den Standpunkt einnehmen, daß in Kontrolleinrichtungen die Organisation, die kontrolliert werden soll – in dem Fall die Kammern –, mit einer Majorität vertreten sein soll? Diesen Standpunkt können Sie doch nicht ernstlich vertreten. Sie müßten dann als Oppositionspartei den Standpunkt konsequenterweise in allen Bereichen durchziehen und dort, wo Sie kontrollieren, sagen: Das soll lieber die Regierung machen, denn wir als Opposition wollen nicht kontrollieren. Das wäre dann die Konsequenz Ihrer Überlegung. Aber wir können darüber reden. Suchen wir einen Weg. Machen Sie mit. Ich lade Sie herzlich ein, mitzutun.

Wir können auch noch über Fragen sprechen, wenn Sie glauben, daß man in gewissen Bereichen noch Ergänzungen vornehmen sollte. Aber Sie dürfen nicht damit rechnen, daß wir die konstituierte Bundesförderungs- und Prüfungskommission wieder auflösen. Damit können Sie nicht rechnen. (Beifall bei der SPÖ)

Zur Agrarförderung. Natürlich sind der Bundesminister und das Landwirtschaftsministerium auf die gute Zusammenarbeit mit den Förderungsstellen angewiesen. Das ist gar keine Frage. Aber das kann doch nicht bedeuten, daß sie sozusagen die Möglichkeit des Vatos eingeräumt bekämen. Das ist doch nicht denkbar. Daher wird es immer wieder vorkommen, daß wir uns bemühen, einig zu werden, seine Änderungen durchzuführen, die notwen-

dig sind, oder daß wir uns nicht einig werden können. Das würde ich sehr bedauern. Aber deshalb kann doch der Landwirtschaftsminister nicht von der Verpflichtung entbunden werden, letzten Endes eine Entscheidung herbeizuführen, wenn es grundsätzliche Meinungsdifferenzen gibt.

Ein praktisches Beispiel. Sie können nicht erwarten, daß wir bei den Bergbauernzuschüssen vom System der Betriebsbezogenheit abgehen. Sie können das nicht erwarten, denn Ihre Vorstellung von den Flächenprämien – wenn die Länder das tun, bin ich sehr einverstanden – bedeutet doch im Grunde genommen nichts anderes, als daß der Betrieb, der in sich, in seiner Gesamtsituation stärker ist, der gesicherter ist, den höheren Zuschuß bekommt, und der Betrieb, der am meisten gefährdet ist in seiner Existenz, dieser Betrieb bekäme einen kleineren Zuschuß. Das ist also auch nicht gut möglich.

Herr Kollege Murer! Zur Lebensmittelhilfe muß ich eine Bemerkung machen, weil Sie mich falsch verstanden haben. Ich stimme mit Ihnen überein, daß man den Entwicklungsländern helfen muß, sich selbst zu entwickeln, selber für die Ernährung zu sorgen und sicher auch die Infrastruktur zu entwickeln, um bestehen zu können.

Aber solange wir nicht so weit sind, ist es vernünftiger, wenn die europäischen Industriestaaten ihre Erstattungssysteme ein wenig reduzieren und die Mittel, die Sie freibekommen, dafür verwenden, die Nahrungsmittelhilfe zu erweitern. Das kann ja nur vernünftig sein, denn daß das Erstattungssystem seinem Ende eines Tages entgegengehen wird, das kann man leicht absehen, wenn man die Debatten in der EG verfolgt. Von heute auf morgen ist es aber sicher nicht änderbar. Das nur dazu.

Und ich würde nicht von „Subventionitis“ sprechen. Denn das, was wir tun im Bereich der Stützung des Marktes ist sowohl für die Bauern wie auch für die Konsumenten. Das ist doch völlig unbestritten. Und ein liberalistisches System – sollten das auch die Liberalen akzeptieren –, ein liberalistisches System im Agrarbereich ist halt nicht realisierbar, weil wir dann nicht bestehen könnten. Ich glaube, das ist auch außer Streit gestellt.

Herr Kollege Deutschmann! Zu dem Disput um die „Agrarwelt“. Der Bauernbund kriegt heuer 1,5 Millionen Schilling wie die übrigen Bauernorganisationen. Ich weiß nicht, wie er es jetzt exakt verwendet. Es wird entweder ins IDK gehen oder in die Zeitung. Man müßte nachschauen. Aber für die Öffentlichkeitsarbeit

5924

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

kriegt er jedenfalls Geld. Können wir uns auf diese Formulierung einigen? Danke sehr.

Und nun muß ich mich mit dem Herrn Klubobmann Peter doch noch einmal ein bißchen auseinandersetzen, weil Sie die Schweiz wieder zitiert haben.

Herr Kollege Peter! Ich wäre der glücklichste Mensch, wenn ich in der gleichen Lage wäre wie der für die Landwirtschaft zuständige Wirtschaftsminister der Schweiz. Sie haben in der Schweiz einen Selbstversorgungsgrad von jetzt etwa 60 Prozent. Sie haben daher nicht die Exportprobleme und nicht die Exportfinanzierungsprobleme. Im Gegenteil, die Schweiz importiert das fehlende Ausmaß von 40 Prozent, das die Schweiz braucht, das importiert sie, mit Abschöpfungen, mit ungewöhnlich hohen Abschöpfungen, und damit finanziert die Schweiz die Bergbauernpolitik.

Wir können also zweierlei nicht tun. Wir können nicht die These aufrechterhalten, wir wollen einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad in Österreich, und knüpfen daran die Voraussetzung, daß wir ungewöhnlich hohe Einnahmen aus Abschöpfungen haben. Das ist nicht machbar. Und daher die andere Position der Schweiz, die bessere Position. Sie haben recht, der Bergbauernzuschuß allein macht es nicht. Natürlich hat der Preis seine Bedeutung. Ich sage nur immer wieder, über den Preis allein können Sie das Disparitätsproblem nicht lösen.

Wir behaupten ja nicht, daß die Bergbauern einkommen zufriedenstellend sind. Das behauptet doch niemand. Einfach im Zuge der Technisierung, im Zuge des Produktivitätsfortschrittes haben die Bergbauern die geringeren Chancen, deshalb brauchen wir die Transferzahlung, und deshalb bitte brauchen wir auch den Vergleich mit dem Gesamteinkommen. Die Darstellung des Gesamteinkommens ist unerlässlich, denn nur dieses bringt den richtigen Vergleich.

Sie haben mich gefragt wegen der Schlachthöfe. Ich habe noch keinen Bericht von der EG. Aus den Vorinformationen, wie wir so hören – sie sind ja nicht konkret, ich habe nichts in der Hand –, geht hervor, daß sie auch moderne Schlachthöfe kritisieren. Ich darf Ihnen versichern, wir werden sehr darauf achten, daß aus dieser Prüfung nicht technische Handelshemmnisse gemacht werden. Das werden wir uns sehr genau anschauen. Denn diese Politik der EG, wenn wir sie unterstellen – wir können es jetzt noch nicht –, die könnten wir ganz sicher nicht akzeptieren. (Abg. Peter: Herr Minister! Warum haben wir sie allein gelassen, haben wir sie allein lassen müssen?)

Ja, ganz allein waren sie nicht. (Zwischenruf

des Abg. Zittmayr.) Ich bitte, mich nicht zu attackieren in dieser Frage. Wir sind mit der EG im engsten Kontakt. Ich glaube, es kann niemand so sehr Verbindung aufrechterhalten auf politischer Ebene, auf Beamtenebene des Landwirtschaftsressorts, des Handelsressorts, des Außenressorts, wie das Österreich mit der EG macht. Das darf ich Ihnen wirklich versichern. Wir sind in engstem Kontakt mit den Behörden der EG.

Zu den Erwerbsgärtnern. Bitte, vergleichen können wir die Größenordnungen nicht. Herr Klubobmann, ich würde Ihnen empfehlen, es ist überaus interessant, den norddeutschen Raum einmal zu besuchen, wo die großen Gärtnereien zu Hause sind, da sind Vergleiche, was die Größenordnungen betrifft, im Umfang des Produktionsvolumens einfach nicht möglich.

Wir haben den Erwerbsgärtnern für heuer schon begleitende Maßnahmen zugesichert und realisiert. Die Erwerbsgärtner waren vor etwa 14 Tagen – ich bitte, mich jetzt nicht auf den Tag festzulegen – bei mir, den Erwerbsgärtnern haben wir die bindende Zusicherung gemacht, daß wir helfen werden. Ich habe ihnen auch Größenordnungen gesagt, die möglich sind, die ich also bewältigen kann, mehr konnte ich aus dem Handgelenk sicher nicht machen von heute auf morgen. Wir sind im Gespräch. Dieses Gespräch ist, wie gesagt, erst vor wenigen Tagen, vor etwa 8, 14 Tagen durchgeführt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe Gott sei Dank die Möglichkeit, mit diesem Agrarbudget die Förderungsmaßnahmen – die bewährten Förderungsmaßnahmen – fortzusetzen. Wir werden sie im Bergbauernbereich erweitern können. Mir liegt sehr daran, den Beamten des Ressorts zu danken, weil immer wieder so unterschieden wird zwischen sogenannten bisherigen Beamten und „Politbeamten“, die neu gekommen sind. Gott sei Dank kann ich mich auf alle verlassen, weil sie hochqualifiziert sind und weil sie loyal sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte unseren Bauern danken dafür, daß die Ernährung wieder gesichert ist. Wir haben eine gute Ernte eingefahren, und wir sollten der bäuerlichen Jugend sagen, sie darf schon zuversichtlich sein. Wir haben in den letzten Jahren Beträchtliches bewältigt. Vielleicht sind auch Fehler gemacht worden. Das mag durchaus der Fall sein.

Ich glaube, wenn die Agrarpolitik später einmal gewertet werden wird, wird man sagen – die OECD sagt es heute schon –, Österreich hat uns vorexerziert, wie man es machen kann. Danke sehr. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Frodl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Frodl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des Abgeordneten Deutschmann soll ich hier kurz vermerken, daß er den Vater des Abgeordneten Murer in keiner Weise diskriminieren wollte.

Zum Herrn Abgeordneten Peter möchte ich auch einiges sagen. Wir haben uns heute über seine Rede gefreut. Er hat die Bauern fest unterstützt, aber er hat es auch nicht lassen können, wieder auf die ÖVP vor zehn Jahren hinzugepeitschen und die falsche Politik dort aufzuzeigen. Ich will dazu nur eines sagen, Herr Abgeordneter Peter, wir schätzen Sie sehr, aber wir Bauern vergessen halt auch nicht, daß Sie einmal den Bauern richtig helfen hätten können, und zwar bei der Treibstoffverbilligung, welche heute eine sehr bedeutende Rolle und ein großes finanzielles Ausmaß ausmacht, und dort haben Sie uns leider nicht unterstützt. Das wäre die beste Hilfe für die Bauern gewesen, die die Freiheitliche Partei jemals geben hätte können. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun zum Herrn Minister Haiden. Mehr Mittel hätten Sie gerne, Herr Minister. Ja das glaube ich auch, und das wünschen wir auch. Ich möchte Ihnen aber auch gleich eines dazu sagen: Uns geht es gar nicht um mehr Mittel, um Beihilfen, um Subventionen, sondern wir möchten gerne – und das möchte ich sehr deutlich sagen – kostendeckende Preise und keine Almosen und keinen Streit, wer kriegt die Pensionen, sind sie richtig vergeben, sondern jene Waren, die wir erzeugen, sollen anständig bezahlt werden. Das wäre unser Herzenswunsch und nicht mehr und nicht weniger und, ich glaube, ein gerechter Wunsch. (Beifall bei der ÖVP.)

Und zu gemeinsamen Regelungen haben Sie ebenfalls hier gesprochen, Herr Minister. Riegler hat klar zum Ausdruck gebracht, beim Getreidemarkt, bei der Milchwirtschaft sind gemeinsame Regelungen getroffen worden. Und ich glaube, die lassen sich leicht und immer wieder finden und treffen. Wir Bauern würden nie und nimmer nein sagen, aber wenn es zu wenig ist oder überhaupt nicht ausreicht, dann müssen Sie die oppositionelle Haltung auch irgendwie verstehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und um den nominellen Preisrückschlag noch auszugleichen von 1979, der ja schwächer ist – und Sie sagen, das wird sich ausgleichen –, müssen wir im Jahre 1980 ein nominelles Einkommen von 17,5 Prozent haben. Wir sind sehr neugierig, ob Ihnen das gelingen wird, Herr

Minister. Wir zweifeln sehr daran, weil es ja gar nicht möglich ist und weil wir keine Phantasien mit uns herumschleppen.

Und noch ein Wort vielleicht zur Flächenprämie bei den Bergbauern. Das Ding hat zwei Seiten, das muß man auch ganz klar sagen. Subventioniert man Rinderverkäufe, kann man sagen, jawohl, wir freuen uns darüber, wir haben aber soundso viele Bauern, die haben keine Rinderverkäufe, weil es einfach durch Katastrophen und durch andere Möglichkeiten nicht gegeben war. Und die fallen eben doch durch. Da muß man sehr genau überlegen, was ist jetzt besser? Rinderverkäufe subventionieren oder Flächenprämien. Zwei Seiten hat das Ding, aber es muß sehr wohl überlegt werden, daß der Schuß nicht nach hinten losgeht. (Beifall bei der ÖVP.)

Und heute zum Budget, wie gewöhnlich immer in dem Haus von seiten der Regierungspartei, das ist ja selbstverständlich, daß Sie nicht ebenfalls klagen, sondern daß Sie sagen, es geht gut, es geht sehr gut. Ich möchte nur eines sagen – ich habe nur 15 Minuten Zeit und möchte mich daran halten –: Die Abwanderung spricht eine sehr klare und deutliche Sprache. Und da kann man mit Zahlen hin- und herschaukeln, wie man will, die Abwanderung geht nach wie vor vor sich. Wir sind betrübt, weil in der Landwirtschaft ja nur mehr ein schwacher Bauer und eine Bäuerin ist und sonst niemand mehr. Die Starken haben einfach alle gehen müssen, um heute durch Neben- und Zuerwerb Mittel in die Landwirtschaft, und sie sind ja nicht aus Laune kann. Das ist das Faktum, und das sage ich als praktizierender Bauer.

Ich habe daheim selbst einen Betrieb, und ich möchte hier nicht aufzeigen, was mir meine Frau alles vorjammert, wie wenig drinnen ist in der Landwirtschaft. Sie werden gleich sagen, Sie sind ja Abgeordneter, aber kommen Sie hin zu meinem Betrieb und schauen Sie sich dort das Einkommen an, und dann werden Sie sich wundern. Sie alle stammen ja irgendwie aus der Landwirtschaft und Sie sind ja nicht aus Laune und Lust gegangen, sondern weil es immer kritischer wird. Und diese Regierung hat leider zu nichts beigetragen. Wir sind heute schon sehr, sehr klein in unserer prozentualen Stärke in der Landwirtschaft. Und ich glaube, noch weiter zu dezimieren wäre sicherlich nicht im Sinne unseres Staates. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ein paar Worte noch. Immer, wenn Bauern beim Herrn Minister vorgesprochen haben, sagt er: Ja die Schreibtischbauern, ich möchte es gerne von den Bauern selber hören, wie schlecht oder wie gut es ihnen geht. Schauen Sie her – er ist ja nicht da –, bei Ihnen ganz das gleiche. Nichtbauern zeigen hier auf, wie gut es den

5926

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Frodl

Bauern geht. Da sollen wir glücklich sein? Die kriegen halt ein Schreiben, und das haben sie zu verlesen. Der Abgeordnete Haas hat es ja heute sehr nobel gemacht, wir haben eigentlich mehr erwartet, aber er hat ein schlechtes Gefühl gehabt, da hier recht positiv zu reden, weil er wahrscheinlich die Situation auch kennt.

Das Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft will ich ja gar nicht mehr erwähnen. Daß es um die Hälfte kleiner ist als das eines Industriearbeiters, ich weiß nicht, ob Sie das alle wissen, ob Sie sich damit jemals befaßt haben. Aber das ist ein Faktum, daß ein Mensch in der Landwirtschaft, wie es auch der Abgeordnete Peter gesagt hat, 70 Stunden arbeitet, schlechte Arbeit machen muß, die gar keiner mehr angreift. Im Stall zu arbeiten, das ist ja die Arbeit vierter Klasse, nicht dritter Klasse, nicht einmal ausländische Arbeiter kriegen Sie, die heute Stallarbeit machen. Hier wird gejubelt, es geht ihnen eh gut.

Und der Bauer und die Bäuerin können um 5 Uhr früh im Stall stehen, wenn die anderen alle noch wunderbar schlafen. Und am Abend, wenn schon lange alle anderen Feierabend haben, sind die Leute noch immer im Stall. Und ich sage Ihnen das Geheimnis. Der Stolz des Bauern ist es, den Hof zu halten, ein Erbe zu übergeben. Das macht er aber im Sinne oder für den Staat und für die österreichische Bevölkerung. Und ein schlechter Lohn ist dafür. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das möchte ich sehr klar und deutlich zum Ausdruck bringen.

Ja und jetzt mein besonderes Problem, das ich hier eigentlich vortragen möchte und muß, das ist das gemeinsame Grenzlandsonderprogramm des Bundes mit der Steiermark, wie es von 1976 bis 1978 einigermaßen funktioniert hat. Mit 30 Millionen Schilling war es dotiert, es hat sich gezeigt, daß das zu wenig ist. Unser Landeshauptmann hat gesagt, 60 Millionen müssen es mindestens sein, ich gebe gleich wieder 15 Millionen dazu. Der Herr Minister Haiden, die Regierung die sonst immer fürs Teilen ist – die Hälfte das Land, die Hälfte der Bund –, gibt nur 5 Millionen.

Herr Minister, das werden und müssen wir Ihnen sehr deutlich sagen, daß Sie mit diesen 5 Millionen nicht durchrutschen. Die 5 Millionen sind auch ein Betrag, aber sie sind ein lächerlicher Betrag, wenn ich heute das gesamte Budget, wenn ich den Geldumschwung in diesem Lande anschau, und dann lächerliche 5 Millionen für das südsteirische Grenzland.

Der Abgeordnete Haas hat heute aufgezeigt, ja die schwächeren Gebiete werden und müssen weiter gefördert werden. Wie ist denn die Förderung? Das Land bleibt wieder zurück. Der

Bund zahlt 5 Millionen und das Land 15 Millionen. Und das ist ein Schlüssel, der überhaupt nicht akzeptabel ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte nur einige Zahlen zu diesen Grenzlandförderungen nennen, damit Sie sehen, daß ich als Steirer hier zu Recht das aufzeige.

Das Burgenland kriegt pro Betrieb Bundesmittel 600 S – bitte, ich sage das nicht aus Neid, sondern als Faktum –, Kärnten 1 660 S, Niederösterreich 1 070 S, Oberösterreich 714 S und die Steiermark mit 30 000 Betrieben nur 490 S, im Schnitt zahlt der Bund 800 S, und die Steiermark hat 490 S und ist am schlechtesten dotiert.

Wir haben eine südöstliche Grenzlage, die noch weitere Probleme mit sich bringt als irgendein anderes Bundesland oder die Grenze an irgendeinem anderen Land.

Die Aufstockung ist daher dringendst notwendig. Die Grenze soll und muß lebend erhalten werden. Daß man den Menschen dort den Lebensraum auch lebenswert macht, muß man die Infrastruktur so heben, daß sich auch wirklich ein bißchen abzeichnet, daß diesbezüglich etwas getan wird. 60 bis 70 Prozent dieser Förderung sind nur für die Verkehrserschließung. Daß der Verkehr erschlossen wird – das möchte ich hier auch sagen –, sind noch 1 200 Anträge in der Kammer, und 60 Prozent davon liegen in den Grenzbezirken.

Ich würde Sie gerne einmal mit in das südsteirische Grenzland nehmen – der Finanzminister hat ja einmal eine Delegation geschickt –, und Sie würden sich wundern, wie es den Leuten dort noch immer geht.

Und schauen Sie, das Erschließen dieser Höfe ist einfach notwendig. Man muß Fahrwege erschließen, denn täglich müssen von diesen Höfen Arbeitnehmer zu ihrem Arbeitsplatz fahren, sie wohnen Gott sei Dank an der Grenze, wir freuen uns, daß sie die Grenze lebend erhalten, aber man muß ihnen auch einen Weg bieten, daß sie den weiten Weg zum Arbeitsplatz überhaupt noch zurücklegen können.

Wenn wir heute über andere Betriebsschwierigkeiten hören, wenn ein Betrieb aufgelassen werden soll, ist dort ein Trara, Bundes- und Landesregierung kommen zusammen, was wir begrüßen und was wir für richtig halten. Aber bitte auch die bäuerlichen Betriebe zu berücksichtigen, permanente Abwanderung, keine Schreierei, kein Trara, aber ein stilles Dahinvegetieren, und fast niemand bemüht sich um diese Leute. Hier möchte ich aufzeigen, daß das einfach notwendig ist, daß diese Höfe erschlossen werden. Und mit Ihren 5 Millionen, Herr Minister, die Sie dazugeben wollen, sind Sie

Frodl

weit hinten dran. (*Beifall bei der ÖVP. – Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Aus diesem Grunde möchte ich hier auch einen Entschließungsantrag einbringen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Deutschmann, Brandstätter, Fachleutner, Frodl, Josef Steiner und Genossen zum Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen (547 d. B.), Beratungsgruppe VIII, Kapitel 60

betreffend die Verwendung jener Steuergelder, die für die SPÖ-Zeitung „Agrarwelt“ zur Verfügung gestellt werden, für die Grenzlandförderung.

Bei der Behandlung des Budgets 1981 im Finanzausschuß wurde aufgedeckt, daß die Zeitung „Agrarwelt“ vom Landwirtschaftsministerium mit Steuergeldern finanziert wird und in Wirklichkeit der Sozialistischen Partei Österreichs gehört. Der Landwirtschaftsminister hat 1979 6 Millionen und 1980 8 Millionen Schilling an Steuergeldern gezahlt und will für 1981 sogar 10 Millionen Schilling für diese SPÖ-Zeitung „Agrarwelt“ aufwenden.

Im selben Ausschuß wurde auch offenbar, daß für die Grenzlandförderung in Wirklichkeit keine gesonderten Mittel zur Verfügung stehen, sondern nur dieselben Förderungsmittel im Budget einmal im „Grünen Plan“ und einmal als Grenzlandförderung ausgewiesen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, die Finanzierung der sozialistischen Parteizeitung „Agrarwelt“ sofort einzustellen und die Mittel für die Grenzlandförderung zu verwenden.

(*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, eine Sache, der Sie sicherlich alle gerne zustimmen werden.

Der Abgeordnete Peter hat heute sehr stark die Notwendigkeit der Rinderwirtschaft und der Rinderhaltung hier zum Ausdruck gebracht. Ich möchte nur sagen, einer, der Rinder züchtet, kann das hundertprozentig unterstreichen. Aber

es ist so, daß die Rinderhaltung zurückgeht, weil sie einfach nicht kostendeckend ist. Sie glauben immer, ja, wir haben eh genug und das spielt keine Rolle und die Preise sind ganz nebensächlich.

Ich darf Ihnen eines sagen: Auf Grund dieser nichtkostendeckenden Sache fehlen im Jahr 1981 schon 40 000 Jungrinder in der Steiermark. Die EG bereitet uns immer wieder große Schwierigkeiten. Griechenland ist schon aufgezeigt worden, 70 Millionen werden wir von der Landwirtschaft wieder weniger einnehmen, wenn Griechenland zum EG-Raum kommt. Der Trend zur Schweineproduktion in unserem Land wird natürlich viel, viel größer. Ob das sinnvoll ist, bezweifle ich, Herr Staatssekretär – die Frage richte ich besonders an Sie –, da werden Sie sicherlich arge Konkurrenz in Ihrer Betriebspartie kriegen, denn bei uns ist die Umwandlung sehr stark, und ich glaube, das wird eine Situation für unseren Staat.

Rinderpflege brauche ich gar nicht näher zu erörtern. Landschaftspflege, Fremdenverkehr und so weiter. Arge Belastungen in der Rinderhaltung. Nicht der Landwirtschaftsminister oder der Gesundheitsminister hat uns von 5 Millionen Tbc-Gebühren befreit und auch nicht der Abgeordnete Murer, und der ist mir nicht bös, sondern der Verfassungsgerichtshof. Die sind wir endlich los. Weitere fast 5 Millionen Bankgebühren tragen die Rinderzüchter noch immer, welche schon lang auch der Bund hätte übernehmen müssen.

Die Rinderzucht spielt eine ganz besondere Rolle, und zwar möchte ich hier aufzeigen, daß wir Züchter überhaupt nicht zufrieden sind. Aber Sie werden sagen, das ist ein Stehsatz. Ich darf Ihnen eines sagen: 22,50 S netto haben wir in Feldbach für Jungzuchtrinder bekommen, für viele sicher ein Preis, der ganz uninteressant ist, weil sie die Materie nicht kennen und damit auch vielleicht Gott sei Dank nichts zu tun haben, aber 22,50 S sind ein Hohn, das ist ein Preis, der ja überhaupt nicht in die Zeit paßt. Davon sind 350 bis 400 S Tierarztkosten zu zahlen, 350 S Transport, 400 S Verbandsabgaben, Milchkontrolle und zwei Tage in Feldbach leben. Bitte, rechnen Sie dann nach und fragen Sie sich selbst, wie lang ein Bauer sich mit diesem Produktionszweig überhaupt noch befassen wird.

Ja, warum zeig ich das auf? Der Bund will immer, daß letzten Endes sich das Land beteiligt. Dazu muß ich aber ganz klar sagen: zu 50 Prozent beteiligt, und das ist ein Schlüssel, den wir überhaupt nicht akzeptieren können, denn die Steiermark hat 6 Prozent vom Bundesbudget, und bei jedem Verkaufsgut soll das Land ebenfalls die 50 Prozent tragen. Ich weiß ja

5928

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Frodl

nicht, wie das überhaupt errechnet wird. Das ist ja eine Sache, die völlig unmöglich ist. Die Exportstützungen müssen einfach besser sein, daß der Verkauf in das Ausland von den relativ kleinen überschüssigen Rindern schneller und flotter vor sich geht.

Ich möchte hier aber auch über die Qualitätsbestimmungen bei Milch etwas sagen. Es ist zum Ausdruck gekommen, ja Weihnachten ist, und so war es ein gutes Gesetz, für alle gut. Nicht für alle gut. So verschieden ist unser Land. Für meinen Bezirk, für die südliche Steiermark schlecht, muß ich Ihnen ganz klar und deutlich sagen. Bei uns haben sehr viele Lieferanten aufgehört. Ich will hier gar nicht ins Detail gehen, wie viele. Ich darf aber Summa summarum nur sagen, daß 346 Lieferanten ihr Kontingent verloren haben. Da werden Sie auch sagen: Ja zu Recht, das ist ja so. Wenn aber einer nur zwei Rinder hat und der hat ein Kontingent und da funktioniert ein Rind nicht, na dann ist eben die halbe Milch weg und er hat schon sein Kontingent verloren. Das ist eine Sache, die für Großbetriebe paßt, nicht aber für die kleinen. Und die Kleinen leiden ganz besonders unter dieser Ihrer Politik. Das muß ich ganz ehrlich und deutlich sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben – und das ist jetzt das Kuriosum an dem Ganzen – in meiner Molkerei Leibnitz, das heißt in der, der ich vorstehe, wieder um fast 332 000 Kilo Milch unterliefern, und trotz Unterlieferung haben wir einen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag von 623 000 S wieder bezahlt. Weniger Milch liefern – mehr Absatzförderungsbeitrag zahlen. Ich hab vorweg schon gesagt, wie und da wird es passen, aber in unserem Gebiet absolut nicht. Da wird es so kommen, daß eben alle dazu gezwungen werden, diese Betriebssparte aufzugeben. Wo haben Sie aber dann die Arbeitsplätze für diese Menschen? (*Beifall bei der ÖVP.*) Das möchte ich Sie ganz ehrlich fragen. 18,5 Liter ist der Durchschnitt. Man soll sich das Einkommen vorstellen. Da kommen die Leute vom Berg herunter und liefern im Durchschnitt 18,5 Liter Milch ab. Das ist der amtliche Durchschnitt. Ich darf Ihnen eines sagen: Das sind halt Probleme.

Die Bebrütung wird auf Grund der neuen Qualitätsbestimmungen um 1 Stunde erhöht und 22,5 Prozent mehr der Milchlieferanten werden jetzt in die zweite Qualität hineinkommen. Ich muß Ihnen sagen, ich kann Ihnen nur gratulieren, Sie kriegen Arbeitnehmer in rauen Mengen, und ich bin nur neugierig, wie Sie die alle unterbringen werden, und Sie werden sicherlich bald gewerkschaftliche Landschaftspfleger brauchen, weil die Bauern einfach dort in unserem Gebiet wirklich nicht mehr bestehen können. Das ist aber keine Jeierei, das ist ein

Faktum. Und die Zahlen der Abwanderung sprechen für sich.

Ein paar Worte noch zur Flußregulierung. Ich möchte nur sagen, das ist ein Punkt, den wir einigermaßen akzeptieren. Wo reguliert wurde, ist es gut gegangen, speziell bei den letzten Hochwässern konten durch diese Regulierung – ich rede auch von meinem engeren Gebiet – größere Schäden verhütet werden, die sicherlich auch dem Bund wieder zugute kommen, weil er die Mittel aus dem Katastrophenfonds nicht ausgeben muß, sondern weiter speichern kann.

Ich möchte daher schon zum Schluß kommen und Ihnen sagen, in Österreich ist eine Entwicklung eingetreten, in welcher die kleinen Bauern mit den zu stark steigenden Produktionskosten nicht mehr Schritt halten können und zur Aufgabe des Hofes und zu einem Nebenerwerb gezwungen sind.

Herr Bundesminister! Sie hätten und haben eine sehr vornehme Aufgabe: die gesamte Bevölkerung von Österreich mit Nahrung zu versorgen, Sie sind der oberste Chef in dieser Sparte. Es funktioniert wunderbar. Österreich ist noch nie so gut ernährt worden wie jetzt. Nur muß man sagen, daß Ihnen die Bauern dieses Landes diese Arbeit abnehmen, voll und ganz abnehmen, daß Sie sich überhaupt nicht wie ein anderer Minister um die Produktion und um alles kümmern müssen, sondern Sie hätten eigentlich nur die Aufgabe, die geringe Überproduktion zu vermarkten, und das funktioniert leider nicht, und davon hängen die ganzen Preise ab.

Ich möchte daher sagen: Betreiben Sie mehr Agrarpolitik, weniger Parteipolitik, da würden auch die Bauern zu ihrem gerechten Lohn kommen und ihren Beruf mit mehr Freude als bis jetzt ausüben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Thalhammer: Der vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Deutschmann, Brandstätter und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Maier. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Maier (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich spreche zu dem Kapitel Forst- und Landwirtschaft und nicht zu dem Bericht Grüner Plan. Das Budget der Land- und Forstwirtschaft beträgt im Jahr 1981 5 044 Millionen Schilling. Diese Ausgaben gliedern sich in 961,1 Millionen Schilling Personalaufwand, in 1 075,3 Millionen Schilling Sachaufwand des Bundesministeriums, 24,1 Millionen Schilling für Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Titel 601, 776,8 Millionen Schilling für

Maier

das Bergbauernsonderprogramm, Titel 602; 1 075,1 Millionen Schilling für den Grünen Plan, Titel 603; 47,5 Millionen Schilling für den Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds, Titel 604, und 1 159,3 Millionen Schilling für die Einrichtung des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung, Titel 608.

Hohes Haus! Unter dem Titel 608 sind Kredite für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung im gesamtvolkswirtschaftlichen Interesse in der Höhe von 1 233,5 Millionen Schilling präliminiert. In dem Kredit von 1 233,5 Millionen Schilling sind auch die Beiträge Österreichs zur Erfüllung der internationalen wasserwirtschaftlichen Vereinbarungen und der Personal- und Sachaufwand für die einzelnen Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten. (*Beifall bei der SPÖ*.)

So standen für 1979 für die Wildbach- und Lawinenverbauung Bundesmittel in der Höhe von 446,6 Millionen Schilling zur Verfügung, die sich auf die Länder wie folgt aufteilten: Kärnten erhielt 78,2 Millionen Schilling, Oberösterreich 53,6, Salzburg 69,2, Steiermark 62,5, Tirol 98,2, Vorarlberg 46,8, Wien, Niederösterreich und Burgenland 37,9 Millionen Schilling.

Mit den vorgenannten Bundesmitteln zusammen mit 174,3 Millionen Schilling an Landesmitteln und 133,7 Millionen Schilling Interessentenbeiträgen sowie 19,4 Millionen Schilling für Verbauungsmaßnahmen, von den Interessenten zur Gänze finanziert, ist ein Gesamtbauvolumen von 774 Millionen Schilling erreicht worden.

1980 standen für die Wildbach- und Lawinenverbauung an Förderungsmaßnahmen des Bundes rund 477 Millionen Schilling zur Verfügung, wovon 426 Millionen Schilling auf die Verbauung von Wildbächen und 51 Millionen Schilling einschließlich der Mittel für das Lawinenverbauungssonderprogramm, auf die Lawinenverbauung entfielen. Dies ergab zusammen mit den Landesmitteln im Ausmaß von zirka 182 Millionen Schilling und den Interessentenmitteln in der Höhe von 141 Millionen Schilling ein Gesamtbauvolumen von rund 800 Millionen Schilling (*Beifall bei der SPÖ*).

Diese 800 Millionen Schilling, Hohes Haus, haben 1 685 Arbeiter der Wildbach- und Lawinenverbauung in Gesamtösterreich verbaut. Ich glaube daher, daß gerade diese 1 685 Arbeiter der Wildbach- und Lawinenverbauung in den Ländern draußen mit ihrem großen Fremdenverkehr geholfen haben, diesen Fremdenverkehr in unserer Heimat, in unseren Bundesländern aufrechtzuerhalten. Man darf ja nicht vergessen, daß diese Arbeiter der Wildbach- und Lawinenverbauung bei jeder Witterung ihren

Mann stellen müssen, bei Schnee, Regen oder auch bei starker Hitze, im besonderen aber auch bei den Hochwassereinsätzen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Diese Arbeiter der Wildbach- und Lawinenverbauung haben im Jahre 1980 wesentliche Bauvorhaben durchgeführt; ich darf nur einige davon anführen:

Die Grappelawine in der Gemeinde St. Gallenkirch im Bezirk Bludenz, die Simasdobbella-wine in der Gemeinde Klösterle, den Ainedbach in Osttirol, den Enterbach in der Gemeinde Inzing in Tirol, die Madleinlawine in der Gemeinde Ischgl, den Mörsbach in der Gemeinde Donnasbachwald in Liezen, den Urslaubach in der Gemeinde Maria Alm, Bezirk Zell am See, den Söllheimerbach, die Lawinen bei Bleiberg, den Zirkitzenbach in der Gemeinde Bäd Kleinkirchheim, den Uttendorferbach und den Imbach in der Gemeinde Kaprun..

Daraus kann man ersehen, welche Arbeiten, welche Leistungen diese Männer vollbracht haben.

1980 machten zahlreiche Hochwässer und Lawinenereignisse in den Bundesländern Niederösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol große Sorgen und führten zu umfangreichen Schäden. Es wurden von Bundesminister Haiden Sofortmaßnahmen eingeleitet, und es wurden auch hier wieder alle diese 1 685 Arbeiter der Wildbach- und Lawinenverbauung sozusagen als Stoßtrupp eingesetzt.

Um die Leistungen der Wildbach- und Lawinenverbauung nach den Bauvorhaben aufzuzählen, gestatten Sie mir nur ganz kurz einige Beispiele:

So haben im Jahre 1972 diese Arbeiter der Wildbach- und Lawinenverbauung 256,95 ha an Bebuschungen und Aufforstungen durchgeführt. Gerade durch diese Aufforstungen in den Gebirgstälern draußen ist diesen Gemeinden eine große Sorge genommen worden, weil ja die Lawinengefahr gebannt werden konnte.

Im Jahr 1973 wurden an Regulierungen und Künneten 38 162 Laufmeter errichtet, im Jahre 1975 mußte bei Bachräumungen von Katastrophenbächen 550 699 Kubikmeter Material von diesen Arbeitern weggeräumt werden.

Im Jahre 1977 wurden 1 599 Querwerke und Längswerke in einer Größenordnung von 36 140 Laufmetern errichtet.

In der Lawinenverbauung wurden im Jahre 1979 9 825 Laufmeter Schneibrücken und Schneerechen errichtet.

Zu all diesen Problemen der Wildbach- und

5930

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Maier

Lawinenverbauung gehören seit dem Forstgesetz 1975 auch die Gefahrenpläne. Diese Gefahrenpläne wurden im Forstgesetz 1975 gesetzlich verankert. Neben den Verbauungsmaßnahmen – aktiver Schutz vor Wildbächen und Lawinen – steigt auch die Bedeutung der passiven Maßnahmen, nämlich die Erstellung von Gefahrenzonenplänen und die Gutachtertätigkeit auf dem Sektor Schutz vor Wildbächen und Lawinen ständig.

So sind bis zum 31. Dezember 1980 insgesamt 355 Gefahrenzonenpläne ausgearbeitet worden, 239 davon wurden überprüft. Die folgende Übersicht zeigt den Stand der Gefahrenzonenpläne in Österreich: im Burgenland ein Stück, in Niederösterreich 23, in Oberösterreich 70, in Salzburg 41, in der Steiermark 27, in Kärnten 31, in Tirol 142, in Vorarlberg 20.

Um zu erreichen, daß die Darstellung der Gefahrenzonenpläne und ihrer Gefährdungsgrade im gesamten Bundesgebiet nach immer besseren gleichen naturwissenschaftlichen Maßstäben erfolgt, werden zurzeit von der zuständigen Fachabteilung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft mit Unterstützung der Einsatzgruppe Gefahrenzonenplanung und Gutachten einschlägige Richtlinien ausgearbeitet.

Außer dem angestrebten Schutz von Leben und Gut hat die Gefahrenzonenplanung auch den Zweck, der öffentlichen Hand vermeidbare Ausgaben zu ersparen beziehungsweise den Einsatz der verfügbaren Mittel effektiver zu gestalten. Vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft wird daher eine neue Förderungsstrategie für die Verbauung von Wildbächen und Lawinen angewendet.

Durch die Nichtbeachtung der Gefahrenzonenplanung ergibt sich ein Hindernisgrund im Sinne des Wasserbautenförderungsgesetzes. Da die Wildbach- und Lawinenverbauungsmaßnahmen bis zu 75 Prozent aus Bundesmitteln gefördert werden und dazu noch Landesmittel kommen, kann sich keine Gemeinde den Verlust einer solchen Förderung erlauben. Auch wird sie bei der Finanzierung neuer Projekte vertraglich verpflichtet, die Förderungsmittel zurückzuerstatten, falls sie zu einem späteren Zeitpunkt gegen den Gefahrenzonenplan, zum Beispiel durch die Erteilung einer unerlaubten Baubewilligung oder Widmung eines in der roten Zone liegenden gefährdeten Grundstückes zu Bau land, verstößt.

Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, und auch die zuständigen Herren im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gerade hier bitten, daß man so wie bisher gemeinsam mit den Gemeinden und den zuständigen Genossen-

schaften die Absprache trifft, damit man nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet, daß man nicht nur Verwaltungsarbeiten durchzuführen hat, sondern daß hier gemeinsam für die gesamte Bevölkerung etwas errichtet wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir auch einen kurzen Beitrag zum Güter- und Verkehrswegebau. Der Tätigkeitsbericht vom Jahre 1979 zeigt, daß für Wegeanlagen 1 266 979 000 S und für Fahrbahnumbauten 156 903 000 S ausgegeben wurden. Diese Wegeanlagen und Fahrbahnumbauten dienen im besonderen gerade unseren Bergbauern, um auch sie dem Fremdenverkehr zuführen zu können, damit die Gäste auch zu den Bergbauern kommen.

Von insgesamt 4 332 Ansuchen um Bauvorhaben im Jahre 1979 wurden 737 fertiggestellt. Es wurde damit erreicht, daß 2 065 Höfe angeschlossen werden konnten, davon 1 443 Bergbauernhöfe mit einer Länge von 1 260 km. Dabei waren aber auch 253 Brücken zu errichten.

Aus Mitteln des Grünen Planes wurden seit 1961 24 090 km erstellt, davon sind vom Bergbauernsonderprogramm seit 1972 5 465,3 km errichtet worden. Die Zahl der angeschlossenen Höfe beträgt seit 1961 54 194 und seit dem Bergbauernsonderprogramm 1972 9 768 Höfe.

Ich glaube daher, daß diese Verkehrserschließung weiterzuführen sein wird, und ersuche auch hier das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, mitzuwirken und mitzuhelfen, damit auch die restlichen Bergbauern zu ihren Zufahrtswegen kommen können.

Und nun noch einige Worte zum Kapitel 77 des Bundesvoranschlages 1981, Österreichische Bundesforste. Im Voranschlag 1981 des Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesforste sind die mit der Bewirtschaftung des 844 760 ha großen Bundesforstbesitzes – hievon 498 181 ha Wald – verbundenen Ausgaben und die dabei erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 1 925 000 Festmeter Holz, vorgesehen.

Veranschlagten Betriebsausgaben von 1 865 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen von 1 895,2 Millionen Schilling gegenüber, sodaß mit einem Überschuß von 30,2 Millionen Schilling gerechnet werden kann. Hiebei wurde von der Erwartung ausgegangen, daß die Holzpreise des Jahres 1980 im Jahre 1981 keine wesentlichen Einbußen erfahren werden.

Die Österreichischen Bundesforste dürfen echt stolz sein, denn der Ertrag im Jahre 1980 hat eine gewaltige Steigerung erfahren. Im Budget 1980 war ein Abgang von zirka 70 Millionen

Maier

Schilling präliminiert. Auf Grund des guten Holzpreises der internationalen und österreichischen Holzmarktlage des laufenden Jahres konnte ein Überschuß von zirka 150 bis 200 Millionen Schilling erwirtschaftet werden.

Durch die in den letzten zwei bis drei Jahren eingeleiteten Maßnahmen bei den Österreichischen Bundesforsten konnten aber auch beachtliche finanzielle Einsparungen erreicht werden.

Die Österreichischen Bundesforste helfen als Grundbesitzer auch bei der Ausgestaltung und Zurverfügungstellung von Seeuferflächen. So konnten in den Jahren 1979 und 1980 neue freie Badeplätze kostenlos bereitgestellt werden, und diese Arbeit wird sicher in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Der Ankauf von privaten Seeuferflächen durch Bund, Länder und Gemeinden wird sicherlich fortgesetzt werden. Hier sei auf das Bundesgesetzblatt 80, 170. Stück vom 21. 10. 1980 verwiesen, das für die Länder sehr wichtig ist, damit man gemeinsam diese Wege weiterbeschreiten kann.

Ich glaube daher, das Budget 1981 wird sowohl für die Land- und Forstwirtschaft wie auch für die Bundesforste ein gutes Budget werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Josef Steiner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Josef Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vorerst zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Maier sagen, daß ich seine Ausführungen vollinhaltlich unterstütze und auch von der Salzburger Ebene aus besonders darauf hinweisen möchte, daß die Arbeitsplatzsicherung für unsere Wildbach- und Lawinenarbeiter von erheblicher Bedeutung ist. Zu dieser Arbeitsplatzsicherung werden aber nicht nur die budgetären Mittel in der Land- und Forstwirtschaft verwendet, sondern auch Mittel nach dem Katastrophenfondsgesetz unter dem Titel vorbeugende Verbauung mit eingesetzt, sodaß es möglich ist, diesen Stand an Wildbach- und Lawinenarbeitern zu erhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch hinsichtlich der Gefahrenzonenpläne teile ich seine Meinung, daß Behutsamkeit geboten ist und wir einige Schwierigkeiten bei diesen Planifikationen in den Ortswidmungsplänen usw. haben.

Nun zu den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers, der heute, wie ich sagen muß, eine Entschärfung insofern herbeigeführt hat, als er zugegeben hat, daß er die Budgetverhandlungen für das Kapitel Land- und Forstwirt-

schaft nicht gewonnen hat, sondern daß er sie eher, wie die Zahlen beweisen, verloren hat. (Zwischenruf des Abg. Haas.)

Wir haben zwischen 1970 und 1981 einen maßgeblichen Rückgang an der prozentuellen Beteiligung am Gesamtbudget, Herr Haas. Das, glaube ich, ist der entscheidende Punkt. (Abg. Haas: Sparbudget!) 1970 hatten wir 2,45 Prozent Anteil, und 1981 haben wir nur mehr 1,50 Prozent Anteil. Ich kann Ihnen das dann auch in Zahlen noch beweisen.

Daß bei einer Inflationsrate von 6 Prozent, wie heute schon gesagt wurde, nur 2,2 Prozent Förderungsverbesserung erreicht wurden oder nur 5,4 Prozent für das gesamte Kapitel Landwirtschaft durchsetzbar waren, heißt doch, daß der Herr Landwirtschaftsminister sich gegenüber dem Herrn Finanzminister nicht durchsetzen konnte oder bei seiner SPÖ-Fraktion nicht die nötige Unterstützung gehabt hat. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

In Zahlen ausgedrückt, Herr Kollege Haas: Im Jahr 1970 hatten wir ein 100-Milliarden-Schilling-Budget, und 2,5 Milliarden waren für die Land- und Forstwirtschaft vorgesehen. Jetzt haben wir 335 Milliarden Schilling, und nur 5 Milliarden sind für die Land- und Forstwirtschaft vorgesehen. Das heißt, den 3,3fachen Steigerungsrahmen am Gesamtbudget und nur das Zweifache bei der Vermehrung für das Kapitel Landwirtschaft.

Es gehen uns, so gesehen, wenn man den Prozentsatz 1970 hernehmen würde, 3 Milliarden Schilling ab, die der Landwirtschaft prozentuell im Laufe der Zeit verweigert worden sind. Ein Umstand, der aufgezeigt werden muß, weil ich der Auffassung bin, daß man draußen nicht immer nur mit Schillingbeträgen argumentieren kann, sondern echte Vergleiche heranziehen muß. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gurtner: Das muß man auch dem Abgeordneten Pfeifer einmal sagen, das hat der auch verwechselt!) Ja, der verwechselt das auch immer.

Ich verweise auch darauf, daß ich eigentlich gemeint habe, daß der Herr Landwirtschaftsminister in der Fraktion einen stärkeren Rückhalt hätte. Aber offensichtlich war man nicht bereit, auch die bäuerlichen Interessen entsprechend wahrzunehmen.

Jetzt möchte ich noch etwas zum Klima sagen, weil heute schon beklagt worden ist – auch der Herr Minister hat das sehr beklagt –, daß wir halt ein sehr schlechtes Klima zwischen der Bauernvertretung und dem Herrn Minister haben. Ich muß halt sagen, Herr Landwirtschaftsminister, und da möchte ich Sie persönlich ansprechen: Sie brauchen sich eigentlich nicht wundern

5932

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Josef Steiner

darüber, daß diese Klimaverschlechterung eintritt. Wir sind natürlich bereit, mit Ihnen über alle wirtschaftlichen Probleme zu verhandeln, aber Sie versuchen immer, uns, die gewählten Vertreter des Bauernstandes, in der Form zu disqualifizieren, daß Sie uns Kommissionen vorsetzen. Sie glauben, unsere Wahlerfolge außer acht lassen zu müssen. Sie wissen genausogut wie ich, daß die SPÖ halt nur 10 Prozent Anhang bei den Bauern in Österreich erreicht und daß natürlich dann in den Berufsvertretungsorganisationen, in den Kammern, nur ein 10prozentiges Mitwirken möglich ist. (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Haas:* Wie ist das bei den Nationalratswahlen?) Die Nationalratswahlen sind natürlich etwas anderes!

Uns werden Kommissionen vorgesetzt, womit dem Nationalratswahlverhältnis sozusagen unsere berufständische Wahl außer Kraft zu setzen versucht wird. Dagegen wehren wir uns! Und da braucht sich der Herr Minister gar nicht wundern, daß wir uns dagegen zur Wehr setzen!

Herr Haas! Glauben Sie, daß es möglich wäre, daß sich eine Regierung, wenn sie anders zusammengesetzt wäre, etwa anmaßen könnte, etwa die Arbeiterkammer in der Form zu regulieren? Na, das schau ich mir an! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Außerdem, Herr Bundesminister, Sie wissen es, aber Sie sagen es nur nicht: Wir haben in den Kammern ein sehr genaues Prüfungsorgan. Wir haben in Salzburg zum Beispiel – ich bin selber dort Kammerrat – erstens einen Kontrollausschuß in der Kammer, wo richtigerweise, natürlich, die Oppositionspartei drinnen sitzt. Wir haben darüber hinaus einen Landesprüfungsbeamten, einen Landeskontrollbeamten, so wird er bezeichnet, und wir haben darüber hinaus noch den Rechnungshof, der uns ja auch schon geprüft hat.

Ich frage mich nur, wozu Sie dann diese Förderungskommissionen mit Prüfungsaufgaben für die Kammern gewissermaßen einsetzen wollen, wobei der Rechnungshof ja festgestellt hat, daß es nicht in der Abführung der Aufgaben innerhalb der Kammern gemangelt hat, sondern daß ihre Richtlinien nicht klar ausgedrückt waren und dadurch gewisse Fehlerquellen vorhanden waren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und, Herr Bundesminister, Sie brauchen sich ja nicht wundern: Sie haben zum Beispiel dieses LFBIS durchgesetzt, Sie haben da den Datenschutz unterlaufen und haben sich hier ein Gesetz gemacht, mit dem Sie einen Zugriff in sämtliche Bauernhäuser haben, einen Zugriff über sämtliche Familien. Sie können jeden Bauern sozusagen über Computerdruck abberufen und genau sehen, was mit dem los ist, weil

auch die Familie miteinbezogen ist, seine Kontenverbindungen miteinbezogen sind, sein ganzes wirtschaftliches Vermögen oder Unvermögen miteinbezogen ist.

Und da muß ich eben sagen: Das sind Umstände, gegen die wir uns einfach zur Wehr setzen, weil wir glauben, das führt zu einem Dirigismus. Ich weiß den Hintergedanken nicht, aber wir müssen vermuten, daß Sie uns hier nur kommandieren wollen und regulieren wollen, daß wir in Abhängigkeit geraten sollen und daß Sie zum Zentraldirigisten Österreichs werden wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist die Klimaverschlechterung. Wundert Sie das? Wenn Sie also diese Mißstände bei der Firma Rupp im Fernsehen aufzeigen, so sage ich: Ja, ja, das gehört gesagt. Aber Sie müssen ja nicht dazusagen, daß sozusagen das gesamte System jetzt einer genauen Überprüfung unterzogen werden muß, weil ja auch sonstwo Mißstände herrschend könnten und man sich beim Zusehen denken muß: Da meint er jetzt den gesamten Molkereisektor, da meint er die gesamten genossenschaftlichen Molkereiverbände. Unterschwellig kommt zum Ausdruck, als ob wir alle hier gewissermaßen schon Verfehlungen begangen hätten.

Gegen diese Vorgangsweise, Herr Bundesminister, wehren wir uns auf das entschiedenste!

Wir erwarten von Ihnen eigentlich, daß Sie für die Bauern monieren, daß Sie für den ländlichen Raum eintreten, daß Sie für die Menschen im ländlichen Raum Ihre Einflußmöglichkeit entsprechend zum Tragen bringen.

Leider muß ich feststellen, daß das auch nicht immer der Fall ist. Ich denke nur etwa an die Nebenerwerbsbetriebe oder an die Betriebsinhaber, die in die Arbeit gehen.

Schon lange sind wir bemüht, etwa diese Arbeitslosenversicherungs-Ungerechtigkeit zu bereinigen. Ich habe nicht gehört, daß Sie uns hier unterstützen. Das bedaure ich sehr. Die Salzburger Landesregierung ist jetzt hergegangen und hat sich dieses Problems einmal angenommen. Interessanterweise wurde dort einstimmig mit der Stimme des Herrn Dr. Moritz beschlossen, daß man das beim Verfassungsgerichtshof überprüfen läßt, weil ja zwei Dinge verletzt worden sind, weil ja einerseits das Versicherungsprinzip verletzt ist und weil es andererseits unberechtigt ist, daß ich, wenn ich für etwas einzahle, dann keine Leistung erhalte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Oder wir klagen über die Einkommensrückgänge. Laut Grünem Bericht ist alles bewiesen. Heute hat der Herr Minister sogar wieder gesagt: die Bergbauern haben um 18 Prozent

Josef Steiner

mehr erreicht. Das ist sehr erfreulich, nur muß man also auch wieder ehrlicherweise dazusagen: Wieviel haben sie erreicht? Die Bergbauern sind mit ihrer vielen Arbeit jetzt mit ihrem Einkommen dort, wo ein Mindestpensionist ist. Also da ist eine Steigerungsrate von 18 Prozent dann auch ein sehr geringer Anteil.

Ich sage ja nicht, daß die Sondermittel für die Bergbauern nichts sind, aber es sind, Herr Kollege Hirscher, nur 5 000 S, und mit 5 000 S pro Jahr kann man natürlich nicht die Existenz sichern, obwohl es sicher, so gesehen, ein ernstzunehmender Zuschuß ist.

Aber auch hier: Dieser Einkommensabfall wäre ein so starkes Argument gewesen. Wer hat in Österreich sonst an Einkommen verloren? Das hätte der Herr Minister eigentlich aufgreifen und als Argument in seiner Fraktion gegenüber dem Herrn Finanzminister verwenden müssen. Aber er hat halt wieder Ausflüchte gesucht. Er hat uns gesagt: Das Wetter ist schuld, die Statistik kann man so oder so betrachten. Eigentlich geht es den Bauern doch nicht so schlecht, hat er dann erwähnt beim Verhandeln über den Grünen Bericht, denn, hat er gesagt, 160 000 S werden im landwirtschaftlichen Haushalt genauso verbraucht wie im städtischen Haushalt. Also dann müssen die Dinge doch einigermaßen gleich liegen.

Und wieder hat er eine gezinkte Karte in der Hand gehabt, denn er hat nicht gerechnet, daß im städtischen Haushalt halt weniger Personen versorgt werden als im bäuerlichen Haushalt, daß dort die Pro-Kopf-Aufwendung für das Haushaltsmitglied ein wesentlich höheres ist als etwa bei der Landwirtschaft. Ich hätte auch hier die Ziffern mit: Der städtische Haushalt braucht pro Kopf 59 000 S, im ländlichen Haushalt kann man nur 42 000 S aufwenden.

Oder wir haben jetzt in der letzten Zeit hier im Parlament diskutiert und auch Anträge eingebracht über die Schwerst- und Schichtarbeiter, daß hier Begünstigungen erfolgen sollten, Frührenten eingeführt werden und ähnliches.

Wenn ich Landwirtschaftsminister wäre, müßte ich sagen: Ja, da haben wir auch im bäuerlichen Bereich Leute, die davon betroffen sind, alle Nebenerwerbsbauern, die neben ihrer Arbeit in den Betrieben daheim noch die Landwirtschaft mitversorgen müssen. Hier müßte man als Landwirtschaftsminister sofort auftreten und einen entsprechenden Anspruch anmelden. Ich bedaure sehr, daß das nicht geschehen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Oder ich verweise auf die schon alte Forderung des Karenzgeldanspruches unserer Bäuerinnen, ein echtes Anliegen, das wir schon lange vortragen. Leider wurde es immer

abgelehnt, nicht unterstützt, nicht einmal vom Landwirtschaftsminister unterstützt.

Der Herr Staatssekretär hat jüngst bei einer Versammlung bei uns in Salzburg erklärt, man müßte in der Sache etwas tun, hat aber auch in Unkenntnis der Sache gemeint, daß nur Betriebshilfe gewährt werden soll.

Diese besteht schon, Herr Staatssekretär, das zahlt sogar die Bauernkrankenversicherung, wenn man etwa bei einem bäuerlichen Betrieb eine Betriebshelferin anspricht. Zumaldest in Salzburg haben wir das so, ich sage Ihnen das nur zur Information. (Abg. Haas: Warum haben Sie es nicht 1966 bis 1969 eingeführt?) Herr Haas, wir haben ja das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz eingeführt, das Sie uns jetzt immer vorhalten. Darauf komme ich ja auch noch sehr kurz zu sprechen.

Wir würden uns also auch sehr freuen – und, Herr Staatssekretär, bitte berichten Sie das dem Herrn Minister -: Die Salzburger Landesregierung hat einstimmig, betone ich wieder, beschlossen, daß die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes mit einem Fondsgesetz ausgestattet werden soll. Bei dem Fonds sollten also die Gemeinden, das Land und der Bund entsprechende Mittel einzahlen. Land und Gemeinden werden sich sicher, weil schon eine Regierungsvorlage vorliegt, einig werden. Beim Bund wissen wir es noch nicht.

Ich hoffe also sehr, daß diese Drittelpartizipation, die weniger ist als das, was der Landwirtschaftsminister immer von den Ländern verlangt, wenn er etwas unternimmt, auch vom Bund dann zum Tragen kommt. Das wäre für uns eine sehr wesentliche Sache.

Wo ist denn der Herr Landwirtschaftsminister geblieben, als es um die Einheitswerte ging? Ich habe keinen Protest seinerseits gehört. Jetzt stellen wir also fest, daß um 20, 30 Prozent und darüber erhöht wurde, daß bei der Neubewertung also eine wesentliche Verschlechterung eingetreten ist.

Dabei stellt sich laut Grünen Bericht heraus, daß ein Reinertrag in Österreich nirgends mehr erzielt wird. Aber der Einheitswert berechnet sich aus dem 18fachen Reinertrag und nebenbei erhöhe ich sozusagen, wo er Null sein müßte, also um 20 und -zig mehr Prozent. Ein Umstand, den der Minister letztlich aufgreifen müßte. Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ-Fraktion, müßte man das einmal klarmachen, was man eigentlich mit solchen Finanzgesetzen verursacht und wie man also hier immer mehr die bäuerlichen Menschen in die Steuerkasse hineinzahlen läßt. (Beifall bei der ÖVP.)

5934

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Josef Steiner

Ganz kurz, denn diese Graphiken des Finanzministers sind heute schon mehrfach besprochen worden. Wir wissen selbstverständlich, daß die Bundesforste, daß die Wildbachverbauung und so weiter unter dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft verhandelt wird. Wogegen wir uns wehren, ist, wenn es im Untertitel heißt: Von 1970 bis 1981 stiegen die Aufwendungen des Bundes für die Land- und Forstwirtschaft um 5,5 Milliarden Schilling. Im Bundesvoranschlag 1981 sind 8 885 Millionen Schilling vorgesehen, um rund 585 Millionen Schilling mehr als im Jahr zuvor.

Das ist eine Fehlaussage, wenn ich eben dann nicht land- und forstwirtschaftliche Förderungsmittel, sondern Sonstiges wie Schutzwasser-, Lawinenverbauung, Aufwendungen für das Ministerium hinzuzähle, den ganzen Bundesforste-Umsatz hier miteinbeziehe und die Preisausgleichsmaßnahmen dazu gebe.

Dasselbe ist also auch bei den Preisausgleichsmaßnahmen. Hier muß ich also auch sagen: eine entscheidende Fehlleistung, wenn hier geschrieben steht: Hohe Produktionsüberschüsse im Agrarbereich machen weiterhin einen hohen Aufwand von Preisausgleichsmaßnahmen erforderlich. Trotz der Kürzungen der vergangenen Jahre müssen wieder 3,5 Milliarden Schilling aufgewendet werden.

Wir wehren uns dagegen, Herr Staatssekretär – sagen Sie das auch dem Herrn Minister –, daß man beim Milchpreisausgleich zum Beispiel, bei dem die Bauern 457 Millionen Schilling dazuzahlen und die Konsumenten 360 Millionen Schilling, der Bund aber sozusagen nur 778 Millionen Schilling aufwendet. Man kann diese nicht in einem Titel verwenden und die dann als Subventionsgebarung für die Landwirtschaft der Öffentlichkeit verkaufen. Das hat der Herr Minister richtigzustellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Genauso wie er richtigzustellen hat, daß man ständig – die Herren Abgeordneten der SPÖ verkünden das ja bei sehr vielen Versammlungen – sämtliche Sozialleistungen, die heute der Bund aufwendet, für die bäuerlichen Pensionisten, für die Krankenversicherung usw., das ist ein hoher Betrag, wir wissen das, über 6 Milliarden Schilling –, sozusagen auch miteinbindet und als Subvention für die Landwirtschaft bezeichnet. Wem wirft man das noch vor in Österreich? Keinem anderen würde man das vorrechnen. Aber bei uns scheint es so zu sein. Hier muß der Herr Minister dafür sorgen, daß diese Ziffern richtiggestellt und in der Öffentlichkeit auch klar auseinandergehalten werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch ein Wort zur Existenzsicherung unserer Bergbauern. Ich habe schon betont, daß das

Bergbauernsonderprogramm sicher eine Einrichtung ist, mit der man kleine Hilfen für die Bergbauern geben kann. Aber es ist einfach zu wenig für die Existenzsicherung. Ich habe schon gesagt, das durchschnittliche Einkommen der Bergbauern beträgt nur um die 4 000 S im Monat, ein Betrag, der ungeheuer abfällt gegenüber jedem anderen Einkommen von Arbeitnehmern. Der Zuschußbetrag macht nur drei Prozent für den Zone-3-Betrieb aus. Hier, glaube ich, muß auch der Herr Minister bekennen, daß die Importpolitik ... (Abg. Weinberger: *Das ist eine schlechte Rechnung!*) Sie können es ja dann nachrechnen.

Der Rindermarkt liegt katastrophal auf dem Boden. Das ist mitentscheidend an diesem schwachen Einkommen unserer Bergbauern. Die Bergbauern geraten in echte Existenzschwierigkeiten. Das ist nicht an den Haaren herbeigezogen, sondern das ist eine Tatsache. Es ist eine Tatsache, daß heute importiert wird aus aller Herren Länder, aus Übersee, ja sogar aus Asien, und daß man bei uns gewissermaßen damit jedes Mal auch die Bergbauern in Schwierigkeiten bringt.

Es hat mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Frodl, schon gesagt, wie weit hier eine echte Preisanpassung notwendig wäre. Ich glaube auch, daß die Bevölkerung eigentlich erkennt, wie schlecht es den bergbäuerlichen Betrieben geht. Gerade jetzt vor Weihnachten haben viele Vereine aufgerufen, haben Klubs Flohmärkte eingerichtet und ähnliches, um für bedürftige Bergbauernkinder zu sammeln. Ich möchte mich bei allen diesen Klubs und Vereinen, die sich diese Mühe nehmen und solch soziales Engagement zeigen, sehr, sehr herzlich danken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie werden sicher sehr viel Freude haben und die Dankbarkeit dieser beschenkten Bergbauernkinder auch entgegennehmen können, jedoch muß ich Ihnen ganz offen sagen, das stimmt mich sehr, sehr traurig. Ich bin eigentlich tief deprimiert darüber, daß es die Bergbauern und die Bergbauernkinder sind, die heute zu den Ärmsten in Österreich zählen und für die man heute schon bereit Geschenke sammeln muß.

Wenn das das Ergebnis zehnjähriger sozialistischer Agrarpolitik ist, so muß dem Herrn Minister einmal was einfallen, so muß der Herr Minister zur Kenntnis nehmen, daß er mehr tun muß für die Bergbauern, um sie nicht in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Darum, meine sehr geehrten Damen und Herren: Unterstützen Sie unser Bergbauernförderungsgesetz, unseren Antrag hier im Parla-

Josef Steiner

ment! Unterstützen Sie die Ernährungs- und Wirtschaftsordnung der ÖVP, die eine Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe gewährleistet!

Ich fordere den Landwirtschaftsminister und auch seinen Staatssekretär auf, auch das Landwirtschaftsgesetz einmal zu vollziehen, in dem es ja eindeutig heißt:... einen wirtschaftlich gesunden und leistungsfähigen Bauernstand in einem funktionsfähigen Raum zu erhalten, der Landwirtschaft und den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen die Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der Österreichischen Volkswirtschaft zu sichern.

Dieser Leitfaden für jeden Landwirtschaftsminister müßte auch für unseren jetzigen Landwirtschaftsminister gelten. Ich sehe nur, daß er ihn nicht wahrnimmt und oftmals einfach vergißt. Ich möchte ihm sagen: Es wird ohne bergbäuerlichen Raum, ohne daß die Bergbauern erhalten bleiben, auch im Fremdenverkehr riesige Schwierigkeiten geben. Es wird zu einer Absiedlung dieser Betriebe und zu einer Entvölkerung weiter Räume kommen, wenn diese Politik nicht eine echte Änderung erfährt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Weinberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Weinberger (SPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während Kollege Steiner Anklagen und Kritik hier vorbringt, werde ich das, was wir in den letzten Jahren und auch in diesem Budget wieder vorgesehen haben, verteidigen. Nur, Kollege Steiner, unter Ausschuß der Journalisten, die sich inzwischen zurückgezogen haben. Aber es sind ja jetzt leider nur „Hinterbänkler“ zu Wort gekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die heutige Diskussion, meine Damen und Herren, gibt Ihnen als Opposition und uns als Fraktion der Regierungspartei Gelegenheit, die Argumente und Standpunkte zu diesem Budgetkapitel darzulegen.

Ich darf vielleicht zurückkommen auf die Ausführungen des Kollegen Riegler, der gemeint hat: Halten Sie doch die Abgeordneten nicht für dumm! Ich müßte dem Kollegen Riegler antworten: Kollege Riegler, halten Sie doch die österreichischen Bauern nicht für dumm! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte nur zwei Wortmeldungen zum Anlaß meiner Einleitung nehmen. Auch der Obmann des Landwirtschaftsausschusses, der Kollege Deutschmann, den ich sehr schätze, hat aus der Budgetvorlage „Bereit für die Zukunft“

zitiert, daß am Anfang nur das Defizit enthalten wäre: 25 Milliarden Schilling.

Aber er hat vergessen dazuzusagen: daß im selben Satz gestanden ist, daß es das niedrigste Defizit seit 1974 war. Das hat er zu sagen vergessen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich, bevor ich auf verschiedene Kritiken, die Sie vorgebracht haben, eingehen, doch etwas Allgemeines sage. Der Stil, der in diesem Hohen Hause seit einigen Monaten herrscht, ist fast unerträglich geworden, und ich freue mich, daß gerade heute bei dieser Bauerndebatte zum Teil wieder Sachlichkeit eingezogen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte noch etwas zitieren, was Ihr Klubobmann Dr. Mock gesagt hat. Ich bin froh, daß er auch dann anwesend ist, wenn „Hinterbänkler“ zu Wort kommen. Er hat am Beginn dieser Budgetdebatte am 2. Dezember in diesem Hohen Hause gemeint, daß sich Frost angesetzt hätte zwischen der Bevölkerung einerseits und dem Bundeskanzler und der Bundesregierung andererseits.

Herr Dr. Mock! Ich glaube viel eher, daß sich der Frost zwischen der großen Oppositionspartei und der Regierungspartei angesetzt hat. Das ist etwas, was ich heute aufzeigen will. (Abg. Helga Wieser: Das haben wir ohnehin gestern auch festgestellt!) Helfen wir in den kommenden Tagen alle mit – Weihnachten ist ja nicht mehr allzu fern –, diesen Frost, der sich angesetzt hat durch den Stil einiger Ihrer Herren (Abg. Helga Wieser: Ihrer Herren!), der Herren Steinbauer, Kohlmaier und Bergmann, in Vergessenheit zu bringen. Hoffen wir, daß es nicht zu einer Eiszeit kommt! (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen, auch nur 15 Minuten zu reden. Daher darf ich jetzt auf das Kapitel Land- und Forstwirtschaft, auf die Ansätze 1981 eingehen. (Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.) Liebe Kollegin Wieser! Sie können nach mir dann auch Stellung beziehen. (Abg. Helga Wieser: Wir sollten alles widerspruchslös zur Kenntnis nehmen!)

Wir haben für das Kapitel Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1981 insgesamt 5 Milliarden Schilling vorgesehen, wovon im Grünen Plan 1,8 Milliarden Schilling enthalten sind und im Bergbauernsonderprogramm 777 Millionen Schilling. Ich darf erinnern: Im Jahr 1978 waren es nur 426 Millionen Schilling.

Die Maßnahmen dieses Grünen Planes und der Bergbauernförderung haben sich nicht nur

5936

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Weinberger

für den Einzelbetrieb, sondern auch für den gesamten ländlichen Raum bestens bewährt. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben von 1970 bis zum Jahre 1980 aus Mitteln des Grünen Planes insgesamt 13,6 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt. Ebenso dürfen wir auch die Agrarinvestitionskredite in Höhe von 20,7 Milliarden Schilling nicht vergessen.

Erlauben Sie mir, daß ich als Tiroler Abgeordneter auch auf die Bergbauernförderung und auf das Bergbauernsonderprogramm und die Zuschüsse dafür eingehé.

Wie wir wissen und uns erinnern können, war es erstmals diese Bundesregierung, die sich 1972 aufgerafft hat, ein Bergbauernsonderprogramm zu erstellen. Heute, nach zehn Jahren, können wir zwar kein Jubelfest feiern, aber wir können darauf hinweisen, daß gerade dieses Bergbauernsonderprogramm unseren Bergbauern zugute gekommen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Kollege Steiner, jetzt darf ich zu dem kommen, was Sie angeschnitten haben. Ich schätze, muß ich sagen, den Kollegen Steiner wirklich, denn er bemüht sich genauso wie wir, daß wir gerade für den ländlichen Bereich, für die Bauern und Bergbauern, etwas erreichen. Er ist aber einem Rechenfehler unterlegen, unser Landwirtschaftsminister hat das heute ja schon gesagt.

Herr Kollege Steiner sprach von 4 000 S Einkommen pro Monat. Auch wenn er gesagt hätte, 6 000 S Einkommen pro Monat, können es niemals 3 Prozent sein, wenn 6 000 S Bergbauernzuschüsse gegeben werden. Ich habe auch im „Grünen Argument“ der Tiroler Landeslandwirtschaftskammer gelesen (Abg. Josef Steiner: *Das ist das Einkommen des Betriebes!*), daß diese Zuschüsse nur ein ½ Prozent bis 3 Prozent ausmachen. Ich frage: Welche Rechenkünstler haben Sie in Ihren Reihen? Diese Bergbauernzuschüsse mit 6 000 S pro Jahr betragen bei einem bäuerlichen Einkommen von 50 000 oder 60 000 S doch zumindest 10 Prozent, nicht ½ Prozent und nicht 3 Prozent. Also eine ausgezeichnete Leistung! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Josef Steiner: *Nicht pro Kopf, sondern Betriebseinkommen!*) Ja, Betriebseinkommen. Sie haben hier gesagt: 4 000 S.

Ich frage mich dann allen Ernstes: Warum, meine Damen und Herren von der ÖVP, reden Sie denn immer von diesen Zuschüssen der Zone 2, die sicher nicht hoch sind, die sicher erst ein Jahr alt geworden sind und sich im zweiten Jahr befinden? Reden Sie doch auch einmal von den Zuschüssen der Zone 3! Davon wird natürlich nicht geredet.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir seit 1972 diese Zuschüsse versiebenfacht haben.

Aber diese Mittel allein sind es ja nicht. Man muß auch alle anderen Mittel, die der Bergbauernförderung zugrunde liegen, aufzeigen, ob es sich um die Regionalförderung, um die Verkehrserschließung oder um die Elektrifizierung handelt.

Meine Damen und Herren! Es wurde eine echte Hilfe geleistet; nicht von ½ Prozent, nicht von 3 Prozent, sondern es wurden echte Hilfen geleistet. (Beifall bei der SPÖ.)

Heute hat Kollege Peter gemeint, daß die Bauern die Stiefkinder dieser Regierung wären. Auch Oppositionssprecher der ÖVP haben darauf Bezug genommen.

Wir stellen eines fest: Die Arbeit einer mehr als zehnjährigen im Amt befindlichen SPÖ-Regierung hat allen Österreichern Vorteile in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gebracht, natürlich auch oder gerade den Bauern.

Kollege Murer, der jetzt nicht im Hohen Haus ist, meinte in einer der Beratungen über den Grünen Bericht im Ausschuß – heute ist das auch schon wieder angeklungen –, daß die Bauern sich sozialpolitisch in der Ecke befinden. Kollege Murer, gerade das Gegenteil ist der Fall, und ich werde Ihnen sagen, warum. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Bundesvoranschlag 1981 sind – ich bitte, Verständnis dafür zu haben, daß wir den Bauern das jetzt nicht vorrechnen, aber wenn Sie sagen, sie stehen sozialpolitisch in der Ecke, müssen wir natürlich auch die Fakten aufzeigen – für die Sicherung der Pensionen der Bauernschaft insgesamt 5,089 Milliarden Schilling vorgesehen, für Ausgleichszulagen zusätzlich 1,6 Milliarden Schilling. Für Zuschüsse zur Kranken- und Unfallversicherung für 1981 sind es 790 Millionen Schilling.

Insgesamt, meine Damen und Herren, betragen die Sozialaufwendungen des Bundes – und jetzt bitte ich Sie, genau zuzuhören – für 1981 7,489 Milliarden Schilling. 1969 während der ÖVP-Regierung betrug diese Summe nur 869 Millionen Schilling.

Die Aufwendungen zum heutigen Tag sind also um 850 Prozent höher, Sie haben sich verachtgefacht. (Beifall bei der SPÖ.) Daher, meine Damen und Herren, kann man nicht von einem In-der-Ecke-Stehen reden.

Neben dieser ausgezeichneten Sozialpolitik möchte ich aber auch die Förderung der Familien im ländlichen Raum aufzeigen. Ich weiß schon, Kollegin Wieser, wir haben selbstverständlich noch nicht alles erreicht. Ich weiß,

Weinberger

der nach mir kommende Redner der FPÖ, Dr. Jörg Haider, wird auch ins gleiche Horn stoßen, aber es ist uns einfach nicht möglich, alles auf einmal zu machen.

Ihr Bundesparteiobmann Dr. Mock hat das letzte Mal gesagt: Schulden, Schulden und nochmals Schulden. Und ich muß Ihnen antworten: Forderungen, Forderungen und nochmals Forderungen. Wir sind nicht in der Lage, sie alle auf einmal zu erfüllen. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Darf ich ganz kurz auch auf die Familien zu sprechen kommen. Was mich stört (*Zwischenruf des Abg. Kraft*), Kollege Kraft, ist die Verunsicherung, die da um sich greift. Kollege Leitner weiß, was ich jetzt sagen will. In seiner „Tiroler Bauernzeitung“ ist vor zwei Wochen gestanden: „Familien, wehrt euch!“

Herr Präsident, ich darf ganz kurz zitieren. Diese Zeitung schreibt: „Trotz der prognostizierten Inflationsrate von 5,5 beziehungsweise 6 Prozent im nächsten Jahr ist keine Erhöhung der Familienbeihilfen vorgesehen, außer den 50 S für Kinder ab zehn Jahren.“ Diese Aussendung, Herr Dr. Leitner, ist falsch und ist unwahr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Beispielsweise wird bei einem Kind, Herr Dr. Leitner, die Familienbeihilfe von 910 S auf 1 000 S erhöht. Sie haben gesagt: keine Erhöhung. Es sind 10 Prozent Erhöhung. Wenn das Kind in diesem nächsten Jahr zehn Jahre alt wird, dann sind es um weitere 50 S mehr, also insgesamt 140 S, also 15,5 Prozent Erhöhung. Sie sagen: keine Erhöhung. Bei zwei Kindern 140 S zusätzlich, wenn die Kinder nächstes Jahr zehn Jahre alt werden, weitere 100 S. 7,5, 12,9 Prozent.

Auch auf das Jahr 1982, meine Damen und Herren, möchte ich schon hinweisen, die Frau Staatssekretär Karl hat ja das schon verkündet, da gibt es um 14,3 Prozent mehr an Familienbeihilfe für jene Kinder, die in diesem Jahr zehn Jahre alt werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, auf die behinderten Kinder hinzuweisen. Es war auch diese Bundesregierung, die 1 100 S als erhöhte Familienbeihilfe eingeführt hat und zusätzlich noch einen Absetzbetrag bei außergewöhnlichen Belastungen. Und ich möchte jetzt gar nicht eingehen auf die Vergleiche internationaler Art, der Kollege Hirscher hat Ihnen das vor 14 Tagen ja vorgerechnet.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, kann gesagt werden, daß die Maßnahmen der SPÖ-Familienpolitik für den ländlichen Raum, für die bäuerliche Bevölkerung eine große Hilfe

waren. Nicht nur die Familienbeihilfen für rund 263 000 Kinder, die immerhin einen Betrag von 3 Milliarden Schilling ausmachen, auch die 155 Millionen Schilling für die Geburtenbeihilfen, auch die 242 Millionen Schilling für die Schulfahrtbeihilfe oder für die Schülerfreifahrten sowie nicht zu vergessen 144 Millionen Schilling gerade für diesen Raum für unentgeltliche Schulbücher.

Ich möchte aber auch im einzelnen nicht unerwähnt lassen, meine Damen und Herren, daß auch der Mutter-Kind-Paß, daß auch die Geburtenbeihilfe im Ausmaß von 16 000 S gerade den Bäuerinnen zugute gekommen ist sowie auch die Beihilfe, die Heiratsbeihilfe mit 15 000 S. Das, meine Damen und Herren der ÖVP, sind die Tatsachen, und ich würde mich freuen, wenn Sie auch einmal diese Tatsachen und diese Wahrheit schreiben würden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren, abschließend: Ich weiß schon, bei jedem Budgetkapitel gibt es selbstverständlich Ihrerseits Kritik. Es gibt aber nicht nur in der Budgetdebatte Kritik, es gibt sie bei jedem Bericht, der Ihnen vorgelegt wird. Ich möchte jetzt gar nicht eingehen darauf, was Sie alles gesagt haben bei der Justiz, beim Inneren, bei der Gesundheit. Man könnte glauben, man lebt in einem Land, wo es nur mehr Verbrecher, Rauschgiftsüchtige oder was weiß ich was gibt. So waren die Ausführungen, und ich frage mich allen Ernstes: Wollen wir denn überhaupt in einem solchen Staat leben?

Ich glaube, eben weil Sozialisten regieren, wird man auch zur Kenntnis nehmen müssen, meine Damen und Herren, daß wohl die Opposition alles verteufelt und verdorrt (*Zwischenruf bei der ÖVP*) – nicht heute, das habe ich schon eingangs gesagt, aber ich darf erinnern an die letzten Monate –, aber ich sage es noch einmal: Die übrigen Österreicher wissen, was geleistet worden ist. Das Ausland weiß es auch, denn sonst würde man uns nicht immer als Vorbild hinstellen.

Werte Kollegen dieses Hauses! Dieses Österreich ist doch ein Schaufenster geworden, ein Schaufenster des sozialen Friedens, der sozialen Sicherheit und auch eines wirtschaftlichen Aufstieges. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte jetzt nicht als Märchenerzähler auftreten, aber, geschätzte Damen und Herren, eines sollten wir uns vor Augen halten: Ich habe schon eingangs gesagt, ich hoffe, daß die Kollegen aller Couleurs sich in den Weihnachtsfeiertagen einmal ein bißchen besinnen, vielleicht können wir nächstes Jahr wirklich das Image der Politiker, Kollege Deutschmann,

5938

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Weinberger

verbessern. Der Pegelstand ist ziemlich weit unten. (*Abg. Steiner: Das habt aber ihr zerstört, nicht wir!*) Kollege Steiner, wir Hinterbänkler bemühen uns, aber ein paar Herren von Ihnen, die versauen dieses Klima in diesem Haus. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, eines sagen: Seien wir doch alle miteinander froh, in diesem Land, in diesem Staat Österreich leben zu dürfen.

Ich möchte schließen mit dem Dank an die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, ich möchte ihnen persönlich danken. Ich möchte ganz besonders danken den Bergbauern, die, wie ich annehme, es am schwierigsten haben innerhalb der Bauernschaft.

Werte Freunde, ich möchte jetzt aber auch dem nicht anwesenden Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft danken. Sie machen ihn herunter, aber ich weiß, daß er sich redlich bemüht hat, für die österreichische Land- und Forstwirtschaft das Bestmögliche herauszuholen. Nur, dem Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft sind genauso Grenzen gesetzt wie allen anderen Kapiteln.

Und ganz zum Schluß, meine Damen und Herren: Trotz einer sich nicht besonders günstig abzeichnenden Agrarpolitik in Europa darf ich Ihnen eines sagen: Wir, die österreichischen Sozialisten mit dieser Bundesregierung, wir werden uns bemühen, die Politik, die wir bisher gemacht haben für die Landwirtschaft, fortzusetzen, und zwar zum Wohle nicht nur der Landwirtschaft, sondern zum Wohle ganz Österreichs. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fachleutner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Fachleutner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir uns seit Stunden mit dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft befassen und wenn die Sprecher der Regierungspartei immer wieder versuchen zu beweisen, von ihrer Warte aus das Größtmögliche im Interesse der Bauern getan zu haben, dann, glaube ich, müßte man aber vorher feststellen, wenn manches nicht erreicht wurde oder getan wurde, daß drei Dinge ganz entscheidend sind auch für eine gute Agrarpolitik, nämlich: die Staatsfinanzen, die Wirtschaftspolitik und die Steuergesetzgebung. Ich möchte mich zu diesen drei Problemen vorerst mit Ihnen auseinandersetzen und nachher Einzelfragen zur Debatte stellen.

Wenn wir die Staatsfinanzen betrachten, glaube ich, mußten wir in den letzten Tagen ja feststellen, daß sich der Finanzminister verabschiedete mit einem ziemlichen Debakel von

Staatsschulden, die er der österreichischen Republik, dem Gesetzgeber hinterlassen hat, daß die Staatsverschuldung für den einzelnen Staatsbürger 1970 beispielsweise 6 300 S betrug, im Jahre 1980 bereits die Staatsschulden pro Staatsbürger 35 000 S betragen.

Wenn wir weiters wissen, daß die Staatsverschuldung in 20 Jahren, als die ÖVP die Hauptverantwortung trug und den Finanzminister stellte, 43 Milliarden Schilling betragen hat, und wenn wir gleichzeitig wissen, daß es in zehn Jahren dieser bestvorbereiteten Regierung gelungen ist, mit einem Arbeitsteam mit dem Finanzminister Androsch eine Staatsverschuldung, wenn ich die Verwaltungsschulden hinzuzähle, von über 300 Milliarden Schilling zu erreichen, dann ist das eine gigantische Leistung, aber nicht im positiven, sondern im negativen Sinn für die gesamte österreichische Bevölkerung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aus diesen Gründen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ergeben sich zwangsläufig leider nicht jene Leistungen, die die Landwirtschaft verdienen würde, weil der Landwirtschaftsminister auf Grund dieses Finanzdebakels nicht in der Lage ist, jene Gelder zu bekommen, die notwendig wären, um eine moderne Agrarpolitik in Bewegung zu setzen.

In diesem Zusammenhang ist es nicht unweitlich zu erwähnen, daß die Steuern durch diese totale Verschuldung ganz gewaltig gestiegen sind.

Herr Staatssekretär! Es war für mich daher unverständlich – vielleicht können Sie auch den Landwirtschaftsminister um Aufklärung ersuchen –, daß trotz der großen Belastungen, die der Landwirtschaft auf Grund der Staatsverschuldung auferlegt sind, daß trotz des Umstandes, daß diese Landwirtschaft neue Steuerleistungen übernehmen mußte, die Einheitswerte so gigantisch erhöht wurden, in manchen Regionen in einer Größenordnung von 20 bis 100 Prozent. Das bedeutet gewaltige Belastungen in den nächsten Jahren, weil ja der Einheitswert die Grundlage aller Abgabenordnungen darstellt, und daher steht eine Aushöhlung im negativen Sinne, eine Belastung von 1 Milliarde Schilling zu Buche, die unerträglich geworden ist, meine sehr Verehrten! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Betrachten wir die Einkommensseite: Manche Kollegen behaupten, daß eine Einkommensverbesserung eingetreten ist. Wir können auf Grund der Tatsachen nachweisen, daß dies nicht der Fall ist. Ich darf Ihnen vor Augen führen: Das Einkommen pro Kopf in der Land- und Forstwirtschaft beträgt in Österreich 84 000 Schilling. Das Einkommen, Herr Staatssekretär, der Bauern in Deutschland beträgt pro

Fachleutner

Kopf 144 000 Schilling. Sie ersehen daraus, daß hier eine gewaltige Kluft in einer Entwicklungsphase feststellbar ist, daß wir in Österreich um zirka 60 000 Schilling pro Kopf nachhinken. Das heißt, daß in Österreich diese Bundesregierung nicht in der Lage war, einerseits die Belastungen hintanzuhalten, andererseits das Einkommen durch Maßnahmen zu verbessern, die für die Erhaltung der Betriebe von ganz entscheidender Bedeutung wären.

Ich darf Ihnen ein weiteres Beispiel bringen, Herr Staatssekretär. Im Jahre 1970 betrug der Unterschied zwischen einem Arbeitnehmer in der Industrie und einem Selbständigen in der Landwirtschaft 2 000 Schilling. Im Jahre 1980 werden es bereits über 6 000 Schilling sein. Das heißt, daß sich die Schere zuungunsten der Landwirtschaft weiter geöffnet hat. Und dann haben Sie den Mut zu sagen, es wäre alles in bester Ordnung, zu fragen, warum man sich gerade von der Opposition immer gegen die Meinung erhebt, daß die Regierung sowieso alles getan habe! Wenn wir aber diese Zahlen, die ja Tatsachen sind, betrachten, dann müssen wir feststellen, daß die Regierung ihre Pflicht nicht erfüllt hat. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und wie schaut es denn in der Vermarktungs- und in der Wirtschaftspolitik aus?

Der Landwirtschaftsminister hat einige Male gesagt, er kann nichts für eine schlechte Witterung, infolge der zum Beispiel im Getreidebau voriges Jahr das Einkommen um 2,5 Milliarden Schilling geringer gewesen ist, weil er den Wettergott nicht bestimmen kann. Ja aber der Herr Landwirtschaftsminister hätte bestimmen können zum Beispiel bei den Preiszusammenbrüchen in der Veredlungsproduktion, in der Schweineproduktion, wo durch eine Marktleistung von zirka 3 Millionen Stück bei 4 S Verlust 1,2 Milliarden Schilling an Verlusten eingetreten sind! Das heißt, er hätte mit 40 oder 50 Millionen Schilling marktentlastende Maßnahmen setzen können und hätte der Landwirtschaft über 1 Milliarde Schilling an Verlusten erspart.

Das muß man doch sehen! Hier spielte der Wettergott keine wesentliche Rolle (*Abg. Kern: Überhaupt keine!*), wie Sie das beim Getreidebau angeführt haben. Da ist das ein Widerspruch.

Weil ich die Einheitswerte gerade vorhin auch angezogen habe, möchte ich Sie fragen, Herr Staatssekretär: Sind Sie in der Lage oder würden Sie bereit sein mit dem Landwirtschaftsminister, mit dem kommenden Finanzminister, wenn schon der mit Euphorie damals ausgestattete: Laßt Kreisky und sein Team arbeiten! (Heiter-

keit bei der ÖVP), und ein Teamkandidat bereits gestürzt ist durch einen Meniskus, durch gewisse Umstände in Österreich einen Meniskus erlitten hat, wenn eine Gesundung vielleicht durch ihn eintritt oder durch den neuen Finanzminister in Verhandlung, sind Sie bereit, daß die Einheitswertgrenze nach dem Wunsche der Interessensvertretung auf 1 Million Schilling angehoben wird, damit nicht Tausende Betriebe neuerlich vor neuerlichen Belastungen stehen?

Wir müssen doch alle, der eine Buchführung sich machen läßt, auch wenn es eine kleinere Buchführung ist, mit einer neuerlichen Belastung im Jahr von 20 000 bis 30 000 S für den betroffenen Betriebswirt rechnen.

Und wenn wir uns weiters erinnern gerade in der Preispolitik, und es wurde auch heute bereits angeschnitten von einem Redner, daß in manchen Versorgungsschwierigkeiten auf Grund einer falschen Preispolitik Versorgungsschwierigkeiten eintreten können als Marktleistung – ich denke hier an die Marktleistung bei Mais –, dann frage ich Sie, Herr Staatssekretär: Es gab bei Ihnen Preisverhandlungen, wo ich versucht habe, Ihre Vertreter aufmerksam zu machen, man müßte den Preis für Mais höher ansetzen, zirka um 20 Groschen, daß sich damit eine höhere Marktleistung ergebe, andererseits eine größere Abdeckung durch die gestiegenen Energiekosten honoriert werden würde. Man hat das in den Wind geschlagen, diese Meinungen. Endeffekt ist, daß die Marktleistung wesentlich geringer ist, als man annehmen müßte – es war wohl eine mittlere Ernte, aber so schlecht war sie nicht – auf Grund der nicht betrachteten Einflüsse Energiekosten, und andererseits die Differenz zwischen Gerste und Mais nicht berücksichtigt wurde. Sind Sie bereit, Herr Staatssekretär, auch in dieser Frage in Erscheinung zu treten, damit diese Differenz zwischen Gerste und Mais gleichgesetzt werden kann, vielleicht sogar für Mais besser, damit sich dann zwangsläufig eine bessere Marktleistung ergeben würde?

Nun spricht die Arbeiterkammer beispielsweise in der letzten Aussendung, die Landwirtschaft soll sich Alternativproduktion selbst zuführen. Ist zwar eine sehr harte Ausdrucksform, sie meinte, ohne daß der Staat hier einen Eingriff mit Zuschüssen tätigen sollte.

Ja, meine sehr Verehrten, ohne einen Staatszuschuß Alternativproduktion zu leisten oder durchzuführen – ich denke an die Biospritverwertung, ich denke an das Ölsaatenkonzept –, wird unmöglich sein. Was würden denn die Arbeitnehmer in diesem Staat zum Beispiel sagen, wenn ihr Betrieb gefährdet erscheint, die arbeitenden Menschen sollen sich selbst alternative Einsätze einfallen lassen, damit die

5940

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Fachleutner

Arbeitsplätze gesichert erscheinen können? Sie können es auch nicht. Staatspolitische Lenkungsmaßnahmen mit Zuschüssen, mit jenen Industriegründungen, die notwendig sind, um die Arbeitsplätze zu sichern. Daher ist das ein Widerspruch, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auf der einen Seite soll sich die Landwirtschaft selbst die Alternativproduktion leisten, und auf der anderen Seite wird man kaum versuchen können, Maßnahmen zu setzen.

Und es wurden – ich habe nichts dagegen – in den letzten Wochen Maßnahmen ja gesetzt zum Beispiel zur Sanierung im steiermärkischen Raum mit 1 Milliarde Schilling. Oder es wurden Maßnahmen gesetzt beispielsweise, die wohl falsch sind, bei den General Motors-Werken von 2,5 Milliarden Schilling investiert. (*Zustimmung bei der ÖVP*) Dann frage ich mich, ob nicht die Landwirtschaft ihrerseits auch das Recht besitzen würde, nicht nur 100 Millionen Schilling, sondern vielleicht in der Größenordnung jene Maßnahmen zu setzen, nicht nur für einzelne Betriebe, sondern für Zehntausende landwirtschaftliche Betriebe, damit sie erhalten werden können!

Daher glaube ich noch immer, daß es nicht zu spät ist. Ich glaube, die Zeit wird Sie vielleicht dazu zwingen, Maßnahmen zu setzen gerade auf Grund einer Energieentwicklung.

Und wenn wir in den letzten Tagen in den Zeitungen lasen, daß die OPEC bereits wieder versuchen wird, in den nächsten Monaten eine Anhebung des Rohölpreises durchzusetzen, dann erhebt sich für Österreich abermals die Frage: Werden wir diese gigantischen Preiserhöhungen ständig übernehmen können, oder sollten wir auf Grund dieser Erhöhungen, die uns ja auch keine langfristigen Sicherheiten geben würden, nicht eigene Alternativproduktion aufnehmen, jene Technologien einsetzen, die eine Sicherstellung des Treibstoffes gewährleisten können?

Ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet. Ich habe mir erzählen lassen, Österreich bräuchte im Falle einer totalen Krise – Sie wissen, was ich meine – mindestens 30 Prozent von den derzeitigen Treibstoffen, und der könnte aufgebracht werden, wenn man alternativ in Erscheinung treten würde durch die Inanspruchnahme, weiterhin aus der heimischen Erde Öl zu gewinnen in einer Größenordnung von 17 bis 19 Prozent. Und wenn ich zehn Prozent einer Alternativproduktion zuführen würde in der Biospritverwertung oder durch das Ölsaatenkonzept teilweise, dann kämen wir an die 30 Prozent heran, um in einer totalen Krise die landwirtschaftlichen Betriebe versorgen zu können und gleichzeitig auch jene Industriebetriebe,

triebe, die zur Erhaltung im Krisenfall auch eine Volkswirtschaft dringend benötigen würde.

Nun frage ich mich: Seit Jahren, Herr Staatssekretär, wird darüber gesprochen, und ich kann mich erinnern, daß der Handelsminister gerade im Ausschuß einmal erklärt hat, wir sind fast fertig mit dem Projekt, wir sind vor dem Abschluß. Es ist mittlerweile wieder ein Jahr vergangen, und es röhrt sich nichts. Die gesamte Regierung befindet sich gerade in dieser Frage in einer Agonie, meine sehr Verehrten! Ob das staatspolitisch verantwortlich ist, wird die Zeit bringen, wenn wir wirklich in eine Krise hineinschlittern! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP*.)

Ich weiß schon, daß wir es uns alle nicht wünschen, weder Sie noch wir. Aber wir können ja die Entwicklung nicht selbst festlegen, wir sind ja international darauf angewiesen, welche Entwicklungen diese Situationen auch bringen werden. Wir haben hier Beispiele gerade mit der Volksrepublik Polen, die heute einige Male angezogen wurde.

Ist es nicht unwahrscheinlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, 35 Jahre nach Kriegsschluß müssen in einigen Ostblockstaaten, teilweise auch in Ostdeutschland, am 1. Jänner Lebensmittelkarten eingeführt werden! Das heißt, daß man an eine Entwicklung sicher dort auch nicht gedacht hat oder das freie Bauerntum, das dort vorhanden war, vernichtete, einer Kollektivwirtschaft zuführte und heute nach 35 Jahren Lebensmittelkarten eingeführt werden.

Wenn wir uns in der angenehmen Lage befinden, das nicht zu brauchen, dann ist es nicht eine Leistung der Bundesregierung, des Finanzministers adieu, und auch nicht des Herrn Staatssekretärs, weil ich ihn ja alternativ sehr wenig in Erscheinung treten sehe, sondern es ist nur der Tüchtigkeit unserer Bäuerinnen und Bauern zu verdanken, meine sehr verehrten Damen und Herren (*Beifall bei der ÖVP*), daß wir an einem vollgedeckten Tisch sitzen und in der Menge, in der Qualität aussuchen können.

Daher sollten wir, und ich nehme das zum Anlaß, unseren Bauern und Bäuerinnen danken, auch den Mitarbeitern im Landwirtschaftsministerium, der Beamenschaft, die nach wie vor in ihrer Treue zur gesamten Gesellschaft die Bauernschaft nicht im Stich läßt, weder mit Argumenten, mit Initiativen, mit Vorschlägen gerade in den Gesprächen, die nicht nur einer Berufsgruppe dienen, sondern auch der gesamten Volkswirtschaft ständig dienlich sind.

Wenn der Landwirtschaftsminister heute zu mir gemeint hat, ich habe auch eine Mitarbeit geleistet zu einem Konsens, gerade beim

Fachleutner

Getreidekonzept, sodaß wir in dieser Sparte, ich will nicht sagen, sorglos sind, aber zu 90 Prozent jene Probleme, die die Vorlage damals betraf, Herr Staatssekretär, gelöst sind, wo drinnen stand, Aufhebung der Preisregelung, vor allem der Übernahmsverpflichtung, keine Stützung mehr bei den Silolagern zu geben.

Meine sehr Verehrten! Wenn es möglich war, diese Vorlage, wo ich einen bescheidenen Beitrag leisten durfte, mit der Interessenvertretung auszuräumen, zu 90 Prozent zu unseren Gunsten, und auch zu euren Gunsten in der weiteren Folge, war das nicht ein Erfolg dieser Bundesregierung, sondern ein Erfolg, was Sie auch als positiv honorieren können, daß Sie unseren Ideen recht gegeben haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und überall dort, wo Sie unseren Ideen nähertreten, kann ich feststellen, Herr Staatssekretär, daß ein gutes Ergebnis herauskommt, das Ihnen ja auch recht sein müßte, weil Sie leichter zu Rande kommen könnten in der weiteren Entwicklung, in der Haltung der Betriebe, in der Erhaltung des sozialen Friedens und in der Vermarktungspolitik, die uns gerade mit einer Mehrproduktion ständig konfrontiert.

Eine weitere Frage, Herr Staatssekretär, was uns auch betrifft, ich möchte es nur am Rande erwähnen, weil sich Kollege Hietl ja sehr oft bemüht, gerade für den Weinbau in Erscheinung zu treten: Im Weinbau sind drei Dinge notwendig, und mittlerweile sind ja Verhandlungen geführt worden, einerseits die Kontrolle über die Auspflanzung zu bekommen, die Steuerpolitik in den Griff zu bekommen und drittens ein Vermarktungssystem zu schaffen, damit es gelingt, die Mehrproduktion außer Landes zu bringen.

Niederösterreich und das Burgenland haben beispielsweise versucht, einen Vertrag abzuschließen, damit auch ein Auspflanzverbot beziehungsweise eine Bodenkontrolle damit eintritt. Das ist der erste Weg. Der zweite Weg wäre, eine Steuerentlastung beim Finanzminister durchzusetzen. Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß gerade der österreichische Weinbau am stärksten belastet ist in ganz Europa.

Herr Staatssekretär! Von der Alkoholsondersteuer eine Abzweigung für Vermarktungsmöglichkeiten von 10 bis 20 Prozent würden sich diese Weinbauern verdienen, sie würden dann keine wesentlichen Probleme besitzen, ich sage, keine wesentlichen Probleme, wenn ich die Produktion auch im Griff habe, sodaß eine konstante Entwicklung, ein Richtpreissystem auch in der weiteren Folge möglich wäre. Das haben unsere Vertreter ständig gefordert. (*Bei-*

fall bei der ÖVP.) Sie machen auch auf diesem Gebiete nichts.

Und daher gerade zur Vermarktungspolitik allgemein betrachtet, meine sehr Verehrten: Es wurde heute auch vom Landwirtschaftsminister betont, das System in der EG sei auch nicht das Richtige. Aber ich darf nur eines feststellen, Herr Staatssekretär: Sie haben eine Gesamtkonstruktion in der Vermarktungspolitik, einen Fonds, wo jährlich 250 bis 270 Milliarden Schilling eingehen, die Abschöpfungen und Erstattungen ermöglichen. Wenn wir nur endlich ein solches System hätten!

Ich habe es des öfteren schon vorgeschlagen, es wäre sicherlich leicht durchführbar, wenn sich die Arbeiterkammer auch mit dieser Frage einmal befassen würde, eine Abschöpfung beim Import landwirtschaftlicher Produkte in einer Größenordnung von 16 bis 17 Milliarden Schilling. Nur zehn Prozent, meine sehr Verehrten, Herr Staatssekretär, würden es ermöglichen, 1,6 bis 1,7 Milliarden Schilling zu besitzen. Wir würden langfristig für die Mehrproduktion Richtpreise den Bauern garantieren können, sie nicht in Schwierigkeiten bringen, und wir könnten eine kaufkräftige Landwirtschaft damit auch erhalten. Warum macht man auf diesem Gebiete nichts? Es wäre eine ähnliche Konstruktion, wie sie die Wirtschaftsgemeinschaft besitzt.

Ich habe mir auch einmal durchgerechnet, was wäre, wenn wir den EG-Vertrag hätten. Leider ist es nicht möglich, mein Wunsch wäre es schon 1972 gewesen. Die Kollegen waren dabei im Integrationsausschuß, als es eine stürmische Sitzung gab, sollen wir jetzt beitreten von Seite der Landwirtschaft, ja oder nein, die Parteienverhandlungen waren wohl abgeschlossen, wir haben dann erwirkt, daß diese Sitzung unterbrochen wurde. Es war damals der Gedanke, wenn dieser Vertrag wirksam wird und die Landwirtschaft nicht abgesichert wird, werden wir langfristig in große Schwierigkeiten kommen, und es hat uns damals in weiteren Parteienverhandlungen der Bundeskanzler versprochen, er wird sich mit seiner Person einsetzen, sollten Schwierigkeiten auf Grund dieses Vertrages auftreten, weil wir nicht Vollmitglied in der Wirtschaftsgemeinschaft sind und einer ständigen Diskriminierung unterliegen. Die Bundesregierung wird dann keine Minute zögern, die Landwirtschaft zu unterstützen. Acht Jahre sind vergangen. Die Bundesregierung hat bis zur Stunde keine wesentlichen Maßnahmen gesetzt. Milliarden Schilling wurden auf Grund dieses Vertrages oder des Nichtunterstützens für die Landwirtschaft verloren.

Ich würde Sie als praktizierender Bauer, Herr Staatssekretär, bitten, sich der Sorgen, die

5942

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Fachleutner

gerade auf Grund dieser Diskriminierung ständig von der Wirtschaftsgemeinschaft jetzt noch verschärft werden, anzunehmen. Es wurde vom Kollegen Riegler heute auch bereits angezogen, durch den Beitritt Griechenlands zur EG wird die österreichische Landwirtschaft 70 Millionen Schilling Verluste hinnehmen müssen. Was tut die Regierung bezüglich eines Ausgleiches für die österreichische Landwirtschaft? Daher glaube ich, daß man das auch näher betrachten müßte. Ich habe gesagt, daß wir uns damals schon bemüht haben, aufmerksam zu machen. Wenn es nicht gelang, Österreich als Vollmitglied in die Gemeinschaft zu bringen, so hätte doch die Bundesregierung flankierende Maßnahmen auf Grund eines Versprechens auch ergreifen müssen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Nun eine Frage zum Kollegen Murer. Herr Kollege Murer hat heute kritisiert, er sieht es nicht ein, warum Lebensmittelieferungen in unterentwickelte Gebiete rollen. Ich darf ihn nur erinnern, wir sind auch ein unterstützendes Mitglied für unterentwickelte Gebiete. Wir haben wohl einen ganz kleinen Beitrag bis zur Stunde geleistet. Im Gegenteil, ich würde einen größeren Beitrag leisten.

Ich würde Sie ersuchen, Herr Staatssekretär, die Hilfslieferungen, wo sich die Bundesregierung für 20 000 Tonnen Brot- und Futtergetreide verpflichtet hat, auf 30 000 Tonnen anzuheben. Das wäre eine wesentliche Menge, um auch zum Ausdruck zu bringen, daß wir nicht von der tiefsten Stufe mit diesem Unterstützungskonzept über eine höhere Stufe kommen können. Ich würde mich nicht genieren, als österreichische Bundesregierung gerade unterentwickelten Gebieten – besonders wo Schwierigkeiten in der Versorgung vorhanden sind –, jene Mehrmenge diesen Ländern zufließen zu lassen, sondern es würde eine soziale Entscheidung bedeuten auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung für unterentwickelte Gebiete und eine Entlastung gleichzeitig auch für bäuerliche Betriebe, wenn zu viel Grundnahrungsmittel vorhanden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe versucht, in kurzen Umrisse einige Gedanken, wie sie derzeit in der Agrarpolitik vorherrschen, zu bringen, welche Sorgen wir in der Vermarktungspolitik haben, welche Sorgen durch eine nichtberechtigte steuerliche Belastung ständig den Bauern übertragen wurde und unserer Sorge Ausdruck zu geben, weil es bis zur Stunde keine Priorität für die zukünftige Agrarpolitik in der Vermarktungspolitik und kein Vermarktungskonzept für alle landwirtschaftlichen Produkte gibt. Daher können wir aus diesen Gründen diesem Budget, weil keine Ansätze vorhanden sind, unsere Zustimmung nicht geben. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet ist der Herr Staatssekretär Schober. Ich erteile es ihm.

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Schober: Herr Präsident! Hohes Haus! Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat auch im Jahre 1980 wesentliche Zielvorstellungen einer fortschrittlichen und zukunftsorientierten Agrarpolitik verwirklicht, wie wir sie in der Regierungserklärung vom 19. Juni 1979 präzisiert haben. Ich darf aus der Regierungserklärung zitieren:

„Die Bundesregierung mißt einer leistungsfähigen und gesunden Landwirtschaft größte Bedeutung zu.“ Und weiter: „Im Förderungsbereich wird sie der Bergbauern- und Grenzlandförderung besonderen Vorrang geben. Die Förderung wird verstärkt den kleinen Betrieben zugute kommen und auch den Nebenerwerbsbauern, die ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben und ihren Beitrag zur Landschaftserhaltung genauso erfüllen wie die Vollerwerbsbauern.“

Schwerpunkt der Agrarpolitik des Ressorts war deshalb eine Politik für die Bergbauern und für die Nebenerwerbsbauern. Wir haben uns aber auch bemüht, durch sehr gezielte Maßnahmen die Vollerwerbsbauern in diesem Bemühen nicht zu vernachlässigen.

Diesen Auftrag haben wir, glaube ich, sehr konsequent verwirklicht. Wir wissen aber auch, wenn wir ihm gerecht werden können, daß es ein ständiges Bemühen braucht, durch eine gezielte und differenzierte Politik die wirtschaftliche und soziale Lage des bäuerlichen Berufsstandes zu verbessern.

Die Bedeutung der Nebenerwerbslandwirte, auf die ich zuerst eingehen möchte, geht daraus hervor, daß 1979 187 000 Nebenerwerbsbetrieben 134 000 Voll- und Zuerwerbsbetriebe gegenübergestanden sind. Das ist eine sehr natürliche Konsequenz der Strukturen, die wir bei den Eigentumsverhältnissen im bäuerlichen Bereich haben. 60 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe haben eine Fläche von weniger als 10 Hektar und fast 80 Prozent eine Fläche von weniger als 20 Hektar.

Wir haben uns in diesen Jahren bemüht, die Inanspruchnahmemöglichkeit der Förderung für die Nebenerwerbslandwirte zu verbessern. Wir haben den fiktiven Einheitswert ständig verbessert, haben seinerzeit einen Multiplikationsfaktor von 5 übernommen, diesen aber im Laufe der Jahre bereits auf 1,5 gesenkt. Das heißt im konkreten, daß bei einem Monatseinkommen von 12 000 S der landwirtschaftliche Einheitswert heute noch 48 000 S betragen kann, damit der Nebenerwerbslandwirt alle Förderungsmög-

Staatssekretär Schober

lichkeiten auch im Beihilfenbereich in Anspruch nehmen kann. Das ist sicher eine sehr wesentliche Verbesserung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es ist für uns aber unbestritten, daß es hier auch in Zukunft Verbesserungen geben muß. Ich stelle mir auch im Jahre 1981 eine weitere Senkung vor.

Darf ich, Hohes Haus, auch heuer wieder meine Meinung deponieren, daß der absolute Schwerpunkt der Politik dieser Bundesregierung überhaupt, nämlich daß wir uns mit so großem Erfolg um eine Vollbeschäftigungspolitik bemüht haben, vor allem auch eine Politik für die Nebenerwerbslandwirte gewesen ist, weil nicht zuletzt auch die Erfahrung des Auslandes lehrt, daß es überall dort, wo die Arbeitslosenrate steigt, ein Heer von arbeitslosen Nebenerwerbslandwirten gibt.

In Österreich betrug die Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt der letzten Jahre nie wesentlich über zwei Prozent; das gilt im internationalen Vergleich noch immer als Vollbeschäftigung. Und wie groß unser Erfolg hier gewesen ist, hat nicht zuletzt unser Finanzminister Dr. Androsch in seiner Budgetrede am 22. Oktober feststellen können, als er einen neuen und sehr stolzen Beschäftigtenrekord dem Hohen Haus bekanntgab, nämlich mit 2 841 472 Beschäftigten, mehr als jemals zuvor in der Geschichte dieser Republik überhaupt.

Wenn in Österreich vor allem auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit praktisch unbekannt ist, obwohl es das schwierigste Problem überhaupt darstellt, zeigt das den Erfolg dieser Bemühungen, und ich glaube, daß wir beachten müssen, daß in den EG-Staaten von den 7 Millionen Arbeitslosen mehr als 40 Prozent unter 25 Jahren sind.

Ich glaube, daß diese Vollbeschäftigungspolitik vor allem auch im Interesse der Landwirtschaft und im besonderen Interesse der Nebenerwerbslandwirte ihre Fortsetzung finden muß. Ich begrüße es deshalb auch als einer, der in der Agrarpolitik Österreichs eine hohe Verantwortung trägt, daß das General Motors-Werk errichtet wird. Ich glaube, daß es im besonderen auch durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die ansonsten ja nicht möglich gewesen wären, den Nebenerwerbslandwirten zugute kommen wird. Bitte beachten wir auch die Strukturpolitik, die damit gemacht wird, nämlich daß ja die Aufträge auch bei den Zulieferungen den kleinen gewerblichen Betrieben, die vor allem im ländlichen Raum angesiedelt sind, zugute kommen werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Interesse dieser Politik unterstütze ich deshalb

auch als Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Forderung von Sozialminister Dallinger nach einer Arbeitszeitverkürzung. Ich glaube, daß das ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung ist, und es sollte auch im besonderen Interesse der Nebenerwerbslandwirte – meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei –, die ich im besonderen zu vertreten habe, verwirklicht werden, weil es eine Maßnahme ist, die für die Nebenerwerbslandwirte von einer besonderen Bedeutung ist. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. A. Schlager: Sie haben Sorgen, Herr Staatssekretär!*)

Es ist eine große Sorge für mich, Herr Abgeordneter, daß die Vollbeschäftigungspolitik im Interesse der Landwirtschaft ihre Fortsetzung findet, da haben Sie sicher recht! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Fortsetzung der Bergbauernpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, durch das Budget 1981 ist gesichert, die Förderungsmaßnahmen im Grünen Plan haben ein Förderungsvolumen von insgesamt 1,8 Milliarden Schilling, davon 777 Millionen Schilling allein im Bergbauernsonderprogramm. Im Bereich der Investitionsförderung steht 1981 ein begünstigtes Kreditvolumen von 3 Milliarden Schilling zur Verfügung, davon 2,5 Milliarden Schilling für Agrarinvestitionskredite.

Damit ist eine sehr solide Basis für die Fortsetzung aller bewährten Förderungsmaßnahmen des Ressorts gegeben. Auf einige dieser Maßnahmen darf ich im Detail eingehen.

Schwerpunkt – das hat auch Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden heute bereits festgestellt – ist nach wie vor eine besonders wirkungsvolle Förderungspolitik für unsere Bergbauern.

Wir sind im Jahre 1970 belächelt worden, als wir mit der Bergbauernförderung begonnen haben. Es waren damals 300 S. Im Jahre 1980 konnten immerhin 6 000 S beziehungsweise 5 000 S ausbezahlt werden für die Bergbauern der Erschwerniszone 3, und für jene, die der Erschwerniszone 2 angehören, waren es 2 500 beziehungsweise 1 500 S. Das Förderungsvolumen ist in diesen zehn Jahren von 32 Millionen Schilling im Jahre 1970 auf 216 Millionen Schilling im Jahre 1980 gestiegen, und dieser Anstieg wird im Jahre 1981 seine Fortsetzung finden. Auch das wurde heute klargestellt.

Bundesminister Haiden hat die Meinung vertreten und ist dabei, diese konsequent zu verwirklichen, daß im Rahmen der Laufzeit des zweiten Bergbauernsonderprogrammes es zu einer Verdoppelung der Direktzuschüsse kommen wird. Eine weitere Etappe wurde ja bereits für das Jahr 1981 vorgesehen.

5944

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Staatssekretär Schober

Ich glaube, daß wir uns aber auch überlegen sollten, ob nicht weitere Differenzierungen im Interesse vor allem der kleineren und der mittleren Landwirte durchgeführt werden sollten, nämlich vielleicht die Schaffung einer vierten Erschwerniszone, einer sogenannten Handarbeitszone, die alle jene Bereiche einschließt, wo die Bergbauern unter wirklich schwierigsten Bedingungen wirtschaften müssen. Ich glaube, daß im Laufe der Zeit die Dreierzone, die dafür gedacht war, zu weit geworden ist. Natürlich müßten jene Betriebe auch eine erhöhte Zuschußleistung erhalten.

Die Unterteilung der Einheitswerte von 40 000 S bis 100 000 S wurde heute von Bundesminister Haiden bereits erwähnt. Ich glaube, daß das eine besonders wertvolle Maßnahme wäre, weil der Sprung von 40 000 S bis zu den 300 000 S einfach zu groß ist und weil man auch in diesem Bereich, der vor allem auch den Bereich der Vollerwerbsbauern, die kleinere Betriebe bewirtschaften, umfaßt, differenzieren muß, damit es hier eine gezielte Förderung geben kann.

Weiters die Umwandlung des Exportzuschusses für Zucht- und Nutzrinder in direkte Einkommenshilfen an die Bergbauern der Erschwerniszonen 2 und 3. Auch das wäre eine sehr wertvolle Maßnahme, und vor allem wäre es hier so, daß eine Kontrolle dieser Förderung besser gegeben wäre.

Und nicht zuletzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir es uns überlegen, ob wir nicht in Zukunft die Fremdenverkehrswirtschaft als einen der Hauptnutznießer der Erhaltung der Kulturlandschaft durch unsere Bergbauern an der Förderungspolitik durch zweckgebundene Abgaben beteiligen sollten. (Abg. Dkfm. Bauer: *Hört, Hört! Neue Steuern?*) Es ist unbestritten, daß es der bergbäuerliche Fleiß ist, der dieses Land in Kultur erhält. Die herrliche Schönheit unserer Heimat Österreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre ohne diese bergbäuerliche Arbeit undenkbar.

Ich glaube deshalb, daß es auch richtig wäre, und es ist auch ein wesentlicher Punkt in der Regierungserklärung, daß die Fremdenverkehrswirtschaft als Hauptnutznießer im Interesse unserer Bergbauern daran zu beteiligen wäre. (Abg. Kern: *Schon wieder!*) Diese Gedanken sollten wir uns im Interesse der Bergbauern sicher überlegen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dkfm. Löffler: *Bravo? Aha!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Telefonförderung: Im Jahre 1980 wurden hiefür etwa 16 Millionen Schilling ausgegeben. Ich möchte die hervorragende Zusammenarbeit

mit der Generalpostdirektion besonders hervorheben.

Die Förderung wurde in jener Weise verwirklicht, daß bei einem Selbstbehalt von nur mehr 2 000 S für Bergbauernbetriebe der Zone 1 und für Grenzlandbauern ein Zuschuß von 30 Prozent gegeben wurde, in der Zone 2 von 40 Prozent und in der extremen Zone 3 ein solcher von 50 Prozent.

Ich darf Sie informieren, daß alle Bundesländer diese neue Förderungsaktion des Ressorts in Anspruch genommen haben. Im besonderen aber war es das Land Steiermark, dem ein Förderungsvolumen von 8,8 Millionen Schilling zugute gekommen ist.

Zur überbetrieblichen Zusammenarbeit, zur Förderung der Maschinenringe, die ich für besonders wertvoll halte, da sie nicht nur eine Kapitalentlastung des bäuerlichen Betriebes bringen, sondern, und das ist das Wertvolle dabei, auch zu einer sehr effizienten Arbeitsentlastung unserer Betriebe beitragen, darf ich feststellen, daß das Förderungsvolumen heuer 7,5 Millionen Schilling beträgt. Es war vor zehn Jahren ein Förderungsvolumen von 450 000 S. Das heißt, in diesen zehn Jahren einer sozialistischen Bundesregierung hat es sich mehr als versechzehnfacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Untersuchungen, die vom Ressort aus durchgeführt wurden, haben ergeben, daß Einsparungen bis 800 S pro Hektar möglich sind, wenn der überbetriebliche Maschineneinsatz wirkungsvoll in Anspruch genommen wird.

Diese Förderung, die gegeben wurde, hat natürlich auch ihren Niederschlag in der Entwicklung gefunden. Die Zahl der Maschinenringe hat sich in diesen zehn Jahren auf das Doppelte, nämlich auf 226, erhöht, und die Zahl der Mitglieder ist auf das Sechsfache gestiegen, nämlich von knapp 5 000 auf etwas mehr als 30 000.

Darf ich in diesem Zusammenhang auch einen Appell an meine bäuerlichen Berufsfreunde richten, und zwar den Appell, daß wir eigentlich verpflichtet sind, von seiten des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft aus die Arbeitsmarktpolitik dieser Bundesregierung zu unterstützen. Das können wir, wenn wir mehr, als wir es vielleicht bis jetzt getan haben, heimische Landmaschinen kaufen.

Ich glaube, daß wir Bauern auch deshalb dazu verpflichtet sind, weil ein so großes Förderungsvolumen in den bäuerlichen Berufsstand fließt. Wir können es vor allem auch deshalb tun, weil ja die hervorragende Qualität der in Österreich erzeugten Landmaschinen, die international

Staatssekretär Schöber

anerkannt ist, heute völlig unbestritten ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch an die Landmaschinenindustrie einen sehr ernsten Appell richten, nämlich in Anbetracht der gegebenen Strukturen unserer Landwirtschaft in keinen zum Teil völlig unnotwendigen Größenkomplex zu verfallen, das heißt, diese bäuerlichen Strukturen zu beachten.

Ich habe über die Bedeutung der Nebenerwerbslandwirte bereits ausgeführt, daß mehr als 60 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe eine Größe von unter 10 ha haben. Wenn wir uns die Landmaschinenmessen anschauen, sieht man eine Größenordnung, die eigentlich nicht recht verständlich ist, denn hier werden Traktoren und Landmaschinen angeboten, die zweifelsohne an der Struktur unserer bäuerlichen Landwirtschaft vorbeigehen. Es kann ja nicht sinnvoll sein bei einer Technisierung, daß wir die Strukturen nicht beachten, daß wir vielleicht durch eine Übertechnisierung auch Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich weggratualisieren, die wir dringend brauchen und die wir im industriellen und im gewerblichen Bereich nicht mehr so ohne weiteres anzubieten haben.

Ich würde mich also freuen, wenn auch diese Meinung zur Kenntnis genommen werden würde, denn beachten wir bitte, daß eine der maßgebendsten Traktorenfirmen in Österreich überhaupt mit einem Traktor von 48 PS beginnt. Das ist aber zweifelsohne zu groß.

1980 wurde in einer sehr engen Zusammenarbeit mit der Berufsvertretung eine gezielte Förderung auch der Schafproduktion verwirklicht. Einbezogen wurden hier Bergbauernbetriebe mit einem fiktiven Einheitswert von 350 000 S, wobei gewisse Auflagen zu erfüllen waren. Wir haben hier eine Förderung von 1 000 S beziehungsweise von 500 S gegeben.

Besonders bemerken möchte ich bei dieser Förderung, daß wir der Beratung das allergrößte Augenmerk geschenkt haben, weil wir wissen, daß gerade bei dieser Spezialproduktion ein entsprechendes fachliches Können von entscheidender Bedeutung für den Erfolg ist.

Im Jahre 1980 sind wir in der Beschränkung der Massentierhaltung durch die Novellierung des Viehwirtschaftsgesetzes im Sommer des heurigen Jahres ein gutes Stück weitergekommen. Es wurden die Höchstbestandsgrenzen auch bei den Mastkülbbern eingeführt: 130 Stück sind es, 22 000 bei den Masthähnern und 10 000 bei den Legehennen. Bei den Schweinen ist es bei den Mastplätzen mit 400 Stück gleich geblieben. (*Abg. A. Schlager: Sie wollten*

tausend haben!) Wir haben eine Änderung bei den Zuchtsauen von 50.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beschränkung der Massentierhaltung liegt ohne jeden Zweifel auch im Konsumenteninteresse, und zwar einfach deshalb, weil eine bäuerliche Produktion stets auch eine tiergerechtere Haltung bedingt. Die gesundheitlichen Aspekte, die damit im Zusammenhang stehen, kommen natürlich auch einer besseren Qualität zugute.

Darf ich vielleicht einige Worte noch zum Schweinemarkt sagen, der derzeit sehr befriedigend ist. Ich bedaure es sehr, daß es nicht möglich war, zur Einhebung eines Viehverwertungsbeitrages bei den Schweinen im Viehwirtschaftsgesetz zu kommen. Ich glaube, daß die Schwierigkeiten auch auf dem Schweinemarkt in Zukunft nicht ausbleiben werden. Wir haben hier den Zyklus zu beachten, der einfach gegeben ist.

Ich muß in diesem Zusammenhang eine sehr ernste Feststellung an jene richten, die diesen Verwertungsbeitrag abgelehnt haben. Durch 40 Millionen Schilling Beitragsaufkommen, das ist bei einer Jahresproduktion von 4 Millionen Schlachtschweinen per Stück nur ein Beitrag von 10 S, hätte ein von der ÖVP damals behaupteter Einkommensverlust für die Bauern von 1,6 Milliarden Schilling verhindert werden können.

Die Ablehnung ist für mich völlig unverständlich. Vielleicht ist man diesem Problem auch etwas ratlos gegenübergestanden. Oder, und das wäre natürlich eine sehr schwerwiegende Frage, die zu prüfen wäre, es wurden hier in einer geradezu provokanten Weise nicht, wie man es eigentlich hätte erwarten können, bäuerliche Interessen vertreten, sondern Interessen der fleischverarbeitenden Industrie und des Handels. Dies einfach deshalb, weil der Preisrückgang bei den Produzenten 15 Prozent betragen hat, beim Schweinefleisch für die Konsumenten in einer Größenordnung von 7 bis 8 Prozent hätte durchschlagen müssen, aber unter einem Prozent lag. Deshalb meine Schlußfolgerung daraus, daß man vielleicht nicht bäuerliche Interessen vertreten hat und vielleicht da und dort ein Interesse an dieser für die österreichischen Bauern so ungünstigen Entwicklung gehabt hat.

Darf ich in diesem Zusammenhang der Konsumgenossenschaft meinen ganz besonderen Dank aussprechen, weil sie fast die einzige Verbraucherorganisation war, die in dieser für die Bauern so schwierigen Zeit Aktionen durchgeführt hat, die zu einer Entlastung des Schweinemarktes beigetragen haben (*Beifall bei der SPÖ*) und in weiterer Folge auch zu einer

5946

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Staatssekretär Schober

Verbesserung des Schweinepreises geführt haben.

Hohes Haus! Der Fortschritt in der Landwirtschaft kann nur dann gesichert werden, wenn wir genügend und wenn wir vor allem preiswürdige Energie zur Verfügung haben. Eine moderne Landwirtschaft ist besonders energieaufwendig, und insbesondere unser wichtigstes Betriebsmittel, der Mineraldünger, reagiert ganz besonders empfindlich auf Energieverknappungen. Landwirtschaft und steigender Energiebedarf sind in einem industrialisierten Staat, wie es in Österreich ist, untrennbar miteinander verbunden.

Ich möchte deshalb meiner Genugtuung Ausdruck verleihen, daß das Volksbegehren Pro-Zwentendorf eine große und eindrucksvolle Mehrheit fand. Österreich kann meiner Meinung nach auf die friedliche Nutzung der Atomenergie nicht verzichten. Und wenn Sie, Herr Abgeordneter Gurtner, mit Ihren Schultern zucken: Ich glaube schon, daß es auch für Sie als einen Abgeordneten, der für die Bauern Verantwortung trägt, nicht gleichgültig sein kann, ob wir für die Fortsetzung dieser Politik ausreichend Energie zur Verfügung haben oder nicht, noch dazu, wo rund um Österreichs Grenzen Atomkraftwerke gebaut werden, deren Energie wir sehr teuer einkaufen müßten.

Es ist deshalb im Interesse, und zwar im besonderen Interesse der Landwirtschaft, daß Zwentendorf so schnell als möglich in Betrieb gehen kann.

Darf ich vielleicht an die Abgeordneten des Bauernbundes appellieren. Ich nehme an, daß Sie dieses Interesse mit mir teilen, daß Sie in Ihren Kreisen dahin gehend wirken, daß diese so unglaubliche und zwiespältige Haltung einzelner ihr Ende findet.

Zu den Energiealternativen der Landwirtschaft, die insbesondere auch von Ihnen, Herr Abgeordneter Fachleutner, angezogen wurden: Biosprit, Beimengung von Pflanzenöl zu Dieseltreibstoff und Biogas. Technisch sind diese Möglichkeiten ohne jeden Zweifel gelöst, derzeit sind sie aber noch nicht wirtschaftlich. Insbesondere beim Biosprit müssen wir auch beachten, daß die Energiebilanz negativ ist, das heißt, daß mehr Energie investiert werden muß, als man dann durch eine Verspritzung wieder an Energie erhält. Ich glaube, daß wir hier gut beraten sein werden, wenn wir diese Möglichkeiten in Reserve halten – Diesel, der Treibstoff für unsere Traktoren, würde um die 15 S kosten, wenn wir Pflanzenöl beimengen – und daß wir die weitere Entwicklung der Rohölpreise abwarten.

Darf ich einige Worte aus meiner Sicht auch

zur „Agrarwelt“ sagen, der Informationszeitschrift des Ressorts. Ich glaube, daß sie beste Information bietet und daß sie hervorragend redigiert ist. Sie unterscheidet sich in einer sehr wohltuenden Art von anderen Publikationen, die statt sachlicher Information oft und oft parteipolitische Polemik bringen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bauern lesen die „Agrarwelt“, und das ist es und nichts anderes, was Sie meiner Meinung nach an der „Agrarwelt“ stört. Deshalb sind vor allem die Funktionäre des Bauernbundes und nicht die Bauern, mit denen ich einen sehr engen Kontakt habe, gegen diese Zeitschrift. (*Abg. Dr. Zittmayr: Steuergeldverschwendungs!*) Es stört Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie längst zur Kenntnis nehmen mußten, daß Sie den von Ihnen immer behaupteten Monopolanspruch auf die öffentliche Meinung im ländlichen Raum längst verloren haben.

Ich würde meinen, daß durch die nunmehr gesicherte 14tägige Herausgabe der „Agrarwelt“ eine noch bessere Information für die Bauernschaft durchgeführt werden kann, würde es aber als notwendig erachten, wenn auch eine Jugendseite eingeführt werden würde, damit auch die bäuerliche Jugend regelmäßig und sachlich richtig informiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Agrarpolitik wäre ohne Sozialpolitik undenkbar. Wir haben in diesem Bereich die größten Erfolge erreicht. Ich darf meiner Genugtuung Ausdruck verleihen, daß gerade in diesem Bereich die Aufwendungen des Bundes am höchsten gestiegen sind. Ich entnehme die Zahlen, die ich mir nun erlaube, Ihnen vorzutragen, einer Broschüre der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs. Sie betitelt sich mit „Zahlen '79 aus Österreichs Land- und Forstwirtschaft“. Ich tue das ganz bewußt, da man mir wohl nicht unterstellen wird, daß hier in unserem Sinne manipuliert wird.

Im Jahre 1980 betrugten die Leistungen des Bundes zur bäuerlichen Sozialversicherung 6,9 Milliarden Schilling, 1981 – und diese Zahlen entnehme ich dem Budget 1981 – sind es 7,5 Milliarden Schilling. In Prozenten am Anteil des Gesamtbudgets ausgedrückt, heißt das, daß 2,3 Prozent des Gesamtbudgets für die Leistungen des Bundes zur bäuerlichen Sozialversicherung aufgewendet wurden, während es im Jahre 1970 lediglich ein Prozent gewesen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren vom Bauernbund! Wenn von Ihnen immer wieder gesagt wird, daß der Anteil, den die Bauern, gemessen am

Staatssekretär Schober

Gesamtbudget, erhalten, zurückgegangen wäre, dann bitte, rechnen Sie doch die Leistungen, die wir in diesem Bereich aufbringen, dazu. Im Jahre 1970 war der Anteil der Leistungen des Bundes zur land- und forstwirtschaftlichen Förderung 0,9 Prozent. Wenn man die 1 Prozent dazurechnet, die zur bürgerlichen Sozialversicherung aufgewandt wurden, so waren es im gesamten 1,9 Prozent. 1980 waren es 0,6 Prozent bei den Förderungen; dazu kommen aber 0,3 Prozent, und zwar deshalb, weil die Bundesmineralölsteuer dazugerechnet werden muß, die Mitte der siebziger Jahre von der Förderung durch den Grünen Plan herausgenommen wurde, weil wir die Meinung vertreten haben, daß die Bauern einen Rechtsanspruch darauf haben. Die 2,3 Prozent hinzugezählt, ergeben 3,2 Prozent. Das heißt, im Jahre 1980 ist der Anteil, den die Bauern am Budget erhalten, um 1,3 Prozent höher als im Jahre 1980. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf diese Erfolge, die wir in diesem Bereich errungen haben, sind wir besonders stolz. Darf ich hier dem leider allzufrüh verstorbenen Bundesminister Weißenberg danken, in dessen Ressortzeit dieser besondere Durchbruch gelungen ist.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluß wie immer auch einige grundsätzliche Feststellungen treffen.

Mehr als zehn Jahre sozialistische Agrarpolitik haben eine überaus erfolgreiche Ära in der Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft bewirkt. In den siebziger Jahren ist es uns gelungen, den großen Nachholbedarf, der im agrarpolitischen, im agrarwirtschaftlichen, vor allem aber im sozialen Bereich zu verzeichnen war, und zwar durch eine jahrzehntelange Vernachlässigung durch die ÖVP, im besonderen durch den Bauernbund, aufzuholen. (*Beifall bei der SPÖ.* – *Abg. Fachleutner:* Sie waren auch einmal Mitglied des Bauernbundes! Nicht schimpfen!) In diesem Jahrzehnt wurde das bürgerliche Selbstbewußtsein gestärkt und die Landwirtschaft zu einem festen Partner für alle Wirtschaftsgruppen gemacht.

Als das österreichische Volk im Jahre 1970 der sozialdemokratischen Bewegung den Auftrag erteilte, für alle Wirtschafts- und Gesellschaftsteile eine moderne, eine fortschrittliche und eine soziale Politik zu verwirklichen, war es vor allem der Bauernbund, der den bürgerlichen Familien eine trübe Zukunft prophezeite. (*Beifall bei der SPÖ.* – *Abg. Dr. Schwimmer:* Herr Schober! Bei welcher Partei waren Sie damals Mitglied? – *Abg. Kern:* Wir sind ja hier bei keiner Parteiversammlung!) Das Gegenteil, meine Damen und Herren vom Bauernbund, ist

eingetroffen. Es wurden agrarpolitische Meilensteine verwirklicht und Weichen gestellt, die heute überall anerkannt werden und die breite Zustimmung auch vor allem der bürgerlichen Bevölkerung finden.

Besonders hervorzuheben sind dabei die Modernisierung der Förderungen, die Einführung von Bergbauern- und von Grenzland-Sonderprogrammen, die Förderung der überbetrieblichen Maschinenverwendung, die Maßnahmen für die Bäuerinnen, eine zukunftsorientierte Markt- und Einkommenspolitik und vor allem auch eine Sozial- und eine Familienpolitik, die den bürgerlichen Menschen eingebunden hat in das so eng und stark geknüpfte Netz der sozialen Sicherheit, auf das wir in Österreich mit Recht so stolz sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Als Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, der ich diese Politik mitgestalten durfte (*Abg. Kern:* Sie könnte man schon längst einsparen! Schade um jeden Schilling, der für Sie ausgegeben wird!), bin ich auf diese erfreuliche agrarpolitische Bilanz ganz besonders stolz, ohne dabei zu übersehen, daß es natürlich auch noch schwierige Probleme, vor allem im Bereich des Agrarmarktes und des Agrarhandels, zu lösen gilt und daß die Einkommenspolitik auch in den achtziger Jahren ihre Fortsetzung finden muß.

Wir werden mit dem gleichen Schwung, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wir im zu Ende gehenden Jahrzehnt die Politik gemacht haben, auch die achtziger Jahre in der Agrarpolitik in Angriff nehmen. Unbeirrt von unsachlicher Kritik des politischen Gegners, unbeeindruckt von zweifellos bestehenden Schwierigkeiten und unermüdlich in dem Bestreben, für einen leistungs- und wettbewerbsfähigen bürgerlichen Berufsstand zu arbeiten und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Die achtziger Jahre, meine sehr geehrten Damen und Herren, finden uns gerüstet! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gärtner. Ich erteile ihm das Wort. (*Abg. A. Schlager:* Das ist eine Zumutung, dem zuzuhören! ... der Herr Staatssekretär einen Ordnungsruf kriegt, der polemisiert da!)

Herr Abgeordneter Schlager! Für Ordnungsrufe ist der Präsident zuständig und niemand anderer. (*Beifall und Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gärtner.

Abgeordneter **Gärtner** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren!

5948

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Gärtner

Ich darf zunächst zu einigen Vorrednern einige Bemerkungen machen.

Der Herr Abgeordnete Riegler hat heute festgestellt, daß der Herr Minister nur Personen aufnehme, die ihm politisch genehm seien.

Mir kommt hier der Verdacht hoch, daß alles das, was irgendwie sozialistisch anrüchig ist, nicht das Recht hat, auch eine Stelle zu bekleiden. Ich frage Sie: Was war in den 25 Jahren Ihrer Regierungszeit in diesem Ministerium los?

Eine weitere Frage drängt sich mir auf, wenn ich hier in der „Presse“ vom 13. 12. lese: „Präsident Derfler will nur mit Kreisky reden.“

Was soll denn das heißen, meine Damen und Herren? Zuständig für die Landwirtschaft ist doch der Landwirtschaftsminister, und man sollte also den Weg, den man schon im letzten Jahr eingeschlagen hat, nicht fortsetzen. Sie wissen alle, daß das zu nichts geführt hat.

Zu der Bemerkung des Abgeordneten Frodl. Ich habe den Unterton wohl herausgehört – hier spricht wieder ein Nichtbauer zu Bauernproblemen –, dazu kann ich also nur sagen: Es war der Abgeordnete Haas, den Sie gemeint haben. Dazu kann ich nur sagen: Lieber Herr Abgeordneter! Seien wir froh, daß möglichst viele Österreicher sich mit den Problemen der Bauern auseinandersetzen, und dann wird auch viel mehr Verständnis dafür aufgebracht werden können. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ich habe es jedenfalls so aufgefaßt.

Zum Abgeordneten Steiner auch eine Bemerkung: Er hat sich darüber beschwert, daß die Kommissionen von oben her eingesetzt werden und daß das undemokratisch sei.

Ich darf also an die rechte Reichshälfte nur den Appell richten: Setzen Sie endlich einmal die 10 Prozent sozialistischer Bauen in Mandate um!

Verehrte Damen und Herren! Ich habe heute zu einem Problem zu sprechen, das höchste politische Relevanz hat, das aber nicht nur ein Problem des Landwirtschaftsministeriums, sondern auch ein Problem des Gesundheits- und des Bautenministeriums ist. Es ist die Frage: Was können wir tun, um in der Bewirtschaftung unseres Landes die Ökologie oder das ökologische Gleichgewicht beizubehalten? Denn das Ausmaß der Gefährdung ist bereits weltweit äußerst fortgeschritten.

Ich nenne nur Kalifornien als ein Beispiel. In diesem gesegneten Land sind alle Gewässer vergiftet, das Fischereigewerbe kann nicht mehr ausgeübt werden, die Luft ist in den bewohnten Teilen verpestet, 30 Prozent der Bevölkerung

leiden an Allergien, Augenentzündungen und Atembeschwerden. Das muß uns zu denken geben. Wir sollten alles tun, um bei uns diese Verhältnisse nicht eintreten zu lassen.

Wir wissen, daß weltweit eine Zunahme zum Beispiel der Gewässerverschmutzung festzustellen ist. Man hat in Asien und in Afrika im Auftrag der UNO etwa 53 Länder untersucht und festgestellt, daß von diesen 53 Ländern nur 14 eine gesicherte Wasserversorgung haben und daß 25 davon ungesicherte Wasserversorgung aufweisen, die dahin führen wird, daß die Bevölkerung eines Tags dieses Land verlassen wird müssen.

In der UNO-Weltkonferenz ist beschlossen worden, daß man sich in den Jahren 1981 bis 1990 mit der Trinkwasser- und überhaupt mit der Wasserversorgung der Menschheit zu beschäftigen hat. Hier denkt man vor allem an technische Hilfen und Ausbildung von Fachpersonal für die Hygiene.

Bei uns in Österreich ist die Gefährdung der Gewässer verspätet eingetreten, aber auch sie hat auf unser Land übergegriffen. Wir haben – wie wir hoffen – rechtzeitig Maßnahmen ergriffen, um dieser Gefahr entgegenzutreten. Seit Jahren werden viele Mittel für die Wasserreinhaltung eingesetzt.

Ich kann Ihnen hier leider nicht sehr groß eine Darstellung vorweisen, die zeigt, wie arg die Verschmutzung der Gewässer bei uns in Österreich auch schon fortgeschritten ist. (*Der Redner zeigt ein Transparent vor.*)

1980 hat die Bundesregierung den Kärntner Seen 237 Millionen Schilling an Fondsmittel zur Verfügung gestellt, um die Seen rein zu halten. Das hat ein Bauvolumen von 400 Millionen Schilling bedeutet. Die österreichischen Seen haben mit 1,136 Milliarden Schilling 1980 versucht, die Seenreinhaltung durchzuführen, was an Fondsmitteln 661 Millionen Schilling bedeutete.

Die Summen sind gigantisch, wenn wir die Zeit von 1959 bis 1980 hernehmen. Hier sind für die Kärntner Seen 3,5 Milliarden Schilling aufgewendet worden, was aus Fondsmitteln einen Betrag von über 2 Milliarden Schilling bedeutete. Geradezu unmöglich hoch erscheint der Betrag, wenn wir alle österreichischen Seen hernehmen, für die man die Trinkwasserfähigkeit erzeugen wollte: Es sind 10,220 Milliarden Schilling, was etwa 6 Milliarden Schilling an Fondsmitteln gekostet hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber, meine Damen und Herren, die Erfolge rechtfertigen diese ungeheuer hohen finanziellen Mittel.

Gärtner

Wir wissen, daß Österreich ein Modellfall für die übrige Welt geworden ist. Das freut uns ganz besonders. Unsere begonnenen Maßnahmen werden wir in allen Gewässern – in den Fließwässern und in den Seen – in den nächsten Jahren fortsetzen müssen. Denn die rasche wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes stellt eben an die Wasserwirtschaft in mengenmäßiger und gütemäßiger Hinsicht große Anforderungen.

Für das Budgetjahr 1981 sind 4,2 Milliarden Schilling vorgesehen, was ein Bauvolumen von etwa 8 Milliarden Schilling bedeutet; das heißt also, unsere großen Badeseen sind saniert. Mit der Reinhaltung der Fließwässer muß jetzt begonnen werden, und hohe Mittel werden auch künftig verlangt und gefordert werden müssen.

Die Wirtschaftlichkeit und die Bedeutung unserer Flüsse und Seen ist ja sicherlich unbestritten. Es ist ja eine Existenzfrage der Menschheit, ob reines Wasser vorhanden ist oder nicht. Ein wichtiger Bereich der Daseinsvorsorge reicht auch in den Begriff des reinen Wassers hinein. Jemand hat einmal gesagt, reines Wasser sei Lebensmittel und überhaupt Lebensraum.

Jetzt darf ich ein paar kurze Bemerkungen über ein besonderes Thema machen, weil ich glaube, daß das für uns alle sehr wichtig ist. Es hat in Kärnten Männer gegeben, die sich mit der Seenforschung beschäftigt haben. Das war der Herr Professor Findenig, heute sind es Herr Hans Sampel und Herr Schulz. Diese Herren haben in jahrelangen Beobachtungen und Messungen die Situation der Kärntner Seen beobachtet. Sie haben dann festgesetzt, daß es im wesentlichen die Abwässer sind, die die ungute Situation in den Seen hervorrufen.

Im Jahre 1963 hat man plötzlich in der Veldener Bucht am Wörthersee festgestellt, daß größerer Algenbelag vorhanden ist. Die Landesregierung hat dann in Zusammenarbeit mit dem Bund ein Sanierungskonzept erstellt, das großräumige Kanalanlagen entstehen ließ, denn man hat herausgefunden, daß es der Phosphor ist, der in riesigen Mengen im See abgelagert wird und eine düngende Substanz darstellt.

Ich darf einige Zahlen nennen. So hat man vor der Kanalisierung des Wörthersees pro Jahr 20 bis 22 Tonnen Phosphorzufuhr registriert. Nachdem ein großer Teil der Ringkanalisation erstellt worden war, waren es nach Messungen nur mehr 10 Tonnen pro Jahr.

Viel günstiger schaut die Situation am Millstättersee aus. Diese beiden Seen sollen für ganz Österreich als Beispiele dienen, weil man ja überall die Seenreinhaltung in Angriff genommen hat. Am Millstättersee waren es vor

der Ringkanalisation 23 Tonnen Phosphor, die jährlich in den See gekommen sind. Nach Fertigstellung dieses Projekts waren es nur mehr 4,5 Tonnen.

Diese Erfolge rechtfertigen jedenfalls die riesige Summe an Ausgaben für die Seensanierung. Diese deutliche Tendenz einer Eindämmung der Phosphorzufuhr, die dadurch erreicht wurde, daß man die Abwässer nicht mehr in den See geleitet hat, und zwar auch dann nicht, als sie schon geklärt waren, denn auch dort sind noch Reste vorhanden, ist ein voller Erfolg gewesen.

Nun gibt es eine ganze Menge kleinerer Seen. Ich darf wieder nur ein Beispiel hernehmen. Das ist der Längssee in Mittelkärnten, ein lieblicher Badesee, für den ein Projekt erstellt worden ist. Wenn es durchgeführt wird, würde es der Gemeinde etwa 100 Millionen Schilling kosten. Das ist für eine Landgemeinde nicht erträglich. Dazu kämen allerdings die Fondsmittel. Hier müßte unbedingt ein Weg gefunden werden, daß auch diese Seen vor der Vernichtung bewahrt bleiben. Denn im Längssee hat man in einer gewissen Tiefe festgestellt, daß eine ständige Phosphorzufuhr vorhanden ist.

Nun komme ich zu folgendem: Was hat das eigentlich mit der Landwirtschaft zu tun? Es besteht ja sicherlich kein Zweifel, daß unsere Bauern in Ungunstlagen eine besondere Aufgabe in der Erhaltung der ökologischen Umwelt haben. Unbestritten ist auch, daß die Bauern in Ungunstlagen, die diese Aufgabe bewältigen müssen, sie nicht allein bewältigen können und daher die Hilfe aller brauchen. Das heißt also mit anderen Worten, daß sie mit Steuermitteln ihre schwierige Aufgabe erfüllen sollen.

Ein Beispiel für die Politik für den ländlichen Raum sind ja unsere Sonderprogramme, das Grenzlandprogramm und das Bergbauernsonderprogramm. Der Herr Abgeordnete Peter hat zwar zum zweiten Bergbauernsonderprogramm gemeint, wir sollten nicht mit so viel Tamtam darum herumreden. Wir sind aber der Meinung, daß 4 Milliarden Schilling innerhalb von vier Jahren für diesen Zweck ein großer Betrag sind, der sicherlich nicht ausreicht. Aber es ist eine Summe, die im Budget als wesentlich erscheint.

Wenn wir heute sagen, daß von 1979 bis 1981 die Bergbauernzuschüsse für das Sonderprogramm von 695 Millionen Schilling auf 777 Millionen Schilling angehoben worden sind, dann kann uns das nur freuen. (Beifall bei der SPÖ.) Wir wissen auch schon, daß die Direktzahlungen im Jahr 1981 – der Minister hat es gesagt – wesentlich über denen des Jahres 1980 liegen werden.

Seit 1970 ist es eben ein Anliegen der

5950

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Gärtner

sozialistischen Bundesregierung, die Politik dorthin zu wenden, wo sie am notwendigsten ist, und das ist nun einmal bei den Bergbauern und den Nebenerwerbsbauern. Die Schaffung des ersten Bergbauernsonderprogramms beweist dokumentarisch diese Zielrichtung, die wir uns vorgenommen haben. Diese Maßnahmen bestätigen einmal mehr, daß nicht, wie Sie immer meinen, die Bundesregierung nichts für die Bauern übrig hätte, sondern daß gerade diese Bundesregierung für die Belange der Bauern sehr viel übrig hat und bereit ist, große Summen dafür auszugeben. (*Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Glauben Sie das selber auch?*)

Herr Abgeordneter! Ich glaube das selber auch, weil ich die Situation von früher her kenne und mit den Bergbauern sehr viel im Gespräch bin. Sie sind sehr glücklich über den derzeitigen Zustand, wenn er auch nicht ganz befriedigend ist; das gebe ich zu. Aber eine Befragung, die durchgeführt worden ist – diese kennen Sie wahrscheinlich auch –, wie die Bergbauern zufrieden sind, hat ergeben, daß 71 Prozent mit der derzeitigen Situation zufrieden sind, daß diese auskömmlich ist. Das heißt ja nicht, daß alles da ist, was man gerne hätte. Aber diese Befragung sollten Sie eigentlich kennen, wenn Sie eine solche Bemerkung machen. Ich bin überzeugt davon, daß es eine gute Politik ist, die den Bauern in den letzten zehn Jahren sehr viel gebracht hat. Wir werden uns alle miteinander, wie es heute ja durchgeklungen ist, bemühen, daß es noch wesentlich besser wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich mag mich jetzt nicht mehr mit dem Familieneinkommen in der Landwirtschaft beschäftigen. Es ist im wesentlichen gestiegen. Wir wissen auch, daß das Jahr 1979 im nordöstlichen Flach- und Hügelland und im Alpenvorland wesentliche Einkommensminderungen gebracht hat. Wir wissen aber, daß auf der anderen Seite im Hochalpengebiet und am Alpenostrand im selben Jahr wesentliche Mehrerinnahmen verzeichnet werden konnten.

Etwas freut mich besonders, nämlich daß zwar die Disparitäten im Einkommen in der Landwirtschaft nicht abgeschafft werden konnten – das wird ja nie möglich sein –, daß sie aber wesentlich keiner geworden sind. Das ist – es ist heute noch nicht gesagt worden – auch ein Erfolg dieser Agrarpolitik.

Unzulänglich ist es meiner Meinung nach, wenn man das Begehrten stellt, daß eine Anpassung an die Löhne der Industriearbeiter erfolgen soll. In dem Sinn wird es oft gesagt. Hier sind ja viele andere Fakten zu beobachten und mit zu beachten. Ich kann mir auch gar nicht vorstellen, daß der Bauer auf einmal das Bedürfnis hat, ein Gehaltsempfänger zu werden.

Das wollen wir sicherlich alle nicht. Aber immer wieder davon reden, daß der Industriearbeiter so viel bekommt und der Bauer weit dahinter steht, kann man nicht.

Genauso ist es, wenn man die Einkommen in der Landwirtschaft zum Beispiel aus dem Jahr 1979 hennimmt und recht jammert, wie schlecht es da gewesen ist. Das kann man nicht machen. Wenn sich der Bauer zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt, dann muß er eben auch gewisse Risiken in Kauf nehmen. Es ist nun einmal so, daß Einkommensschwankungen das Normale sind. Aber hier kann man ja nur längerfristig beobachten. In einer längerfristigen Beobachtungszeit ist es mit dem landwirtschaftlichen Einkommen wirklich nicht so schlecht bestellt.

Ich darf noch darauf hinweisen, daß die soziale Sicherheit der Bauern auch gegeben erscheint. Sie kennen alle die Zahlen im Budget, also wieviel für die Sicherung der Pensionen bereitgestellt ist, nämlich über 5 Milliarden Schilling. Dazu kommt der Zuschuß für die Kranken- und Unfallversicherungen. Die Summe all dieser Sozialaufwendungen in der Landwirtschaft beträgt 7,5 Milliarden Schilling.

Ganz kurz darf ich noch erwähnen, daß es ab 1. Jänner auch für die Bauerpensionisten und die Mindestpensionisten die notwendigen Erhöhungen gibt. Außerdem sollte man auch bei diesen Überlegungen beachten, daß die Absicherung des bäuerlichen Einkommens auch durch Teile der Stützungsaufwendungen gesichert erscheint.

Was soll es, wenn immer wieder gejammert wird? Eine Zeitung – ich glaube, es war der „Kurier“ – hat einmal als Überschrift geschrieben: „Bauernhöfe werden zu Armenhäusern. Bauer sein – nein danke.“ Ich verstehe nicht diese Jammerei, denn es wird ja wirklich alles getan, was notwendig ist, und wir werden es miteinander noch besser machen, daß dort, wo Schwächen bemerkbar sind, eben geholfen wird.

Dann darf ich noch ganz kurz hier erwähnen, daß in der Zeitschrift „Berichte und Information“ – diese Zeitschrift kennen Sie wahrscheinlich – festgestellt wurde, daß in der Zeit der Österreichischen-Ungarischen Monarchie dieses heutige Österreich ein Zuschußgebiet für Getreide und Fleisch war. Und heute, meine Damen und Herren, liefern wir nach Rumänien Rinder, nach Ungarn Schweine und nach Polen Getreide. Ist das nicht ein Erfolg unserer Landwirtschaftspolitik? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir können mit Befriedigung feststellen, daß die Selbstversorgung unseres Landes im Krisefalle mit weit über 90 Prozent gesichert erscheint. Damit ist die Leistungsfähigkeit

Gärtner

unserer österreichischen Bauern eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Es kann keine Landwirtschaft sein, die krank ist, wie Sie sagen, die nicht mehr auskommt mit dem, was ihr zur Verfügung steht, wenn sie solche Leistungen zustande bringt.

Es ist immerhin der landwirtschaftliche Export im Jahre 1979 auf nahezu neun Milliarden gestiegen, 1969 waren es 3,1 Milliarden.

Wenn ich jetzt aufgefordert werde – die Zeit vergeht so schnell –, so kann ich nur feststellen, die großen Leistungen kommen von einem gesunden Bauernstand, von arbeitswilligen Bauern und von einer, meine Damen und Herren, sozialistischen Agrarpolitik (*Beifall bei der SPÖ*), von einer sozialistischen Agrarpolitik, die weitsichtig die Probleme der Zeit erkannt hat, und man könnte von Ihnen als Opposition verlangen und erwarten, daß Sie eigentlich die Leistungen sicherlich kritisieren, aber nicht immer das verschleiern, was wirklich gut gemacht worden ist. Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsident (der wieder die Verhandlungsleitung übernommen hat): Nächster Redner ist der Abgeordnete Brandstätter.

Abgeordneter Brandstätter (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte doch ein paar Sätze zu den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Schober sagen.

Herr Staatssekretär! Sie rechnen sehr stark mit der Vergißlichkeit der Leute und vor allem mit der Vergißlichkeit unserer Bauern und Nebenerwerbsbauern. Sie haben heute auf einmal Ihr Herz für die Nebenerwerbsbauern entdeckt, aber wir erinnern Sie daran und wir wissen sehr genau, was Sie vor einem Jahr gesagt haben. Vor einem Jahr haben Sie gesagt, es ist ohnehin klar, daß die Nebenerwerbsbauern als erste gekündigt werden, daß, wenn in den Betrieben Freisetzungungen notwenig sind, das natürlich die Nebenerwerbsbauern treffen wird. Das haben Sie vor einem Jahr gesagt, und das ist also Ihre Meinung zu diesem Problem. Sie brauchen heute gar nichts beschönigen, wir wissen genau, was Sie dazu wirklich denken.

Weil Sie vom Multiplikationsfaktor gesprochen haben, der herabgesetzt wurde: Aber Sie verschweigen schamhaft, wie oft in der Zwischenzeit die Einheitswerte erhöht wurden und daß es jetzt wieder eine Einheitswerterhöhung gibt, die in Bergbauernbetrieben, und auch dort sind sehr viele Nebenerwerbsbauern zu Hause, 100 Prozent und mehr ausmacht.

Was nützt hier die Herabsetzung des Multiplikationsfaktors, wenn Sie die Einheitswerte so

enorm hinaufsetzen, daß die nebenerwerbsbauern wieder am meisten getroffen werden davon?

Von den Arbeitsplätzen haben Sie gesprochen, Herr Staatssekretär. Ja glauben Sie wirklich, daß die Milliarden, die, um nur ein Beispiel zu nennen, den General Motors gegeben werden, einem Nebenerwerbsbauern nutzen, Herr Staatssekretär? Das ist doch wirklich lächerlich, muß ich sagen, wenn Sie das in einem Zusammenhang sagen.

Und ein wirklicher Hohn ist es, wenn Sie als der einzige Bauer auf der Regierungsbank sich bemüßigt fühlen, für die Arbeitszeitverkürzung zu reden. Seien Sie mir nicht böse, Herr Staatssekretär, aber wenn Sie, der Sie vorgeben zumindest, die Bauern zu vertreten in der Regierung, und der Sie ganz genau wissen, daß unsere Bauern 60, 70 Stunden arbeiten in der Woche, sagen, natürlich bin ich für die Arbeitszeitverkürzung, also das ist reiner Hohn. Genau dasselbe bei den Bäuerinnen, aber wir haben auch hier noch Ihre Aussage, die Sie bezüglich Mutterschaftsgeld der Bäuerinnen gemacht haben, noch sehr deutlich im Ohr. Wir wissen genau, daß Sie damals gesagt haben, das wäre ein falsch ausgegebenes Geld, die würden sich höchstens eine Zuchtsau dafür kaufen. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Und noch etwas. Sie wollen, ich weiß nicht, ob Sie sich als neuer Finanzminister beim Herrn Bundeskanzler in Erinnerung rufen wollen, aber weil Sie schon wieder dabei sind, neue Steuern zu erfinden, eine Fremdenverkehrssteuer. Ich weiß nicht, wen der Herr Bundeskanzler im Kopf hat, aber ich glaube wirklich, daß es nicht Sie sein werden, der der nächste Finanzminister wird, und daß Sie hier schon von einer Fremdenverkehrssteuer reden, das ist sicher eine vollkommen falsche Sache.

Ich möchte Sie an eines erinnern, weil Sie sagen, die Fremdenverkehrswirtschaft ist der Nutznießer der Bauernarbeit. Herr Staatssekretär, die ganze Bevölkerung ist der Nutznießer, denn Sie werden ja vielleicht auch gehört haben, wie das Handelsbilanzdefizit ausschaut, und Sie werden vielleicht schon einmal gehört haben, daß gerade der Fremdenverkehr einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung dieses Handelsbilanzdefizits gebracht hat. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Die Sozialleistungen haben Sie auch erwähnt. Und hier muß ich Sie daran erinnern, Herr Staatssekretär, daß es die ÖVP war, die die Pensionsgesetze beschlossen hat, und daß es die SPÖ-Mehrheit hier in diesem Haus war, die eine Verkürzung bei den Ärmsten der Bauerpensionisten vornehmen wollte, und nur auf unseren ganz massiven Druck wurden Sie gezwungen,

5952

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Brandstätter

diese ganz unsozialen Leistungen gegenüber den Ärmsten der Bauern wieder zurückzunehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil Sie sich bemüßigt gefühlt haben, hier eine halbe Stunde lang von der Regierungsbank aus Parteipropaganda zu machen, muß ich Ihnen noch eines sagen, Herr Staatssekretär.

Sie sind, wie gesagt, der einzige Bauer auf der Regierungsbank, und Sie müßten es wissen, wenn Sie sich ein bißchen umschauen oder wenn Sie sich ein bißchen erkundigen bei älteren Menschen: Früher einmal war ein Griß darum, ich möchte fast sagen, es ist oft zu einem Familienproblem geworden, wer die elterliche Landwirtschaft übernehmen darf. Das hat oft zu ganz schweren Problemen geführt, und ich sage das heute angesichts junger Menschen, die hier auf der Galerie oben sind, junger Bauern, die hier auf der Galerie oben sind. Heute haben sehr viele alte Bauern das Problem, ob sie einen finden und wenn sie auch mehrere Kinder haben und mehrere Söhne haben, ob sie eines ihrer Kinder finden, einen ihrer Söhne finden, der noch bereit ist, die Landwirtschaft zu übernehmen. So ist die Situation heute. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich hätte es sonst nicht gemacht, aber auf Grund Ihrer Parteipropaganda sage ich es, Herr Staatssekretär. Ich habe mir gedacht, wie ich Sie so gehört habe, wenn man denkt, was so ein Staatssekretär dem Steuerzahler kostet. Wenn man daran denkt, was das ganze Büro kostet, was das Auto kostet mit dem natürlich dazugehörigen Fahrer, dann fragt man sich wirklich, ob diese Parteipropaganda so viel wert ist, daß so viel Geld dafür ausgegeben wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Und mir ist noch eines eingefallen, Herr Staatssekretär. Ich habe vor etlichen Wochen eine Notiz in die Hände bekommen, und auf dieser Notiz ist gestanden, daß der Herr Staatssekretär auf einer Arbeitsreise, auf einer Dienstreise in Spanien war, daß er mit Vertretern der verschiedensten Ministerien dort Gespräche geführt hat. Die Gespräche haben darin gegipfelt, daß der Herr Staatssekretär gesagt hat, ja das tut ihm leid, dafür ist er nicht zuständig, da kann er nichts sagen. Diese Aussage hat wirklich großen Unmut bei den Spaniern hervorgerufen. Daran habe ich auch noch gedacht.

Und nun möchte ich doch ein paar Aussagen zur österreichischen Forstwirtschaft machen und möchte hier zu Beginn vor allem die Leistungen, die vor allem im Jahre 1979 von der österreichischen Forstwirtschaft erbracht wurden, erwähnen.

Wir haben hier sicher auch durch einen hohen

Schadholzanfall eine Steigerung des Holzeinschlages von rund 21 Prozent gegenüber 1978 gehabt, und wir konnten vor allem den Export um rund 24 Prozent gegenüber dem fünfjährigen Durchschnitt erhöhen. Das ist eine ganz großartige Leistung, die vor allem auch mitgeholfen hat, daß das Handelsbilanzdefizit nicht noch größer wurde, als das ohnehin schon der Fall ist.

Ich möchte hier vor allem die Leistung der 240 000 Waldbauern erwähnen, die ihren Einschlag um 37 Prozent erhöht haben. Beim Großwald waren es 11 Prozent und bei den Bundesforsten 4 Prozent. Es ist also auch hier wieder ein Beweis erbracht, welch großer Vorteil darin besteht, wenn das Eigentum weit gestreut ist, wenn 240 000 Bauern in den Wald gehen und hier ihre Arbeitsleistung und damit die Leistung für die Volkswirtschaft erbringen.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch eines sagen: Es gibt immer wieder die Zweifler bei uns in Österreich, die es einfach nicht glauben können, daß die österreichische Forstwirtschaft den Markt decken kann, daß sie entsprechende Mengen Holz liefern kann und daß sie darüber hinaus auch noch in der Lage ist, Holz zu exportieren. Das Jahr 1979 und auch das heurige Jahr haben bewiesen, daß die österreichische Forstwirtschaft in der Lage ist, den Markt voll zu decken. Ich habe von dieser Stelle aus schon einige Male festgestellt, daß wir nur ungefähr drei Viertel unseres Holzzuwachses nutzen. Und nun haben wir die Gelegenheit, durch den verbesserten Absatz mehr zu nutzen. Unsere Bauern, unsere Forstwirtschaft haben gezeigt, daß sie dazu in der Lage sind.

Es ist durch den vermehrten Einschlag und durch den besseren Ertrag auch zu einer Steigerung des Rohertrages um 32,5 Prozent gekommen. Und hier, Herr Bundesminister, darf ich Ihnen doch etwas sagen. Diese Tatsache der Steigerung haben Sie zum Anlaß genommen, um hier im Haus festzustellen: Über das Holz brauche ich wohl nichts mehr zu sagen, das ist allgemein bekannt, wie der Holzmarkt derzeit aussieht. Es wird eine der besten Einkommensentwicklungen heuer sein, die wir seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehabt haben.

Herr Bundesminister, zu dieser Aussage möchte nicht ich Ihnen antworten, sondern ich möchte Ihnen die Antwort von anerkannten Forstfachleuten geben lassen. Denn wenn ich das sagen würde, dann würden Sie sagen, das ist Oppositionsgeist und so sagt es halt die Opposition. Ich habe hier Aussagen von anerkannten Fachleuten, und die möchte ich Ihnen vorlesen. Hier steht:

Die guten Verkaufsergebnisse in letzter Zeit dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, daß

Brandstätter

erst im Laufe des Herbstgeschäftes 1979 das bisherige Spitzenpreisniveau bei Nadelsägerundholz aus dem Jahre 1974 erreicht und in der weiteren Folge überschritten worden ist.

Es konnte der Industrieholzpreis zuletzt nicht mehr erhöht werden und ist deshalb für diejenigen größeren Forstbetriebe, die alle Kosten erfassen, nicht annähernd kostendekkend. In Europa ist bis zum Jahre 2000 ein großes Holzbilanzdefizit zu erwarten, welches auch Österreich durch Mehrnutzungen teilweise abdecken kann. Die Voraussetzungen dafür sind beim Sägerundholz steigende Preise und beim Industrieholz Verkaufserlöse, die die Erzeugungskosten rechtfertigen. – Das sagt Ihnen ein anerkannter Forstfachmann der Österreichischen Bundesforste.

Ich habe hier auch eine Aussage von Herrn Professor Maier, der unter dem Titel „Der Wald wächst nicht am Schreibtisch“ feststellt, daß es einfach nicht zu verantworten ist, wenn beim Forstpersonal eingespart wird. Ich werde dann noch auf die Bundesforste zurückkommen und werde Ihnen beweisen, daß hier falsch gearbeitet wird. Ich habe immer wieder gesagt, daß die Bundesforste gut geführt werden, aber hier scheint man nun einen Weg zu beschreiten, der sicher nicht gut sein kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn man sieht, daß es private Forstbetriebe gibt, die zusätzliches Personal aufnehmen, weil sie wissen, welche Verantwortung sie haben, dann zeigt einem das auf, wie es tatsächlich gemacht werden muß.

Bei den Bundesforsten ist es so, daß in den letzten zehn Jahren fast 650 Arbeitsplätze wegklassifiziert wurden. Ich möchte sagen, das sind Arbeitsplätze, die ausradiert wurden: 650 in zehn Jahren. Das war also bitte nicht – das möchte ich auch dazu sagen – in der Zentrale in Wien, da sind die Arbeitsplätze mehr geworden. Aber draußen, dort, wo man sie für den Forstbetrieb braucht, sind die Arbeitsplätze ausradiert worden. Und das ist die falsche Politik. Wenn man weiß, daß andererseits – ich habe schon General Motors erwähnt, ich könnte andere Beispiele nennen – Milliarden ausgegeben werden, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, dann ist es einfach unverantwortlich, wenn hier Arbeitsplätze ausradiert werden und vor allem dort, wo man sie am notwendigsten brauchen würde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denn es ist hier dem Bericht zu entnehmen, daß der Waldzustand nicht befriedigend ist, daß der Pflegezustand teilweise alarmierend ist und daß die Folge daraus ein hoher Schadholzanfall ist. Also daher ist es nicht gerechtfertigt, wenn Personal eingespart wird, obwohl ich eines dazu sagen möchte – und das paßt wieder zu Ihrer

Aussage, Herr Minister, wo Sie behaupten, wie gut es der Waldwirtschaft geht –:

Herr Bundesminister, in rund fünf Jahren ist eine Verdoppelung der Personalkosten eingetreten. In der Zeit also, in der der Holzpreis gleichgeblieben ist oder sogar rückläufig war, ist eine Verdoppelung der Personalkosten eingetreten, und nur jetzt erst in letzter Zeit ist hier eine Verbesserung eingetreten.

Der Abgeordnete Maier – bitte es stimmt ja, und ich glaube es ihm, daß er sich freut – hat hier die Erfolge der Bundesforste erwähnt und daß wir für 1980 150 Millionen Gewinn erwarten. Das ist eine durchaus erfreuliche Tatsache. Nur wenn man auf der anderen Seite sieht, daß hier Arbeiten, die für die Zukunft notwendig sind, die die Voraussetzung dafür schaffen müssen, daß auch unsere Nachkommen in 20, in 30, in 50 Jahren einen entsprechenden Wald zu bewirtschaften haben, unterbunden werden, daß der Minister sich schön macht beim Finanzminister und hier einen Reingewinn abliefern möchte, dann ist diese Vorgangsweise abzulehnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Noch-Finanzminister hat gesagt – es war am 5. Dezember –, es müssen zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Noch einmal, Herr Bundesminister: In der österreichischen Forstwirtschaft brauchen Sie diese zukunftssicheren Arbeitsplätze nicht zu schaffen, hier sind sie vorhanden. Es sind die Arbeitsplätze da. Sie brauchen nur die Voraussetzungen zu schaffen, daß diese Arbeitsplätze auch in Zukunft erhalten bleiben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und da ist eines – und auch das habe ich schon öfters hier gesagt – einfach unverständlich. Wenn wir heute dieses Handelsbilanzdefizit haben, auf der anderen Seite aber die Möglichkeit hätten, auch Rundholz zu exportieren, dann ist es einfach unbegreiflich, daß hier nach wie vor Einschränkungen sind, wenn man noch dazu weiß, daß es einstimmige Anträge, einstimmige Beschlüsse der Forstwirtschaft, der Holzwirtschaft und Industrie gibt. Daß es trotzdem nicht möglich ist, die entsprechenden Exporte zu tätigen, ist einfach unverständlich.

Jetzt komme ich zu einem anderen Problem und möchte noch einmal auf die Ausgaben der bäuerlichen Haushalte zurückkommen und möchte beweisen, wie Sie auch hier, Herr Bundesminister, manipulieren. Der sogenannte Durchschnittshaushalt in Wien umfaßt zwei Kinder, und es hat nur der Mann allein ein Verdienst, also ein Alleinverdiener und zwei Kinder.

Herr Minister! In Wien arbeiten 60 Prozent der Frauen, und außerdem ist der Durchschnitt bei

5954

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Brandstätter

weitern nicht bei zwei Kindern. Also sieht man, wie Sie hier manipulieren. Und trotzdem, obwohl Sie manipulieren, kann auch dieser Haushalt wesentlich mehr ausgeben, nämlich 59 000 S im Verhältnis zu 42 000 S, die der bäuerliche Haushalt ausgeben kann.

Und nun komme ich zur Personalpolitik in Ihrem Ministerium. Herr Bundesminister! Sie haben ja schon sehr oft bewiesen, daß Sie dort, wo Sie die Möglichkeiten haben, von Demokratie sehr wenig halten. Aber es ist bis jetzt zumindest noch nicht dagewesen, daß Sie einfach einen Vorstandsvorsitzenden, der bereit ist, seine Meinung zu vertreten, der bereit ist, zu seiner Meinung zu stehen, öffentlich maßregeln, daß Sie Konsequenzen androhen, nur weil dieser Mann seine Meinung sagt und zu dieser Meinung steht. Ich sage Ihnen, Herr Bundesminister, es ist die Pflicht eines jeden Menschen, der in verantwortlicher Position ist, daß er seine Meinung vertritt und seine Meinung sagt, und ihm deswegen mit Konsequenzen zu drohen, ist ungehörig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und nun zu einem weiteren Thema. Ich möchte es ganz kurz machen. Herr Bundesminister! Minister Schleinzer ist in seinem Büro und der Abteilung G mit zehn Bediensteten ausgekommen. Sie haben bereits 25 Bedienstete in Ihrer Umgebung, die für Sie die Parteipropaganda machen. Herr Bundesminister, 10 zu 25! Hier könnten Sie Gelder einsparen, die die Bauern notwendig brauchen würden.

Und noch etwas. Sie haben, obwohl durch den Kompetenzentzug 28 Planstellen weggekommen sind, zusätzlich 128 Bedienstete in Ihrem Zentralbereich, Herr Minister. Dazu kommen noch die Arbeitsleihverträge, und die werden aus dem Sachaufwand bezahlt, aus jenen Geldern, wo Sie der Öffentlichkeit sagen, das ist das Geld für die Bauern, hier bezahlen Sie den Sachaufwand für die Arbeitsleihverträge. Es werden bestqualifizierte Beamte aus Ihrem Bereich übergangen. Es werden Beamte aus dem Kanzleramt, aus dem Rathaus, aus verschiedenen anderen Bereichen übernommen, nur damit Sie hier Ihre parteipolitische Personalpolitik machen können.

Und dann kommt noch etwas dazu. Ich habe hier einen Brief vor mir aus dem Bundeskanzleramt. Sie haben um eine Erhöhung der Überstundenhonorierung angemeldet. Hier wird vom Bundeskanzleramt – und das möchte ich Ihnen doch vorlesen – auf die Personalerhöhung hingewiesen:

„In Anbetracht dieser außerordentlichen Personalaufstockung, die in diesem prozentuellen Ausmaß bei keiner anderen Zentralstelle durchgeführt worden ist, muß gegen Überstundener-

höhung in einem solchen Ausmaß die schwersten Bedenken erhoben werden.“

Aber ich wäre neugierig – der Herr Bundeskanzler ist gerade da –, Herr Bundeskanzler, ob Sie wissen, wie Sie der Herr Minister gerade bei den Dienstposten hintergeht. Ich habe hier eine Liste von 17 Mitarbeitern des Ressorts, die alle bei anderen Dienststellen ihre Dienstposten haben. Also Sie umgehen das Bundeskanzleramt, das Ihnen keine Überstunden mehr genehmigt, und besetzen die Dienstposten woanders. Aber die Leute haben Sie bei sich beschäftigt.

Ich muß nun zum Ende kommen und möchte abschließend, um die Schwierigkeiten noch einmal aufzuzeigen, einen Entschließungsantrag einbringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Deutschmann, Brandstätter, Fachleutner, Frodl, Josef Steiner und Genossen betreffend Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe sowie die Förderung von wirtschafts- und strukturschwachen Regionen und Maßnahmen zur Herstellung der Chancen- und Wettbewerbsgleichheit für die österreichische Landwirtschaft im Außenhandel

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Agrarpolitik so auszurichten, daß oberstes Ziel der österreichischen Agrarpolitik die Garantie der Ernährungssicherheit unserer Bevölkerung durch wirtschaftlich gesunde bäuerliche Familienbetriebe ist. Die Land- und Forstwirtschaft muß weiters die Basis für einen lebensfähigen ländlichen Raum und eine gepflegte Kultur- und Erholungslandschaft bilden können.

Besonders in wirtschafts- und strukturschwachen Gebieten, also vor allem in Berg- und Grenzregionen, sind daher die bäuerlichen Familienbetriebe durch leistungsbezogene Förderungsmaßnahmen in ihrer Existenz zu sichern und in ihrer Leistungsfähigkeit zu stärken.

Weiters sind zur Herstellung einer Chancen- und Wettbewerbsgleichheit der österreichischen Landwirtschaft gegenüber den Ländern der Europäischen Gemeinschaften unverzüglich insbesondere folgende Maßnahmen zu setzen:

Die durch den Beitritt Griechenlands zur EG gefährdeten Absatzmärkte sind für die österreichische Landwirtschaft zu erhalten

Brandstätter

bzw. ist durch geeignete Maßnahmen ein entsprechender Ausgleich herzustellen.

Das Mindestpreisabkommen für Käse muß dem österreichischen Preisniveau angepaßt werden, um die österreichische Milchwirtschaft vor Dumpingimporten zu schützen.

Die Rinderexporte sind so abzusichern, daß ein kostenorientiertes Preisniveau vor allem im Interesse der Bergbauern gewährleistet ist.

Die nach dem Viehwirtschaftsgesetz für Rinder und Schweine festzusetzenden Preisbänder müssen rechtzeitig an die gestiegenen Produktionskosten angepaßt und durch marktpolitische Maßnahmen gesichert werden;

ein wirksames Abschöpfungs- und Erstattungssystem für alle landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere für Obst, Gemüse und Zierpflanzen ist einzurichten;

eine wirksame lebensmittelrechtliche Kontrolle der Importe ist vorzusehen;

die mengenmäßige Ausfuhrbeschränkung von Rohholz ist zu beseitigen.

Durch geeignete handelspolitische Maßnahmen wie insbesondere die wirkungsvolle Anwendung des Vidierungsverfahrens bei Gemüse und die Umstellung des Wertzolles auf Gewichtszoll bei Blumen ist Dumpingimporte entgegenzuwirken.

Zur Existenzsicherung der österreichischen Gartenbaubetriebe ist die Energieversorgung für die Beheizung der Gewächshäuser zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen sicherzustellen (z. B. Abwärmennutzung).

Im Hinblick auf die schwierige Situation der Landwirtschaft und auf Grund der negativen Einkommensentwicklung ist die Erhöhung des Einheitswertes wieder zurückzunehmen.

Weil wir wissen, welche Probleme es in der Landwirtschaft gibt, haben Sie hier die Möglichkeit, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen, um eine Verbesserung zu ermöglichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Murer.

Abgeordneter Ing. Murer (FPÖ): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Anläßlich meiner Debatte heute hat der Herr Präsident Deutschmann den Wunsch geäußert und mich aufgefordert, hier am Rednerpult den Mut zu zeigen – genauso wörtlich – und die Wahrheit zu sagen, wo Dr. Kopetz – hier handelt es sich um den

Kammeramtsdirektor der Landwirtschaftskammer Steiermark – die Äußerung getan hat, daß der Paritätslohn eine Illusion sei.

Herr Präsident Deutschmann, ich möchte Ihnen nur von dieser Stelle aus auch eines sagen: daß sicher kein Mut dazu gehört, die Wahrheit zu sagen und vielleicht gar etwa zur Wahrheit zu stehen. Vielleicht, Herr Kollege, tun Sie sich da etwas schwerer als ich, könnte ich mir noch vorstellen, aber ich will auf das gar nicht erst eingehen. Ich möchte dazu nur feststellen, daß sicherlich eine gewaltige Unverfrorenheit dazu gehört, wider besseres Wissen Tatsachen als unwahr hier darzustellen oder abzuqualifizieren.

Nun, Herr Kollege Deutschmann, darf ich Ihnen sagen, wo der Herr Kammeramtsdirektor das gesagt hat. Am 10. 1. 1980 – Herr Kollege Graf, regen Sie sich doch nicht so auf – war der Herr Kammeramtsdirektor im Bundesseminar für landwirtschaftliches Bildungswesen in Wien, Ober-St. Veit und hat dort ein Referat gehalten (*Abg. A. Schlager: Haben Sie das gehört?*) und hat nach dem Referat (*Abg. Anton Schlager: Ob Sie das gehört haben?*) und in der anschließenden Diskussion gesagt, daß der Paritätslohn eine Illusion sei. (*Hörthörtrufe*)

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werden aber sicher weiter die Wahrheit vertreten und werden auch weiterhin den Mut haben, die Wahrheit hier zu sagen. (Beifall bei der FPÖ. – *Abg. A. Schlager: Haben Sie das gehört?*) Ich kann es beweisen.

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Der zuvor vom Herrn Abgeordneten Brandstätter eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Behandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Deutschmann.

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Murer schon Stellung nehmen, obwohl ich kein Steirer bin. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich keineswegs hier im Hohen Haus erklärt hätte, namentlich erklärt hätte, wer dieser Kammeramtsdirektor war. Ich habe den Namen Kopetz nicht genannt, weil es sich nicht geziemt, über einen Abwesenden hier in diesem Haus zu sprechen und den Stab zu brechen. (*Zwischenrufe*.)

Herr Kollege Murer! Ich möchte noch einmal mitteilen: Wir haben mit dem Herrn Kammeramtsdirektor Dr. Kopetz telefonisch Fühlung aufgenommen. Der Herr Kammeramtsdirektor Kopetz hat der Frau Stangl und dem Herrn

5956

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Deutschmann

Abgeordneten Riegler am Telephon erklärt, daß er niemals vor Lehrern diese Erklärung abgegeben hat. (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Ing. Murer: Haben Sie das gehört? Waren Sie dabei?*) Genauso wie der Abgeordnete Murer nicht dabei war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte Ihnen etwas sagen: Wir werden jetzt sofort zum Telephon gehen, und Herr Kammeramtsdirektor Kopetz wird mit einem Fernschreiben uns mitteilen, ob das, was Sie erklärt haben, stimmt, und wir werden uns morgen wiederum zu einer Berichtigung melden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. (*Abg. Dr. Fischer: Schade!*) Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? – Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehmen werde.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht der Bundesregierung, III-70 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1981. Es sind dies die Kapitel 60, 62 und 77 samt den zu den Kapiteln 60 und 77 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 460 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über den bei der Verhandlung der Beratungsgruppe VIII des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsantrag sogleich vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend die Verwendung jener Steuergelder, die für die SP-Zeitung „Agrarwelt“ zur Verfügung gestellt werden, für die Grenzlandförderung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu

die Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Minderheit. Damit abgelehnt.

Wir kommen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend Ausrichtung der Agrarpolitik auf Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe sowie von wirtschafts- und strukturschwachen Regionen und Herstellung der Wettbewerbsgleichheit im Außenhandel.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Minderheit. Abgelehnt.

Beratungsgruppe XIII**Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe XIII.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Fertl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Dr. Fertl: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Kapitel 64: Bauten und Technik.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe XIII enthaltene Kapitel 64 „Bauten und Technik“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1981 am 20. November 1980 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters, Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 64 „Bauten und Technik“ sind für das Jahr 1981 Ausgaben in der Höhe von 23 735 118 000 S vorgesehen.

Die Einnahmen wurden mit insgesamt 4 019 311 000 S veranschlagt.

Außer diesen Krediten im Grundbudget sind für den Fall, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1981 es erfordert, in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages für das Kapitel 64 zusätzliche Kredite in Höhe von insgesamt 1 000 000 000 S vorgesehen. Für den Fall einer notwendigen Konjunkturbelebung enthält die Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages für das Kapitel 64 noch weitere Kredite in der Gesamthöhe von 980 000 000 S.

In der Debatte ergriffen außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Dkfm. Dr. Keimel, Probst, Kittl, Vetter, Lehr, Lußmann, Weinberger, Gföllner, Schemer, Dr. Pelikan,

Dr. Fertl

Breiteneder, Dr. Schwimmer und Hagspiel das Wort.

Bei der Abstimmung am 21. November 1980 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XIII unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Kapitel 64: Bauten und Technik, samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1981 (460 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wenn Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Keimel.

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben es heute und überhaupt beim heurigen Budget mit einer über das Sachliche und über das Ziffernwerk hinausgehenden sehr eigenartigen Budgetdebatte zu tun. Während dieser Budgetdebatte – und das war wohl noch nie der Fall – wird der verantwortliche Finanzminister von seiner eigenen Partei, vor allem aber vom Bundeskanzler abgezogen nach einem vorhergegangenen monatelangen Vertrauensentzug, ich betone insbesondere, auch in fachlicher Hinsicht, denn, meine Damen und Herren, der Bundeskanzler hat 1978 eine Budgetsanierungskommission unter seinem persönlichen Vorsitz ins Leben gerufen. Ich frage mich nur, wo sich der Vorsitzende dieser Budgetsanierungskommission während der Budgetverhandlungen immer herumtreibt. So wird er das Budget sicher nicht sanieren. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wir hören ja seit gestern, daß er während des Interregnums sogar noch Finanzminister spielen will. Da wäre es vielleicht gut, wenn dieser Allroundman auch im Hause wäre und sich die Budgetdebatte zumindest anhören würde. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber, meine Damen und Herren, diese Budgetsanierungskommission ist ja ebenso erfolglos wie die Steuerreformkommission, alles schon historisch, unter dem Vorsitz des Noch-Finanzministers.

Zweitens hat der Bundeskanzler vor einigen Monaten die Aufteilung der Agenden des Finanzministeriums, die Verlagerung von Kompetenzen ins Bundeskanzleramt, ins Handelsministerium und so weiter zur Voraussetzung des Verbleibens von Dr. Hannes Androsch gemacht. Was ist das anderes als ein tiefes Mißtrauen in

die wirtschaftspolitischen, also in die fachlichen Fähigkeiten, Qualifikationen seines Finanzministers?

Und heute, meine Damen und Herren, wollen uns dieser Bundeskanzler, diese Regierung und diese Sozialistische Partei weismachen, das sei der beste Finanzminister der Zweiten Republik gewesen?

Meine Herren der sozialistischen Fraktion! Sie verhöhnen nicht nur die Bevölkerung in der Annahme Ihres geradezu beleidigenden kurzen Erinnerungsvermögens, Sie verhöhnen Ihre eigenen, in immer kürzeren Abständen sich widersprechenden Aussagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie, meine Damen und Herren, und vor allem der Bundeskanzler haben während der letzten Monate und, wie ich beweisen konnte, während der letzten Jahre schon dem Finanzminister auch seine wirtschaftspolitischen Fähigkeiten abgesprochen.

Und genauso – noch einmal: Vorsitz der Budgetsanierungskommission Kreisky – sieht ja auch das Budget 1981 aus. Um Androsch am Tage nach der denkwürdigen SPÖ-Präsidiumssitzung mit dem nochmaligen krampfhaften Festhalten, um diesem Finanzminister ja keinen Grund für einen sachlichen Absprung zu liefern, haben SPÖ und Regierung allen seinen Budgetforderungen nachgegeben, dabei aber eines übersehen oder vielleicht in Kauf genommen, was ich sofort nach Erhalt und nach Studium des vorliegenden Budgets in etlichen Vorträgen festgestellt habe.

Ich zitiere aus einem Referat, das ich sehr rasch nach Durchsicht, nach Studium des Budgets 1981 gehalten habe:

Besonders interessant scheint bei Vorlage dieses Budgets 1981 das psychologische Moment zu sein. Es handelt sich offensichtlich um das eines abgehenden Finanzministers, der, wie es in Wien hieß, mit der linken Hand das Budget erstellte, weil er mit der rechten schon die Türklinke in der Hand hat zum Hinausgehen. Ein Budget also der verbrannten Erde, um seinem Nachfolger ein schlechtes Budget zu überlassen, ganz im Gegensatz zu dem von ihm 1970 von der ÖVP übernommenen Budget.

Und hier ein paar Eckwerte nur: Ausgaben 1970 102 Milliarden Schilling, 1981 335 Milliarden Schilling, eine Steigerung um knapp 230 Prozent.

Und jetzt kommt der Sprung: Defizit 1970 7 Milliarden Schilling, nächstes Jahr 50 Milliarden Schilling, Steigerung 615 Prozent. Finanz-, nein, Staatsschuld 1970 47 Milliarden Schilling,

5958

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dr. Keimel

Ende 1981 fast 350 Milliarden Schilling, eine Steigerung von fast 650 Prozent.

Meine Damen und Herren! Diese Eckzahlen muß man sich merken, denn, um jetzt auf den zumindest geplanten Werdegang des jetzigen Finanzministers zurückzukommen: Die Entwicklung einer solchen Bankbilanz würde deren Bankrott bedeuten. So sieht das aus. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber dem Staatsbürger, um den man anscheinend nicht werben muß, kann man ja durch Zwangsabgaben gerade noch so ein Budget mit den flankierenden Gesetzen, die die Sozialisten hier beschlossen haben, vorschreiben.

Alle Reserven, alle Rücklagen sind total ausgeräumt. Nur ein Beispiel: Die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten wird erstmals mit einem Defizit von 140 Millionen Schilling abschließen. Der Familienlastenausgleichsfonds wird um 2,5 Milliarden umstrukturiert, nicht für die Familien, nicht für die Kinder, nur für das Budget und zum Beispiel sogar zur Defizitfinanzierung der Österreichischen Bundesbahnen. Geradezu mittelalterliche Branchen- und Kopfsteuern werden eingeführt, um überhaupt dieses Budget 1981 noch finanzieren zu können. Wiederum als großteils reine Bundesabgaben, ohne Rücksicht auf die Aufgaben und damit Ausgaben der Finanzausgleichspartner, also der Bundesländer und der Gemeinden.

Daher bleibt in Wirklichkeit ja das ganz große Fragezeichen das Budget für 1982 und die Folgejahre. Nichts ist vorgesehen für die unabdingbare Steueranpassung, nichts ist vorgesehen für Einbrüche in der Wirtschaft, etwa in der verstaatlichten, im Stahlbereich und so weiter, aber auch nichts für den Einbruch, der schon geschehen ist im Bauregion, im Baubereich.

Ich war jetzt in einigen Bundesländern, und der Bautenminister wird wissen, daß wir inzwischen längst über ein Bausofortprogramm sprechen müßten. Nichts ist vorgesehen. Denn bei einer von der sozialistischen Regierung bejubelten Höchstbeschäftigung während der letzten Jahre ist auch der Arbeitslosenfonds ebenso zweckwidrig wie der Familienlastenausgleichsfonds total ausgeräumt worden.

Es wurden alle erdenklichen Manipulationen durchgeführt, etwa die Einnahmen der Bundesbetriebe bewußt überhöht angesetzt, ebenso die Bankplatzsteuer und so weiter. Da werden die Kollegen sicherlich morgen noch mit Zahlenmaterial dienen.

Hier geht also offensichtlich ein Finanzminister ab unter dem Motto: „Hinter mir die

Sintflut.“ Budgetwahrheit und Budgetklarheit werden mit Füßen getreten, ein Budget mit strukturellem Defizit und desolaten Staatsfinanzen hinterlassen, als ob dieses Österreich von 1970 bis 1974 nicht die höchste Konjunktur aller Zeiten – es hat einmal einer so witzig gesagt: die höchste Konjunktur seit Christi Geburt – gehabt hätte.

Nein, als ob wir gerade einen schweren Krieg hinter uns hätten: explodierende Staatsschulden, die höchste Steuerlastquote, die dieses Land je hatte, und damit die drückendsten Wechsel auf die Zukunft. Das wird unsere Jugend, die Generation, die jetzt heranwächst, noch zu spüren bekommen.

Meine Damen und Herren! Diese drückenden Wechsel bekommt jetzt auch schon der Bautenminister präsentiert, der jetzt die Wechselzahlen soll und dem jetzt dafür das Geld für sein Bauregion fehlt.

Dieser Finanzminister hat nicht sichere Fundamente für das österreichische Haus gebaut, um im Bautenvergleich zu bleiben, etwa durch moderne Strukturen, durch einen soliden Haushalt, sondern sich mit der Fassadenanstreicherei begnügt. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Zittmayr: Was ist denn los mit den Sozialisten? Drei Mann sind im Saal! Die Sozialisten haben großes Interesse an dem Kapitel!*)

Ich muß dazu sagen, ich kann es der sozialistischen Fraktion gar nicht verargen, wenn der Vorsitzende der Budgetsanierungs-kommission Kreisky dieses Haus meidet, der zwar im Interregnum Finanzminister spielen will. Unter einem solchen, würde ich sagen, Vorbild verstehe ich schon die Präsenz auch dieser Fraktion. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Babanitz: Es ist kein besonderes Vergnügen, den Keimel im Parlament anzuhören!*)

Das geniert mich viel weniger. Dieses mangelnde Interesse müßte eigentlich Ihren Bautenminister Sekanina viel mehr genieren. (*Abg. Dr. Wiesinger: Vor allem die Frau Staatssekretär ist beleidigt!*)

Meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat sich immer wieder Gutachten erstellen lassen, hat immer wieder Berater gehabt. Einer seiner wissenschaftlichen Berater war Professor Tichy, ein anerkannter Wirtschaftswissenschaftler in Österreich, der diese Periode wie folgt nicht schlechter kritisieren könnte. Er schreibt:

„Doch gilt es festzuhalten, daß die siebziger Jahre mehr Probleme hinterlassen, als sie von den sechziger Jahren übernommen haben.“

Dr. Keimel

Und er endet mit folgendem denkwürdigen Satz in einer Abhandlung über zehn Jahre Kreisky-Regierung:

„Für den meßbaren Erfolg der siebziger Jahre etwa dürften die Grundlagen, die Maßnahmen der sechziger Jahre legten“ (Abg. Dr. Wiesinger: *Koren!*) – „Koren-Plan“ und so weiter – „wichtiger gewesen sein als irgendwelche Aktionen der siebziger Jahre selbst.“

„Umgekehrt werden die Struktur-, Zahlungsbilanz- und Budgetstaatsschuldenprobleme, die die siebziger Jahre hinterlassen, die Erfolgsbilanz der achtziger Jahre nachhaltig beeinflussen.“

Meine Damen und Herren! Damit, glaube ich, ist auch die fachliche Qualifikation dieses Ministers sehr klar umrissen.

Das soll also unbestritten, wie es heißt, die Qualifikation sein zur Führung der größten österreichischen Bank mit der intensivsten internationalen Verästelung?

Meine Damen und Herren! Diese Bank allein hat schon hervorragende Spitzenmanager aus ihrem Bereich, die zur Übernahme wesentlich geeigneter wären, ganz abgesehen von etlichen anderen außerhalb des Hauses. Es wird Dr. Androsch schon fähig sein zur technischen Führung. Aber bitte unter welchen Grundsätzen? Das war ja auch wohl durch Jahrzehnte die tiefere Begründung in der Ausgewogenheit der Führungsbesetzungen gerade im Wirtschaftsbereich, da wir in Österreich von der gesamten westlichen Welt, meine Damen und Herren – das ist ein österreichisches Spezifikum –, nun einmal den größten verstaatlichten und paraverstaatlichten Bereich – paraverstaatlichten eben über den Bankenbereich und so weiter – der gesamten westlichen Welt haben.

Die ÖVP – um das klarzustellen, weil das immer wieder gesagt wurde – hat sicherlich keine Positionen gepachtet. Aber die SPÖ verwechselt ganz offensichtlich Alleinregierung mit Alleinherrschaft. Sie glaubt, mit 51 Prozent der abgegebenen Stimmen gehört in ihren Besitzstand der ganze verstaatlichte Bereich, es gehören ihr selbstverständlich, dieser großen Verstaatlicherin, die einzige große Privatbank, die sie sich behalten hat, nämlich die BAWAG, die beiden größten Banken, der Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank, es gehören ihr offensichtlich die Bundesbahnen, die Austria Tabakwerke, die Postsparkasse und was noch alles.

Meine Damen und Herren! Um neben der wirtschaftlichen Übermacht auch ihre sozialistischen Ideen hier zu verwirklichen, subkutan einzuführen? Es hat ein Sozialist Hannes

Androsch andere – auch wirtschaftliche – Grundsätze als zumindest oder mehr als die Hälfte der Österreicher, der Sozialist Androsch, wie er es etwa bei der Finanzwissenschaftlichen Tagung 1974 schon proklamierte, als er zum Beispiel meinte – ich zitiere Androsch wörtlich –:

„In der interventionistischen Wirtschaftsordnung“ – also Ihre sozialistische – „hat Eigenkapital keine wesentliche Funktion. Der Staat hat für die Kapitalausstattung der Wirtschaft Sorge zu tragen.“ (Abg. Dr. Wiesinger: *Das sehen wir ja!*)

Meine Damen und Herren! Was hält ein solcher Mann, der jetzt in die größte Bank kommen sollte, von der Funktion des Kapitalmarktes, von der Funktion der Marktwirtschaft im Kapital- und Kreditbereich und so weiter?

Das bedeutet die Abwendung durch Androsch von der Globalsteuerung durch Rahmenbedingungen des Staates, die Hinwendung zur Direktsteuerung bei vorherigem Kapitalentzug über die Steuerpolitik, die dieser Finanzminister, vor allem während der letzten fünf Jahre, betrieben hat.

Daher ist Androschs Feststellung, die Soziale Marktwirtschaft ist so sozial wie ein Eisschrank, seine ganz folgerichtige Meinung zu dem von der ÖVP und von der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem von der gesamten österreichischen Wirtschaft vertretenen Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft.

Und darum geht es eben, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion. Nicht um die Technik geht es, ob er technisch fähig ist, vielleicht ein Haus wie die CA zu führen, sondern es geht um die Grundsätze und um die Umsetzung dieser Grundsätze, die Übertragung dieser Grundsätze in die Wirtschaft durch solche Schlüsselpositionen.

Und deshalb wollen Sie ihm, meine Damen und Herren, neben der angenehmen Wirkung der Pfründe offensichtlich, die Creditanstalt zusätzlich übereignen und nicht etwa die Länderbank; die haben Sie ja schon in Ihrem Dunstkreis. Von Liberalität, von Augenmaß in der Belastbarkeit des politisch Andersdenkenden, von Durchflutung mit Demokratie, von Entprivilegierung in einem Atemzug mit Austrosozialismus auch nur zu reden, ist bodenloser Zynismus. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir stehen damit auch in einer Budgetdebatte mit Ministern, die gar nicht wissen, ob sie ihre Ressorts überhaupt während des kommenden Jahres noch führen werden. Etwa der Gesundheitsminister, der schon alle möglichen Fernseh- und andere

5960

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dr. Keimel

Medieninterviews macht als kommender Finanzminister.

Oder, Herr Bautenminister Sekanina, Sie waren auch schon im Gespräch für alles mögliche. Werden Sie überhaupt das Bautenbudget, wie es heute vorliegt, exekutieren oder ein anderes Ressort übernehmen?

Wir sind jedenfalls, meine Damen und Herren, konfrontiert mit einer entscheidungsunfähigen, so einer Art schwangeren Regierung, dabei aber mit enormen Problemen, die uns dieses Jahrzehnt bringt, gerade auch im Baubereich.

Herr Minister! Dieses Bautenbudget 1981 ist das erste, das Sie zu verantworten haben. Es ist gleichzeitig damit auch eine Analyse über ein Jahr Ihrer Ressortführung und eine Vorschau auf das Jahr 1981 und auf die Folgejahre.

Die ÖVP hat Ihnen als neuen Bautenminister mehr Durchsetzungsvermögen als Ihrem Vorgänger zugetraut. Wir haben Ihnen nicht nur ein Jahr Schonfrist eingeräumt, sondern auch wiederholt die Zusammenarbeit gesucht, Alternativen erstellt.

Heute möchte ich etwas gleich vorweg zu Ihrem Ressort feststellen: Ihre Bilanz, Herr Bautenminister, ist praktisch in allen Bereichen zutiefst enttäuschend. Sie haben sich als Ankündigungs- und als Belastungsminister ohne Effizienz oder fortschrittliche Ideen etabliert beziehungsweise in der Regierung – vor allem gegenüber dem Finanzminister – nicht durchgesetzt, was ich beweisen werde.

Zum ersten: Ihre Ressortführung, die innere Organisation. Ich kann mich an Ihre großen Sprüche erinnern: Sie werden das Ressort managementgleich führen und so weiter, wie ein Manager werden Sie hineinfahren.

Na gut, jetzt schauen wir uns die innere Organisation an: 1979 wurde dem Bautenressort ein Staatssekretär zugeteilt. Zu erwarten waren daher zumindest – Sie wollten offensichtlich den Staatssekretär ja gar nicht – mehr kreative Ideen, Fortschritte auf dem Wohnbausektor, im Straßenbau, im allgemeinen Hochbau.

Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt. Das Staatssekretariat – ich möchte es bewußt so versachlichen und nicht personifizieren – ist völlig überflüssig. Die übertragenen Aufgaben könnten, könnten, ja sollten, Herr Bautenminister, von Ihnen selbst übernommen und wahrgenommen werden.

Ich sage Ihnen noch einmal wie schon so oft: Sie sollten dieses Staatssekretariat als Signal des Sparwillens auflösen.

Nein. Stattdessen, meine Damen und Herren,

hat der Bautenminister – man höre und könnte auch staunen – ab November, seit etwa einem Monat, einen eigenen Ministersekretär mit Sondervertrag dazu eingestellt, der insgesamt, wenn man das Büro noch dazurechnet, Bürokosten und so weiter, wiederum an die 2 Millionen Schilling per anno kosten wird. Belastung 1,1 Millionen Schilling als Ersatz für die Firma, von der er freigestellt oder karenziert wurde – das weiß ich nicht –, plus 18 Prozent Mehrwertsteuer, und dazu natürlich Bürokosten und so weiter. Wir können für diesen eigenen Ministersekretär sicherlich mit an die 2 Millionen Schilling Belastung rechnen.

Für was, frage ich Sie, Herr Minister, ist denn dieser Sekretär eingestellt? Ist das ein Mißtrauen gegen die Staatssekretärin? Ein Mißtrauen gegen die bewährte Beamenschaft? (Abg. Dr. Wiesinger: Hoffentlich stellt die Staatssekretärin nicht auch einen Sekretär ein!) Soll es ein Politbüro, eine Beamtenüberwachung sein? Was soll der Mann, bitte, zur Staatssekretärin dazu?

Sie haben mir im Ausschuß geantwortet – recht kurz –: Dieser Mann sollte eine konzeptive Erarbeitung bringen. Da frage ich dann jetzt schön langsam: Für was sind denn Sie noch da? Der Minister, der Politiker im Ressort ist doch der, der konzeptiv, kreativ arbeiten sollte. Da brauchen Sie einen so teuren Mann mit Sondervertrag zur Staatssekretärin?

Und ich sage Ihnen als zweite ÖVP-Forderung: Eine sofortige Einsparung dieses Sondersekretariats, meine Damen und Herren, täte not! Und mehr Einsatz – kreativ und konzeptiv – von Ihnen persönlich, Herr Minister! (Beifall bei der ÖVP.) Sonst muß ich mich ja langsam fragen: Was tun denn Sie, Herr Minister?

Ich habe schon erklärt, Sie haben offensichtlich auch als Minister – ich betone bewußt: als Minister – ein gestörtes Verhältnis zum Parlament. Sie sind, solange Sie Minister sind, noch nie im Bautenausschuß erschienen. Sie lassen sich im Bautenausschuß nie sehen, Sie lassen sich vertreten von der Staatssekretärin – trotz der Bedeutung der letzten zwei Regierungsvorlagen, nämlich der Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968, der sogenannten Energiesparnovelle – sie mußte ja bekanntlich zurückgezogen und vollkommen neu umgearbeitet werden, vollkommen neu –, und des zweiten wesentlichen Gesetzes, des Dampfkessel-Emissionsgesetzes. Es wurde von der sozialistischen Fraktion völlig umgearbeitet. Meine Damen und Herren! In beiden Fällen hat die ÖVP ihre Zusammenarbeitsbereitschaft in diesem Jahr, wie ich erklärte, voll unter Beweis gestellt. Wir waren bereit zu Parteiengesprächen, zu einer Konsenserzielung, die in Wirklichkeit ja zu einem Unterausschuß ausgeartet sind. Wir wollten eine

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

5961

Dr. Keimel

Konsenslösung, Herr Minister! Sie sind nie, nicht einmal zu den Parteiengesprächen erschienen, Sie haben sich vertreten lassen, wohl aber zum Beispiel ist der Gesundheitsminister Salcher zwei Tage lang bei diesen Gesprächen anwesend gewesen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Dafür wird er jetzt auch Finanzminister!)

Die Ressortführung, Herr Minister, durch Sie wurde in einem Jahr damit teurer, aufwendiger, ineffizienter und ebenso offensichtlich Ihr Verhältnis zum parlamentarischen Bautenausschuß. Dieses Mißverhältnis zum parlamentarischen Bautenausschuß geht auch daraus hervor, daß wir vor einem Tag, gestern, Herr Minister, die Dringlichkeitsreihung des Straßenbereiches bekommen haben. Sie werden nicht annehmen, daß ich eine derart wichtige Materie über einen Tag studiere und hier abhandle. Wir werden Gelegenheit haben, diese so wichtige Materie einer eigenen Behandlung zuzuführen.

Das war die bekannte Ankündigung, dieses, ich möchte fast ein bißchen sagen, Talent des Showmasters, das Ihnen liegt, so einen Tag vor dieser Budgetdebatte uns das hinzulegen, ins Parlament zu bringen. Sie haben die Fragen, die Sie im Budgetausschuß nicht beantworten konnten, in weiten Bereichen bis heute den Abgeordneten, den Anfragestellenden nicht beantwortet. Dem Abgeordneten Schwimmer etwa die Fragen zum Flößersteig, zur Traisenbrücke und so weiter. Möglicherweise, daß das Ihnen als Wiener Abgeordneten peinlich war, und dann beantworten Sie das einfach nicht.

Herr Minister! Wir werden in der nächsten Zeit, wenn Sie diese Gangart weiter pflegen, dieses gute Einvernehmen, die Parteiengespräche, Konsensmöglichkeiten und so weiter, das wir gerade brauchen im Wohnbaubereich, worauf ich noch kommen werde, nicht pflegen können, wenn Sie in dieser Art und Weise weiter Ihre Tätigkeit ausüben wollen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Spiegelbild dieser Ressortführung ist natürlich die Ressortentwicklung. Meine Damen und Herren! Das Bautenressort hat drei wichtige Bereiche abzudecken: Wohnbau, Straßenbau, Wasserwirtschaft mit Wasserwirtschaftsfonds.

Dazu kommt aber noch der allgemeine Hochbau, insbesondere die Erhaltung der Bausubstanz des Bundes, also der öffentlichen Bauten ebenso wie der gerade für und in Österreich so wertvollen historischen Bausubstanz.

All diese Bereiche umfassen einen großen wirtschaftspolitischen Aspekt. Ich kann mich erinnern, wie ich bei der letzten Budgetrede 1979 gesagt habe: Herr Minister! Wir erwarten von Ihnen, daß Sie so eine Art Wirtschaftsmini-

ster werden. Sie haben so viel in der Hand, denn dieser Bereich, Herr Minister, umfaßt ja einen großen wirtschaftspolitischen Aspekt, die kontinuierliche Beschäftigung – ich sage: die „kontinuierliche“ Beschäftigung – der österreichischen Bauwirtschaft, und diese beschäftigt ja rund neun Prozent der österreichischen Arbeitnehmer. Sie trägt mit rund zehn Prozent zum österreichischen Inlandsprodukt bei. Diese Bauwirtschaft hat mit einem Multiplikator von 1,6 den höchsten Beschäftigungseffekt, das heißt also, eine Milliarde Bauinvestition bringt 1,6 Milliarden volkswirtschaftliche Gesamtleistung.

Das wäre der höchste Multiplikator überhaupt im gewerblichen Bereich, neben der Landwirtschaft, im gewerblichen Bereich. Es bedarf gerade in diesem Bautenressort einer mittel- und langfristigen Finanzgebarung; ich stelle hiermit fest, nach einem Jahr Ihrer Tätigkeit: diese fehlt. Sie haben uns heute nicht vorgestellt eine mittel- oder gar langfristige Finanzgebarung. (Abg. Dr. Wiesinger: Das macht der neue Sekretär!)

Das macht dann vielleicht der neue, konzeptiv arbeitende Sekretär, das ist möglich, aber inzwischen wird die Legislaturperiode für diese Regierung abgelaufen sein.

Herr Minister! Die Bauprognosen für 1981 sind ja mehr als bedrückend. Die Aussichten für diese Bauwirtschaft sind viel ungünstiger als für die Gesamtwirtschaft. Wir wissen ja alle, daß sie für die Gesamtwirtschaft ja schon mit dem berühmten Nullwachstum, wie wir es jetzt prognostizieren, nicht gut sind. Es wird sogar die reale Wertschöpfung laut Forschungsinstituten der Bauwirtschaft um gut – wenn nicht mehr – ein Prozent zurückgehen, also schrumpfen. Dabei entfallen auf den Bund 20 Prozent der Gesamtnachfrage nach Bauleistungen.

In manchen Bereichen, meine Damen und Herren, etwa im Tiefbau, im Brückenbau – wer braucht das schon als Privater – bis zu 90 Prozent des Bauvolumens von der öffentlichen Hand, vom Bund initiiert. Auf Grund der geringeren Baunachfrage wird die Beschäftigung im Bauwesen noch stärker zurückgehen als schon während der vergangenen zwei Jahre.

Wie schauen denn nun die „Erfolgsmeldungen“ des Bautenministers aus? Sie spiegeln sich wider in den Studien und Analysen von Wirtschaftsforschungsinstituten und so weiter, ebenso wie in den Berichten der Bauwirtschaft aus etlichen Bundesländern.

Herr Minister! Ich war während der letzten Wochen in Bundesländern, von Vorarlberg angefangen, Tirol und so weiter. Sie wissen vielleicht selbst, was dort los ist, daß die

5962

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dr. Keimel

Auftragslage teilweise abgerissen ist, gerade weil sie bei der Pfändertunnel-Eröffnung in Vorarlberg waren, wissen Sie ja wahrscheinlich Bescheid. Wo ist das Programm, wenn es hier heißt: „Baukonjunktur schwach“, „Bauprognose 1981: Rückgang der Bautätigkeit“ von Dr. Zinnegger vom Institut für Wirtschaftsforschung, „keine Impulse im Wohnbau“. Oder wenn das Wirtschaftsforschungsinstitut erklärt:

Realer Schrumpfungsprozeß der Bauwirtschaft setzt sich fort, Zahl der Arbeitsstunden und Beschäftigtenstand weit rückläufig, Herr Minister? Oder wenn es zur Analyse des Bautenbudgets, dieses Ressorts vom Wirtschaftsforschungsinstitut wie folgt heißt:

„In der Bauwirtschaft dürfte die Zurückhaltung des Bundes zur Stagnation der realen Wertschöpfung beitragen.“ Oder „Die Zurückhaltung bei den Investitionen des Bundes trifft vor allem den Straßenbau.“

Herr Minister! Das sind die „Erfolgsmeldungen“ zu Ihrem Ressort, wozu dann noch andere Probleme kommen: das Problem der Rückzahlung aus ihren Geldern für die Sondergesellschaften, ein Problem, das völlig ungelöst ist. Voriges Jahr haben wir gesprochen, wie sie vielleicht mit dem Finanzminister reden könnten, daß die Kreditfrage, sprich die Kosten der Kredite, also die Zinsen, vielleicht abgedeckt werden könnten aus Lkw-Steuern und so weiter, während sicherlich die vorgezogenen Baumaßnahmen durch die Bundesmineralölsteuer bezahlt werden muß.

Nichts ist geschehen in diesem Jahr. Und so heißt es auch in der Analyse des Wirtschaftsforschungsinstitutes, daß der Bund bei den verschiedenen Sondergesellschaften stärker aus der Haftungsübernahme beansprucht wird als in den Vorjahren. Die dafür erforderlichen Ausgaben sind mit 2,9 Milliarden Schilling veranschlagt. Wie rasch diese Ausgaben steigen, läßt sich daran erkennen, daß 1979 für die Inanspruchnahme aus den Haftungen für Sondergesellschaften nur eine halbe Milliarde ausgegeben werden mußte.

In Ihrer Antwort auf unsere Frage stellen Sie auch fest, daß Jahr für Jahr steigend etwa 1985, 1984 drei Milliarden dafür bereits aufgewendet werden müssen. Ein ungelöstes Problem Ihres Ressorts.

Herr Minister! Was tun Sie eigentlich? Ich frage Sie: Haben Sie ein Bausofortprogramm unter all diesen Aspekten eigentlich schon in der Schublade? Haben Sie das, basierend auf der zu erwartenden Schrumpfung der Bauwirtschaft zufolge des erwarteten Nullwachstums, wie Sie es ja gestern gehört haben aus der wirtschaftspolitischen Diskussion hier im Hause? Was

haben Sie an Verhandlungen aufgenommen über die Freigabe etwa des Konjunkturausgleichsvoranschlages? Haben Sie irgend etwas getan?

Oder sehen Sie eigentlich dieser ganzen Entwicklung ohne jede Initiative zu. So entwickelt sich auch die ganze Geburung dieses Ressorts. Herr Minister! Im Gesamtressort haben Sie also 1980 21,5 Milliarden Schilling gehabt, damit 7,11 Prozent der Gesamtbudgetausgaben. Im Jahre 1981 haben Sie 23,7 Milliarden, das schaut so nach einer nominellen Steigerung um 2,2 Milliarden aus. Jetzt vergleichen wir das aber mit den Gesamtbudgetausgaben:

In diesem Jahr 7,11, im Jahr 1981 7,08 Prozent. Herr Minister! Sie können sagen, das ist ein leichter Rückgang, es ist aber ein Stagnieren.

Herr Minister! Allein diese 0,03 Prozent wären zum Beispiel schon über 100 Millionen Schilling. Aber was bedeutet dieses Stagnieren? Die nominelle Erhöhung resultiert nämlich fast zur Gänze aus der Erhöhung der Bundesmineralölsteuer mit 1,750 Milliarden Schilling. Ohne diese Steuererhöhung bleibt Ihnen eine Erhöhung von ganzen 500 Millionen Schilling. 2,3 Prozent Erhöhung, also ein realer und nomineller, vor allem ein ganz starker realer Rückgang.

Trotz der enormen Steuererhöhung der letzten Jahre ist der Anteil der Straßen an den Gesamtausgaben von 5,36 Prozent im Jahre 1970 auf 4,7 Prozent im Jahre 1981, also trotz dieser wesentlichen Erhöhung, zurückgegangen.

Und jetzt kommt etwas: Wenn zum Beispiel der Anteil an den Gesamtausgaben „Straßen“ einfach percentuell gleichgeblieben wäre, mit 5,36 Prozent, wie wir das Budget 1970 übergeben haben, dann hätten Sie heuer, 1981, um 2,2 Milliarden mehr für den Straßenbau, und Sie hätten keine Sorgen mit der Finanzierung. So schaut es nämlich aus, wie Sie das Budget übernommen und wie Sie es immer rückläufiger – leider Gottes – verwalten.

Ich habe erklärt, daß eine Konfusion in der Regierung besteht, daß offensichtlich der Finanzminister und der Bautenminister gar keine Gesprächsbasis mehr haben. Der Finanzminister hat in der Budgetrede gesagt: „Die von den Straßenbenützern aufgebrachten Einnahmen decken die Aufwendungen bei weitem nicht.“ Daraufhin habe ich den Bautenminister gefragt: Na wie kommen Sie eigentlich zu dieser Feststellung, daß diese nicht kostendeckend sind, Sie müßten doch eine Wegekosten-Rechnung machen. Das ist eine klare Feststellung. Antwort des Bautenministers Sekanina: „Zur Rechnung des Herrn Vizekanzlers Dr. Androsch kann ich keine Aussage treffen, da ich seine

Dr. Keimel

Unterlagen nicht kenne.“ Punkt. – Das ist eine Regierung, meine Damen und Herren! So schaut das Budget aus, so schaut das ganze Budget aus. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Zu beachten ist ja auch noch, daß im Bereich der Subventionen – wir haben den letzten Bericht jetzt für 1978 vorliegen – besonders kraß die Subventionen im Wohnbau und im Straßenbau zurückgefallen sind. Ein Beispiel: 1972 hatten Sie im Subventionsbericht für Straßen einen Anteil von 8,76 Prozent, 1978 von 0,11 Prozent. Die Differenz sind wieder 1,1 Milliarden, wenn ich es hochrechne. Wohnbau: 1972 bei den Subventionen 6,27 Prozent, 1978 3,67; Differenz: 350 Millionen Schilling. Und so geht es eben weiter und weiter.

Es hat also in der Gesamtfinanzierung bei enormer Belastung der Bevölkerung der Bautenminister weiterhin für dieses wichtige Ressort wesentliche Anteile verloren.

Meine Damen und Herren! Sie sehen also, trotz der Erhöhung der Mineralölsteuer, trotz Gewinnen aus der enormen Progressionssteigerung, weil die Wohnbaufinanzierung bekanntlich ja als Anhängesteuer an der Lohn- und Einkommensteuer hängt, verliert der Bautenminister laufend Anteile an den Gesamtausgaben.

Meine Damen und Herren, das setzt sich weiter fort in Ihrem Bereich bei den Forschungsausgaben, beim Wasserwirtschaftsfonds. Ein Beispiel: Die Ausgaben des Bundes – nur von 1980 auf 1981 – gehen beim Wasserwirtschaftsfonds um 13,7 Prozent zurück, gehen bei Forschung, Wohnbauforschung um sage und schreibe 43,5 Prozent zurück. Und so, meine Damen und Herren, sieht ein Budget aus, von dem der Minister vor einem Jahr wörtlich erklärte: Wenn ich um 10 Uhr angelobt werde, so bin ich um 11 Uhr schon beim Androsch, und dann will ich viel, viel und gesichert.

Meine Damen und Herren! Heute, nach einem Jahr, müssen wir feststellen, daß sich der Bautenminister nicht im geringsten und nirgends durchgesetzt hat.

Herr Minister! Sie haben 1979 – voriges Jahr – bei der Übernahme des Ressorts erklärt, die Bauleistungen im Bundesstraßennetz seien derzeit zu gering, 1981 werden Sie ganze 7 km Schnellstraßen und 17 km Autobahnen dem Verkehr zugänglich machen, das ist der Tiefstand seit vielen Jahren mit 24 km. Und seit Amtsantritt fordert der Bautenminister zusätzliche Finanzierungsquellen, zuletzt in einem Artikel in der „Summa“ aus dem Dezember, also wirklich der allerletzte Stand von Ihnen, wobei Sie folgendes offensichtlich vorschlagen. Ihr Artikel: „Erhöhung der Bundesmineralölsteuer

ab 1. Juli nicht genug.“ Meine Frage an Sie, Herr Minister: Denken Sie schon wieder an neue Erhöhungen, an neue Steuererhöhungen?

Oder, Sie schreiben in dem Artikel, was Sie uns schon seit einem Jahr erzählen, Sie wollen die Lkw-Steuer für den Straßenbau erschließen. Wo haben Sie es denn durchgesetzt im Budget 1981?

Aber da kommt jetzt etwas Interessantes dazu in diesem Artikel: „bei gleichzeitiger Valorisierung derselben“. Denken Sie auch hier wieder an eine Erhöhung, an eine massive Steuererhöhung?

Sie sollten sich vielmehr um die Mitfinanzierung aus dem EG-Raum bekümmern, Herr Minister. Und ich frage Sie: Waren Sie in Ihrer ganzen Ministerzeit schon einmal in Brüssel? Waren Sie bei Kollegen im EG-Bereich, und haben Sie selbst hier versucht, für die Finanzierung in diesem Bereich etwas durchzusetzen? Oder haben Sie das dem Außenamt überlassen, dem diplomatischen Corps, recht brav? Was haben Sie selber getan? Soviel ich weiß: nichts.

Und Sie denken, wie ich hier dem Artikel entnehme, an die „Solidaritätsaktionen“ der Bundesländer, das heißt also an die Mitwirkung mit Milliardenbeträgen der Bundesländer für Bundesaufgaben. Und damit bluten Sie in Wirklichkeit die Länder aus, denen dann natürlich für ihre Bauaufgaben die nötigen Mittel fehlen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! So sieht dieses Ressort aus. Weder auch nur einen Teil der Lkw-Steuer noch der Bundeskraftfahrzeugsteuer, der Mehrwertsteuer auf die Bundesmineralölsteuer und so weiter konnten Sie, Herr Bautenminister, erringen. Noch nie waren Sie offensichtlich mit Vertretern der EG selbst verhandeln. Außer neuen Belastungen, mit der Überlegung schon wieder neuer Valorisierung der Lkw-Steuer, Bundesmineralölsteuer – keine Vorschläge, nichts. Und das nach einem Jahr der großen Ankündigungen! Wir haben wirklich erwartet, daß Sie durchschlagskräftiger sind. Das ist einfach zu wenig! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wenn man da so die Überschriften vor den Budgetverhandlungen gelesen hat: „Minister Sekanina rüstet zum Clinch. Sonderstellung im Budget gefordert“, dann frage ich Sie – jetzt liegt das Budget da –: Wer liegt denn da jetzt im Clinch? Das erinnert mich so an den „Hansi“. Da ist nichts daraus geworden. Ankündigungen, Ankündigungen und keine Erfolge in diesem so wichtigen Bereich.

So hat auch diese SPÖ, meine Damen und Herren, im Jahr 1979, vor den letzten National-

5964

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dr. Keimel

ratswahlen, ein – ich zitiere wörtlich aus Ihrem Konzept – „Wohnbausofortprogramm für Jungfamilien“ versprochen. Sie haben die Wahlen gewonnen, und ich frage Sie: Wo ist dieses Sofortprogramm für Jungfamilien? Außer einer Startwohnungen-Enquête ganze drei angedeutete, nicht vielleicht in einem Jahr schon durchgezogene, nein, wieder angekündigte Modelle – finanziert bitte aus der Wohnbauforschung; zweckwidrig ist das, Frau Staatssekretär, finanziert aus der Wohnbauforschung, diese drei Startwohnungsmodelle! – haben Sie nichts getan für die Erfüllung Ihres Versprechens eines Wohnbausofortprogramms für Jungfamilien.

In diesem Jahr, meine Damen und Herren, sind die Zinsen ganz enorm gestiegen, ist die Bausparfinanzierung zurückgefallen. Daraus werden wir im nächsten Jahr, im Jahr 1981, eine Halbierung der Bauspardarlehen haben.

Es ist in Ihrer Regierungszeit Wohnen gerade für junge Familien teurer, unerschwinglicher geworden und wird es im Jahr 1981 noch mehr.

Meine Damen und Herren! So schaut das aus. Herr Bautenminister Sekanina, Sie waren im Ministerkomitee mit dem Finanzminister Androsch, zugeordnet dem Justizminister Broda, um ein neues Mietengesetz als Ministerkomitee aus der Taufe zu heben.

Ich habe es voriges Jahr auch bei der Budgetrede erwähnt, man erwartet viel davon, wenn gerade Sie dabei sind. Eine Paketlösung, zusammengeschnürt Mietengesetz, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, Fortführung der Wohnbauförderung 1968.

Sie sind mitverantwortlich für das jetzt vorliegende Mietengesetz, das alles verhindern wird, das private Kapital abschrecken wird, in den Wohnbau zu gehen, das noch mehr zum Verfall von Bausubstanz, von Wohnsubstanz führen wird.

Herr Minister! Auch dafür sind Sie aus der Ministerkomitesituation heraus mitverantwortlich. Und damit werden Sie Ihre Wohnbauförderung 1968 nicht fortführen können. Sie können das nur in einem Paket machen.

Meine Damen und Herren! Das paßt halt alles zum Ressort, so wie Ihr Hochbauchef bei dieser Pressekonferenz ja wörtlich erklärte: Jährlich verfällt derzeit mehr Bausubstanz, als wir erhalten können.

Genauso schauen dieses Ressort und diese Ressortführung aus.

Die ÖVP hat bei Ihrem Amtsantritt, Herr Minister, die Meinung vertreten, daß Sie an einer Zusammenarbeit interessiert sind. Wir haben Ihnen daher unser Konzept vorgelegt.

Insbesondere hat die ÖVP im Zuge ihres Budgetkonzeptes durch die Setzung neuer Prioritäten dem wichtigen Bereich – wirtschaftspolitisch, aber auch familienpolitisch: Wohnen und so weiter – Bauen und Wohnen also, verbunden mit der Forschung, besondere Bedeutung für die heimische autonome Vollbeschäftigung eingeräumt.

Herr Minister! Daher haben wir Ihnen unser Konzept vorgelegt, haben Ihnen die Zusammenarbeit in der Paketlösung, in der Zusammenfassung, in der Fortentwicklung der Wohnbauförderung 1968 angetragen. Wir haben das im Mai, im Juni, im Juli, in Pressekonferenzen, in vielen Artikeln hier vorgestellt, vorgelegt.

Wir haben in Zusammenfassung, in der Mobilisierung des Kapitalmarktes ein erstes Eigentumsbildungsgesetz im Wohnbereich im Parlament eingebracht. Allein ist das auch nichts.

Und wir haben Ihnen unsere Vorschläge zum Mietengesetz vorgelegt.

Wenn Sie diese drei Gesetzesmaterien zu einem Paket verbinden, dann werden Sie Erfolg haben, dann sind wir bereit – und wir bieten es Ihnen noch einmal an –, gerade in dem wichtigen Bereich Wohnen mit Ihnen zusammenzuarbeiten, ansonsten werden wir bereits im Jahre 1981 einen Finanzierungssinfarkt erleben, gerade auch in der Entwicklung der Zinspolitik und der Bausparentwicklung. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Wir wollen mit unseren Initiativen die Mobilisierung der Finanzierungsmöglichkeiten für den Bereich Wohnen erreichen, eine breite Eigentumsstreuung und die Mobilisierung der über 100 000, zufolge einer verfehlten sozialistischen Wohn- und vor allem Mietenpolitik leerstehenden Wohnungen.

Wir glauben, daß wir pro Jahr an die 3 000 bis 5 000 Wohnungen mehr, zusätzlich und rasch, bauen könnten.

Wir sind froh, wir freuen uns, daß die Frau Staatssekretär jetzt ganze Passagen aus unserem Konzept übernimmt. Wir freuen uns, Frau Staatssekretär, daß Sie jetzt aus der Wohnbauförderung unsere Initiativen, unsere Konzepte übernehmen, die wir Ihnen im Mai schon frei Haus geliefert haben.

Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, Frau Staatssekretär, Herr Minister: Sie werden nichts erreichen, wenn Sie diese drei Aspekte nicht in einer Paketlösung zusammenfassen. Sie bekommen nur Spannungen. Sie werden Schiffbruch erleiden. Daher glaube ich, daß Sie in dem Bereich, meine Damen und Herren, gerade die

Dr. Keimel

Alternativen, die Konzepte der ÖVP besonders aufgreifen sollten.

Herr Minister! Ich möchte abschließend Ihnen folgendes sagen: Wir haben Ihnen unsere Bereitschaft in diesem Bereich zur Zusammenarbeit, zur Mitarbeit vor einem Jahr angeboten. Sie haben unsere Alternativen nicht aufgegriffen, Sie sind darauf nicht einmal eingegangen.

Das Kapitel Bauten und Technik bedeutet daher zum ersten enorme Mehrbelastungen für die Bevölkerung, zum zweiten im gleichen Maße jedoch einen Rückgang im Straßen- und Wohnbau, verbunden mit der Gefahr des totalen Finanzierungsinfarktes während der nächsten Jahre, wie es sogar Bautenminister Sekanina seherisch angekündigt hat.

Das bedeutet aber auch den Verfall der öffentlichen und auch der historisch wertvollen Bausubstanzen.

Und es bedeutet diese Ressortführung, wie uns das Wirtschaftsforschungsinstitut für das Jahr 1981 prognostiziert, den weiteren Schrumpfungsprozeß der österreichischen Bauwirtschaft mit der weiteren Abnahme der Arbeitsstunden und des Beschäftigtenstandes.

Herr Minister! Den Weg können wir mit Ihnen nicht gehen. Wir lehnen daher nicht nur dieses Kapitel Bauten ab, sondern insbesondere auch die ineffiziente Ressortführung durch Sie nach einem Jahr der offensichtlichen Nichtbewährung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Babanitz. (*Abg. A. Schlager: Aber nicht so lang wie der Otto!* – *Abg. Babanitz: Keine Sorge, ich nehme mir die Redezeit weg, die er jetzt mehr gebraucht hat!*)

Abgeordneter Babanitz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Keimel hat sich bemüht gesehen, seine Ausführungen in der Behandlung des Bautenbudgets mit der Feststellung zu beginnen: Wir verhandeln ein Budgetkapitel, und auf der anderen Seite ist ein Finanzminister vorhanden, der an sich schon abberufen ist.

Diese Feststellung zu treffen ist sicherlich sein gutes Recht, und die Kritik von seiner Seite, ob sie gut oder schlecht ist, ist berechtigt. Nur: Wenn er im gleichen Zusammenhang feststellt oder die Bemerkung und den Ausruf in den Raum stellt: Aber gleichzeitig ist der Vorsitzende der sogenannten Wirtschaftskommission – er meint damit den Herrn Bundeskanzler – nicht anwesend, wo treibt er sich denn herum? meine Damen und Herren, dann möchte ich sagen – ich will, um mir einen Ordnungsruf zu ersparen, den richtigen Ausdruck dafür sagen –, daß

diese Ausdrucksweise zumindest ungehörig ist. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Keimel: Einen Bundeskanzler, der alle Ressorts übernimmt, den wünsche ich hier im Haus! Der soll unserer Debatte im Parlament zuhören!*) Erstens steht noch nicht fest, wer das Ressort übernimmt, und zweitens . . . (*Abg. Dr. Keimel: Er hat die Budgetsanierungskommission persönlich übernommen!*) Herr Kollege Dr. Keimel! Es steht hier nicht die Budgetsanierung zur Debatte, sondern das Kapitel Bauten und Technik, und der zuständige Herr Minister und die Frau Staatssekretär sind anwesend. Ich kann mich an einige Debatten hier im Hohen Haus zwischen 1966 und 1970 beziehungsweise 1969 erinnern, wo Ihre Fraktion die Mehrheit gehabt hat und wo der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus es damals nicht einmal für notwendig befunden hat, einer einstimmig gefassten Resolution zum richtigen und gegebenen Zeitpunkt eine Antwort zu geben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Das möchte ich auch festhalten, weil Sie der Meinung sind, daß sich unsere Herren Regierungsmitglieder Ihrer Meinung nach so danebenbenehmen. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Keimel.*)

Aber Sie haben ja selbst gehört: Den Stil Ihrer Rede hat meine Fraktion nur zum Anlaß genommen, ihre Antwort darauf zu erteilen, indem sie Sie nicht angehört hat.

Ich habe Ihnen bei einer anderen Gelegenheit etwas anderes gesagt. Ich möchte es aus verschiedenen Gründen nicht wiederholen, sondern vielleicht nur sagen: Hörst mich, Keimel? Dann wissen Sie, was ich gemeint habe, Herr Kollege Dr. Keimel.

Auf jeden Fall möchte ich bei dieser Gelegenheit, bevor ich zu meinen Ausführungen komme, noch eines feststellen, weil es der Herr Dr. Keimel auch für notwendig befunden hat, in einer zumindest unqualifizierten Art auch den Herrn Bautenminister anzugreifen und festzustellen, er hätte keinen rechten Umgang mit den Leuten, die mit seinem Ressort in den Bundesländern zu tun haben: Darf ich feststellen, Herr Dr. Keimel, daß der Bundesminister Sekanina und auch sein Vorgänger, der Herr Bundesminister Moser, aber ich glaube, vielleicht der Bundesminister Sekanina noch mehr als bisher, weit, weit positivere Beziehungen haben zu den Herren Landeshauptleuten und zu den Baureferrenten, die nicht immer sozialistische Baureferrenten oder sozialistische Landeshauptleute sind, als Sie es in Ihrer negativen Art hier dargestellt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das also nur zu Ihren Bemerkungen, und es scheint nun einmal der Stil der großen Opposition, aber zumindest einiger ihrer Sprecher zu sein und zu werden in letzter Zeit, daß sie mangels politischer Initiativen oder Vorschläge eben

5966

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Babanitz

dazu übergehen, nunmehr unsere Regierungsmitglieder, unsere Fraktionsmitglieder persönlich anzugreifen und zu verleumden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Aber ich darf Ihnen dazu sagen: Die Bevölkerung, die Wähler haben Ihnen bisher jedesmal die Antwort gegeben, und ich bin überzeugt davon, sie werden sie Ihnen bei der nächsten Wahl wieder geben! (*Beifall bei der SPÖ.* – *Abg. A. Schlager: Ein Präsident ist er, ein klasser!*) Sicher! Genauso klaß wie du, Schlager! (*Ruf bei der ÖVP: Seid gut!*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf nunmehr doch zum Budget, zum Kapitel Bauten und Technik kommen und festhalten, daß so wie in den letzten Jahren – man könnte als Mann, der im Bauregion tätig ist, fast sagen: leider – das Kapitel Bauten und Technik im Rahmen dieser Budgetverhandlungen ziemlich am Ende verhandelt wird und daß – ich habe das schon erwähnt – so wie bei den letzten Verhandlungen die Opposition dem Kapitel Bauten und Technik im besonderen die Zustimmung verweigert und darauf verweist – Herr Dr. Keimel hat das ja sehr deutlich gesagt –, daß es wieder – wenn ich sagen darf: unter Anführungszeichen – ein „Schuldenbudget“ ist und daß es wirtschaftlich nichts beinhaltet, daß auch die Sicherung beziehungsweise die Erhaltung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe beziehungsweise in der Bauwirtschaft auf Grund dieses Budgets – so laut Dr. Keimel – nicht gegeben ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*)

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen, daß auch in den vorhergegangenen Jahren – dieses Budget 1981 ist ja bereits das elfte einer sozialistischen Bundesregierung – die Budgets und im besonderen jeweils das Kapitel Bauten und Technik sehr wohl zur Erhaltung der Vollbeschäftigung beigetragen haben.

Ich darf mir dazu erlauben, meine Damen und Herren, einige Zahlen und Statistiken anzuführen, die das bestätigen. Vorher aber noch einige Bemerkungen zum Budget im allgemeinen und zum Bautenbudget im besonderen.

Gemäß dem Bundesvoranschlag sind für 1981 Ausgaben im Ausmaß von 335,1 Milliarden und Einnahmen von 285,3 Milliarden Schilling vorgesehen. Bei den Gesamtausgaben ergibt dies eine Ausweitung um 10,8 Prozent gegenüber dem Voranschlag 1980.

Außerdem ist so wie vorher auch im Bundesbudget für 1981 ein Konjunkturbelebungsprogramm mit 5,08 Milliarden Schilling vorgesehen. Dieses gliedert sich in eine Konjunkturbelebungsquote mit 2,48 Milliarden und in eine

Stabilisierungsquote mit 2,6 Milliarden Schilling.

Es heißt auch weiter, daß der Finanzminister unter den im Artikel 3 des Bundesfinanzgesetzes festgelegten Bedingungen im Bedarfsfalle ermächtigt ist, diese Mittel ohne Budgetüberschreitungsgesetz auch einzusetzen.

Die Bauaufwendungen sind der Anteil für Bauzwecke an den Gesamtausgaben, ohne Eventualbudget, 13,3 Prozent einschließlich des Konjunkturvoranschlages und unter Einsatz der als Pauschalvorsorge vorgesehenen Mittel 14,4 Prozent.

Die Ausgaben für Bauaufwendungen haben laut unserer – und zwar meine ich hier die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter – Budgetanalyse ohne Konjunkturbelebungsprogramm mit 44,5 Milliarden Schilling gegenüber dem Vorjahresvoranschlag um 11,2 Prozent zugenommen, wobei im Hochbau mit 23 Milliarden Schilling eine Steigerung um 11,8 Prozent und im Tiefbau mit 21,5 Milliarden Schilling eine Zunahme um 10,6 Prozent zu verzeichnen ist.

Bei einer angenommenen Baupreisseigerung von 7 Prozent für 1981 – das sagt das Institut für Wirtschaftsforschung – wäre, wenn kein neuerlicher Preisschub auf dem Energiesektor erfolgt, mit einer realen Ausweitung des Baubudgets um 3,7 Prozent zu rechnen.

Nach Betrachtung dieser Zahlen, meine Damen und Herren, kann daher auch für das Budget 1981 festgestellt werden, daß die Ausweitung des Bundesbudgets gegenüber 1980 10,9 Prozent beträgt, während der Anteil am Bautenressort 13,3 Prozent, mit dem Konjunkturvoranschlag unter Einsatz der Pauschalvorsorge sogar 14,4 Prozent beträgt; also eine wesentlich stärkere Ausweitung als das Gesamtbudget. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Soweit, meine Damen und Herren, die Zahlen für das Bautenbudget 1981. Diese bedeuten, daß, sofern – das habe ich schon erwähnt – kein neuerlicher Preisschub auf dem Energiesektor erfolgt, eine gleiche Ausgangsbasis für die Bauwirtschaft wie im Jahre 1980 gegeben ist.

Ich darf daher namens der sozialistischen Fraktion erklären, daß wir sicherlich mehr Mittel brauchen und in der Bauwirtschaft verarbeiten könnten, daß aber auf der anderen Seite in der Beschaffung neuer Mittel für die Bauwirtschaft innerhalb der öffentlichen Hand noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Wenn daher die Opposition und vor allem wieder die große Opposition und ihr Bautensprecher – wie der Herr Abgeordnete Dr. Keimel es jetzt getan hat – schon vor Beginn der Ausschußverhandlungen und im Ausschuß

Babanitz

gemeint hat, die Ankündigungs- und Belastungspolitik werde fortgesetzt, so zeigt diese Aussage, daß sich im Verhalten der Opposition in den letzten Jahren nichts geändert hat und daß man nach wie vor auf der einen Seite so viel wie möglich kritisiert, auf der anderen Seite jedoch Forderungen erhebt, die ohne zusätzliche Mittel eben nicht erfüllt werden können.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eine derartige Kritik ist ja in den letzten zehn Jahren seitens der ÖVP nichts Neues. Wenn man sich aber die Entwicklung in der Bauwirtschaft seit 1970 auf Grund der Ergebnisse, auf Grund der Beschäftigtenzahl und anderer Fakten durchsieht, wenn man darüber hinaus vergleiche anstellt für den Zeitraum von 1966 bis 1969, als die ÖVP mit ihrer Alleinregierung das Bautenbudget gestaltet hat, dann kommt man trotz allem zu der Überzeugung, daß seitens der sozialistischen Bundesregierung gerade am Bausektor in den letzten zehn Jahren sehr Wesentliches getan worden ist, und zwar nicht nur, um die Vollbeschäftigung zu erhalten, sondern – wie ich schon mehrmals im Rahmen der Budgetverhandlungen beim Kapitel Bauten und Technik erklären konnte – um auch die Infrastruktur – und dazu zählt ja ein Großteil der Bauwerke – zu verbessern. Das gilt für Straßenbauten genauso wie für den Bau von Schulen, Kasernen und dergleichen und nicht zuletzt für den Wohnbau.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen doch einige Zahlen zum Vergleich mit den Ausführungen des Herrn Dr. Keimel anführen, der behauptet, daß nichts geschehen ist und daß es immer schlechter geworden ist. Ich darf sagen, daß wir diese Ausführungen immer wieder gehört haben – auch von der Bauindustrie, vom Baugewerbe, von der Bauwirtschaft – und daß am Jahresende, wenn das Budget im Auslaufen ist, dann immer wieder festgestellt worden ist: Na ja, es war eigentlich nicht so schlecht, aber das darf man ja nicht zugeben!

Wenn heuer wieder ein bißchen stärker in den Unternehmen nahestehenden Zeitungen über die wenigen Möglichkeiten, die das Bautenbudget für 1981 ergibt, etwas mehr geschrieben wird, dann kann ich dem Herrn Dr. Keimel – falls er es nicht selber weiß – auch aufklären. Es stehen halt wieder einmal Kollektivvertragsverhandlungen für die Bauarbeiter vor der Tür, und je mehr man da sagt, wie schlecht es ist und wird, umso mehr glaubt und hofft man, daß man die Forderungen, die Wünsche, die berechtigten Wünsche der Bauarbeiter eben herunterdrücken kann. Aber das sind wir seit etwa 30 Jahren innerhalb der Vertragspartnerschaft gewöhnt, und es wird uns auch heuer nicht stören.

Aber nun doch einige Zahlen zum Vergleich mit den Ausführungen, die ich gemacht habe.

Wenn man sich durchchaut die vorgemerkten Arbeitslosen im Bundesgebiet, die in einem Bauwesenbetrieb beschäftigt waren, so sieht man: 1969 im Jänner – Zeit der ÖVP-Regierung – 54 648 Arbeitslose. 1970 – noch die Auswirkungen – 42 397 Arbeitslose.

Wenn ich jetzt weitergehe: 1971 27 500 Arbeitslose. Die Zahlen werden dann kleiner. Im Jänner 1972: 20 000, 1975: 20 000, und dann steigt die Arbeitslosigkeit nach dem Ölshock im Jahre 1975 wieder etwas an auf 27 000.

Wenn man also dann die Dauer der Sommerarbeitslosigkeit im Baugewerbe anschaut, so sieht man: Sie hat vom Jänner 1969 bis März 27 000 betragen, im April 6 000 und 1970 24 004.

Im Jahre 1974 waren es Ende März an Stelle von 27 000 im Jahre 1969 nur 4 880, im Juli 1969 waren es 2 984, und im Juli 1973/74 waren es 649.

Also ich glaube, diese Zahlen zeigen doch sehr deutlich, daß in dieser Zeit einiges von der sozialistischen Bundesregierung für die Beschäftigung, für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auch in der Bauwirtschaft getan worden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Das gleiche kann man also sagen, wenn man sich die Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft ansieht.

Wir haben im Jahresdurchschnitt 1970, als noch die Auswirkungen der ÖVP-Alleinregierung zu verkraften waren, eine Arbeitslosenrate von 4,4 Prozent gehabt.

1971 war der Jahresdurchschnitt in der Bauwirtschaft nur mehr 2,74, 1972 1,92, 1974 1,64, und ist erst jetzt in den letzten Jahren nach dem Preisschock nach 1975 auf etwa 3,96 hinaufgegangen. Auf keinen Fall aber war sie jemals in diesen letzten zehn Jahren wieder so hoch, wie sie in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung gewesen ist.

Aber es gibt noch andere Kriterien; zum Beispiel den nicht aufgearbeiteten Auftragsstand. Auch hier kann man feststellen: Im zweiten Quartal 1977 war ein Auftragsstand vorhanden mit 39 Milliarden Schilling, und im Jahre 1978 waren es zum gleichen Zeitpunkt 41 Milliarden, 1979 43 Milliarden Schilling, und im zweiten Quartal 1980 waren es immerhin fast 50 Milliarden Schilling; ein Auftragsstand, der noch nicht abgearbeitet ist.

Also gar so schlecht dürfte es nicht sein, und ich habe heute vormittag erst Gelegenheit gehabt, bei Verhandlungen mit der Arbeitgeber-

5968

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Babanitz

seite auch diese Zahlen zu hören beziehungsweise zu vergleichen. Ich habe schon gesagt, es sind Kollektivvertragsverhandlungen, und die Herren sind allzu gerne bereit, die Situation etwas trister darzustellen, als sie ist.

Aber es ist halt so, daß dort schon Schwierigkeiten aufgezeigt werden, wenn die Auftragsstände für das nächste Jahr nicht drei, vier Quartale im vorhinein so bekannt sind, daß man kalkulieren kann. Und da komme ich schon zu einem anderen Kapitel.

Ich habe das vorhin erwähnt und auch das Wirtschaftsforschungsinstitut hat gesagt, die Situation nach dem Bautenbudget könnte für die Bauwirtschaft genauso günstig sein wie 1980, wenn – und das ist das große Fragezeichen dabei – die Frage der Preisgestaltung im Griff bleibt. Meine Damen und Herren von der Opposition, soweit Sie mit dem Baugewerbe, mit der Bauwirtschaft zu tun haben, wissen Sie genauso gut wie ich, das ist der springende Punkt dabei.

Hier muß ich sagen, daß leider, leider nicht immer die Disziplin geübt wird, die notwendig wäre, um das Baubudget, die Mittel dafür, die vorgesehen sind, auch effektvoll einzusetzen. Es hat sich noch immer nicht herumgesprochen, daß man hier Disziplin halten müßte, und es geht immer noch das große Verdienen und das schnelle Verdienen vor dem, daß die Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden soll.

Ich könnte Ihnen hier also, wie gesagt, noch eine Reihe von Zahlen und Unterlagen bringen. Ich möchte das nicht tun, um nicht die Redezeit zu überschreiten, denn letzten Endes wollen nach mir auch noch Kollegen reden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich kann und muß daher die Kritik des Herrn Dr. Keimel und der Opposition am Herrn Bautenminister Sekanina zurückweisen und darf feststellen, daß im Gegensatz zu Ihrer Meinung unserer Meinung nach der Herr Bundesminister Sekanina keinesfalls als ein Belastungsminister, sondern als ein Ressortchef, der für Bauwirtschaft sehr viel übrig hat, im ersten Jahr seiner Tätigkeit erfolgreich gewirkt hat. (*Beifall bei der SPÖ*) Ich darf daher nochmals kurz wiederholen, daß unter Berücksichtigung der allgemeinen Richtlinien einer möglichst großen Sparsamkeit dem Bautenressort auch im Bundesvoranschlag 1981 wieder besondere Priorität eingeräumt worden ist. Dies vor allem deshalb, weil das Bautenbudget gegenüber 1980 neuerlich prozentmäßig stärker gestiegen ist als das Gesamtbudget.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Möglichkeiten des Bundesministeriums für Bauen und Technik bei der Anwendung der ihm zur Verfügung stehenden Mittel für die Bauwirt-

schaft sind vor allen Dingen dort begrenzt, wo es für den Einsatz von Arbeitskräften die meisten Möglichkeiten gibt. Das Bautenministerium hat auf Grund der ihm zustehenden Kompetenz in erster Linie nur Möglichkeiten, im Straßenbau, im Hochbau sowie beim Wasserwirtschaftsfonds direkt bei der Verteilung und Anwendung der zur Verfügung stehenden Mittel einzutreten.

Für den Wohnbau, möchte ich auch neuerlich feststellen, sind ja für den Einsatz und für die Verteilung der Förderungsmittel seit der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes im Jahre 1968 mit Ihrer Mehrheit damals ausschließlich die Länder zuständig. Hier hat das Bundesministerium an sich nur die Möglichkeit, die Länder mit den Mitteln zu versorgen, das heißt, sie zu verteilen und auf der anderen Seite gewisse Kontrollen durchzuführen.

Hohes Haus! Wenn man jedoch bei diesen Überlegungen in Rechnung stellt, daß von den Mitteln, die den Ländern für die Wohnbauförderung überwiesen werden, immer größere Teile für die Subjektförderung und zur Abdeckung von Vorgriffen der Länder verwendet werden, dann, glaube ich, kann man sagen, daß auf Grund der Budgetzahlen kaum zu erwarten ist, daß ein realer Zuwachs an Bauleistung erwartet werden kann.

Wird dazu noch eine zu erwartende Produktivitätssteigerung berücksichtigt, so ist mit einer um rund zwei Prozent verminderten Beschäftigung für 1981 auf diesem Sektor zu rechnen.

Daß wir als Vertreter der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter darüber sicherlich nicht begeistert sind, können Sie verstehen. Ich glaube aber, daß man diese Probleme in Angriff nehmen muß, und daß man hier unter Einsatz aller Möglichkeiten verhindern soll, daß diese Mittel in Preissteigerungen hineingehen oder zu Zwecken verwendet werden, die nicht unmittelbar der Beschäftigung für die Arbeiter im Wohnbau und dem Wohnbau selbst zugute kommen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Obwohl im einzelnen noch Sprecher meiner Fraktion zu den Spezialkapiteln Straßenbau und dergleichen Stellung nehmen werden, darf ich mir als Hauptsprecher sozusagen einige Bemerkungen zu den einzelnen Abschnitten erlauben.

Zur Wohnbauförderung habe ich schon darauf hingewiesen, daß dies eine Angelegenheit der Bundesländer ist. Ich meine jedoch, daß es vollkommen ungerechtfertigt ist, wenn hier von der Opposition in der Kritik – und der Herr Dr. Keimel hat das ja sehr ausführlich getan; negativ, meiner Meinung nach –, von einem totalen Finanzierungsinfarkt gesprochen wird.

Babanitz

Ich gebe zu, das ist unbestritten, daß es in der öffentlichen Wohnbauförderung Probleme gibt. Jedoch nicht nur, wie ich meine, in der Finanzierung. Die beachtliche Entwicklung der für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel zeigt aber, daß diese Probleme nicht in erster Linie in der Mittelaufbringung zu suchen sind.

Ich darf, meine Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß wir im Verlaufe der letzten Monate bei der Behandlung der Novelle zur Wohnbauförderung sehr wohl ausführlich und umfangreich über Möglichkeiten und Notwendigkeiten in der Wohnbauförderung diskutiert haben, daß gerade von der Frau Staatssekretärin Dr. Eypeltauer wiederholt Anregungen und Beiträge für eine Novellierung beziehungsweise Änderung von wesentlichen Fragen der zukünftigen Wohnpolitik gekommen sind. Es ist auch bekannt, daß die Diskussion darüber nach wie vor im Gange ist. Ich darf hier erklären und verrate durchaus kein Geheimnis, daß schon in absehbarer Zeit konkrete Lösungsvorschläge von dem zuständigen Ministerium beziehungsweise von den Abteilungen vorgelegt werden.

Ich darf aber darauf verweisen, daß man nicht auf der einen Seite umfangreiche Forderungen auf Neuorientierung in der Wohnbauförderung stellen kann, auf der anderen Seite aber immer wieder Sofortmaßnahmen verlangt. Dieses Verhalten ist meiner Meinung nach nicht vereinbar und kommt sehr nahe, um es vorsichtig auszudrücken, an eine Vorgangsweise heran, die, man könnte fast sagen, etwas mehr als demokratische Kritik ist.

Ich darf daher dazu wiederholen, daß die sozialistische Bundesregierung, das Bundesministerium für Bauten und Technik, schon in absehbarer Zeit umfangreiche Vorschläge zur Neuregelung der Wohnbauförderung vorlegen wird, und ich hoffe nur, Herr Dr. Keimel, daß Sie dann genauso, wie Sie es hier erklärt haben, auch bereit sind, daß wir über diese Vorschläge sachlich diskutieren, und daß Sie bereit sind, nicht nur Ihre eigene Vorstellung unter allen Umständen durchzusetzen oder ablehnen zu lassen, damit Sie dann draußen sagen können, die Sozialisten tun nichts, sondern daß Sie bereit sind, alle Möglichkeiten, die notwendig sind, hier auch zu überprüfen.

Ich möchte auch hier, meine Damen und Herren, einiges wiederholen, was ich vergangenes Jahr und auch vorher schon einige Male zur Frage der Wohnbaufinanzierung gesagt habe, weil es auch hier, so scheint mir, notwendig ist, daß zusätzliche Mittel aufgebracht werden. Es ist seit langem die Diskussion im Raum über die Verwendung der 30-Schilling-Wohnbeihilfe,

über den Überschuß, wie er verwendet werden soll. Ich habe voriges Jahr, ich darf das kurz zitieren, hier bei der Behandlung des Bautenbudgets gesagt: „Auch die Staffelung der Subjektförderung nach sozialen Gesichtspunkten ist unserer Meinung nach neu zu überdenken.“ Es wurde hier schon die Frage der 30-Schilling-Wohnbeihilfe angeschnitten. Diese Frage geistert ja, wenn ich so sagen darf, schon seit einigen Jahren durch die Politik. Ich darf auch darauf verweisen, daß wir als Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter dies einige Male getan haben, und glaube, daß es nach wie vor notwendig ist, auf diesem Sektor Mittel zu suchen und zu bekommen.

Ich darf es daher begrüßen, wenn der Herr Sozialminister Dallinger vor einigen Wochen erklärt hat, daß man hier auch Wege suchen wird, Sie wissen ja, daß wir das Gesetz auf Grund einer Entschließung neu ändern müssen, daß hier doch ein nicht unerheblicher Teil dieser Mittel dem Wohnbau zur Verfügung gestellt wird. Es ist aber, meine Damen und Herren, auch notwendig, daß man andere Wege sucht. Ich darf auch hier kurz etwas wiederholen.

Ich habe voriges Jahr gesagt: „Die Heranziehung des Familienlastenausgleichs zur Finanzierung von familiengerechten Wohnungen wäre unserer Meinung nach ein weiterer Weg, um rascher mehr und auch Qualitätswohnungen zu bauen.“ Wir haben diese Forderungen auch in einer Resolution unserer Gewerkschaft – ich darf das hier für die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter festhalten – festgelegt. Wir haben auch gesagt, daß in der Frage der Kreditpolitik neue und bessere Wege gegangen werden müssen. Ich habe ausgeführt: „Es scheint mir aber, daß die Wohnungswirtschaft kreditpolitisch besser als bisher berücksichtigen sollte: Zahlungsorientierte Kreditrestriktionen dürfen unserer Meinung nach den Wohnbau nicht verteuern. Das Gewinnstreben der Banken muß sich in diesen Fällen den Erfordernissen des sozialen Wohnbaues unterordnen.“

Das ist unsere Meinung, und ich darf das heute wiederholen, weil ich glaube, daß man nicht immer davon reden sollte, was kann man machen, um hier mehr Wohnungen zu bauen, sondern auf der anderen Seite auch den Mut haben sollte, der Bevölkerung zu sagen, daß die Wohnung sicherlich ein Grundbedürfnis ist, daß man aber auch Möglichkeiten und Mittel, die vorhanden sind, für diese Zwecke in Anspruch nehmen soll. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf auch noch einige Worte zur aufgeworfenen Kritik in der Frage des Straßenbaues sagen und einige Fakten und Meinungen aufzeigen.

5970

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Babanitz

Es ist unbestritten, daß in der Regierungszeit der Sozialdemokraten seit 1970 ein sehr wesentlicher Teil der im Bundesstraßengesetz 1971 vorgesehenen Autobahnen und Schnellstraßen fertiggestellt und in Betrieb genommen worden ist. Es ist aber meiner Meinung nach genauso unbestritten, daß der Bundesminister für Bauten und Technik sofort nach seinem Amtsantritt ein mittelfristiges Straßenbauprogramm ausgearbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt hat. In diesem Programm wurden auch die Frage der Finanzierung angeschnitten und Anregungen gemacht. Ich darf dazu sagen, daß die zuständigen Stellen außerhalb des Parlamentes – ob es nun die Straßengesellschaft ist, ob es der Verein für industrielle Bauunternehmen oder sonstige Vereinigungen und Institutionen, die damit befaßt ist, sind – sehr wohl und sehr positiv diese Anregungen aufgegriffen haben, nur bei den Oppositionspolitikern ist man anscheinend der Meinung, es ist viel wichtiger, hier spekulativ dagegen zu reden, als sich diesen Wünschen eventuell bei Verhandlungen oder sonstigen Gesprächen anzuschließen beziehungsweise darüber zu reden.

Ich glaube, es liegt in der Natur der Dinge, meine Damen und Herren, daß bei einem derartigen Straßenbauprogramm, wie es im Straßengesetz 1971 vorliegt, das ja über einen längeren Zeitraum festgelegt worden ist, auch die Notwendigkeit für Abänderungen, die sich in der Zwischenzeit ergeben, berücksichtigt werden muß.

Ich bin davon überzeugt, daß auch hier in absehbarer Zeit eine Novelle vorgelegt wird, wenn sie nicht gar schon vorbereitet und ausgesendet ist zur Begutachtung, die eben auch diesen Erfordernissen, diesen Änderungen in der Struktur Rechnung trägt.

Wenn Herr Dr. Keimel hier erklärt hat, daß die neue Dringlichkeitsreihung erst einen Tag vor dem Verhandeln des Bautenbudgets vorgelegt worden ist; na ja, sie ist seit fünf Jahren fällig, und das Gesetz sagt ja, Herr Dr. Keimel, daß sie alle fünf Jahre gemacht werden soll, und ich bin durchaus Ihrer Meinung, daß wir sie nicht heute im Detail behandeln, sondern es wird mich freuen, wenn ich Ihre Mitarbeit im Ausschuß dann erwarten darf, wenn wir das durchgehen, und auch Ihr Verständnis für die Vorschläge, die bei der Neureihung der Herr Minister oder seine Herren in der zuständigen Abteilung gemacht haben.

Auch hier, meine Damen und Herren, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, um dieses Programm zu verwirklichen. Ich habe im Vorjahr gleichfalls – ich darf das wiederholen – dazu gesagt: Neben dem Wohnbau – wenn ich das kurz zitieren darf – spielt für die Beschäftigungs-

politik in der Bauwirtschaft, aber auch bei der Verbesserung der Infrastruktur der Straßenbau eine sehr wesentliche Rolle.

Auch hier darf ich unsere Meinung als sozialdemokratische Parlamentsfraktion, aber auch als Vertreter der Bauarbeiter Österreichs zum Ausdruck bringen: Ich möchte dazu sagen, daß der Straßenbau nicht nur in den Fremdenverkehrsgebieten forciert werden darf, sondern daß sich die Hauptaufmerksamkeit in Zukunft mehr als bisher auf die Industriezonen konzentrieren muß. Dabei ist auf das Industriedreieck Wien–Linz–Graz im besonderen Rücksicht zu nehmen, da in diesen Regionen in der Oststeiermark, in Oberösterreich und in der Umgebung von Wien immerhin fast 4 Millionen Menschen wohnen und arbeiten.

Sehen Sie, genau das hat der Herr Bundesminister in seinem mittelfristigen Konzept, das er der Öffentlichkeit unmittelbar nach seinem Amtsantritt und auch bei jeder anderen Gelegenheit wieder vorgestellt hat, auch zum Ausdruck gebracht.

Ich darf noch einmal sagen, meine Damen und Herren, ich hoffe nur, daß Sie als Opposition bereit sind, nicht nur das aufzugreifen, was der Herr Minister dort an Positivem aufgezeigt hat, sondern auch mitzuhelpen, daß wir die entsprechenden Mittel, so wie er sie vorschlägt, auch zur Verfügung bekommen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Noch eine Bemerkung über den Wasserwirtschaftsfonds. Auch hier kann und muß ich feststellen, daß im Jahre 1980 die größte Mittelverteilung seit Bestehen des Fonds stattgefunden hat, und es ist absolut sicher, daß auch 1981 ein gutes Jahr für den Wasserwirtschaftsfonds sein wird. Aber auch dazu werden ja im einzelnen noch Kollegen von mir reden.

Ich glaube daher nicht, daß eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Keimel, der von einem drohenden Rückgang in diesem Bereich spricht, begründet ist. (*Abg. Dr. Keimel: Der Bundesbeitrag ist doch zurückgegangen um 13 Prozent!*) Na ja, darüber werden wir uns ja noch im einzelnen bei der Verteilung unterhalten können, Herr Kollege.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe schon erklärt, daß meine Kollegen – und ich darf das kurz wiederholen – im einzelnen zu diesen Problemen reden werden. Ich darf in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit abschließend feststellen:

Soweit man auf Grund der im Budget 1981 vorgesehenen Zahlen feststellen kann, gibt es keinen Grund für eine polemische und unsachliche Kritik am Bautenbudget. Es ist aber nichts

Babanitz

Neues – und ich darf das auch sagen und festhalten –, daß die Österreichische Volkspartei, vor allem ihre Bautensprecher, ob es nun der frühere Obmann Regensburger, der jetzige Bundesinnungsmeister Letmaier, solange er hier im Hohen Haus war, oder der Dr. Keimel, der Obmann des Bautenausschusses ist, diese Kritik durchführen. Bisher war es jedesmal so, daß auf der einen Seite das Bautenbudget immer wieder unsachlich kritisiert und als wirtschaftsfeindlich und hemmend hingestellt worden ist. Wenn man sich aber im Laufe des Budgetjahres die statistischen Unterlagen in der Bauwirtschaft angesehen hat, dann konnte man immer wieder feststellen, daß es eine gute Beschäftigungssituation gegeben hat und daß die Auftragssituation gut gewesen ist.

Auch das Baujahr 1980 ist so verlaufen: zu Beginn Kritik und die Feststellung von allen Seiten, daß viel zuwenig vorgesehen ist. Die Entwicklung hat dann gezeigt – ich habe es auf Grund der Zahlen bereits untermauert –, daß das Jahr 1980 für die Bauwirtschaft gleich gut wie 1979, das sicherlich kein schlechtes Baujahr war, verlaufen ist.

Ich darf feststellen, daß dies auch 1981 so sein wird. Es ist nun einmal seit mehr als zehn Jahren Tatsache, daß die Menschen unseres Landes zur Beschäftigungspolitik der Sozialisten und der sozialistischen Bundesregierung ein weit größeres Vertrauen haben als zur Opposition. Dies wurde nicht zuletzt durch die Wahlergebnisse immer wieder bestätigt. Auch für 1981 werden wir für eine gute Situation in der Bauwirtschaft sorgen, indem wir erwarten, daß eine gleichmäßige Auftragsvergabe erfolgt und daß vor allen Dingen – das habe ich bereits angeschnitten – auch die Preisdisziplin so vorhanden sein wird, daß die Mittel wirkungsvoll zur Anwendung kommen können.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, werden wir als Regierungsfraktion diesem Bautenbudget 1981 unsere Zustimmung geben, weil wir wissen, daß durch die Annahme und Durchführung dieses Budgets auch die Vollbeschäftigung für 1981 in der Bauwirtschaft gesichert erscheint. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Mag. Minkowitsch (der die Verhandlungsleitung übernommen hat): Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Probst. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine verehrten Damen und Herren! Wir haben einiges an Traurigem gehört in den letzten Stunden, Tatsachen hier, traurige Illusionen von der linken Seite, denen nur ein Fehler anhaftet: man spielt sie nicht, sie werden nicht wahr. Das Traurigste, Herr Kollege

Babanitz, war, daß wir jetzt vom Bautensprecher der Sozialistischen Partei bestätigt bekommen mußten, daß es hier nicht um die Budgetsanierung geht, daß die Budgetsanierung hier überhaupt nicht zur Diskussion steht. Das haben Sie gesagt, und das ist halt sehr traurig. (Zwischenruf des Abg. Babanitz.)

Das Bautenbudget – Ihr Lob recht schön und gut, Herr Kollege – hat auf jeden Fall eine geringere Steigerungsrate erfahren als das Gesamtbudget. (Abg. Babanitz: Das stimmt nicht!) Natürlich, es ist ein halbes Prozent geringer. Das, was dazukommt, wird allein durch die Finanzierung der Felbertauernstraße wieder aufgesogen, also bleibt es gleich, damit stagniert es, ist sogar geringer dotiert, und bei dieser Baupreisseigerung ist das natürlich wieder ein Manko. (Abg. Babanitz: Wer ist denn schuld an der Baupreisseigerung? Der Bundesminister?) Ja, Moment!

Da muß man sich mit dem Budget natürlich nach den Gegebenheiten richten, das ist ja das wesentliche. Das gehört auch in den Begriff Budgetwahrheit und nicht Budgetillusion oder Budgeträumerei und dort, wo es gar nicht mehr geht mit dem Träumen, wie immer die gleiche Flucht in die Vergangenheit. Es ist schade um die Zeit, darüber zu reden. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie kommen mit unvergleichbaren Vergleichen aus dem Jahre Schnee und wollen damit, ich weiß nicht wen, hinwegtäuschen. Jedenfalls helfen tut es nichts, es bringt uns um keinen Kilometer Autobahn und um keinen Kilometer Straße weiter. Wir haben hier über das Kapitel Bauten und nicht über das Kapitel verhinderte oder nicht stattgefundene Bauten zu sprechen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir reden auch über das Kapitel Technik, das in dieses Ressort gehört. Zum Schlagwort von der Akademikerschwemme erlauben Sie mir, daß ich einige Anmerkungen mache.

Wenn Sie die Rektoren der österreichischen Hochschulen hören, dann hören sie von diesen, daß das Verhältnis derer, die eine Universität frequentieren, zum Verhältnis jener, die ein Technikstudium an einer Technischen Universität angehen, 3 : 1 steht. Das krasseste Beispiel aller Technischen Universitäten ist das in Leoben. Auf der dortigen Montan-Universität studieren gerade zwei Drittel der möglichen Studentenzahl. Das heißt, sie ist nur zu zwei Dritteln ausgelastet, das sind 1 200 Studenten von 1 800 ohne weiters möglichen. Jeder dort promovierte oder graduierte Ingenieur hat bereits mit feuchtem Diplom im Schnitt drei Stellenangebote in der Tasche. Viele von ihnen folgen guten Angeboten ins Ausland.

Wir wissen heute schon, daß wir in fünf Jahren

5972

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Probst

in Österreich einen eklatanten Mangel an Technikern, an Diplomingenieuren haben werden. Ich weiß, daß wir hier über Bauten und Technik sprechen, ich habe das nicht verwechselt mit dem Wissenschafts- und Forschungsressort, aber es ist die Technik, die wir im technischen Zeitalter brauchen, und die Leute, die damit umzugehen imstande sind.

Es sind die Techniker, die uns den Übergang vom Industriezeitalter ins Computerzeitalter gestalten und erträglich machen sollen. Und es sind die Techniker in erster Linie neben den Politikern und der Gesellschaft als Ganzem, die uns hier in Österreich und in Europa in den Stand versetzen sollen, die technische Herausforderung der USA, auch Rußlands und vor allem Japans annehmen und bestehen zu können.

Es ist eine Frage unserer Einstellung zu diesen Dingen, eine Frage unseres Gemeinsinnes und Gemeinschaftssinnes in diesen Dingen und der Auffassung vom Stellenwert der Gesellschaft, den wir ihr geben, weil es doch sehr zu denken gibt, daß wir in Japan vergleichsweise gerade ein Viertel oder ein Fünftel jener Fehltage am Arbeitsplatz zu verzeichnen haben wie in Europa.

Wo steht Europa, wo steht Österreich heute auf diesem Sektor? Wir haben Rohstoffprobleme, die uns zu Alternativen in vielen Bereichen zwingen. Wir stehen unter immensem Konkurrenzdruck aus Billigländern. Ich glaube, daß wir ganz besonders darauf hinweisen müssen, daß wir hier nicht verschlafen dürfen, daß wir hier die Überfuhr nicht versäumen dürfen, daß wir hier keine Insel der Seligen bleiben können, denn hier geht es bei den andern um das nackte Geld, um das wirtschaftliche Überleben.

Wir haben hervorragende Techniker in Österreich, wir haben hervorragende – es ist viel darüber gesprochen worden – Straßenbauer in Österreich. Der Straßenbau ist in Österreich teilweise zur Fremdenverkehrsattraktion geworden. Ich denke an einige Brücken, ich denke an die Großglockner-Hochalpenstraße. Das sollte auch einmal gesagt werden.

Die Industrie der Zukunft wird es mit sich bringen, daß immer weniger Menschen immer mehr produzieren. So weiß man – zum Beispiel sei das nur erwähnt –, daß die Beschäftigungszahlen in der Autoindustrie in den nächsten Jahren auf ein Drittel bei gleichbleibender Produktion absinken werden, der Rest von zwei Dritteln wird elektronisch durch Modulsysteme etc. gesteuert. Eine geradezu makabere Vision, wenn wir an die Situation um das General Motors-Werk in Aspern denken.

In Amerika, dem klassischen Land der freien

Wirtschaft und des freien Unternehmertums, ringt sich der Präsident von Chrysler zu folgender Erklärung durch. Ich zitiere:

„Ich bin überhaupt nicht mehr sicher, ob es eine Zukunft für die private Automobilwirtschaft in den Vereinigten Staaten gibt. Ich habe die Situation in Japan studiert und erkannt, daß der Erfolg unserer Branche dort der gemeinsamen Planung von Staat und Industrie zu verdanken ist. Das ist nicht mehr die Unternehmerfreiheit, mit der wir immer gelebt haben und die uns zum Dogma wurde. Es handelt sich um etwas anderes. Wir werden es auch erlernen müssen.“

Das echte Problem, mit dem wir uns weltweit und natürlich auch bei uns in Österreich auseinanderzusetzen haben, liegt weniger in der derzeitigen Krise der Industrie, der Schwerindustrie zum Beispiel, als in den Zukunftsaussichten. Hier gilt es Vorurteile abzubauen, ideologischen Ballast abzubauen und nüchterne Analysen anzustellen, um die Zukunft gemeinsam zu meistern. Jene Gemeinsamkeit, zu der sich nunmehr, wie von Plakatwänden zu sehen, auch die Sozialistische Partei nach ihrem langen Irrweg des klassenkämpferischen Gegeneinanders zu bekennen scheint.

Die Lösung, der Weg, das gemeinsame Ziel heißt primär, wir brauchen mehr und qualifizierte Techniker. Zweitens: Wir brauchen mehr gemeinsame Planung und mehr gemeinsame Forschung. Mit „gemeinsam“ meine ich hier eine stärkere Einbeziehung staatlicher Förderungs- und Forschungsmöglichkeiten.

Es mag bei einem Freiheitlichen sonderbar erscheinen, wenn er hier den Ruf nach mehr Staat erhebt. Richtig! Aber ich glaube, das ist die wesentliche Aufgabe einer Gemeinschaft, eines Staates: daß sie dort eingreift, wo dringliche Probleme sind, und vor allem, daß sie dort eingreift, wo es um Forschung und Lehre geht. Das kann der Privatwirtschaft auf Dauer nicht allein überlassen bleiben. Das ist ein Schwerpunkt. Es gibt viele Beispiele dafür, wie das schon funktioniert, wie schon auf dem Wege der Subventionen Hervorragendes geleistet wird. Und es sei auch ein Schwerpunkt im Ministerium für Bauten und Technik.

Ich erinnere an eine Abteilung in Ihrem Ministerium, Herr Bundesminister, an das Technische Versuchswesen. Im Arsenal – das, meine Damen und Herren, scheint mir eine sehr beachtenswerte Tatsache zu sein – hat man die Zuwendungen von 7,5 Millionen Schilling im Jahr 1979 auf 6 Millionen Schilling im Jahr 1981 gesenkt. Das ist der sozialistische Blick in die gemeinsame Zukunft!

Wenn Sie sparen wollen, sollten Sie bitte woanders sparen. Im Arsenal steht ein Windka-

Probst

nal, in Graz wird ein zweiter gebaut, 44 Millionen Schilling Rohbau sind schon verbaut beziehungsweise stehen im Budget. Ich glaube, wir wissen alle, daß ein Windkanal in ganz Österreich genügt, denn der ist in Wien noch nicht ausgenutzt, obwohl dort von dieser internationalen Eisenbahngesellschaft ORE Versuche laufen. Das wäre eine Gelegenheit zu sparen.

Sparen und vor allem umschichten können Sie – das ist ein sehr interessantes Beispiel – beim Bundesstrombauamt. Dort haben Sie 800 Bedienstete, die im Jahre 1979 134,4 Millionen Schilling gekostet haben und die für 1981 mit 158,5 Millionen Schilling veranschlagt sind. Die Donauausbaustufen sind im Fertigwerden, sind abgeschlossen. Daher könnte man doch dieses Amt auslaufen lassen, denn dort braucht man die Leute ja nicht mehr. Das sind doch Aufgaben, die von den diversen Sperren beziehungsweise Kraftwerken erledigt werden sollten und können.

Es ist doch ein echter Jammer, daß wir heute noch drei Werkstätten in Aschach, in Nußdorf und in Deutsch Altenburg stehen haben.

Das erinnert mich beziehungsweise sollte mich nicht erinnern an jene Geschichte aus Italien, als man vor wenigen Jahren draufkam, daß dort noch immer ein Amt für die Verwaltung der Kolonie Somalia bestand, obwohl es seit dreißig Jahren keine Kolonie Somalia mehr gegeben hat. Die Beamten haben dort sehr fröhlich gelebt und haben sich bezahlen lassen. Das sollte uns in Österreich erspart bleiben, meine Damen und Herren.

800 Bedienstete mit einem Betrag von 158,5 Millionen Schilling sinnvoller einzusetzen – es handelt sich zum Großteil um qualifizierte Menschen – oder auslaufen zu lassen, das sind echte Ersparungen, ich glaube, das ist direkt eine Sensation.

Meine Damen und Herren! Eine weitere Möglichkeit, sinnvoll zu arbeiten, ergäbe sich mit dem Normungsinstitut, das ebenfalls dem Bautenminister untersteht. 1979 waren dann 900 000 S eingesetzt, 1981 sind es noch 250 000 S. Und dabei steht eine Normengesetz-Novelle seit 1973 an, denn im § 2 Abs. 2 des Normengesetzes 1971 wird die rechtzeitige Anpassung der Önornen an den jeweiligen Stand der Wissenschaft und Technik sowie an die wirtschaftlichen Gegebenheiten verlangt. Das steht seit 1973 an, und nichts ist geschehen. Man hätte sich viel an Ärger, an Arbeit, an Streiterei erspart, sogar im eigenen Ressort, man hätte sich einen Großteil der Arbeit am Staatsvertrag nach Artikel 15 a erspart. Man hätte sich viel Leerlauf erspart – Frau Staatssekretär, erinnern Sie sich, wir

mußten im Herbst noch einmal von vorne beginnen mit den bauphysikalischen Maßnahmen –, hätten wir das rechtzeitig vorangetrieben, man hätte sich ein Tohuwabohu an physikalischen und gesetzlichen Bauvorschriften ersparen können.

Die Dampfdiffusion ist nicht geregelt. In der Önorm steht, es darf keine geben. Na, schön wär's.

1974 schlug Ihr Vorgänger, Bautenminister Moser, ein Österreichisches Institut für Bauforschung vor. Er hat das gefordert. Ich darf hier fragen: Wo steht dieses Institut? Ich habe es nicht finden können.

Für die allgemeine Bauforschung haben Sie 575 000 S eingesetzt. Das ist wieder ein Zeichen und ein Hinweis auf Ihre Einstellung zu diesen Problemen, meine Damen und Herren.

Frau Staatssekretär! Sie haben selbst gesagt: Die Wohnbauforschung blieb bisher ohne normativen oder gesetzlichen Niederschlag. Es sind keine Konsequenzen eingetreten. – Richtig! Und trotzdem haben Sie das Wort „Forschung“ gestrichen und die Opposition zu einem Veto gezwungen gegen diese Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes 1968, weil wir einfach nicht wollen, daß aus jedem Parteisekretariat in Zukunft eine Informationszentrale oder eine Informationsstelle für Wohnbau wird.

Die Menschen, die jedes Wochenende aus ihren unbehaglichen, teilweise lieblos konzipierten und zu kleinen, zu wenig von Forschungsergebnissen mitbestimmten Wohnungen im Auto entfliehen, sind eine Volksabstimmung – jedes Wochenende –, die uns zu denken geben sollte. (*Beifall bei der FPÖ*)

1,6 Millionen Österreicher, und das ist ein sehr erheblicher Prozentsatz, fühlt sich gestört durch Lärm. Ein weiterer schwerer Mangel. Auch nirgends zu finden, fehlt ebenfalls, das ist der Schallschutz im Sinne von Trittschallschutz: Es gibt in der Steiermark einen Schallschutzmäßwagen, der als quasi begleitende Kontrolle fast jeden Neubau kontrolliert. In den ersten Jahren haben sich die Techniker dort nicht gescheut, einen fertigen Estrich aufzureißen, um den damit beschäftigten Baufirmen zu demonstrieren, wo der Fehler liegt. Das hat mit sich gebracht, daß diese bauausführenden Firmen ein besonderes technisches Know how und viel Erfahrung gesammelt haben. Eine derartige Einrichtung ist in Europa einmalig, ausgenommen Holland.

In Österreich wird kaum bis nirgends kontrolliert. Oder es wird meistens Schallschutzgruppe 1 verlangt, das ist Null-dB-Trittschallschutzmaß. In der Steiermark werden plus 15 dB verlangt.

5974

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Probst

Das Verhältnis eines Wohnungsinhabers in Wien und in der Steiermark ist, was die Belästigung von oben betrifft, etwa 3 zu 1, das heißt, der Wiener erleidet dreimal mehr Lärm vom Nachbarn oberhalb als der Steirer. Das ist Lärm vom Stöckelschuh, von Holzschuhen, vom Radio oder vom Fernseher. Und wie lästig der sein kann, wissen wir.

Die Wohnsituation ist für 90 Prozent der Österreicher eine unbefriedigende, und das drückt doch im wesentlichen das Maß der Lebenszufriedenheit aus. Die erste eigene Wohnung ist doch das Schlüsselerlebnis im Leben eines jeden Menschen. Der Wohnbau ist infolgedessen ein ganz besonders wichtiger Teil jeder Sozialpolitik.

Heute ist der soziale Wohnbau ein Widerspruch zu den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung. Das Hauptproblem beginnt schon bei der Förderungslücke zwischen den sozial ganz tiefen Schichten und den hohen Schichten. Die sozial Schwachen haben Anspruch auf eine Subjektförderung bis zu einer gewissen Grenze, und die sozial Starken brauchen keine Förderung, die können sich die Wohnung selbst finanzieren. Die große Masse in der Mitte fällt durch, die bekommt keinerlei zusätzliche Förderung. Für die ist eine Wohnung mit 30, 40, bis 52 S pro Quadratmeter pro Monat natürlich illusorisch geworden, das ist unmöglich, daß man sich so etwas leisten kann. Das ist asozialer Wohnbau, aber kein sozialer Wohnbau, meine Damen und Herren, das kann nicht oft genug wiederholt werden. Hier liegt das ganz große Versagen.

Und ich frage mich: Wenn Sie diese Tatsachen erkannt haben und dann noch immer kein Konzept auf dem Tisch liegen haben, wo ist die gesamtgesellschaftliche Solidarität, von der Sie sprechen, die Grundlage jeder Sozialpolitik? Das ist ein Maß von extremer Ungleichheit, wie es ärger nicht vorstellbar ist, und eine Frage wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit.

Ich habe schon einmal ein System einer gleitenden Rückzahlung für jene, die sozial bessergestellt sind, vorgeschlagen. Ich darf das wiederholen. Die Frau Staatssekretär hat es in ähnlicher Form auch einmal gebracht. Ich habe im Ausschuß vorher schon erklärt, man müßte einen Weg finden, der es ermöglicht, daß jene nunmehr Bessergestellten ihre Förderungsbeiträge behutsam gleitend rascher zurückzahlen, das heißt, daß hier keine marginalen Grenzen gesetzt werden, sondern daß im zumutbaren Maß eine soziale Gerechtigkeit hergestellt wird. Denn wo liegt denn der Unterschied zwischen einer Wohnung, die 10 oder 15 Jahre alt ist und

1 000 S kostet, und einer neuen Wohnung, die 4 500 bis 5 000 S im Monat kostet? Der Unterschied ist der, daß diejenigen, die 1 000 S zahlen, sich die Wohnung sehr leicht leisten können, während es für jüngere Starter heute vollkommen unmöglich ist, 4 000 oder 5 000 S hinzulegen, wo wir wissen, daß der Wohnaufwand bereits bis zu 35 Prozent im Monat beträgt.

Meine Damen und Herren! Hier müßte man ansetzen, in gleitender Form die Stützungen, die Zinsenstützungen zurückzunehmen, in gleitender Form die Beiträge erhöhen, vor allem dort, wo es sozial keinerlei Nachwirkungen negativer Art hat, dort, wo es ohneweiters zumutbar ist. Man soll denen, die mehr haben, nichts wegnehmen, sondern soll die Möglichkeit schaffen, daß jene, die wenig haben oder gar nichts haben, wenigstens zum Grundrecht eines Daches über dem Kopf kommen! (*Beifall bei der FPÖ*.)

Ich habe mir die Budgetdebatte des vorigen Jahres durchgeblättert. Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Sie haben von einem Wohnbaukonzept gesprochen, das sie auf den Tisch legen werden. Ich habe auch hier noch keins gesehen. Ich bitte, mich zu informieren: Wo ist das? Wann kommt es endlich?

1970 haben Sie viel mehr Wohnungen versprochen, als vorher gebaut wurden. Sie haben gesagt, Sie werden jährlich um weiß Gott wieviel tausend Wohnungen mehr bauen.

Herr Bundesminister! Sie haben um 60 000 Wohnungen in diesen elf Jahren zu wenig gebaut! Das ist keine Statistik, sondern das ist eine Tragödie für 60 000 österreichische Familien! Halten Sie sich das bitte vor Augen! Das ist kein Wahlgag! (*Zustimmung bei der FPÖ*) Wo sind die Wohnungen?

Es wurde ebenfalls von höchster Stelle bestätigt, daß es in Österreich 1,9 Millionen Wohnungen gibt, aber nur 1,6 Millionen Haushalte. Das macht eine Differenz von 300 000 Wohnungen.

Wenn wir nur einen Teil von diesen Wohnungen auf den Markt bekommen könnten, wäre das eine Lösung auf einen Schlag. Und warum bekommen wir die nicht auf den Markt? Weil die Mietengesetz-Gesamtsituation dagegen spricht! Weil niemand es riskiert – ich habe das schon einmal gesagt, ich werde es immer wieder wiederholen –, eine Wohnung zu vermieten, weil die gesetzliche Lage ihn davor abschreckt, weil er nicht weiß, wann er die je zurückkriegen kann.

Hier brauchen wir ein Umdenken, und zwar mehr Gemeinschaftsdenken und weniger Klas-

Probst

sendenken, meine Damen und Herren von der Linken!

Ein weiteres wesentliches Problem wäre die Inangriffnahme einer wirklich auf breiter Ebene geförderten Altstadt- oder Althausbestandssanierung, ganz egal, wo das steht, ob in einer Stadt oder in einem Dorf. Das wäre ungeheuer wichtig, wie obiges Beispiel zeigt. Denn vor allem unsere Wohnungen in den Altstädten haben es dringend notwendig, saniert zu werden. In vielen Fällen haben wir es nicht mehr mit einem quantitativen, sondern im wesentlichen mit einem qualitativen Fehlstand zu tun.

Eine weitere Kompetenz, die in Ihr Ressort fällt, Herr Bundesminister, ist die Erhaltung von Bundesgebäuden. Hier erscheint die Situation besonders arg und besorgniserregend. Der Rechnungshof spricht von einem Erhaltungsbeitrag von 62 S pro Kubikmeter Bundesgebäude. Sie haben im Juni 1980 erklärt, daß Sie dafür 19,40 S zur Verfügung haben. Im Ausschuß vor 14 Tagen haben Sie gesagt, daß Sie 18,35 S zur Verfügung haben. Die Situation wird also anscheinend von Woche zu Woche trauriger.

Welche Finanzierungsvorschläge hat der Herr Bundesminister bisher erarbeitet, um hier zu helfen? Ist die Situation überhaupt noch in den Griff zu bekommen, oder sollen wir uns um mehr Abbruchunternehmen umschauen? Der Wert der zu erhaltenden Bundesgebäude – dazu gehören immerhin die Juwelen österreichischer Baukunst – liegt bei 41,2 Milliarden Schilling. Das sollten wir uns auch vor Augen halten und nicht vergessen. Soll all das zugrunde gehen?

Welche Reform des Vergabewesens streben Sie an, Herr Bundesminister? Das sind alles Fragen, die Sie selbst angezogen haben. Die Vergabemisere: Der Rechnungshofpräsident ist für eine gesetzliche Grundlage eingetreten. Ihr Ministerialrat Housak sprach sich dagegen aus, wie Schlagzeilen beweisen. Die Reform des Vergabewesens ist eine wesentliche Frage für Ihr Ressort. Das bisherige System hat einfach nicht zufriedenstellend funktioniert – ich muß doch hier nicht die Beispiele aufzählen, die Sie alle kennen –, und zwar trotz aller Diskussionen, trotz aller Pro und Kontra. Das kann doch niemand bestreiten. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Werden Sie, Herr Bundesminister, wie auch in Schlagzeilen angekündigt wird, in Ihrem Bereich die begleitende Kontrolle bei größeren Bauvorhaben einführen? Wann kommt das? Wann hören wir davon, wie das geschehen wird?

Sie haben uns gestern einen Ministerialentwurf und eine Dringlichkeitsreihung das Straßenkonzept betreffend zugestellt. Von gestern auf heute ist das in seiner Gesamtheit natürlich

nicht qualifizierbar, nicht beurteilbar. Aber daß es Verschlechterungen gebracht hat, sehen wir auf den ersten Blick.

Ich sehe das an der Reihung auf der Karte, was die Autobahnen und Schnellstraßen anbelangt. Sie haben zum Beispiel – das hat es früher auch noch nicht gegeben – die Verbindung zwischen der Südautobahn und der Westautobahn als fertiggestellt dargestellt, was noch nicht der Fall ist. Sie ist gerade erst in Bau. Das heißt, man wäre der Meinung, daß schon viel mehr fertig ist. Das Stück von der Südautobahn zur Westautobahn zum Beispiel ist nicht fertig. Das gleiche ist mir bei der Strecke Hartberg–Ilz aufgefallen. Dort ist auch von einer Fertigstellung oder einem Bau nicht die Rede, das wird aber gleichgestellt.

Die Gürtelautobahn in Wien ist im Ministerialentwurf weg. Wir waren dagegen. In der Dringlichkeitsreihung ist sie noch drinnen und hat Stufe 2. Verschiedene Autobahnen und Schnellstraßen sind im Ministerialentwurf eliminiert, in der Dringlichkeitsreihung sind sie noch vorhanden. Das ist möglicherweise aus technischen Gründen verständlich. Aber sofort muß hier die Forderung erhoben werden, daß nach Behandlung des Ministerialentwurfes selbstverständlich eine neue Dringlichkeitsreihung aufgestellt wird, sonst hat sie ja gar keinen Sinn.

Daß die Dringlichkeitsreihung auch Illusion ist, zeigen einige Beispiele, die sich in der Tabelle 9 finden, wo es um die Kilometermaße geht. In der Dringlichkeitsstufe 1 sind von 200 seit 1972 vorgeschlagenen Autobahnkilometern 140 fertiggestellt worden, 60 sind noch nicht gebaut. Bei Dringlichkeitsstufe 2: 43 km. Sogar die Dringlichkeitsstufen 3 und 5 wurden ausgebaut, insgesamt: 102 km. Wenn das geschieht, dann frage ich mich: Welchen Sinn hat eine Dringlichkeitsreihung?

Bei den Schnellstraßen wurden in der Stufe 1 ebenfalls 53 km ausgebaut. Bei den vielen hier angeführten Kilometern Bundesstraßen will ich hoffen, daß es sich bei den nicht dringlichen Vorhaben um Reparaturen und nicht um Neubauten handelt.

Herr Bundesminister! Ich möchte sagen: Sehr vieles von dem, was sich der österreichische Kraftfahrer, der österreichische Wohnungssuchende, der österreichische Staatsbürger bei Ihrem Einzug ins Ministerium erhofft hat, sind Sie schuldig geblieben.

Vieles hat man Ihnen beim Budget 1980 nachgesehen, weil Sie noch zu frisch im Amt waren. Es ist ein Jahr vergangen. Die Schlagzeilen allein, die Ihre Ankündigungen ausmachen, sind enorm und imposant. Sehr enorm und sehr imposant ist leider auch das, was in all den Jahren

5976

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Probst

nicht gebaut wurde, denn das glaubt man nicht, daß so etwas möglich ist. Daß es für uns selbstverständlich ist, diesem Budget unsere Zustimmung zu versagen, das muß nicht extra erst betont werden. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Bauten und Technik Sekanina: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf in Kürze – ich hoffe, daß mir das gelingt – auf die in der ersten Debattenrunde aufgeworfenen Fragen Antwort geben. Grundsätzlich darf ich vorerst sagen – es sei mir erlaubt, eine persönliche Meinung zu äußern –: Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Sie haben mehrmals die Auffassung vertreten, daß ich ein gestörtes Verhältnis zum Parlament oder zum Parlamentarismus hätte.

Sie haben weiters erklärt, daß ich an keiner Sitzung des Bautenausschusses teilgenommen habe. Sie haben im Rahmen Ihrer Ausführungen ohne Zweifel großes Gewicht auf eine persönliche Attacke gelegt; eine Vorgangsweise, die Ihnen selbstverständlich unbenommen bleibt. Ich kann von dieser Position aus nur als Regierungsmittel – ich bin mir durchaus meiner Möglichkeiten bewußt – antworten.

Allerdings füge ich persönlich hinzu: Es wäre ein Akt der Fairneß gewesen, wenn Sie den Damen und Herren des Hohen Hauses auch mitgeteilt hätten, daß ich mich für einen bestimmten Zeitraum dieser Bautenausschusssitzung bei Ihnen persönlich entschuldigt habe, und zwar aus familiären Gründen.

Zum zweiten, Herr Abgeordneter Keimel, darf ich ordnungsgemäß den Damen und Herren des Hohen Hauses berichten, daß ich mich in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses, wo ich mit derselben Problematik, Ihrerseits ausgesprochen, konfrontiert wurde, in aller Form entschuldigt habe, weil ich offensichtlich eine Vorgangsweise akzeptiert habe im Hinblick auf eine gewisse Kompetenzzuständigkeit. Aber ich meine, daß diese meine Vorgangsweise gegenüber einem Abgeordneten des österreichischen Parlaments korrekt gewesen ist, und bitte zu urteilen, ob ich dieses gestörte Verhältnis habe. Das wäre ja erst bei den kommenden Sitzungen des Bautenausschusses möglich. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich wiederhole aber auch – Herr Abgeordneter Dr. Keimel, Sie werden sich genauso wie ich daran erinnern – meine Formulierung im Finanz- und Budgetausschuß, indem ich gemeint habe: Ich bin nach mehr als 17jähriger Tätigkeit in diesem Hohen Hause durchaus

imstande, auch Kritik zu verkraften, aber mir zu sagen, daß ich ein gestörtes Verhältnis zum Parlamentarismus hätte, wage ich . . . (Abg. Dr. Keimel: Ich habe bewußt gesagt, als Minister zum Bautenausschuß!) Ja die Nuancierungen kommen in der Öffentlichkeit nicht so genau heraus, Herr Abgeordneter Dr. Keimel. Ich habe ja nicht die Möglichkeit, da unten wäre es mir leichter. Aber ich werde mich bemühen, diesem Umstand immerhin Rechnung zu tragen.

Nun zu den fachlichen Fragen, die Sie erwähnt haben, Herr Abgeordneter Dr. Keimel. Ich darf darauf in Kürze eine Antwort geben.

Zum ersten haben Sie den hier anwesenden Damen und Herren gesagt, ich hätte zum Beispiel dem Abgeordneten Kollegen Dr. Schwimmer auf Grund seiner Anfragen keine Antwort gegeben. Ich darf bitte für meinen Teil feststellen: Hier habe ich die schriftlichen Unterlagen über die Antworten, die ich gegeben habe.

Es ist durchaus möglich, daß irgendwo eine unbeantwortet blieb, aber ich kann mir vorstellen, daß der Kollege Dr. Schwimmer durchaus in der Lage ist, das bei mir zu urgieren. Ich habe geantwortet – ich bitte Sie, im Hinblick auf Ihre Bemerkungen nicht darauf zu vergessen. – Über die Vorsorgen für Behinderte in Bundesgebäuden. Ich habe dem Herrn Dr. Schwimmer geantwortet auf die Frage: Welchen Bereich umfassen die Unverträglichkeitsuntersuchungen für die B 223, Flötzersteigstraße? Ich habe zum dritten dem Herrn Abgeordneten Schwimmer geantwortet: Haben Sie ein Konzept für die Beseitigung des Mangels an Turnräumen bei den Bundeschulen im allgemeinen, ist zum Beispiel für eine Behebung dieses Mangels beim BG Bundesrealgymnasium 2 in Wien vorgesorgt? Das ist sein Mandatsbezirk, deswegen hat der Herr Kollege Dr. Schwimmer mich gefragt.

Ich habe des weiteren geantwortet dem Herrn Kollegen Dr. Schwimmer auf die Frage die Umweltbelastung betreffend, des weiteren geantwortet auf die Frage, sind Kurzparkzonen auf Bundesstraßen unzulässig und in sehr umfassender Form mit drei Punkten geantwortet auf das Problem Brigittenauerbrücke. (Abg. Dr. Schwimmer: Habe ich nicht bekommen!)

Ich stelle das also fest bitte. Vielleicht gibt es hier einen administrativen Mangel, ich bin also gerne bereit, das zu revidieren.

Aber ich möchte also auf die Fragen antworten, die Sie gegeben haben.

Darf ich bitte auch im Zusammenhang mit der von Ihnen etwas unterschwellig in der Formulierung aufgeworfenen Frage des Mitarbeiters in meinem Büro hinweisen.

Herr Dr. Talirz war bisher beschäftigt bei der

Bundesminister Sekanina

Arlberg-Straßen-AG. Herr Dr. Talirz ist ein im Straßenbau durchaus anerkannter Fachmann. Er ist also bitte nicht betraut mit politischen Funktionen, wie Sie das gemeint haben, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, sondern er ist beauftragt mit fachlichen Aufgaben, die in diesem Ressort und in meinem Ministerium auftreten, und ich hielte es durchaus für gerechtfertigt, daß man zumindest ausschließt, daß er aus politischen Gründen agiert. (Abg. Dr. Keimel: Aus konzeptiven!) In diesem Ressort – soweit es mich betrifft – darf ich feststellen, das ist meine Antwort, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, es bleibt Ihnen unbenommen, das zu akzeptieren oder nicht; aber es bleibt bitte auch mir unbenommen, auf Ihre Fragen Antwort zu geben, das erwarten Sie von mir.

Herr Dr. Talirz ist absolut Fachmann, ich stehe voll hinter ihm, und ich habe also nicht in unserem Ministerium festgestellt, daß es hier mit den leitenden Herren der zuständigen Sektionen in diesem Zusammenhang irgendeine Kontroverse gibt, wie ich überhaupt feststelle, daß ich mit den Sektionsleitungen, aber auch mit den untergeordneten Stellen, aber auch mit der Personalvertretung ein völlig ungestörtes Verhältnis habe. Ich halte die Tätigkeit, darf ich mir als Antwort erlauben, des Herrn Dr. Talirz als außerordentlich notwendig und wichtig.

Des weiteren, Herr Dr. Keimel, haben Sie gemeint, ich zeige keine Gesprächsbereitschaft – Ihre Formulierung – hier im Hohen Haus. Diese Formulierung, darf ich als Antwort feststellen, ist nicht ident mit den Aussagen der Landeshauptleute. Ich habe mich in diesem einen Jahr, knapp einem Jahr, meiner Tätigkeit bemüht, möglichst rasch diesen Kontakt mit den verantwortlichen Politikern auf Landesebene zu finden, die letztlich für den Straßenbau zuständig sind.

Ich darf zitieren, daß Herr Landeshauptmann Dr. Keßler von Vorarlberg und auch der dort zuständige Straßenbaureferent Herr Landesrat Dr. Rümmele auch bei der letzten Eröffnungsfeierlichkeit in Vorarlberg auf dieses gute Einvernehmen verwiesen haben. Ich kann durchaus feststellen, daß das nicht über meine Aufforderung notwendig gewesen ist, sondern daß das bitte von den maßgeblichen Persönlichkeiten selbst getan wurde.

Ich stelle fest, daß es durchaus eine ausgezeichnete Gesprächsbereitschaft und auch Praxis im Bereich des Bundeslandes Tirol. Der Herr Landeshauptmann Wallnöfer wird das uneingeschränkt bestätigen.

Ich habe gestern erst mit dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer und Landeshauptmann Maurer ein Gespräch geführt über aktuelle

Fragen, und die verantwortlichen politischen Funktionäre und auch der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer werden mir dieses ausgezeichnete Verhältnis und Kontaktverhältnis, besser gesagt, bestätigen, er hat das in aller Öffentlichkeit mehrmals getan.

In dem Zusammenhang darf ich gleich eine weitere Frage beantworten, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, nämlich die meiner Aktivität in Richtung EWG. Ich habe die notwendigen Gespräche geführt mit dem österreichischen Botschafter bei der EG, ich habe auch Gespräche geführt, weil es da einen Zusammenhang gibt, um das nur global zu sagen, mit dem italienischen Botschafter, ich habe erst gestern dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer den Vorschlag gemacht, den er akzeptiert hat, daß wir im Jänner uns an die EG wenden, weil es hier vor allem um den Bereich der Pyhrn Autobahn geht und wir in einer persönlichen Vorsprache auch mit dem neuen Vorsitzenden der Kommission diese Frage aktualisieren, weil wir eben darauf verweisen, daß über Österreichs Transitstraßen 14,5 Millionen Tonnen Güter transferiert werden, weil wir darauf verweisen, daß das mehr ist als in Jugoslawien, in der Schweiz, in Griechenland und Türkei zusammengekommen, weil wir darauf verweisen, daß Österreich nur 0,4 des Gebietes dieser genannten Staaten aufweist. Unsere 14,5 Millionen Tonnen Transitzgüter sind also mehr, als die bekannterweise weitaus größere Bundesrepublik Deutschland verkraften muß, die ja nur ein Aufkommen von 8,5 Millionen Tonnen aufweist.

Ich habe aber durchaus in diesen knapp zwölf Monaten Wert darauf gelegt, mit den Repräsentanten der Bauindustrie die Kontakte zu pflegen, und der Vorsitzende dieses Fachausschusses, der Herr Generaldirektor Dr. Herböck, wird Ihnen das sicherlich bestätigen.

Ich habe erst vor wenigen Tagen im Rahmen der Bundeshauptversammlung der Bundesinnung des Baugewerbes im Hotel Intercontinental zu den dort versammelten Delegierten sprechen können, und es wurde mir dort vom Präsidium aus, aber auch von den Delegierten bestätigt, daß sie also mit großer Genugtuung registrieren den ausgezeichneten Kontakt, den ich gerade mit diesen Bereichen pflege. Ich stelle das fest, ohne in irgendeiner Form die Dinge besonders hervorzuheben. Aber als Antwort auf Ihre Argumentation, Herr Dr. Keimel, erscheint mir das durchaus richtig und zielführend.

Dringlichkeitsreihung erst gestern übermittelt. Ich bitte also, ich darf daran erinnern, Herr Dr. Keimel, ich habe bei der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses Ihnen den Rohentwurf gezeigt auf eine entsprechende Anfrage eines

5978

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Bundesminister Sekanina

der dort anwesenden Abgeordneten und habe erklärt, daß wir bemüht sind, möglichst rasch noch vor der Behandlung im Plenum des Kapitels Bauten und Technik die gedruckten Unterlagen zu übermitteln. Dem haben wir Rechnung getragen.

Ich bitte um Verständnis, daß die Erstellung dieser Dringlichkeitsreihung von uns nicht beeinflußbar ist, daß das bitte von maßgeblichen Wissenschaftlern praktiziert und realisiert wird, daß wir dann bitte den Rohentwurf redigieren mußten und dann der technische Ablauf des Druckens, was auch geläufig ist. Und es war also bitte nur unsere Absicht, das so rechtzeitig noch zu tun, daß wir diese Fünf-Jahres-Frist einhalten, eine Jahresfrist, die ja vom Parlament festgelegt wurde.

Bei der Gelegenheit, meine Damen und Herren, darf ich zum Problem der Dringlichkeitsreihung noch folgendes bemerken:

Ich werde mir erlauben, bei einer der nächsten Sitzungen des Bautenausschusses darauf Bezug zu nehmen, nämlich auf das Problem, ob diese Form der Aktivität im Hinblick auf die Dringlichkeit des Ausbaues von Straßenzügen, ob diese Form weiter praktiziert werden muß. Das Erstellen dieser Dringlichkeitsreihung verursacht einen Kostenaufwand in der ungefähren Größenordnung von 60 Millionen Schilling. Und es ist halt die Frage, ob dieser Aufwand notwendig ist, sinnvoll, zweckmäßig und zielführend schon deswegen, weil die tatsächlichen Aussagen nicht ident sind mit den hier beinhalteten Aussagen, weil ja im Rahmen einer entsprechenden Diskussion mit den beteiligten Bereichen – sprich Bundesländer – es zu einer gewissen Revision kommt. Das führt auch zu der Erscheinung, die Sie, Herr Abgeordneter Probst, aufgezeigt haben, daß hier so Dringlichkeiten vorgezogen wurden beim Ausbau, nämlich weitaus zurückgereichte Straßenzüge gegenüber jenen, die also eine andere Wertigkeit in der Reihung haben. Aber hier wirken sich ohne Zweifel das Bedürfnis, die Aktivität und Initiativen der Bundesländer aus.

Auch sehr sichtbar der Ablauf im Straßenbau im Hinblick auf die Regionen, nämlich deswegen sichtbar, weil die Westregion Österreichs, wie ich mehrmals betont habe, bereits über 80 Prozent des Autobahnnetzes ausgebaut hat, die Mittelregion bei ungefähr 39 Prozent liegt, Mittelregion meine ich Oberösterreich, Steiermark und Kärnten, und die Ostregion mit Wien, Niederösterreich und Burgenland eine prozentuale Größenordnung von 42 Prozent aufweist.

Das Problem des Finanzkonzeptes, aber auch überhaupt der Konzeption in diesem Ressort,

Herr Abgeordneter Dr. Keimel, darf ich bitte in Kürze erläutern.

Erstens habe ich nach wenigen Monaten mir erlaubt, ein mittelfristiges, heute noch gültiges Konzept vorzulegen.

Zum zweiten habe ich im Laufe der Zeit nach den vielen Gesprächen mit den verantwortlichen Funktionären und Politikern der Bundesländer im Bereich des Bundesstraßenbaus auch analysiert, welche Straßenzüge denn wirklich den Vorrang genießen müssen. Hier stelle ich vor allem fest, daß nach mehrmaligen Gesprächen mit dem Herrn Landeshauptmann der Steiermark Dr. Krainer die durchaus von allen goutierte Auffassung vertreten wurde, daß die sogenannte Industriestraße oder die Mürz- und Murfurche, die Schnellstraße 6 und die Schnellstraße 36 vorrangigen Charakter haben.

Ich habe ein fix und fertiges Konzept vorliegen, das vor allem auch unter der Mithilfe des Herrn Dr. Talirz entstanden ist, wie diese Frage realisiert werden könnte. Natürlichweise ist die finanzpolitische Konzeption dabei auch Gegenstand kommender Verhandlungen.

Ich habe gestern mit den Herren Landeshauptleuten Krainer und Maurer ein Gespräch geführt über das Problem des Wechselüberganges, das heißt der Fortsetzung des Baues der Südautobahn, der A 2, nach Grimenstein Richtung Friedberg oder Hartberg, wissend, daß im Jahre 1982 die Autobahn Süd bis Grimenstein ausgebaut sein wird. Dort entsteht dann ein Riesenproblem im Hinblick auf die Durchfahrt oder die Umfahrung von Grimenstein.

Im Interesse der dort wohnenden Bevölkerung ist es notwendig, nach 1982 sofort die Fortsetzung zu bauen, und es ist sicherlich sinnvoll, so weit fortzubauen, daß der fließende Verkehr möglichst in ein nachrangiges Straßennetz abgeleitet werden kann. Für meine Person sinnvoll erscheint es, darf ich sagen, diese Teilstrecke überhaupt zur Gänze auszubauen, um endlich auch die seit vielen Jahren auftretende Problematik im Hinblick auf die Südautobahn zu erledigen und positiv zu realisieren.

Im Zusammenhang mit der Führung der Trasse gibt es zwei Vorstellungen. Erstens die bereits projektierte Amtstrasse und die von mir initiierte, im Ausbau reduzierte Trasse, die dazu führt, daß es zu einer Mitteleinsparung in der Größenordnung von rund 1,3 Milliarden Schilling kommen könnte.

Die Mitarbeiter meines Ressorts, vor allem der Straßenbausektion, vertreten die Auffassung, daß die von mir vorgeschlagene Variante doch einige Bereiche beinhaltet oder einige fachliche

Bundesminister Sekanina

Fakten beinhaltet, die noch zu überdenken sind und die von ihnen aus im jetzigen Zeitpunkt nicht goutiert werden können. Aus diesem Grunde habe ich gestern den beteiligten Landeshauptleuten zugesagt, daß ich zuerst der Sektion die Unterlagen übermittel und über die Sektion das dann an die Landeshauptleute weitergeht und an die Landesbaudirektionen. Das ist eine weitere Aktivität.

Soweit es die Pyhrn Autobahn betrifft, habe ich bereits darauf verwiesen, welche Bedeutung sie für uns hat.

Herr Dr. Keimel, Sie haben die Meinung vertreten, daß wir 1981 nur 18 Kilometer oder 17 Kilometer – nach Ihrer Formulierung – Autobahnen eröffnen und 7 Kilometer Schnellstraßen. In der Praxis stimmt das nicht, aber da gibt es einen Umstand, weil nämlich die Wallgau Autobahn erst nächstes Jahr eröffnet wird. Aber ich will das gar nicht konstruieren. Wir hätten angenommen, daß das heuer noch geht, aber durch bestimmte Abläufe verzögert sich das um einige Wochen oder Monate.

Nur darf ich hier mit aller Deutlichkeit auch darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, daß das Eröffnungsvolumen pro Kalenderjahr nicht ganz der Wertmaßstab der Aktivitäten im Bundesstraßenbau ist, denn sonst hätte man gleich sagen müssen – und im Jahre 1982 werden 83 Kilometer Autobahnen eröffnet –, das ist das zweitgrößte Volumen seit 1958, zu diesem Zeitpunkt hat man nämlich 117 Kilometer am Beginn des österreichischen Autobahnbaues eröffnet.

Aber es liegt in der Natur der Sache, hängt von der Länge und von der Ausbaugröße des einzelnen Straßenzuges ab, und es ist sicherlich eine Frage, die man so, meine ich, wie Sie das interpretiert haben, nicht formulieren kann, weil es hier bestimmte Umstände gibt.

Des weiteren wurde unter anderem auch von Ihnen erklärt, der Bundesbeitrag für den Wasserwirtschaftsfonds ist erneut um 13,7 Prozent zurückgegangen. In einer einzigen Position, bitte, in einer einzigen Position, erlaube ich mir zu sagen, ist die korrekte Formulierung, da es in den anderen Positionen durchaus zu Verbesserungen gekommen ist. Ich stelle hier fest – Herr Abgeordneter Dr. Keimel, ich kann nur auf Ihre Fragen antworten, ich habe nicht die Chance einer Zwischenbemerkung –: Die aktuelle Situation des Wasserwirtschaftsfonds habe ich, bitte, auch im Ausschuß, im Finanz- und Budgetausschuß erwähnt, ich darf sie wiederholen für die Damen und Herren des Hohen Hauses.

Im Zeitraum 1959 bis 1980 beträgt das Förderungsvolumen 37 Milliarden Schilling. Hier entfällt auf das Jahr 1980 ein Förde-

rungsbetrag von 5,5 Milliarden Schilling, welchem Baukosten von fast 10 Milliarden Schilling gegenüberstehen. Förderungsanträge für Vorhaben zu einem veranschlagten Kostenaufwand von 21 Milliarden Schilling sind derzeit vorgelegt. Das erfordert Fondsmittel in der Höhe von 12,5 Milliarden Schilling. Im Jahre 1980 wurde der größte Förderungsbetrag seit Bestand des Fonds ausgewiesen.

Nicht zuletzt darf ich noch bemerken, meine Damen und Herren, daß ich selbstverständlich auch im Hinblick auf die Bauwirtschaft größtes Interesse an einer positiven Entwicklung habe. Ich stelle des weiteren fest, daß derzeit der Verlauf der baulichen Aktivitäten konform geht mit den Prognosen in der Bauvorschau. Für den Monat September, die letzte mir zugängliche statistische Unterlage, stellten wir einen Bauproduktionswert von 7,026 Milliarden Schilling der Hoch- und Tiefbaufirmen fest, das sind um 8,4 Prozent mehr als 1979. Nachdem die Bauindustrie bislang immer schlecht abgeschnitten hatte, ist es nunmehr umgekehrt. Der Bauproduktionswert der Bauindustrie im Monat September betrug 3,087 Milliarden Schilling, das ist um 11,9 Prozent mehr als der Vorjahreswert.

Es würde zu weit führen, in der mündlichen Aussprache die Detailpositionen zu behandeln. Insgesamt stelle ich fest, daß hier, soweit es den Neubau betrifft, die Steigerungsrate von 4,5 Prozent auszuweisen ist, im Vergleich dazu das Vorjahr mit einer Rate von 0,5 Prozent. Ich bin gerne bereit, Ihnen derartige Darstellungen auch persönlich oder im Rahmen des Bautenausschusses zu übermitteln.

Abschließend, meine Damen und Herren, stelle ich zum ersten fest, daß ich durchaus bemüht gewesen bin – und das gilt auch für die Zukunft –, einen möglichst engen Kontakt mit allen Beteiligten zu pflegen, ob das die Bauindustrie ist, ob das das Baugewerbe ist, ob das der Bautenausschuß ist. Ich werde auch außerordentlich bemüht sein, mit Hilfe aller daran Interessierten, Beteiligten und Beauftragten auch die Kontakte zur EG zu intensivieren, um endlich eine Möglichkeit zu finden, daß Österreich, das die Hauptlast des europäischen Transitverkehrs zu tragen hat, entsprechende finanzielle Mittel bekommt.

Ich habe jede Gelegenheit wahrgenommen und erinnere an das Gespräch – ich weiß nicht, ob das gesendet wurde – in Anwesenheit des Staatssekretärs der Bundesrepublik Deutschland bei der Eröffnung des Pfänder-Tunnels, der mehrmals auf die Transitproblematik hingewiesen hat. Ich habe mir erlaubt zu sagen, ich glaube nicht, daß es besonders diplomatisch gewesen ist, aber es war sicherlich besonders deutlich, an die Adresse des Herrn Staatssekretärs

5980

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Bundesminister Sekanina

tärs habe ich es gemeint: Es würde Österreich gut tun, wenn wir endlich die Schecks bekämen und nicht nur rhetorische Darlegungen über die Notwendigkeit, uns behilflich zu sein.

Ich darf, bitte, nicht außer acht lassen, daß seitens Italiens großer Wert darauf gelegt wird, im Hinblick auf eine unterstützende Aktivität für uns, daß der Plöcken-Tunnel gebaut wird. Ich darf gleichzeitig darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, daß Österreich keine besondere Notwendigkeit im Hinblick auf die Aktualität sieht, und ich darf gleichzeitig darauf verweisen: Wenn wir diesen Plöcken-Tunnel bauen, würde das dazu führen, daß wir im Raume Kitzbühel mit Verkehrsproblemen konfrontiert sind, deren Größenordnung auch auf der finanziellen Seite enorm ist. Die Kontaktpflege, den Kontakt mit der EG, aber gleichzeitig auch mit den österreichischen Stellen als vorrangig zu betrachten, halte ich für außerordentlich notwendig auch für die Zukunft.

Soweit es das Budget selbst betrifft, ist es, im Rahmen des Gesamtbudgets beurteilt und gesehen, eine Budgetgrößenordnung, die durchaus die Position gehalten hat. Wir werden selbstverständlich für die kommenden Zeiträume Überlegungen anstellen müssen, und es wird nur nicht mit dem von Ihnen am Rednerpult ausgesprochenen Tempo, vom fachlichen Standpunkt her beurteilt, gleich möglich sein. Wir werden uns bemühen müssen, zu entsprechenden Finanzierungskonzepten zu kommen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß meinerseits als Antwort auf Ihre Frage keinerlei Aktivitäten in Richtung der Erhöhung von Steuern oder Abgaben betrieben werden, die dazu führen könnten, daß wir aus diesem Titel mehr Mittel bekommen.

Die redaktionellen Informationen der Tageszeitung kann ich nicht beeinflussen, und ich bitte, das auch so zu bewerten.

Soweit es den Wohnungsbau betrifft, darf ich global und allgemein sagen, daß ich größtes Interesse habe, nicht nur einen Einzelbereich, sondern eine Paketlösung durchaus als etwas anzusehen, das sinnvoll ist, über das man diskutieren soll, über das man reden soll. Ich verweise auf meine Formulierungen, die da gelautet haben, daß ich mich bemühe, im ersten Quartal 1981 zumindest die Grundlage für diese Zielsetzung zu erarbeiten.

Ich habe mit vielen verantwortlichen Funktionären aus Ihrem Bereich, im Wohnbau, meine ich, gesprochen und jeder bestätigt, weil das auch sicherlich Ihrer Erkenntnis entspricht, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, daß die Lösung dieses Problems eine außerordentlich vielschichtige Problematik darstellt, außerordentlich schwierig

ist und gar nicht so vom augenblicklichen Standpunkt einer Argumentation aus beurteilt werden kann.

In Summe gesehen stelle ich für meinen Teil fest, daß ich diese Ihre Auffassung nicht teile, daß in diesem Ressort nichts geschehen ist, daß es dort nicht so ist, wie Sie das interpretiert haben, daß der Minister überhaupt nichts mehr dort zu tun hat, daß es nicht so ist, daß er nur bemüht ist, mit niemandem Kontakt zu haben, sondern genau das Gegenteil ist der Fall.

Soweit ich diesen Ausspruch noch erwähnen darf oder formulieren darf: Was das Betriebsklima in diesem Ressort betrifft, wage ich zu behaupten, daß Ihnen auch Ihre Parteifreunde bestätigen werden, daß ich einen Stil pflege, der durchaus als ein seriöser, korrekter und die Person respektierender ist, und ich werde das auch in Zukunft weiter praktizieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagspiel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hagspiel (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Hohes Haus! Herr Bundesminister, im Finanzausschuß, als das Kapital Bauten behandelt worden ist, haben alle Mitglieder Verständnis gezeigt, als Sie sich aus familiären Gründen entfernen mußten. Sie haben auch versprochen, daß die Anfragen schriftlich beantwortet werden, und das haben auch alle akzeptiert.

Was uns etwas befremdet hat, ist das, daß die Fragen nur lückenhaft beantwortet worden sind. Nach Ihrem Entfernen habe ich Ihrem Sekretär drei Fragen noch schriftlich hingelegt, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Von den dreien ist nur eine schriftlich beantwortet worden. Das ist das, was uns stört, nicht Ihr Entfernen, weil es ja mehr als begründet war.

Einmalig kompliziert ist, die Finanzierung, die Findung des Wasserwirtschaftsfonds, zu entziffern. 10,5 Prozent von 11,45 Prozent von der Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer für Zwecke der Wohnbauförderung gemäß der Bestimmungen BGBl. Nr. 443/1972 fließen dem Wasserwirtschaftsfonds zu. Nun muß das Gesetzblatt herausgesucht werden, und in diesem Gesetzblatt wird wieder auf andere Gesetze verwiesen.

Die Mittel haben sehr wenig mit der Wohnbauförderung zu tun. Wäre es nicht viel einfacher, wenn man den offenen, geraden Weg ginge und einfach sagen würde: 1,2 Prozent dieser obigenannten Steuern fließen dem Wasserwirtschaftsfonds zu?

Hagspiel

Der Wasserwirtschaftsfonds wird gespeist von den Steuern, die ich genannt habe. Weil ja die Steuern jedes Jahr steigen, steigen auch dementsprechend die Fondsmitteln. Anders ist es am Bundesanteil, der gemäß Ansatz 1/64136 jährlich zurückgeht. 1975 betrug dieser Ansatz noch 691 Millionen Schilling, 1977 noch 205 Millionen und 1981 nur noch 154,3 Millionen. Das entspricht einem Viertel von 1975. Dieser Betrag ist die Bemessungsgrundlage für die Förderung von Wasserversorgungs- und entsorgungsanlagen in den Streulagen, also in den ländlichen Gebieten.

Bäuernhäuser, die einen Kilometer von der Anschlußmöglichkeit entfernt sind, sowie Erholungsheime, Jugendhütten und seit neuestem auch Bergstationen werden aus diesen Mitteln heraus gespeist, dies ist auch die Grundlage.

Gerade in den ländlichen Gegenden wird der Bedarf für die Entsorgung immer noch steigen. Auf der anderen Seite müssen wir leider feststellen, daß vor allem im ländlichen Raum die finanziellen Aufwendungen bedeutend höher sind als in den Ballungszentren. Es gibt hier Berechnungen, aus denen hervorgeht, daß die Entsorgung, die Kanalisierung das Sechsfache an Aufwendungen gegenüber denen in Städten ausmacht, wo die Anschlüsse mehr beieinander liegen. Dies ist wieder ein Beweis dafür, daß der Finanzausgleich ungerecht ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Die UNO hat einen Beschuß gefaßt, laut dem die Mitgliedsländer aufgefordert werden, die Wasserversorgung und -entsorgung befriedigend zu lösen.

Wo der Finanzminister freie Hand hätte, die Mittel einzusetzen, sind sie zurückgegangen. Dies steht nicht im Einklang mit den so oft gemachten Beteuerungen, daß er besonders viel Wert auf die Erhaltung des ländlichen Lebensraumes legt.

Nicht weniger als für 27 Milliarden Schilling liegen Anträge vor; die Wartezeit für regionale Anlagen beträgt ein bis zwei Jahre, für Einzelanlagen sogar bis fünf Jahre. 94 Milliarden Schilling wären notwendig, um dem Beschuß der UNO gerecht zu werden, bis 1990 diese Forderungen zu erfüllen.

Es hört sich wie ein Widerspruch an, wenn von den Gemeinden die Mittel, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, nicht in Anspruch genommen werden. Diese nicht in Anspruch genommenen Mittel steigen jährlich. Im Vorjahr waren es 1441 Millionen Schilling, 1980 sind es bereits 1,650 Milliarden Schilling. Dies ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Gemeinden am Ende ihrer Finanzkraft sind, daß sie ihre

Zuschüsse gar nicht mehr ausnützen können, weil sie es finanziell nicht mehr verkraften.

An Aufgaben und Verpflichtungen kommt immer mehr auf die Gemeinden zu. Früher war vieles den Städten vorbehalten, wo jetzt das vor allem wieder auf die Gemeinden abgeschoben wird. Daher ist gerade in der Landbevölkerung kein Verständnis vorhanden, daß im Finanzschlüssel der abgestufte Bevölkerungsschlüssel noch Platz haben kann.

Nach dem abgestuften Finanzschlüssel bekommt die Großstadt Wien das Doppelte als die Gemeinden unter tausend Einwohner. Aber die Reinhaltung der Gewässer und Seen ist überall genau gleich wichtig und gewinnt in der Zukunft immer noch mehr Bedeutung. Aber die Belastung der Bevölkerung übersteigt oft das Zumutbare.

Nun möchte ich mich dem Wohnbau zuwenden. Frau Staatssekretär Dr. Eypeltauer! Sie haben im Finanzausschuß den Vorwurf, Sie hätten ein gestörtes Verhältnis zum Eigentumswohnbau und Eigenheimbau, energisch zurückgewiesen. Nun, ich habe hier ein Interview vor mir, das ich zum Teil wörtlich zitieren möchte. Sie waren in Vorarlberg Studiogast bei Radio Vorarlberg. Sie haben sich mit Wohnbaufragen befaßt, als Sie bei der Landesfrauenkonferenz der Sozialistischen Partei Österreichs in Vorarlberg waren. Sie haben die Situation in Vorarlberg geschildert, und nun möchte ich hier wörtlich zitieren; interviewt hat Sie Herr Purtscher, Sie haben auch erwähnt, vor allem kritisiert, daß in Vorarlberg der Prozentsatz der Förderung zu niedrig wäre, man könnte 45 bis 70 Prozent fördern, wo man in Vorarlberg nur 35 Prozent fördert, was sicher wenig ist.

Und hier die Frage von Purtscher: „Wie läßt sich das mit Ihren politischen Ansichten vereinbaren, das heißt, inwieweit heißen Sie das gut und heißen Sie das schlecht?“ – Staatssekretär Eypeltauer: „Ja, ich habe absolut nichts gegen die Förderung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, nur, glaube ich, es sollte sich jeder, der sich über den Bau eines Hauses hermacht, darüber im klaren sein, welche enormen Belastungen ihn treffen. Ich höre ja immer wieder, daß Leute mit relativ niedrigem Einkommen beginnen, ein Haus zu bauen, und dann zehn Jahre Ihres Lebens und mehr darauf verwenden, jede freie Stunde damit zu verbringen, dieses Häusel zu bauen und jeden Schilling in dieses Häusel zu stecken und daß sie schließlich wirklich am Ende ihrer Kräfte sind, wenn das Haus endlich fertig ist. Ob das noch erstrebenswert ist? Ich glaube, es wäre besser, diese Leute würden eine preisgünstige Mietwohnung haben, dann hätten sie zweifellos

5982

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Hagspiel

mehr von ihrem Leben gehabt, werden sie rückwirkend feststellen.“

Und weiters erklärten Sie: „Der Vorarlberger neigt vielleicht dazu, den Mieter ein bißchen scheel anzuschauen. Das ist anderswo, etwa in der Schweiz, wäre das ganz undenkbar.“ Ja, Frau Staatssekretär, das ist auch bei uns in Vorarlberg undenkbar. Das ist eine grobe Unterstellung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weiters erklären Sie, ob man nicht eine bessere Förderung der Mietwohnungen auf der einen Seite vornehmen soll und auf der anderen Seite alles vermeidet, was eine Diskriminierung des Mieters bedeutet.

Nun, wenn Ihnen, Frau Staatssekretär, wirklich ernst ist betreffs Eigenheim und Eigentumswohnungen, so kann man aus Ihrer Kritik vielleicht doch herauslesen, daß Sie bereit sind, eine Regierungsvorlage vorzubereiten, wo ein gerechter Finanzierungsschlüssel enthalten ist. Sie haben das letzte Jahr im Finanzausschuß, Kapitel Bauten, eher spöttisch auf meine Frage erklärt, daß Sie auf Schlüsselsuche gehen werden.

Nun, Ihr Interview ist ein schlagender Beweis dafür, daß es wirklich Zeit wäre, einen anderen Schlüssel zu suchen. Es ist zu einfach, ein Bundesland zu beschuldigen, man würde einen zu niedrigen Prozentsatz an Förderungen für Eigenheime und Eigentumswohnungen ausgeben, wenn auf der anderen Seite die Mittel einfach fehlen.

Wir stehen vor der Sitation, sollen wir zu den Bauwerbern sagen, ihr müßt drei, vier Jahre warten, bis ihr eine Förderung bekommt und dann saugt die Preissteigerung die Förderung wieder auf. Oder wenn wir einfach gezwungen sind, weil viele Leute bauwillig sind, ob es nicht besser ist, mit einem geringeren Prozentsatz denen zu helfen, damit sie gleich mit dem Bau beginnen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In diesem Finanzausgleich für die Wohnbauförderungsmittel ist einfach zu wenig auf den Wohnbedarf Rücksicht genommen. Ob die Bevölkerung wächst oder stagniert, ist ein gewaltiger Unterschied. In Vorarlberg sind viele Bürger vom übrigen Österreich zugezogen, die im arbeitsfähigen und heiratsfähigen Alter sind, und die haben genauso ein Interesse wie der Vorarlberger an einem Eigenheim.

Alle zehn Jahre wird, die Volkszählung durchgeführt, und hier kommen vor allem die wachsenden Bundesländer ins Hintertreffen. Vorarlberg hat in den letzten zehn Jahren den größten Bevölkerungszuwachs von allen Bundesländern. 1951 wurde die Marke von 200 000 Einwohnern erstmalig überschritten und 1978 waren es bereits 312 000. Wohnungen waren damals 53 000 vorhanden, 1978 waren es

89 000. Also um zwei Dritteln mehr Bevölkerung und um zwei Dritteln mehr Wohnungen. Im gesamtösterreichischen Durchschnitt sind es 23 Prozent. Dort sind die Wohnungen von 2 138 000 auf 2 624 000 Wohnungen gestiegen. In Wien 1951 von 667 000 benützbaren Wohnungen auf 730 000 1978, das bedeutet eine Erhöhung von 11 Prozent.

In der Relation zu Vorarlberg würde das bedeuten, daß in Vorarlberg in derselben Zeit sechsmal mehr Wohnraum geschaffen worden ist als in Wien. Ihre Kritik, die Mietwohnungen würden in Vorarlberg zu wenig gefördert, liegt wirklich daneben. Sicher hätten wir auch gern mehr, aber die Mietwohnungen bekommen das Dreifache von dem, was die Eigenheimbauer bekommen.

Sie haben richtig gesagt in Ihrem Interview, welche Strapazen diese Familien auf sich nehmen, wenn sie bereit sind, sich ein eigenes Heim zu schaffen. Aber ich glaube, es wäre hier angebracht, diesen willigen Leuten, die dazu bereit sind, Achtung zu zollen, und sie nicht eher davon abzuhalten. Denn eigener Herd ist Goldes wert!, dieses Sprichwort hat heute genau noch die Bedeutung wie früher, und manche Reibfläche würde in einer Familie nicht entstehen, wenn das Wohnen angenehm und gemütlich ist und vor allem familiengerecht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Menschen, die bauwillig sind, leisten einen staatspolitisch beachtlichen Beitrag. Denn das Versprechen der Sozialistischen Partei, jährlich 5 000 Wohnungen mehr zu bauen, können Sie bei weitem nicht erfüllen; diese Menschen entlasten so den kranken Staatshaushalt, wenn sie bereit sind, mit weniger Mittel auch noch zu bauen, damit dieser Staatshaushalt nicht langsam der totalen Verschuldung entgegen geht. Also sie bauen trotz geringerer Förderung, daher ist man diesen Menschen echt zu Dank verpflichtet.

Die Vorarlberger Landesregierung hat schon wiederholt darauf hingewiesen, daß der Verteilungsschlüssel ungerecht ist. Das Lohnaufkommen ist kein tauglicher Maßstab in diesem Schlüssel, denn die Verrechnung von der Lohnsteuer wird zentral in Wien gemacht, wo alle Bundesbediensteten und alle verstaatlichten Betriebe in der Zentrale in Wien abgerechnet werden. Das gibt ein verzerrtes Bild. Ganz negativ wirkt sich auch der abgestufte Bevölkerungsschlüssel aus, der hier wirklich nichts zu suchen hat. Der Bevölkerungszuwachs müßte ausgeprägter berücksichtigt werden.

Neue Aspekte, Frau Staatssekretär, kamen bei einer Sitzung des Finanzausschusses an die

Hagspiel

Oberfläche. Es wurde da bekannt, daß 20 neue Startwohnungen in Bregenz gebaut werden, die zu 100 Prozent aus Forschungsmitteln bezahlt werden sollen.

Nun, Sie haben Ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, wie das weitergehen soll, wie man diese Wohnungen in fünf Jahren wieder leer bekommen kann. Ihre Überlegungen – das hat man so gespürt – gehen dahin, entweder die Mietzinse drastisch zu erhöhen, daß es den Leuten verleidet wird, in der Wohnung zu bleiben, oder die Wohnungen gewaltsam zu räumen. Sie haben auch angekündigt, hier mit dem Bundesminister für Justiz über das Mietengesetz zu sprechen, das geändert werden soll.

Sicher bringt eine Schwalbe noch keinen Frühling. Aber es wäre schön, wenn es auch bei der Sozialistischen Partei dämmern würde und Sie sich Gedanken machen würden, warum so viele tausende Wohnungen leerstehen, ob hier nicht das Mietengesetz schuld daran ist.

Wenn Sie, Frau Staatssekretär Dr. Eypeltauer, bereit sind, sich beim Justizminister Dr. Broda für ein sinnvolles Mietengesetz zu verwenden, so haben Sie hiefür sicher die volle Unterstützung der Österreichischen Volkspartei. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schemer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Schemer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die heutige Budgetdebatte über das Kapitel Bauten gibt neuerlich Gelegenheit, eine grundsätzliche Standortfeststellung in der Frage des Wohnbaues vorzunehmen. Ich möchte einleitend nochmals feststellen, was ich bereits bei einem meiner letzten Debattenbeiträge dargelegt habe. Für uns Sozialisten ist die Wohnung mehr als ein Dach über dem Kopf. Die Wohnung ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Menschen. Die Wohnung ist darüber hinaus ein Kulturgut, das mit der Würde des Menschen untrennbar verbunden ist.

Die Art zu wohnen manifestiert sich darin, daß man ganze Kulturepochen danach beurteilte, wie gebaut wurde, wobei in bestimmten Epochen nicht so sehr die Wohnungsausstattung im Vordergrund stand, sondern die Fassadengestaltung. (Abg. Dr. Kohlmaier: Die Emmentaler-Epoche!) Herr Kollege Dr. Kohlmaier! Die Mieter einer Wohnung haben gar nichts von einer schönen Fassade, wenn sie innen in alten Wohnungen mit Zimmer und Küche wohnen müssen, wo der Komfort am Gang ist, wie bei jenen Wohnungen, die in dieser Epoche gebaut wurden, in der Ihre geistigen Vorfäder diese Stadt regiert haben. Nehmen Sie das zur

Kenntnis und ersparen Sie sich bei mir diese Zwischenrufe! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich möchte nicht mißverstanden werden, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Kohlmaier: Es war die Emmentaler-Epoche!) Ich sage Ihnen noch einmal, ich bin auf Ihre unqualifizierten Zwischenrufe nicht neugierig! Ich sage es Ihnen mit aller Deutlichkeit! Sie verstehen von dieser Sache überhaupt nichts! Ich rede ja auch nicht über Sozialversicherungssachen! Sie verstehen davon nichts, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Auch die Fassade ist sicherlich ein Kulturgut, das wir bewahren müssen, ohne dabei natürlich, meine Damen und Herren, in eine überschwellige Nostalgie auszubrechen. Das gilt natürlich auch, Herr Kollege Zittmayr, für die ländlichen Bezirke. Auch in den ländlichen Bereichen sind natürlich die Ensembles zu schützen, auch das stellt ein Kulturgut dar.

Ich weiß gar nicht, warum sich der Herr Kollege Dr. Kohlmaier heute so furchterlich aufregt, ich habe doch gar nichts Schlechtes gesagt. Ich habe Ihnen nur meinen Standpunkt gesagt. Es ist sehr merkwürdig, meine Damen und Herren, daß wir Sozialisten Ihren Ausführungen hier im Hause immer mit großer Ruhe zuhören, nur wenn wir an das Rednerpult gehen, sind Sie furchterlich aufgeregt, ich weiß nicht, warum Sie das machen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Ich bin so ruhig! – Zustimmung bei der SPÖ.) Es sei Ihnen unbekommen, mir macht es ein Riesenvergnügen, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Warum schauen Sie dann so böse drein?) Aber nein, ich bin gar nicht böse auf Sie, Sie belustigen mich geradezu mit Ihren Ausführungen, weil Sie ja davon nichts verstehen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Es ist trotzdem die Emmentaler-Epoche!)

Vom Emmentaler versteht der Herr Kollege Zittmayr etwas, aber Sie können nicht einmal zum Emmentaler etwas sagen. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Wir haben auf diesem Gebiete sicherlich, Hohes Haus – und ich werde auf Ihre unernsten Dinge jetzt nicht mehr eingehen, Herr Kollege Dr. Kohlmaier, es ist viel zu unernst, was Sie hier sagen –, viel Verantwortung zu tragen. Die primäre Aufgabe muß es ja sein, preislich erschwingliche Wohnungen zu schaffen, und hier hat, Hohes Haus, bei allen politischen Parteien ein Umdenken stattgefunden.

Während in der Ersten Republik der soziale und der genossenschaftliche Wohnbau von den konservativen Kräften in Frage gestellt und sogar verdammt wurde, können sich heute die Rechtsparteien dieses Hauses aus politischen

5984

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Schemer

Gründen ja gar nicht mehr anders verhalten, als sich zum sozialen Wohnbau zu bekennen. Sie haben sehr spät erkannt, daß die Anerkennung des Rechtes jedes Bürgers auf ausreichenden Wohnraum nicht in Frage gestellt werden darf. (Abg. Dr. Kohlmaier: Das Wohnungseigen-tum hat die ÖVP gebracht!) Ich bin Ihnen für diesen Zwischenruf sehr dankbar, ich werde dann noch darauf zurückkommen.

Heute, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, kennen Ihre Forderungen keine Grenzen. Wenn es nach Ihnen ginge und wenn nicht die Geschichte dagegen spräche, könnte man ja fast glauben, die Österreichische Volkspartei hat den sozialen Wohnbau erfunden. Die Geschichte beweist jedoch – und es ist eine historische Tatsache –, daß es den Sozialdemokraten zu danken ist, wenn es heute einen öffentlichen und einen sozialen Wohnbau gibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Der soziale Wohnbau, Herr Dr. Kohlmaier (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie haben ihn verteuert wie noch nie!), ist von den Sozialisten immer wieder gefordert und praktiziert worden; er hat eine Tradition, und er hat in der ganzen Welt Anerkennung gefunden. In den Jahren zwischen 1934 und 1938, wo Ihre geistigen Vorfäder in Wien regiert haben, hat es nur vier Familienasyle gegeben und den berüchtigten Josefstisch, das waren Ihre Leistungen in dieser Zeit, und da kommen Sie als Sozialsprecher her und wollen uns Belehrungen geben? Die weisen wir entschieden zurück! (Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: Sie werden doch nicht bestreiten, daß eine Wohnung noch nie so teurer war wie heute!) Ich sage Ihnen noch einmal: Sie verstehen von den Dingen nichts, Dr. Kohlmaier, bitte sehr, machen Sie keine Zwischenrufe, Sie blamieren sich ununterbrochen hier. (Abg. Dr. Kohlmaier: Stimmt es oder stimmt es nicht?) Es stimmt nicht, was Sie hier sagen, das ist doch völlig falsch! (Ruf bei der ÖVP: Der Kohlmaier hat oft unrecht, aber heute hat er recht!) Das ist ein wahres Wort, daß Sie zugeben, daß der Kohlmaier oft unrecht hat. Das werden wir im Protokoll vermerken.

Ich werde es Ihnen dann noch sagen, und Sie werden etwas ruhiger werden. (Abg. Dr. Kohlmaier: Sagen Sie es mir jetzt!) Wenn ich es will, werde ich es Ihnen sagen. Sie können ja zum Rednerpult kommen und mir entgegnen, mit Ihren Zwischenrufen werden Sie mich nicht aus dem Konzept bringen. Ich habe ja Zeit, Herr Dr. Kohlmaier, ich werde es Ihnen langsam erklären, vielleicht begreifen Sie es dann. (Abg. Dr. Kohlmaier: Um wieviel sind die Wohnungen heute teurer als früher?)

Früher, Hohes Haus, und vor allem in der sogenannten Gründerzeit war der Wohnbau eine

Domäne des Privatkapitals, das Sie ja so verherrlichen. In allen Bereich ist es heute so, daß es nur mit Hilfe der öffentlichen Hand, vor allem des Bundes und der Gemeinden zur Bereitstellung von genügend Wohnraum kommen kann. Eine Ausnahme davon bilden lediglich der Bau und die Errichtung von Eigenheimen und Siedlungshäusern. Aber auch hier ist die Unterstützung der öffentlichen Hand in vielen Fällen Voraussetzung.

Keinesfalls – und das sage ich Ihnen mit aller Deutlichkeit – darf es dazu kommen – und hier sind wir ja wahrscheinlich mit vielen von Ihnen auch einig, vielleicht nicht mit dem Herrn Dr. Kohlmaier, aber mit vielen anderen –, daß die Mittel aus dem Steuertopf zu Spekulationszwecken verwendet werden dürfen. Die immer wieder auftauchende Forderung, Genossenschafts- und Gemeindewohnungen ins Eigentum zu übertragen, wird kaum dazu dienen, mehr Wohnraum zu schaffen, im Gegenteil, die Konsequenz würde sein, daß Zehntausende Wohnungssuchende überhaupt keine Chance mehr hätten, zu einer kommunalen und genossenschaftlichen Wohnung zu kommen. Jeder Plan, der darauf abzielt, das gemeinschaftliche Eigentum aufzulösen, wird auf den erbitterten Widerstand der Sozialisten stoßen, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Wenn jemand glaubt, meine Herren von der Volkspartei, daß das eine gute Sache ist, dann kann man ja die privaten Zinshausbesitzer dazu animieren, den Mietern die Wohnungen zu angemessenen Preisen zum Kauf anzubieten. Die ganze Sache mit dem Schlagwort der Eigentumsbildung erinnert mich überhaupt an die seinerzeitige Ausgabe der Volksaktie, die Sie propagiert haben.

Wo sind denn diese Volksaktien geblieben? Die ÖVP hat seinerzeit geglaubt, sie werde damit Wahlen gewinnen. Tatsache ist, daß bei jenen Firmen, wo eine Ausgabe erfolgte, die Banken diese Aktien bald zurückkauften.

Heute, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, hört man von diesen Volksaktien überhaupt nichts mehr, das Ganze ist in der Versenkung verschwunden, und ähnlich wird es mit jenen Programmen der Eigentumsbildung gehen, die Sie heute propagieren.

Wie schaut es denn mit dem Wohnungseigen-tum wirklich aus? (Abg. Steinbauer: Schlecht!) Der Prinke-Verein und zahlreiche Makler haben da einige tausend Eigentumswohnungen errichtet. Und viele dieser Wohnungen – nicht alle, aber viele – dienen der Spekulation. Wohnungen, für die in den Jahren 1951, 1952 ein Grundanteil von etwa 4 000 bis 12 000 Schilling

Schemer

bezahlt wurde, werden heute auf dem freien Markt angeboten. Es waren Wohnungen, wo der Bund, der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zinselose Darlehen auf 100 Jahre gewährt hat. Diese Wohnungen werden heute beispielsweise in Wien in der Preislage zwischen 300 000 und 800 000 Schilling angeboten. Zinse für die Untermieten bis 10 000 Schilling sind keine Seltenheit. Das kann doch, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, nicht der Sinn des Gesetzes sein. Ich glaube kaum, daß Sie sich damit identifizieren können.

Ich weiß, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie das nicht wollen. Sie werden sagen, das wollen wir eh nicht, aber es geschieht in Wirklichkeit, und wir haben keine Möglichkeiten, diese Spekulationen abzustellen, diese Spekulationen dieser Hyänen des Wohnungsmarktes abzudrehen. Da müssen Sie mit uns gemeinsame Gesetze beschließen, dann werden wir das verhindern können. (*Beifall bei der SPÖ*)

Uns Sozialisten scheint es besser zu sein, den genossenschaftlichen Wohnbau zu fördern und den Genossenschaften mehr Rechte einzuräumen, was übrigens vor kurzem bei der Neufassung des WGG geschehen ist.

Damals hätte man auch Gelegenheit gehabt, den einzelnen Genossenschaftern noch mehr Kontrolle durch gewählte Vertrauenspersonen einzuräumen. Das haben Sie abgelehnt, und ein Abgeordneter der Opposition – er ist nicht mehr im Parlament – hat damals sogar von Blockwart gesprochen. (*Abg. Steinbauer: ... im Zusammenhang mit den „AZ“-Schlüsseln!*)

Und nun, Hohes Haus, zu einigen Fakten. Ende 1979 standen in Österreich für 2,6 Millionen Haushalte 2,9 Millionen Wohnung zur Verfügung. Es gibt also einen Überschuß von etwa 300 000 Wohnungen. Da die neuerrichteten Wohnungen im Durchschnitt natürlich größer sind als die vorhandenen, scheint der quantitative Wohnungsmangel beseitigt zu sein.

Die Betonung liegt auf „scheint“, Hohes Haus, denn es gibt allein in Wien 70 000 registrierte Wohnungssuchende, und in den anderen Ballungszentren unserer Republik dürfte es nicht anders sein. Dies trotz einer sehr beachtlichen Wohnbauleistung.

Von 1968 bis 1978 wurden 523 000 Wohnungen fertiggestellt. Allein 1978 waren es 51 525, das sind sieben Wohnungen pro tausend Einwohner. Die Schweiz errichtete zum gleichen Zeitpunkt 5,4 Wohnungen und die Bundesrepublik Deutschland 5,5 Wohnungen pro tausend Einwohner. Wir sind hier durchaus konkurrenzfähig, und es ist daher völlig absurd,

wenn die Opposition von einem Wohnbaudebakel spricht.

Mehr als drei Viertel aller 1978 erbauten Wohnungen sind zentralbeheizt beziehungsweise an Fernwärmenetze angeschlossen.

Natürlich, Herr Kollege Steinbauer, gibt es eine Reihe von ungelösten Problemen, aber die wird es in allen Bereichen der Politik immer wieder geben. Sie hätten ja in der Zeit Ihrer Alleinregierung oft genug Gelegenheit gehabt, Probleme zu lösen. Warum haben Sie sie damals nicht gelöst? Sie haben sie auf die lange Bank geschoben und haben nichts gemacht. (*Beifall bei der SPÖ*)

Demgegenüber steht eine sehr beachtliche Erfolgsbilanz der sozialistischen Regierung in den letzten zehn Jahren.

Natürlich gibt es eine Reihe von Problemen. Da ist natürlich die Entwicklung der Baukosten und der Bodenpreise, aber das können Sie doch nicht den Sozialisten in die Schuhe schieben.

Damit verbunden sind die Aufwendungen für Annuitätenzuschüsse, Wohnbeihilfen, sodaß für verfügbare Darlehensmittel immer kleinere Anteile zur Verfügung stehen. (*Abg. Steinbauer: 5 000 Wohnungen mehr zu bauen hat die SPÖ versprochen!*)

Die Zinsen, die für Fremdmittel zu zahlen sind, und die Aufwendungen für verbesserte Wärmedämmung lassen einen weiteren Kosten-sprung erwarten.

Die rigorose Anwendung des Bodenbeschaffungs- und Stadterneuerungsgesetzes ist notwendig. Damit verbunden ist die Gewährung von mehr Baurechten an Genossenschaften und Einfamilienhausbauer durch die Gemeinde. Besteuerung von Zweitwohnungen, soweit diese Wohnungen nicht echt vermietet sind.

In den Ballungszentren sind Siedlungsprogramme zu fördern, weil dadurch der Trend zu einer Zweitwohnung im Grünen wegfällt. Die Mittel für die Stadterneuerung sind nach regionalen Gesichtspunkten neu festzusetzen.

Die Geldinstitute müssen durch gesetzliche Maßnahmen verpflichtet werden, die Hypothekarzinsen für die Wohnbauförderung zu senken, und es wäre zu prüfen, ob Annuitätenzuschüsse nach Tilgung des Darlehens eingefordert werden sollten.

Und letztlich noch: Die Wohnbeihilfen für junge Ehepaare bis 30 Jahren und kinderreiche Familien sollten aus dem Familienlastenausgleichsfonds bezahlt werden.

Ich möchte abschließend, Hohes Haus, meine Damen und Herren, noch einmal feststellen: Die

5986

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Schemer

Wohnung zählt zu den unverzichtbaren Lebensvoraussetzungen jedes Menschen. Die Wohnungsversorgung stellt daher eine öffentliche Verpflichtung dar, die sich nicht nach den Normen der Marktwirtschaft, wie Sie es verlangen, richten kann. Nicht der Profit hat bei der Lösung im Vordergrund zu stehen (*Abg. Dr. Hafner: Das sagen Sie dem Androsch, dem Finanzminister, aber nicht uns!*), sondern das Bedürfnis jener zehntausenden Familien, die in dieser Frage im Abseits stehen.

Wir Sozialiten, Hohes Haus, bekennen uns zu dem Grundsatz, daß jedermann ein Recht auf eine seinem Einkommen angemessene und erschwingliche Wohnung haben soll. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Steinbauer: Über die Villenbaufinanzierung hat er uns nichts gesagt!*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben vor wenigen Stunden eine neue Dringlichkeitsreihung im Straßenbau zur Kenntnis erhalten. Bevor ich mich meinem eigentlichen Thema zuwende, möchte ich doch einiges dazu sagen.

Ich glaube, im Grunde genommen, soweit eine oberflächliche und erste Durchsicht ergeben hat, handelt es sich hier um eine sehr gute Arbeit, die vor allem auch für den Laien, der man ja ist, einen gewissen Aufschluß gibt. Es ist daher den befaßten Beamten zu danken, daß sie relativ rasch diese neue Dringlichkeitsreihung in einer übersichtlichen und sehr angenehm zu studierenden Art geliefert haben.

Was nun mich als Kärntner Abgeordneten betrifft, bin ich mit inhaltlichen Reihungen doch nicht ganz einverstanden. Das betrifft vor allem das Kernproblem des Flaschenhalses der noch fehlenden Autobahn zwischen Spittal-Ost und dem Anschlußstück Villach.

Es gibt, Herr Minister, nach der Dringlichkeitsreihung die Dringlichkeitsstufe zwei, die hier gewählt worden ist. Das heißt, gegenüber der früheren Dringlichkeitsreihung könnte daraus eine Verbesserung abgeleitet werden. Nur war nach der früheren Reihung die Dringlichkeitsstufe eins jene, wo faktisch die schon vollzogenen Maßnahmen drinnen waren, sodaß sich hier keine Verbesserung aus der Reihung für dieses Straßenstück ergibt.

Sie wissen ja selbst aus Diskussionen, die Sie auch mit der Bevölkerung geführt haben, daß es geradezu einen Verkehrskollaps jedesmal im Sommer gibt, wenn die Gäste aus dem deutschen und holländischen Raum über die Tauernautobahn nach Kärnten kommen, und in

Spittal ist plötzlich die Tauernautobahn aus, und sie müssen auf einer unzulänglichen Bundesstraße bis zum Anschlußstück in Villach fahren.

Ich darf daher bitten, vielleicht noch aufzuklären, wie diese Dringlichkeit zwei zu verstehen ist, denn wenn man einen Vergleich mit der früheren Reihung zieht, so habe ich schon fast den Verdacht, daß zwar die Ziffern geändert worden sind, aber die Dringlichkeit sich für dieses Projekt nicht verbessert hat. Das steht im Widerspruch zu Aussagen, die Sie gegenüber der Bevölkerung gemacht haben, die Sie aber auch im Hohen Hause bei einer parlamentarischen Debatte gemacht haben, wo Sie besonders dieses Problem als vordringlich angezogen haben.

Ich glaube schon, daß Sie aus dem Studium der Sachlage selbst wissen, welch großes Problem damit verbunden ist.

Vor allem möchte ich auch sagen, daß als Dringlichkeit 1 A nun ein Anschlußstück von Villach Richtung Karawankentunnel gereiht ist.

Wir wissen aber auch aus den letzten Tagen, daß bei den Verhandlungen um die Finanzierung des Karawankentunnels ganz massive Probleme aufgetreten sind und es ja nicht sicher ist, wann der wirklich gebaut werden kann.

Ich meine daher, daß es nicht sinnvoll ist, jetzt eine Zufahrt als Dringlichkeit 1 A zu fixieren, während die bereits benötigten Verkehrsstücke als Anschlußstücke bei der Tauernautobahn auf Dringlichkeitsreihung zwei gegeben werden und zu erwarten ist, daß in den nächsten drei bis vier Jahren dieses Projekt keiner Realisierung zugeführt wird. Ich nehme an, daß meine Kärntner Kollegen mir hier zustimmen, daß man unter Umständen diese Frage noch einmal überdenkt.

Nun aber zu jenem Kapitel, dem ich mich noch zuwenden wollte.

Mein Vorredner hat gerade erklärt, jeder Österreicher soll eine nach seinen Möglichkeiten erschwingliche Wohnung haben. Dazu muß ich sagen, das ist wirklich eine massive Kritik an der Situation gewesen, in der wir mit dem Wohnbau, insbesondere mit dem sozialen Wohnbau, in Österreich stehen.

Ich halte es auch nicht für legitim, wenn man nun so tut, als sei das eigentlich eine Sache, die die Bundesländer angeht. Kompetenzmäßig heißt Volkswohnwesen eine Zuständigkeit des Bundes als Gesetzgeber, und der Gesetzgeber hat nun einmal im Wohnbauförderungsgesetz die Voraussetzungen zu schaffen, daß es zu einer gerechten Mittelverwendung, zu einem zielgerichteten Einsatz der verfügbaren Mittel für den sozialen Wohnbau kommt. Jetzt kann man nicht

Dr. Jörg Haider

sagen: Die Bundesländer sind schuld, weil sie unter Umständen falsch verteilen.

Meine Damen und Herren! Sie müssen sich dazu bekennen, daß es hier eine Kompetenz des Bundes gibt, daß es aber bis zur Stunde nicht klar ist, in welcher Richtung sich der soziale Wohnbau in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Ich muß das ein wenig kritisch anmerken, weil man ja schon in den letzten zehn Jahren – ich habe es Ihnen schon voriges Jahr bei der Budgetdebatte gesagt – ständig Versprechungen in Richtung Verbesserungen des sozialen Wohnbaues in Österreich gemacht hat und auch die Vorredner der Mehrheitsfraktion ja wiederum wie mit tibetanischen Gebetsmühlen beteuert haben, was da alles geschieht.

Meine Damen und Herren! Das Faktum ist, daß nach zehn Jahren Ankündigungen, nach zehn Jahren Versprechungen noch immer nicht klar ist, was denn für ein Wohnbaukonzept durchgezogen werden soll. Und das macht mich im Moment ein wenig stutzig, da ja auch Sie, Herr Bundesminister, im vorigen Jahr mit großem Elan an dieses Geschäft herangegangen sind und man gesagt hat: Ja, jetzt kommt einer, das ist ein Macher, ein Manager, der wird die Dinge in die Hand nehmen. Und dann kriegt er noch eine Gehilfin dazu, die Frau Staatssekretär, die sich ausschließlich mit diesen Fragen befaßt.

Ich glaube aber, daß wir leider jetzt feststellen müssen, daß man eigentlich im vergangenen Jahr nicht sehr weit gekommen ist, was die Verbesserung der Wohnungssituation betrifft, und daher das nicht zutrifft, was der Kollege Schemer vorhin gemeint hat: daß die SPÖ gewährleistet, daß jeder Österreicher die ihm zumutbare und sozusagen für ihn erschwingliche Wohnung erhält. Und das ist nicht ein politisches Problem oder nicht ein parteipolitisches Problem, meine Damen und Herren, sondern das ist ein höchst gesellschaftspolitisches Anliegen, das ja auch Sie, Herr Minister Sekanina, bei der vorjährigen Budgetdebatte unterstrichen haben, indem Sie gesagt haben: Hier geht es um Fragen in meinem Ressort, die sich sehr stark auf Einzelpersonen, also damit auf menschliche Schicksale beziehen.

Das Wohnen ist nun einmal eine Grundvoraussetzung für ein sinnerfülltes und humanes Leben der Menschen. Deshalb klagen wir hier noch einmal die Realisierung einer Reform der gesamten Wohnbauförderung ein, die man uns schon im vorigen Jahr bei Antritt des neuen Bautenministers und bei Neuantritt der Frau Staatssekretär versprochen hat.

Ich gebe schon zu, daß Sie nicht sonderlich motiviert sind, wenn Ihnen ständig wer dreinre-

det, in diesem Fall nicht die Opposition, sondern der Herr Bundeskanzler, der ja im Sommer geglaubt hat, da muß er jetzt auch seine Richtlinien darlegen, und gemeint hat, man könnte vielleicht alles in die Kompetenz der Länder geben. Das ist nicht gerade eine Motivation für ein Team, das versucht, hier eine Neuordnung zu treffen. Ich verstehe, daß Sie persönlich nicht motiviert sind, etwas zu tun.

Aber nun ist einmal die Kompetenzlage so, und es muß gelingen, von der Phase des Prüfens und des Versprechens endlich einmal in eine Phase der Verwirklichung von neuen Formen des sozialen Wohnbaues in Österreich zu kommen. Die Zeitungen und Medien haben da nicht so unrecht, Herr Bundesminister und Frau Staatssekretär, wenn sie gemeint haben: Die Zeitbombe tickt. Ich glaube, das ist auch Ihnen deutlich, daß es sich hier nicht um eine Polemik der Opposition handelt, sondern einfach um einen Nachholbedarf, den Sie wirklich zehn Jahre – nicht Sie persönlich, denn Sie waren ja noch nicht so lange in diesem Amt – nicht erfüllt haben. Zehn Jahre hat diese sozialistische Alleinregierung die Frage des sozialen Wohnbaues in Österreich verschlafen. Damit haben Sie wesentlich dazu beigetragen, daß heute eine große Anzahl von jungen Leuten insbesondere, von kinderreichen Familien nicht mehr weiß, wie sie ihre Wohnungen finanzieren können, geschweige denn, daß sie als Jungfamilien wissen, wie sie zu einer geeigneten Wohnung kommen sollen. Und das ist der Vorwurf, den wir zu Recht und aus sachlichen Gründen an Ihre Adresse richten müssen.

Und hier glaube ich daher, daß es notwendig wäre, jetzt zur Tat zu schreiten, weil der gesamte Bereich wie ein Steinbruch ausschaut, in dem viele große Brocken herumliegen, aber diejenigen noch fehlen, die diese großen Brocken offenbar zu heben imstande sind. Auch ein kräftiger Minister kann sich offenbar an manchen Dingen einen Bruch heben, und es schaut fast so aus, als ob Ihnen diese Brocken bis zur Stunde zu groß gewesen sind.

Es soll aber hier gesagt werden, daß es nicht am konstruktiven Beitrag unsererseits fehlen wird, neue Wege zu beschreiten, nur muß, bitte schön, jetzt wirklich mit allem Elan und mit dem gebotenen Tempo darangegangen werden, daß wir nicht jenes Problem, das in den siebziger Jahren verschleppt worden ist, auch in die achtziger Jahre mit hinein als ungelöstes Problem vor uns herschieben.

Denn es sind die Probleme natürlich gewaltig, wenn man denkt, daß 1968 rund 50 000 Wohnungen gebaut worden sind mit einem Kapitalaufwand von 14,4 Milliarden Schilling. Und 1978 sind 51 000 Wohnungen,

5988

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dr. Jörg Haider

also ungefähr gleich viel Wohnungen, mit einem Aufwand von 38 Milliarden Schilling gebaut worden. Also bei gleichbleibender Stückzahl der Wohnbauleistung sind die Kosten mehr als das Doppelte gestiegen. Das ist natürlich eine ungeheuerliche Belastung, die hier vor allem auf den geförderten Wohnbausektor zukommt, sodaß man wirklich nachdenken muß und realistische Konzepte anzubieten hat.

Zumal ja der Anteil der geförderten Wohnungen immer überschätzt wird. Denn es wird immer von einer Wohnbauleistung von rund 50 000 gesprochen, 47 000, 50 000 Wohnungen pro Jahr, die neu gebaut würden. Das stimmt ja nicht ganz, denn entscheidend sind ja die Leistungen auf dem geförderten Wohnbausektor, und dort haben wir nur 30 000 neue Wohnungen im Schnitt pro Jahr, die gebaut werden. Davon sind rund 50 Prozent Genossenschaftswohnungen. Und die sind in den letzten Jahren kostenmäßig dermaßen explodiert, daß es für den eigentlichen Adressaten dieser Wohnungen immer schwieriger wird, eine solche Wohnung zu erstehen und dann überhaupt noch auf Grund der hohen Betriebskosten zu erhalten.

Und da sind natürlich die Kreditkosten, die auf Grund der Wirtschaftspolitik dieser Regierung so stark hinaufgestiegen sind, ein wesentliches Hemmnis, daß wir heute noch von einem sozialen Wohnbau sprechen können.

Das gilt auch für die Preissteigerungen in den letzten zehn Jahren und, wie ich meine – da bin ich nicht der Meinung des Kollegen Schemer –, für das Genossenschaftssystem an sich. Denn niemand kann ableugnen, daß die Genossenschaften, die sich soziale Wohnbaugenossenschaften nennen, heute neben dem Verwaltungsaufwand auch sehr große Geschäfte mit den sozial bedürftigen Wohnungssuchenden machen. Allein das Inkasso von 4 Prozent Bauverwaltungshonorar, das ihnen gesetzlich zugestanden wird bei der Abwicklung eines Wohnprojektes, zeigt ja, daß die Tendenz in eine Richtung gehen muß, möglichst teure Wohnobjekte hinzustellen, damit man viel Bauverwaltungshonorar kassieren kann. Also es ist eine unsinnige gesetzliche Situation, die wir hier vorfinden.

Und wenn Sie immer als Sozialisten in Ihren Programmen betonen, daß die Wohnung keine Ware sein darf, dann müssen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß unter Ihrer Regierungsherrschaft die Wohnung nicht nur zur Ware geworden ist, sondern zur Luxusware geworden ist für wenige Auserwählte, die sich das noch leisten können, daß die Wohnung heute ein politisches Schacherobjekt im Genossenschaftsbereich geworden ist, daß eben nur derjenige

eine Wohnung erhält, der auch politisches Wohlverhalten an den Tag legt.

Es ist auch der Unfug mit den Zweit- und Drittwohnungen unter Ihrer Regierung in keiner Weise bekämpft worden. Hier muß man doch den Mut haben, jenen, die auf Kosten der Allgemeinheit Zweit- und Drittwohnungen gefördert beziehen, einmal den Kampf anzusagen. Denn das geht doch nicht, daß einzelne auf Grund sozialer Schwächesituationen nicht in der Lage sind, eine entsprechende Wohnung zu haben, aber die Zahl jener, die über öffentliche Förderungen Zweit- und Drittwohnungen beziehen, ständig im Anwachsen ist.

Hier können wir aus der Sicht unserer Fraktion, die wir dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sind, wirklich nicht länger schweigen, und wir fordern Sie auf, endlich einmal Maßnahmen zu setzen. (*Beifall bei der FPÖ. – Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn Sie nun die Kostenentwicklung betrachten, damit es deutlich wird, so zeigt das einen gewaltigen Sprung zwischen 1970 und 1980. 1970 hat im geförderten Wohnbau der Quadratmeter Wohnfläche inklusive der Betriebskosten 18 Schilling ausgemacht, das sind bei einer Hundert-Quadratmeter-Wohnung 1 800 Schilling. Das ist eine Größenordnung, von der man sagen kann: Sie ist finanziert. 1980, also zehn Jahre später, kostet der Quadratmeter einschließlich der Betriebskosten bis zu 52 Schilling, also 50 bis 52 Schilling. Ich glaube, daß man hier nicht mehr davon sprechen kann, es handelt sich um soziale Wohnungen.

Denn, meine Damen und Herren, bei einem durchschnittlichen Nettoeinkommen zwischen 8 000 und 10 000 Schilling bedeutet das, daß viele Familien und Bewohner sogenannter Sozialwohnungen oder sozial geförderter Wohnungen zwischen 40 und 50 Prozent ihres verfügbaren Monatseinkommens für die Finanzierung der Wohnungen aufwenden müssen. Das ist ein Zustand, der wirklich unhaltbar geworden ist, wenn Sie zwischen 3 000 und 6 000 Schilling auf den Tisch legen müssen, um eine Wohnung finanzieren zu können.

Und wenn ich ein Nettoeinkommen von 10 000 Schilling habe, dann bin ich ja bereits ein Armutsfall, wenn die Betriebskosten dermaßen explodieren, weil ich mit 5 000 Schilling, da ja die Hälfte für die Wohnung aufgeht, leben muß. Und das, glaube ich, ist also nicht mehr zumutbar, und hier müssen unsere Reformen ansetzen, denn immer wieder, wenn man als Mandatar mit den Menschen draußen zusammenkommt und über diese Probleme spricht, tauchen Beispiele auf, die einen erschrecken

Dr. Jörg Haider

können, unter welchen Verhältnissen heute Menschen die steigende Last der Wohnungskosten zu tragen haben.

Und das muß die Verpflichtung für uns sein, endlich etwas zu tun. Nicht, weil es uns Freude macht als Opposition zu sagen: Ha, jetzt haben wir einen Punkt gefunden, zu sagen, wozu brauchen wir einen Bauten-Staatssekretär oder eine Staatssekretärin für das Wohnwesen, die tut eh nichts, da können wir die Abberufung fordern. Nein, das wollen wir nicht. Aber wir wollen endlich erreichen, daß im Interesse der Menschen etwas geschieht, die darauf warten, denen Hoffnungen gemacht wurden, daß etwas im Bereich des sozialen Wohnbaues passieren würde und die Kostenlast dadurch verringert werden sollte.

Nur ein Beispiel, um es Ihnen deutlich zu machen. Ich habe vorige Woche bei einem Sprechtag mit einer jungen Frau gesprochen; sie ist nicht verheiratet, hat ein Kind zu versorgen und ist berufstätig. Diese Frau verdient netto 7 000 Schilling. Sie zahlt für eine Wohnung, weil es in ihrem Ort noch keine geförderten Wohnungen gibt – die Streuung ist ja nicht sehr groß beim geförderten Wohnungsgebiet –, für eine nach freien Mietverhältnissen vereinbarte Wohnung 3 100 Schilling monatlich Miete. (Abg. Kittl: Das wird von euch bestätigt! Das wird von euren Abgeordneten ständig bestätigt!) Moment! Passen Sie einmal auf! Sie zahlt also 3 100 Schilling Miete, dann noch einen Heizkostenzuschlag . . . (Abg. Kittl: Da etwas vorhalten und dann in den Ausschüssen das Gegenteil von dem tun!) Herr Kollege, Sie müssen doch zuerst zuhören, bevor Sie argumentieren! Sie müssen zuerst zuhören. Sie zahlt also dann noch einmal für die dreimonatige Heizperiode 1 500 Schilling, das heißt, daß sie mehr als 50 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Wohnung aufwenden muß. Und jetzt kommen wir zum springenden Punkt: Wir haben eine Mietzinsbeihilfe, die ist untragbar. Wir haben Wohnungsbeihilfen, die nur gezahlt werden für jene, die bereits in geförderten Wohnungen sind. (Abg. Kittl: Ja, das wird von Ihnen bestätigt!) Aber hören Sie doch auf. Sie können doch nicht sagen, daß wir einen Zustand bestätigt haben, daß es keine allgemeine Wohnungsbeihilfe gibt. Lesen Sie doch das Protokoll vom vorigen Jahr nach, wo ich ganz unmißverständlich gesagt habe, der 30 Schilling-Unfug gehört beendet und eine allgemeine Wohnungsbeihilfe gehört endlich geschaffen. (Beifall bei der FPÖ.) Sie haben es bis heute nicht verwirklicht.

Und dann wundern Sie sich, wenn viele Menschen das Vertrauen verlieren, nicht allein in Ihre Partei, sondern in diesen Sozialstaat

überhaupt, weil man ihnen etwas verspricht, was man nicht halten kann. Mit 7 000 Schilling kann man nicht 3 500 Schilling für die Wohnung hinlegen. Da ist ein unhaltbarer Zustand.

Was machen Sie? Sie verlängern die 30 Schilling Wohnungsbeihilfe noch einmal um ein Jahr, anstatt eine solide Lösung anzubieten. Das ist es, was wir anklagen. (Abg. Kittl: Dann stellen sich Ihre Abgeordneten bei den Versammlungen mit den Hausbesitzern hin und sagen, das ist gerecht!)

Reden Sie sich doch nicht immer auf die Hausbesitzer aus! Sie reden sich ja auch dann nicht auf die Hausbesitzer aus, wenn Sie eine sozialpolitische Maßnahme setzen. Dann sind es nicht die Hausbesitzer . . . (Abg. Dr. Hafner: Wien ist der größte Hausbesitzer! – Abg. Kittl: . . . 3 500 Schilling Mieten, Herr Kollege!) Das möchte ich entschieden bestreiten.

Aber man soll die Dinge, glaube ich, hier nicht vermengen. Man soll einmal die tatsächliche Belastungssituation hernehmen und nicht dann auf die bösen Unternehmer oder auf die bösen Hauseigentümer hinmaulen, weil Sie hier das Problem erkennen, Herr Kollege Kittl. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß nach zehn Jahren sozialistischer Alleinregierung eine 30 Schilling-Wohnungsbeihilfe als Sozialalmosen gezahlt wird, und die Leute nicht mehr wissen, wie sie die Wohnungen finanzieren sollen. Das ist doch das Problem heute. Sie können nicht die Probleme wegschieben. 1954 waren das noch 10 Prozent. (Abg. Kittl: Reden Sie doch keinen Unsinn! Die 30 Schilling waren Bestandteil des Gehaltes! Das müssen Sie erst lernen, wir wissen es aus der Praxis!) Was war das? Ein Bestandteil des Gehaltes? Ja, und wieviel war das im Jahre 1954? Das waren 30 Prozent, 30 Prozent des damaligen Wohnungsaufwandes war das, und heute ist es 1 Prozent, diese 30 Schilling Wohnungsbeihilfe. Sie haben regiert, nicht wir, Herr Kollege Kittl. Sie haben die Macht, das zu ändern, aber Sie haben einen Zustand aufrechterhalten, der unsozial ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Und da paßt das genau hinein – ich muß es Ihnen sagen, es tut mir sehr leid, wenn Sie es auch nicht gerne hören –, was die Frau Staatssekretär . . . (Abg. Kittl: Das war aus dem Lohn- und Preisabkommen! Lernen Sie das aus der Geschichte!) Herr Kollege Kittl, ich bin lernfähig, aber Sie sind offenbar nicht willig, zuzuhören. Ich versuche Ihnen zu erklären, daß man zehn Jahre einer gescheiterten Wohnungspolitik der SPÖ nicht mit einem Abschieben der Verantwortung auf die Hauseigentümer kaschieren kann. Das ist nicht legitim! (Abg. Kittl: Das ist ausgesprochener Unsinn! Es sind noch nie so viele Wohnungen gebaut worden! –

5990

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dr. Jörg Haider

Abg. Dkfm. Bauer: Aber keiner kann sie zahlen!) Wenn man Luxusartikel hinstellt, dann können Sie doch nicht von einem durchschnittlichen Einkommensbezieher verlangen, daß er 50 Prozent seines Einkommens für die Wohnung hinlegt. Das ist doch untragbar! Das ist doch Ihnen genauso klar wie uns allen. Ich habe gesagt, wir wollen kein Politikum daraus machen – das haben Sie nämlich überhört –, sondern wir wollen hier mitarbeiten, daß es zu soliden Lösungen kommt. Aber Sie müssen endlich einmal bereit sein, diese konkreten Schritte einzuleiten. (*Abg. Babanitz:* Kann man hoffen, Ihre Mitarbeit zu bekommen? Wir reden dann im Ausschuß weiter!) Na, selbstverständlich, das habe ich Ihnen vorher schon gesagt.

Eines kann man nicht behaupten: daß wir Freiheitlichen nicht mit konstruktiven Vorschlägen seit der vorjährigen Budgetdebatte immer wieder an die Öffentlichkeit getreten sind. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis! (Beifall bei der FPÖ.)

Im vorigen Jahr hat die Frau Staatssekretär Eypeltauer nämlich noch argumentiert und hat gesagt: Die gestiegenen Realeinkommen in den letzten neun Jahren der sozialistischen Alleinregierung haben die Möglichkeit erhöht, Eigentumsbildung vorzunehmen. Heuer schaut das schon anders aus, wenn man den Sozialbericht liest. Da ist nämlich der Anteil der Löhne der unselbständigen Erwerbstätigen am Volkseinkommen erstmals um 1,6 Prozent gesunken. Das heißt, die Kaufkraft, die Einkommensstärke derjenigen, für die wir den Wohnungsbau eigentlich sozial gestalten sollten, ist gesunken. Und in dieser Zeit steigen aber die Wohnungskosten enorm. Und das ist das Problem, das wir einfach zur Kenntnis nehmen müssen, und daher ist mit Recht wiederholt gesagt worden, wir stehen vor einem Infarkt der Finanzierungsmöglichkeiten des sozialen Wohnbaues. Und jetzt haben wir uns gedacht, wenn der Patient, der infarktgefährdet ist, nun einmal da ist, dann wird er jetzt einen Herzschrittmacher kriegen in der Person der Frau Staatssekretär Eypeltauer, die für Wohnungsfragen zuständig ist. Aber anscheinend ist der Herzschrittmacher noch nicht mit Energie versorgt. Wir hoffen, daß das in absehbarer Zeit passieren wird, damit die nötige Energie dazu führt, Reformmaßnahmen durchzuziehen. Unsere Unterstützung werden Sie haben, sofern es wirklich zu einer Reform des sozialen Wohnbaues in Österreich kommt.

Zum zweiten. Wir glauben auch, daß man hier noch anmerken sollte, daß gerade das Problem der Kürzung der verschiedenen Sparformen, ob das jetzt die Umstellung beim Bausparen war, ob das die Einschränkung des Prämiensparens

ist, letztlich dazu geführt hat, daß der Finanzierungsengpaß noch größer wird. Und hier erweist sich die Regierungspolitik, insbesondere die Finanzpolitik, als ein Fluch der bösen Tat. Man hat gerade bei den kleinen Einkommensbeziehern die Vermögensbildung reduziert. Beim Bausparen, beim Prämiensparen, bei der Gestaltung der Zinsen und Tarife, bei den Sparbüchern – hier glaube ich, sehen wir, welche unwahrscheinlichen Auswirkungen das langfristig auf die Bereitschaft der Menschen hat, Sparguthaben oder Vermögenswerte anzusammeln. Denn wenn man in den Berichten der Bausparkasse jetzt liest, daß sie heuer um 50 Prozent weniger Vertragsabschlüsse haben, daß die Leute einfach keine Verträge mehr abschließen, weil es sich offenbar nicht auszahlt für sie, ist das sehr, sehr gefährlich, denn das heißt, daß wir heuer noch 22 Milliarden Schilling Finanzierung aus den Bauspargeldern für den sozialen Wohnbau erhalten haben, daß wir aber im nächsten Jahr nur mehr mit 8 Millionen Schilling rechnen können.

Und hier, meine Damen und Herren, können Sie mir nicht sagen, daß diese Regierungspolitik solide ist, die dazu führt, daß uns die Mittel hinten und vorn ausgehen, um gerade den Schwächeren und Bedürftigeren in unserem Staate zu helfen, denen wir wirklich im Bereich des sozialen Wohnbaus entgegenkommen sollten.

Ich möchte daher auch heuer ein paar Punkte nennen, die unserer Ansicht nach unbedingt mit in diese Neuordnung eingebaut werden sollten.

Ich habe also voriges Jahr schon etliche Anregungen gemacht und gehe jetzt noch ein Stück weiter. Zum Beispiel sollte man wirklich überlegen, wie man die Formen des langfristigen Sparens für die Wohnung attraktiver machen könnte.

Erstens: Es ist ja durchaus möglich, daß man einmal nachdenkt, ob man beispielsweise den Eltern einen Anreiz geben sollte, wenigstens einen Teil dieser 16 000 Schilling Geburtenbeihilfe langfristig für ihr Kind als Wohnguthaben bei einer entsprechenden Verzinsung und langjährigen Bindungsdauer anzulegen. Mit Anschlußkrediten würde das unter Umständen ein attraktives Angebot für viele Eltern sein, die für ihr Kind auf diese Weise Vorsorge treffen, und der Staat hat für die öffentliche Finanzierung im Moment erheblich mehr Kapital zur Verfügung.

Zweitens: Dasselbe bezieht sich auf den notwendigen Kreditrahmen, der im Bereich der Bausparkassen unter Einschluß des übrigen Kreditapparates ermöglichen muß, zu bestimmten sozial geregelten Zinssätzen, möchte ich

Dr. Jörg Haider

sagen, einen Kreditrahmen zur Verfügung zu stellen, mit dem man dann einen entsprechenden Impuls auf dem Wohnbausektor geben kann.

Drittens: Ich glaube, man muß endlich auch durch gesetzliche Maßnahmen Vorsorge treffen, daß die private Initiative von Miteigentümergemeinschaften, die sich zusammenschließen, um ein gemeinsames Wohnprojekt durchzuziehen, begünstigt wird. Das geschieht nicht. Wenn ich mir gerade die Behandlung bei der Grunderwerbsteuer und bei der Grundsteuer anschau, sehe ich schwerwiegende Probleme bis hin aber auch zu den Problemen, in den Genuß von Förderungsmitteln zu kommen.

Das ist, Herr Minister – das muß ich ganz offen sagen –, einfach untragbar: Wenn 20, 30 Leute sich zu einer Miteigentümergemeinschaft zusammenschließen und damit eine Initiative ergreifen, von der wir immer sagen, sie sei so begrüßenswert – und Sie sagen es auch immer, die Leute sollen aktiv werden –, dann stehen sie vor der Tatsache, daß ihnen dann, wenn sie um Wohnbauförderungsmittel ansuchen, von den Landesstellen der Wohnbauförderungsreferate gesagt wird: Ja wir haben in den nächsten drei Jahren die Mittel schon zwischen den Genossenschaften aufgeteilt, da ist für euch kein Platz mehr, da gibt es kein Geld mehr!

Hier, glaube ich, muß man ein bißchen umdenken, denn gerade diese privatinitiativen Modelle, die hier durchgezogen werden – es sind ja meistens jüngere Leute, die dabei mit dem nötigen Elan dahinterstehen –, sind auch sehr kostengünstig in der Bauführung und würden auf diese Weise zu einer rascheren Beschaffung von günstigem Wohnraum führen.

Viertens: Ich glaube, daß man dem Zweit- und Drittwohnungsmißbrauch endlich einmal den Kampf ansagen muß, wie ich es vorhin schon ausgeführt habe, daß die Förderung von Zweit- und Drittwohnungen einfach zu unterbinden ist beziehungsweise daß einmal zu überprüfen ist, was denn dagegen getan werden kann.

Fünftens glaube ich, daß man die Rückzahlungsmodalitäten bei den langfristigen Darlehen einfach umgestaltet und auch Anreize für jene geben sollte, die auf Grund eines verbesserten Einkommens in den späteren Lebensjahren bereit wären, vorzeitige Rückzahlungen zu leisten.

Sechstens sollte man im Genossenschaftswesen die Gewinnsucht ein bißchen eindämmen, was also die gesamten Bauverwaltungshonorare betrifft.

Ich halte es siebentens für angebracht, daß man diese 30 Schilling Wohnungsbeihilfe, die

nun leider durch die 35. ASVG-Novelle wiederum für ein Jahr verlängert worden ist, obwohl wir ja in einem Entschließungsantrag festgelegt haben, sie sollte mit Ende dieses Jahres auslaufen, wirklich zu einer allgemeinen Wohnungsbeihilfe umgestaltet.

Hier könnte man den Vorstellungen des Herrn Sozialministers nahtreten, der gemeint hat: Staffeln wir nach Einkommensstärke! Ich bekenne mich dazu, daß man soziale Beihilfen eben nach Einkommensstärke zu vergeben hat und nicht an jene, die sie nicht mehr brauchen. Das könnte man machen. Aber dann dürfen es bitte nicht 30 Schilling sein, wie Dallinger sich das vorgestellt hat. Denn wenn ich bis 10 000 Schilling jedem weiterhin die 30 Schilling gebe, und ab 10 000 Schilling kriegt er sie nicht mehr, ist das wirklich, gelinde gesagt, ein schlechter Schmäh, der hiermit gemacht wird, ohne daß man substantiell für die Wohnungsbelastungen der einzelnen eine Hilfestellung gibt.

Ich darf Sie daher ersuchen, auch von Ihrer Seite mit Nachdruck dafür einzutreten, daß das jetzt endlich einmal geregelt wird. Sie haben es ja im vorigen Jahr, Herr Bundesminister, schon im Finanz- und Budgetausschuß versprochen, daß Sie sich dafür einsetzen werden, weil es heute einfach so ist, daß die Wohnungsbeihilfe, die aus allgemeinen Wohnbauförderungsmitteln über die 30 Schilling hinaus gegeben werden kann, ja nur jenen zugute kommt, die bereits in einer geförderten Wohnung sitzen, und das ist eine sehr sonderbare Situation, daß diejenigen, die sich eine teure freifinanzierte Wohnung leisten müssen, überhaupt keinen Anspruch auf eine Beihilfe haben, gelinde gesagt, höchstens eine kleine Mietzinsbeihilfe, aber jene, die bereits in einer geförderten Wohnung sitzen können, oft zu drei Viertel ihren gesamten Wohnaufwand ersetzt erhalten.

Hier liegen die Dinge wirklich im argen, und es könnte relativ rasch durch einen Gesetzesbeschluß im nächsten Vierteljahr, glaube ich, eine Einigung zwischen den Fraktionen herbeigeführt werden.

Achtens darf ich Sie gerade aus Anlaß des kommenden „Jahres der Behinderten“ ersuchen, sich auch darüber Gedanken zu machen, wie man die Beschaffung von Behindertenwohnungen verbessern könnte, weil sich hier massiv Probleme ergeben. Die Zahl ist nicht so groß, aber wir haben einen wachsenden Bedarf an Behindertenwohnungen. Die sollten gerade im Hinblick auf das „Jahr der Behinderten“, das im nächsten Jahr begangen wird, verstärkt angestrebt werden, und ich hoffe, daß auch hier das Verständnis der Regierungsfraktion gegeben ist.

5992

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Dr. Jörg Haider

Und damit komme ich zum Schluß und zitiere noch einmal die Frau Staatssekretär, die im vorigen Jahr mit so großem Elan in ihre Aufgabe hineingesprungen ist, indem sie wiederum „Die Zeit“ zitiert und gemeint hat: Wenn es dort heißt, die alten Griechen wohnen besser als wir – das, meine Damen und Herren, wird in Österreich nicht geschehen!

Ich glaube, daß doch ein bißchen Ursache besteht anzunehmen, daß die alten Griechen vielleicht doch besser gewohnt haben, zumindest billiger haben sie gewohnt als wir heute wohnen, denn das, was man ihnen... (Abg. Prechtl: Das war der Rest von den Griechen!) Seien Sie nicht so aufgeregt! (Abg. Prechtl: Ich bin nicht aufgeregt!) Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß im Bereich der Wohnbaupolitik eine Neuordnung notwendig ist. Sie können das doch nicht in Abrede stellen, daß Tausende junge Menschen nicht wissen, wie sie die Wohnung finanzieren sollen, und daß sie teilweise in wirklich unzumutbaren Wohnobjekten unterkommen müssen. Sie haben das Problem nicht, Herr Abgeordneter Prechtl, das glaube ich schon, aber reden Sie einmal mit den Leuten und schauen Sie sich einmal die Einkommensverhältnisse an, dann werden Sie nämlich verstehen, was Sozialpolitik in diesem Bereich heißt! (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Prechtl: Wo der Rest von den Griechen gewohnt hat! – Ruf bei der ÖVP: Aspasia!)

Aus diesem Grunde, Herr Kollege Prechtl, wäre es notwendig, vom hohen Roß der absoluten Mehrheit herabzusteigen und sich die Praxis draußen im Leben anzuschauen, als Abgeordneter die Leute mit ihren Einzelschicksalen zur Kenntnis zu nehmen und das nicht vom grünen Tisch aus zu beurteilen. Dann, glaube ich, würden wir einen Konsens sehr rasch finden, daß in diesem Bereich des sozialen Wohnbaus ein entscheidender Schritt in den nächsten Monaten zu setzen ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Staatssekretär Dr. Eypeltauer. Ich erteile es ihr.

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauen und Technik Dr. Beatrix Eypeltauer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die Zeit wie üblich bei Behandlung des Bautenbudgets fortgeschritten ist, will ich mich kurz fassen und mich auf die konkrete Beantwortung konkreter Behauptungen und Fragen beschränken.

Der Herr Abgeordnete Keimel, der zu meinem Leidwesen nicht da ist (Rufe: Ist da!) Oder sehe ich schlecht? Er sitzt sogar ganz weit vorn; es

freut mich, Herr Abgeordneter, Sie zu sehen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel. – Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete Keimel hat gemeint, es seien ihm für den Wohnbau viel zuwenig Impulse von unserem Ressort ausgegangen.

Nun, ich habe ja Verständnis für jede Art von fachlicher und sachlicher Kritik. Und auch der Herr Dr. Haider hat gemeint, der Bund sei trotz der Kompetenzteilung verpflichtet und dafür da, dafür zu sorgen, daß es auf dem Gebiet des sozialen Wohnbaus, auf dem Gebiet des Volkswohnungswesens in Österreich besser werde.

Ich will mich um keine Verantwortung drücken, ich will nur der Ordnung halber doch auf folgendes hinweisen: Durch die geteilte Kompetenz wird nun einmal die Wohnbaupolitik von den Ländern gemacht. Die Länder sprechen täglich in ihren Aussendungen, in ihren Zeitungen von der Landeswohnbauförderung. Der Herr Abgeordnete Keimel hat selbst von einem „Rahmengesetz“ des Bundes gesprochen, obwohl das Wohnbauförderungsgesetz im technischen Sinn kein Rahmengesetz ist.

Aber es stimmt: Die Länder erlassen zu dem Bundesgesetz die Richtlinien. Und die Art ihrer Förderung hat sich von Bundesland zu Bundesland ja sehr auseinanderentwickelt.

Auch das Ergebnis ist ein sehr verschiedenes, was die Quantität, die Qualität und auch die Verteilung der verschiedenen Formen von Wohnungen anlangt.

Das soll also nur zeigen, daß selbst ein noch so gutes Bundesgesetz unter Umständen zu wenige Impulse zu geben in der Lage ist, wenn die Länder nicht bereit sind, es im Sinne dieses Bundesgesetzes zu vollziehen. Wir werden uns aber – und das ist nicht nur eine Absichtserklärung – in den allernächsten Wochen und Monaten um das neue Konzept sehr bemühen.

Herr Abgeordneter Keimel! Sie haben etwas gesagt, was mich geschmerzt hat. Sie haben gesagt, das Startwohnungsmodell aus Forschungsmittel zu finanzieren, halten Sie für zweckwidrig.

Ich kann dem entgegenhalten, daß der Wohnbauforschungsbeirat am 24. Oktober einstimmig das neue Forschungsprogramm beschlossen hat und daß dort unter Punkt 3.4.2 die Startwohnungen ausdrücklich drinnen stehen.

Ich muß also die Unterstellung ganz entschieden zurückweisen, die Startwohnungsmodelle aus Mitteln der Forschung zu finanzieren sei zweckwidrig.

Weiters möchte ich auf folgendes hinweisen.

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltaufer

Sie haben es begrüßt, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, daß ich kürzlich ganze Passagen – wie Sie gemeint haben – aus Ihrem Programm zu meinem Programm gemacht habe. (*Abg. Dr. Keimel: Und haben das begrüßt!*) So umfangreich war das Mir-zu-eigen-Machen Ihres Programms nicht, aber ich gebe zu, daß es eine Reihe von Punkten gibt, wo wir d'accord gehen, wo man vernünftigerweise einer Meinung sein soll und muß.

Trotzdem glaube ich, Herr Dr. Keimel, Ihr Konzept bringt ein bißchen zu wenig. Denn Sie selbst sagen, es würde erst in acht bis zehn Jahren – ich habe hier Ihre Aussendung – wirksam. Offenbar haben Sie es in der Blickrichtung erstellt, daß es dann wirksam werden soll, wenn Sie hoffen, wieder an der Regierung zu sein. Das wäre ja dann eine schöne Sache für Sie.

Wir werden also dieses Konzept ein bißchen auffetten müssen, denn mit der Verkürzung der Laufzeit der Darlehen und mit der Anhebung der Raten ist es nun einmal nicht getan. Das ist das, was hier hauptsächlich drinnen steht.

Sie haben auch Lob gespendet, Herr Dr. Keimel, und zwar in einer anderen Aussendung, indem Sie gesagt haben, es würden immer weniger Wohnungen zu unerschwinglichen Preisen gebaut. Daraus kann man ableiten, es werden immer mehr Wohnungen zu erschwinglichen Preisen gebaut. Es würde mich freuen, sollte das so gemeint gewesen sein.

Ganz kurz zum Herrn Abgeordneten Probst. Er ist offenbar einem Irrtum unterlegen, wenn er meint, für die Wohnbauforschung seien nur 575 000 S im Budget zu finden.

Ich mache ihn darauf aufmerksam: Im Jahre 1981 werden für die Wohnbauforschung 67,9 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Ich glaube, er hat das mit den Mitteln der Bauforschung, die auch im Ressort bereit stehen, verwechselt.

Noch ein zweites muß ich richtigstellen, damit es auch im Protokoll richtiggestellt wird, Herr Kollege Probst. Sie haben gemeint, in Österreich gäbe es 1,9 Millionen Wohnungen. Es gibt nach dem Mikrozensus 1979 2 624 000 ganzjährig bewohnte Wohnungen. Sie haben also von irgendwoher eine falsche Zahl erwischt, wofür ich Verständnis habe, weil ich weiß, daß die Zahlen gerade auf dem Wohnungssektor oft sehr schwer aufzufinden sind und auch sehr differieren. (*Abg. Probst: Die habe ich von Ihnen!*) Die können Sie nicht von mir haben, da haben Sie sich sicherlich verhört.

Der Herr Abgeordnete Hagspiel hat wiederum gemeint, ich hätte ein gestörtes Verhältnis zum Eigentum.

Nun, Herr Abgeordneter Dr. Keimel, ich darf noch einmal kurz auf Sie zurückkommen, weil Sie mich ja auch schon öfters in diese Richtung kritisiert haben und weil Sie in diesem Zusammenhang immer wieder von Ihrem „Salzburger Programm“ gesprochen haben. Jetzt habe ich es mir besorgt.

Und nun bin ich sehr betrübt, denn da drinnen steht von der ÖVP, die sich ja immer wieder als Verfechterin des Eigentumsgedankens deklariert, ein einziger Satz, und dieser lautet: „Eigentum soll seine Träger frei, nicht aber andere unfrei machen.“ Das ist alles. Mir scheint das als Programm für das Wohnungseigentum, für die Förderung von mehr Eigenheimen recht wenig zu sein.

Zurück zum Herrn Abgeordneten Hagspiel. Er hat mein Interview aus dem Vorarlberger Rundfunk ganz richtig wiedergegeben, und ich stehe auch dazu. Ich habe nämlich dort einen großen Wohnblock mit Mietwohnungen besucht und dort eine sehr umfangreiche, stundenlange Diskussion mit den Bewohnern gehabt. Die Leute haben mir übereinstimmend erklärt, sie würden in Vorarlberg scheel angesehen, weil sie nicht Eigentumswohnungen und nicht Eigenheime bewohnen.

Das habe ich mir erlaubt, im Rundfunk ein wenig zu kritisieren, und darauf hinzuweisen, daß es schließlich und endlich wirklich viel mehr Lebensglück für manche nicht allzu reich mit Gütern gesegnete Familien bringen würde, würden sie eine Mietwohnung beziehen, als 10 oder 15 Jahre ihres Lebens mit dem mühsamen Bau eines Eigenheimes zu verbringen.

Nicht daß ich das kritisiere! Ich habe volle Achtung vor diesen Menschen, die das tun. Aber ich glaube nicht, daß es immer klug ist, sich in dieses Abenteuer des Eigenheimbaues einzulassen.

Viele sagen ja, wenn sie gewußt hätten, was ihnen bevorsteht, hätten sie es bleiben lassen. Nur in diesem Sinne waren meine Äußerungen gemeint, und ich habe auch nachher gehört, daß das Echo darauf durchaus positiv gewesen ist.

Für eines bin ich dem Herrn Abgeordneten Hagspiel wirklich dankbar. Herr Dr. Keimel, Sie waren nicht im Saal, aber Sie können es nachlesen. Er hat hier klipp und klar gesagt, daß in Vorarlberg die Mietwohnungen dreimal so hoch gefördert werden wie die Eigentumswohnungen. (*Abg. Dr. Keimel: Das sagen wir immer! Weil 85 Prozent im Eigentum stehen!*) Das sagen Sie immer.

Wenn in einem anderen Bundesland, etwa in Wien, auch nur ein kleines bißchen verändert wird zugunsten der Mietwohnungen (*Abg. Dr.*

5994

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer

Keimel: Entschuldigung, da wohnen nur 10 Prozent im Eigentum!) und zum Nachteil der Eigentumswohnungen, dann gibt es ein Riesengeschrei. Und dort ist man stolz darauf, daß man die Mietwohnungen dreimal mehr fördert als die Eigentumswohnungen.

Sie können sicher sein: Im Zuge der Diskussion über unsere neue Wohnbauförderung werden wir auf dieses Problem noch zurückkommen. Ich halte es nicht für falsch, was die Vorarlberger da tun, aber ich halte es für unrichtig, wenn Sie immer wieder sagen (*Abg. Dr. Keimel: Das ist ja unvergleichbar!*), Sie können nur einer vollkommen gleichen Förderung von Eigentumswohnungen und Mietwohnungen das Wort reden und nur einer solchen Lösung zustimmen. Dann können wir Sie auf das Vorarlberger Beispiel gerne verweisen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Haider hat gemeint, wir hätten zehn Jahre lang ein Konzept versprochen.

Alle bekennen sich dazu: So schlecht ist die Wohnbauförderung des Jahres 1968 ja auch wieder nicht. Es sind Hunderttausende von Wohnungen damit gebaut worden. Daß es gerade heute finanzielle Schwierigkeiten beim sozialen Wohnbau, im Wohnungswesen überhaupt gibt, ist keine österreichische Erscheinung, sondern in aller Welt zeigt sich diese Problematik gerade jetzt mit besonderer Deutlichkeit. Vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland steht ja dieses Problem derzeit sehr im Vordergrund der politischen Diskussion.

Der Vorschlag des Herrn Abgeordneten Haider, die 30 S Wohnungsbeihilfe anderen Zwecken zuzuführen, findet bei uns wirklich offene Ohren.

Aber so, Herr Dr. Haider wird es leider nicht gehen, wie Sie glauben und wie Sie in einer Aussendung meinen, man könnte mit diesen rund 1,5 Milliarden oder mit der einen Milliarde – denn der Rest müßte ja den Pensionisten und den wenig Verdienenden belassen werden – mehr Subjektförderung betreiben, niedrigere Zinsen für die Darlehen damit erreichen, und es könnte mehr für die Jungen und auch mehr für die Alten getan werden. Schön wäre es, aber mit der einen Milliarde werden wir alle diese Ziele leider nicht erreichen. (*Abg. Dr. Jörg Haider: Man könnte eine allgemeine Wohnungsbeihilfe schaffen, die zumindest im Bereich von ein paar hundert Schilling liegt!*)

Sie sind ein Verfechter dessen, was in der Bundesrepublik Wohngeld heißt und was auch ich in meine Überlegungen schon einbezogen habe, weil ich Ihnen zugeben muß, daß es vielleicht nicht sehr logisch ist, daß der, der eine

geförderte Wohnung bekommt, also ohnedies schon gefördert wird, durch Subjektförderung noch einmal gefördert wird, während der, der nicht in der Lage ist, eine geförderte Wohnung zu bekommen, dann gleich gar keine Förderung bekommt. Ich gebe Ihnen zu, daß hier vielleicht eine Lücke in Österreich offen ist, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil man sich im Jahre 1968 entschlossen hat, die Mietzinsbildung freizugeben, und weil sich auf Grund der Tatsache, daß wir eben doch noch zu wenig Wohnungen haben, die Mietzinse so entwickelt haben, wie Sie uns in Ihrem Beispiel demonstriert haben.

Nun möchte ich zum Schluß kommen. Sie haben gemeint, Herr Dr. Haider, es sei keine sehr starke Motivation für ein Team, wenn der Herr Bundeskanzler von einer weiteren Veränderung der Wohnbauförderung gesprochen hat. So sehe ich das nicht. Denn wenn wir an eine Neuordnung schreiten wollen, dann müssen wir die Gesamtproblematik im Auge haben. Warum sollten wir nicht überlegen, ob nicht eine solche weitere Veränderung wirklich zweckmäßig sein könnte?

Wir stehen ja jetzt mit den Bundesländern bezüglich des Forderungsprogramms in sehr intensiven Verhandlungen. Es wird aber erst in zwei, drei Monaten abzusehen sein, wie sich die Bundesländer ihrerseits zu diesem Gedanken stellen. Es liegen bisher nur einzelne, noch unkoordinierte Äußerungen der Bundesländervertreter dazu vor. Aber ich glaube nicht, daß wir diese Problematik heute schon vollständig außer acht lassen können. Das ist ja auch ein Grund, warum wir – ich will nicht sagen, uns Zeit lassen sollen, sonst legen Sie das falsch aus – wohlüberlegt an diese Neuordnung mehr oder weniger schrittweise, ein Schritt nach dem anderen, herangehen sollen. Sicherlich gibt es derzeit zu viele Förderungsarten; sie werden sich wahrscheinlich auf zwei, eine Objekt- und eine Subjektförderung, reduzieren lassen.

Man muß noch bedenken, daß das Problem der Stadterneuerung mit einer bloßen Wohnbauförderung nicht zu lösen und nicht in den Griff zu bekommen ist und daß auch für die Jungfamilien – das gebe ich Ihnen zu – mehr getan werden soll, als im Rahmen der allgemeinen Wohnbauförderung getan werden kann. Ob wir mehr Mittel bekommen werden, wird auch davon abhängen, ob wir uns entschließen können, die nun seit dem Jahre 1954, seit dem ersten Wohnbauförderungsgesetz eingefrorenen Wohnungsentgelte im engeren Sinn ein wenig anzuheben, und zwar sehr behutsam und nur insoweit, daß wir vielleicht eine weitere Entwertung bei der Rückzahlung dieser so langfristig vergebenen Darlehen wenigstens für

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltaufer

die Zunkunft verhindern können, wobei wir die sozialen Momente dabei keineswegs aus den Augen verlieren dürfen. Es gibt ja einen allgemeinen Konsens hinsichtlich der notwenigen Verkürzung der Darlehenslaufzeit und hinsichtlich einer progressiven Erhöhung nach den ersten Jahren.

Daß die neue Wohnbauförderung das erklärte Ziel haben muß, Mißbräuche zu verhindern, dazu will ich mich gerne hier bekennen. Daß wir alles tun müssen, damit wir nicht wie bisher immer wieder den Bau von Zweitwohnungen oder Drittwohnungen, wie Sie gemeint haben, fördern, liegt auch auf der Hand. Nur ist eben zwischen dem Gesetzestext, der das verbietet, und der Praxis, die wir nicht beeinflussen können vom Bund her, ein himmelweiter Unterschied. Das muß ich leider sagen. Unser Hauptziel wird es sein, vom Gießkannenprinzip wegzukommen und dort verstärkt zu helfen, wo die Hilfe aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ganz besonders gebraucht wird.

Die Versorgung unserer Bevölkerung mit zeitgemäßen Wohnungen ist – da stimme ich Ihnen wieder zu – kein Thema der Parteipolitik im engeren Sinn. Es ist ein Problem von ganz ungeheurer wirtschaftlicher, sozialpolitischer und auch, wie Sie gemeint haben, Herr Dr. Haider, gesellschaftspolitischer Bedeutung. Bei der Lösung werden die Bundesländer stark eingebunden werden müssen, weil es hier regionale Bedürfnisse gibt, wie man deutlich erkennen kann.

So möchte ich hoffen, daß wir diese Problematik in nächster Zeit gemeinsam – darauf würde ich besonders großen Wert legen: gemeinsam! – diskutieren und gemeinsam lösen werden, wenn der ehrliche Wille dazu auf allen Seiten vorhanden ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lehr. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Lehr (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Ausführungen zum Kapitel Bauten und Technik werden sich mit dem Bundesstraßenbau und dem Ausbau der Autobahnen und Schnellstraßen beschäftigen. Zuvor möchte ich jedoch einige allgemeine Bemerkungen machen.

So wie jedes Jahr bemühen sich auch heuer wieder die Vertreter der ÖVP, die Budgetdebatte dazu zu benützen, ihre Beiträge zur Verunsicherung der Bevölkerung loszuwerden. Die Ausführungen des Herrn Dr. Keimel waren ja wieder ein Musterbeispiel dafür. Aber was von dieser Art der Stellungnahmen zum Budget zu halten ist, geht zum Beispiel aus einem

Kommentar der Katholischen Sozialakademie hervor, der Anfang Dezember herausgegeben wurde. In diesem Kommentar kann man unter anderem lesen:

„Die Stellungnahme der parlamentarischen Opposition zum Bundesvoranschlag 1981 war ..., fast möchte man sagen, wie erwartet, mager, ja enttäuschend oberflächlich.“

Dazu werden in diesem Kommentar eine Reihe von Widersprüchen und Auslassungen der ÖVP angeführt. Anschließend wird noch festgestellt: Obwohl eine Opposition gehandicapt ist, weil sie sich nicht auf den großen Stab sachkundiger Ministerialbeamter stützen kann, müßte man doch zu den grundsätzlichen Fragen der Budgetpolitik fundiertere Alternativen erwarten können.

Aus diesen wenigen Aussagen, die ja mehr oder weniger aus Ihren eigenen Reihen kommen, müssen Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion, sehr deutlich erkennen, wie man außerhalb dieses Hauses in der Öffentlichkeit Ihre Oppositionspolitik beurteilt.

Wir können heuer eine Art Jubiläum feiern. Seit zehn Jahren stellt die ÖVP stereotyp horrende Forderungen und bemängelt im gleichen Atemzug eine zu große Belastung der Bevölkerung durch den Staatshaushalt. Seit zehn Jahren sagen Sie immer für das kommende Jahr den wirtschaftlichen Ruin und damit eine große Arbeitslosigkeit für Österreich voraus. Und seit zehn Jahren lassen Sie Jahr für Jahr die gleiche Horrorwalze auf Ihrem Politleirkasten ablaufen und glauben, damit die Öffentlichkeit beeindrucken zu können. Die Bevölkerung weiß jedoch schon längst, was sie von der ÖVP zu halten hat. Das zeigen ja die derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse in Österreich ganz genau.

Meine Damen und Herren! Analysiert man das vorliegende Budget 1981 hinsichtlich der Wirksamkeit in Richtung Bundesstraßen und Autobahnen, so erkennt man folgendes: Der Gesamtrahmen beim Tiefbau wird sich um 10,6 Prozent inklusive der Zahlungen an die Sondergesellschaften ausweiten. Weitere 5 Milliarden Schilling werden im Rahmen der Konjunkturbelebungs- und Stabilisierungsquote zur Verfügung stehen. In alter ÖVP-Manier ist dies alles natürlich zu wenig. Aber das sind wir nun schon seit zehn Jahren gewohnt. Wir wissen daher aus dieser langen Erfahrung heraus, was davon zu halten ist.

Vergleicht man zum Beispiel nur die Bauleistungen beim Autobahnbau zwischen den Jahren 1960 und 1969 mit denen zwischen 1970 und 1979, so ergibt sich folgendes Bild: 247 km Autobahnen, davon 34 km Gesellschaftsstraßen,

5996

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Lehr

zwischen 1960 und 1969 und 464 km, davon 101 km Gesellschaftsstrecken, zwischen 1970 und 1979. Natürlich wurden etliche Kilometer Autobahnen, die in den siebziger Jahren fertiggestellt wurden, noch unter der ÖVP-Alleinregierung begonnen, aber auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes erkennt man leicht, wer sich mehr, die ÖVP oder die SPÖ, um den Ausbau der Autobahnen gekümmert hat.

Aber noch ein Moment sollte man bei diesem Vergleich nicht außer acht lassen: In den sechziger Jahren wurden die Autobahnabschnitte überwiegend in den flacheren Teilen Österreichs gebaut, was den Bau natürlich wesentlich einfacher und damit billiger gestaltet hat.

Für die Bundesstraßen B werden 1981 für den Ausbau und die Erhaltung 7 547,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Bei den Autobahnen werden es 8 197,7 Millionen Schilling sein.

Im Durchschnitt kommen derzeit zirka 60 Prozent der Mittel für den Ausbau und 40 Prozent für die Erhaltung zum Tragen. Auf Grund des stetigen Ausbaues werden sich die Verhältnisse schon 1985 umkehren.

Unter den Begriff der Erhaltung fallen der Winterdienst, die Straßenausrüstung, die eigentliche Erhaltung der Straßen, Brücken und Hochbauten, die Aufwendungen für den Betrieb und Instandsetzung der Geräte und Fahrzeuge.

Der Erhaltungsaufwand umfaßt den Materialaufwand, den Aufwand für Fremdleistungen sowie die für die Erhaltung der Bundesstraßen erwachsenden Lohnkosten.

Das Ausbauziel der Autobahnen umfaßt insgesamt 1 872 km. Ausgebaut sind mit 1. 1. 1981 937,8 km. Somit wurden 1980 62,3 km Autobahnen fertiggestellt, und damit stehen 50 Prozent der geplanten Autobahnen für den Verkehr zur Verfügung.

Die Baukosten dafür sind beachtlich. So kostet ein Kilometer Autobahn derzeit im Schnitt 70 bis 80 Millionen Schilling.

Ein Kilometer Straßentunnel kostet je nach Lage und Beschaffenheit 140 bis 250 Millionen Schilling.

100 Meter Autobahnbrücke kosten 20 bis 25 Millionen Schilling. Im Zuge der derzeit fertiggestellten Autobahnen liegen allein 1 590 Brücken.

Von den Bundesstraßen S stehen 185 km unter Verkehr, die Ausbaulänge wurde mit 1 183 km festgelegt.

Von den Bundesstraßen B stehen 9 111 km unter Verkehr, das Ausbauziel beträgt 9 219,5 km. Im Zuge dieser Bundesstraßen B liegen allein 6 570 Brücken.

Seit 1945 wurden bis jetzt zirka 145 Milliarden Schilling für den Ausbau der Autobahnen aufgewendet.

Nach dem heutigen Preisniveau werden noch 200 Milliarden notwendig sein, um das gesamte Ausbauprogramm zu realisieren. Diese beiden Zahlen allein zeigen schon die Problematik einer kürzerfristigen Finanzierung auf.

In einem mittelfristigen Bauprogramm sollen nun besonders vordringliche Straßenabschnitte in der Steiermark und auf der Gastarbeiterroute innerhalb von vier Jahren ausgebaut werden. Die Kosten sind mit 20 Milliarden Schilling präliminiert.

Die Aufbringung dieser Mittel ist, wie schon angeführt, problematisch, sollen nicht andere ebenso wichtige Aufgaben des Staates zurückgestellt werden.

Aber die Bauwirtschaft selber macht noch durch exorbitante Preiserhöhungen auf diesem Sektor die Situation schwieriger. Denn wenn sich die Tiefbaupreise im zweiten Quartal dieses Jahres wieder um rund 24 Prozent erhöht haben, so muß man sich schon die Frage stellen, ob das Gejammer der Bauwirtschaft über eine schlechte Auftragslage überhaupt ernst zu nehmen ist.

Dabei sollte gerade die Bauwirtschaft als eine Schlüsselparte der österreichischen Wirtschaft schon etwas mehr Zurückhaltung üben wie etwa die Gewerkschaften bei ihrer Lohnpolitik.

Welche Schlüsselposition die Bauwirtschaft in unserer Wirtschaft einnimmt, geht schon daraus hervor, daß rund 50 verschiedene Berufsgruppen an der Fertigstellung eines Bauwerkes beteiligt sind.

Aber das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern in der Bauwirtschaft läßt teilweise – ich sage ausdrücklich „teilweise“ – zu wünschen übrig, wenn man zum Beispiel feststellen muß, daß allein im dritten Quartal 1980 3,7 Millionen Schilling an Lohnforderungen im Zuge von Konkursen und 2,7 Millionen Schilling an diversen anderen Forderungen durch die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter für ihre Mitglieder eingeklagt werden mußten.

Leider macht sich auf dem Arbeitsmarkt darüber hinaus seit einiger Zeit eine sehr bedenkliche Entwicklung bemerkbar. Immer mehr Arbeitskräfte-Verleihfirmen treten in Erscheinung. Sie betreiben eine neue Art des Sklavenhandels. Dieser war seinerzeit sehr

Lehr

lukrativ und dürfte es, wie es scheint, auch heute sein.

Nicht so profitabel ist er allerdings für jene, die unter allen möglichen Vorspiegelungen als Arbeitnehmer einer solchen Firma auf den Leim gehen.

Jedenfalls ist auch feststellbar, daß sich die Bauwirtschaft, sagen wir, nicht ungern solcher Verleihfirmen bedient, denn man erspart sich so verschiedene kollektivvertragliche Leistungen.

Meine Damen und Herren! Man spricht sehr gerne von einem Unternehmerrisiko, aber manche der Unternehmer verstehen es heute schon immer besser, dieses Risiko zum Teil auf ihre Arbeitnehmer abzuschieben.

Wenn auch von ihrer Seite, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion, am Ausbautempo unserer Autobahnen heftige Kritik geübt wird, so treffe ich trotzdem die Feststellung, daß die Straßenbaupolitik der Bundesregierung optimale Ergebnisse in den siebziger Jahren erbracht hat.

Würde man jenen folgen, die einem noch rascheren Ausbau das Wort reden, so würde dies letzten Endes kein guter Dienst für die Bauwirtschaft, ihre Beschäftigten und schließlich auf Grund der Schlüsselposition der Bauwirtschaft selbst auch für unsere Wirtschaft sein.

Die schon jetzt beachtliche Kapazität der Bauwirtschaft würde sich weit über ein gesundes Ausmaß aufblähen. Eine größere Vergabe von Aufträgen würde wie schon Mitte der siebziger Jahre sofort die Baupreise im verstärkten Maß ansteigen lassen, damit würde aber auch eine Mehrleistung an Autobahnkilometern sehr in Frage gestellt werden. Und mit einer hohen Arbeitslosenrate würden die Bauarbeiter schließlich nach Abklingen dieser überhitzten Situation die Zeche zu bezahlen haben.

Meine Damen und Herren! Man muß sich die Frage stellen, wieso gerade Österreich einen so großen Nachholbedarf auf den Sektoren Straßenbau und Verkehr hat. Ich bin überzeugt, wir leiden heute noch unter den Versäumnissen einer Zeit, in der Hunderttausende Arbeitslose in Österreich als eine natürliche Gegebenheit der Wirtschaft von den damals Verantwortlichen hingenommen wurden, als hilfloser Konservatismus aus diesen Zuständen heraus schließlich von faschistischen Diktaturen abgelöst wurde. Die Rechnung dafür durfte in allen Fällen das Volk bezahlen.

Hätte man damals, in den dreißiger Jahren, mehr gegen die Arbeitslosigkeit getan, hätte man damals zum Beispiel Straßen gebaut und damit eine allgemeine Aktivierung der Wirt-

schaft eingeleitet, hätte damals der Staat mehr getan, als die aufgebrachte Bevölkerung einzusperren, so wäre den Österreichern vielleicht viel erspart geblieben.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg, Ende der sechziger Jahre, war man wieder drauf und daran, die Bauarbeiter durch ein Gesundschrumpfen der Bauwirtschaft brotlos zu machen.

Und heute, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion, bemüht sich die Regierung Kreisky seit Jahren eine aufkommende Arbeitslosigkeit durch geeignete Maßnahmen zu bekämpfen. Sie bemüht sich um die Erhaltung und um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, und trotzdem ist dieses Bemühen für manche nur ein „alter Hut“. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.*) Haben wir schon gehört.

Es werden nicht mehr viele unter den Abgeordneten dieses Hauses sein, die aus eigener Erfahrung die Not und das Elend der dreißiger Jahre kennen. Daher diese sonderbare Äußerung gegenüber dem Bemühen der Regierung. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.*) Sind Sie auch vom Baugewerbe? Ich habe geglaubt, Sie gehören eher zu den persönlichen Dienstleistungen, denn die „Kofferträger“ gehören dorthin. Ich bin vom Baugewerbe, wissen Sie? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Für uns Sozialisten, meine Damen und Herren, wird die Sicherung des Arbeitsplatzes für jeden Österreicher das oberste Gebot unserer Politik bleiben. Daher werden wir gerne dem vorliegenden Voranschlag unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gföllner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Gföllner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ehe ich auf das eigentliche Thema, den sozialen Wohnbau eingehe, darf ich mich mit einem Satz an die Frau Staatssekretär Dr. Eypeltauer wenden und sozusagen eine Richtigstellung anbringen.

Sie meinten – und das war offensichtlich ein Hörfehler –, der Herr Kollege Hagspiel hätte gesagt, in Vorarlberg werden die Mietwohnungen dreimal besser oder mehr gefördert als die Eigentumswohnungen. Bitte sehr, das hat er nicht gesagt, das war ein Hörfehler Ihrerseits, sondern: Die Mietwohnungen werden um dreimal mehr gefördert als die Eigenheime. Das hat er gesagt, und ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wäre auch völlig undenkbar, daß ein Bundesland, das ÖVP-regiert ist, die Mietwoh-

5998

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Göllner

nungen mehr fördert als die Eigentumswohnungen. Das wäre genau das, was wir nicht wollen im umgekehrten Sinn. Es soll Chancengleichheit bestehen, und die besteht auch in Vorarlberg. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es hat schon der bisherige Verlauf der Diskussion gezeigt, daß der soziale Wohnbau ein Problem in unserem Land bedeutet, und das wird auch von niemandem bestritten. Deshalb ist auch seitens der Regierungspartei das Vorhaben – jedenfalls einmal mit Worten – präsentiert worden, daß ein neues Wohnbauförderungsgesetz oder eine Neuordnung in Angriff genommen wird.

Es hat die ÖVP vor 14 Tagen in diesem Saal den Antrag eingebracht, die Regierung möge im Laufe des kommenden Halbjahres bis Sommer ein Finanzierungskonzept dem Nationalrat zur Beratung vorlegen. Die Sozialistische Partei hat diesem Antrag nicht zugestimmt. Ich verstehe, daß Sie aus politischen Gründen einem Antrag der ÖVP – obgleich Sie, ich denke, dasselbe Ziel verfolgen – leider nicht zustimmen wollten.

Wir sind uns aber jedenfalls, glaube ich, einig darüber, daß eine Neuordnung gefunden werden muß, und ich möchte nun versuchen, einen gemeinsamen Nenner in einer ganz konkreten Aussage mit den in diesem Haus vertretenen Parteien zu finden.

Ich glaube, es war der Herr Kollege Kittl, der bei der Novellierung des WFG 1968 gesagt hat, daß er verspricht, daß im Laufe kurzer Zeit, im Laufe der nächsten Monate eine Neuordnung seitens der Sozialistischen Partei präsentiert wird. Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Ich hoffe, es war kein Versprecher Ihrerseits.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In allen Parteiprogrammen können Sie nachlesen, daß jede Partei mehr und billigere Wohnungen möchte. Die Regierungspartei bzw. die Damen und Herren der Sozialistischen Partei mögen Verständnis dafür haben, daß die Opposition die SPÖ anspricht, wenn es um die Verwirklichung dieser Probleme geht. Die Sozialistische Partei ist immerhin seit zehn Jahren an der Regierung, und es wäre der Sozialistischen Partei aus diesem Grunde ja auch zuzumuten, das Wahlprogramm zu realisieren, mehr Wohnungen und billigere Wohnungen zu bauen. Wenn das nicht der Fall ist, so liegt die Schuld jedenfalls bei der Regierungspartei, und das ist die Sozialistische Partei. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 ist zu einem großen Prozentsatz nicht sozial und deshalb nicht gerecht. Ich höre bisher auch keinen Widerspruch dazu. Wenn wir gemeinsam diese Feststellung treffen, daß das Wohnbauförderungsgesetz 1968 nicht in allen Belangen

sozial und deshalb nicht gerecht ist, so sollte es auch möglich sein, eine gemeinsame Regelung zu finden, die diese Ungereimtheit aus der Welt schafft. (*Unruhe. – Präsident Thalhammer gibt das Glockenzeichen.*) Die Sozialistische Partei hätte eigentlich im Verlaufe der letzten zehn Jahre Zeit gehabt und auch die Verpflichtung, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich nun auf diese Ungerechtigkeit eingehen darf ich, um mir Vorwürfe von vornherein fernzuhalten, auch einiges über die Geschichte der sozialen Gesetzgebung im Zusammenhang mit dem Wohnbau seit 1945 sagen.

Es hat der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zunächst nach dem Kriege die Darlehen auf 100 Jahre gewährt, praktisch ohne Zinsen. Das war, nachdem Österreich in Schutt und Asche zerstört war, durchaus gerechtfertigt. Dann ist man auf 75 Jahre zurückgegangen, und heute fordern wir mit einer Laufzeit von 50 Jahren.

Aber nun scheint es mir höchste Zeit zu sein, umzudenken. Und da treffe ich mich mit der Frau Staatssekretär, wenn ich sie richtig verstanden habe, und zwar insofern müßten wir umdenken, weil derzeit jemand gefördert wird, wenn er zum Augenblick, zum Zeitpunkt der Zuteilung der Förderungsmittel eine im Sinne des Gesetzes begünstigte Person ist. Wenn nun jemand zum Zeitpunkt der Bewilligung eine begünstigte Person im Sinne des Gesetzes ist, dann nimmt er auf Grund des Gesetzes für die nächsten 50 Jahre diese Begünstigung in Anspruch.

Das wirkt sich praktisch so aus: Wenn – ich nehme einen konkreten Fall her – ein Drei-Personen-Haushalt ein monatliches Einkommen in der Höhe von 65 000 Schilling hat, bekommt er zwar noch die Förderung und die Sockelfinanzierung, also etwa 450 000 Schilling, auf 50 Jahre ohne Zinsen. Das ist von diesem Gesichtspunkt her schon ungerecht. Es wird aber noch ungerechter, wenn der Betreffende noch mehr verdient. Und wenn der Betreffende Generaldirektor der CA würde, hätte er auch noch für die nächsten 50 Jahre auf die gleiche Förderung Anspruch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier ist einfach ein Denkfehler vorhanden, und es müßte eine Selbstverständlichkeit sein, diese Ungerechtigkeit – und das meine ich mit der sozialen Ungerechtigkeit – zu beseitigen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn also jemand – und das sind nicht wenige – heute sozusagen eigentlich nicht mehr die begünstigte Person im Sinne des Gesetzes wäre, aber weil er es seinerzeit war, die gesamte

Gföllner

Förderung noch in Anspruch nimmt und auf der anderen Seite eine ganze Reihe von Österreichern, junge Familien, nicht in der Lage sind, zu einer geförderten Wohnung zu kommen, weil das Geld fehlt, so ist es doch mehr als gerecht, zu versuchen, eine Regelung zu finden, daß dieses Geld früher zurückfließt von jenen, die es nicht mehr brauchen – es sind immerhin Steuermittel –, und dafür jenen wieder zugute kommt, die keine Wohnung haben und die bedürftig sind. Das ist ein ganz konkreter Vorschlag unsererseits, und ich würde bitten, daß man das berücksichtigt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist vielleicht sogar etwas ungewöhnlich, aber der soziale Wohnbau ist auch ein persönliches Anliegen von mir. Es ist etwas ungewöhnlich, wenn ein Oppositionspolitiker hierhergeht anlässlich der Budgetdebatte und eine Forderung aufstellt an die Regierungspartei, die zum Ziele hat, mehr Geld zur Verfügung zu bekommen. Sonst, normalerweise, werden eher Forderungen gestellt, die Geld kosten. Sehr geehrter Herr Bautenminister! Dieser Vorschlag, wenn er realisiert wird, der bringt Ihnen Geld.

Ich meine, es ist einfach höchste Zeit, daß wir hier eine sozial gerechte Lösung finden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Warum? Ich weiß die Milliardenbeträge nicht, aber ich denke, es sind einige Milliarden, die auf diese Weise aushalten und eigentlich schon zurückfließen hätten müssen oder können, wenn wir eine andere gesetzliche Regelung hätten.

Und nun, Frau Staatssekretär, eine Frage an Sie. Ich höre, daß Sie – oder die Sozialistische Partei oder der Herr Bautenminister – überlegen... (*Anhaltende Unruhe.*)

Präsident Thalhammer (*das Glockenzeichen gebend*): Ich würde bitten, meine Damen und Herren, den Geräuschpegel etwas zu senken im Interesse auch des Redners.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gföllner.

Abgeordneter Gföllner (*fortsetzend*): Ist es richtig, daß Sie – oder die Sozialistische Partei – beabsichtigen, in bestehende Verträge einzubrechen, das heißt, haben Sie die Absicht, jenen Personenkreis, der nun betroffen ist, zu zwingen, vorzeitig jetzt die Gelder zurückzuzahlen, obwohl meinem Rechtsempfinden nach ein Vertrag besteht und der Betreffende mit gutem Gewissen auf Treu und Glauben diese Gelder genommen hat? Das ist eine Frage, die Sie selber beantworten müssen.

Frau Staatssekretär, Sie haben wiederholt und auch heute gesagt, vielleicht ohne ganz konkreten Vorwurf, aber immerhin, daß die Länder die Wohnbauförderung sehr unterschiedlich handhaben, und Sie wissen – das darf man auch in der

Öffentlichkeit aussprechen –, daß die Länder zum Teil sich auch neben dem Gesetz benehmen.

Es soll halt immer noch so sein, daß das Gesetz für den Menschen da ist und nicht umgekehrt. Das Leben ist stärker als schlechte Gesetze. Das ist eben ein Beweis und ein Ausdruck dafür, der durch die praktische Handhabung der Länder sichtbar wird, daß das Gesetz, wie es derzeit Gültigkeit hat, schlecht ist.

Dafür ist aber der Bund zuständig. Die Zuständigkeit für dieses Gesetz liegt nicht bei den Ländern, sondern die Zuständigkeit für das Wohnbauförderungsgesetz liegt ganz einfach beim Bund, und weil es schlecht ist, versuchen die Länder, auch gegen das Gesetz diesem schlechten Gesetz auszuweichen.

Ich darf noch ein Wort über die sogenannten Startwohnungen verlieren. Ich habe in einer Zeitung gelesen, ich wäre gegen Startwohnungen. Ich bin nicht gegen Startwohnungen, wenn sie richtig sind.

Nur, Frau Staatssekretär, bei den Startwohnungen, soweit ich informiert bin – ich habe von Ihnen nichts anderes gehört –, die derzeit sozusagen wenigstens auf dem Papier angeboten werden, fehlt ein Gesamtkonzept. Ich möchte folgende Fragen auch hier im Zusammenhang mit Startwohnungen aufwerfen.

Was geschieht mit der Jungfamilie, die heute eine Startwohnung bezieht, wenn sie nicht mehr Jungfamilie ist? Da habe ich gehört – vielleicht habe ich mich verhört –, daß Sie beabsichtigen, nach fünf Jahren die Wohnungsmiete radikal zu erhöhen, mit der Absicht, die betreffende Jungfamilie müsse dann die Wohnung verlassen.

Ist das Ihre Absicht, so widerspricht diese Absicht jedenfalls Ihrer Regierungsvorlage zum Mietrechtsänderungsgesetz.

Eine andere Frage: Was soll diese Jungfamilie machen, wenn in der Zwischenzeit Kinder heranwachsen oder herankommen und die Wohnung nicht mehr familiengerecht ist? Was geschieht, wenn die Kinder dort in die Schule gehen und die Jungfamilie dann ausziehen muß, weil sie keine Jungfamilie mehr ist?

Und was geschieht mit dem Arbeitsplatz? Der Betreffende, der eine solche Wohnung bezogen hat, der Familienerhalter, muß jetzt aus der Wohnung heraus, muß woanders hin, wo er halt eine Wohnung bekommt, er muß eventuell auch den Arbeitsplatz wechseln.

Was ich damit sagen möchte: Wenn man ein Wohnbaugesetz macht, dann soll man es insgesamt machen, also die Startwohnungen in

6000

Nationalrat XV. GP – 59. Sitzung – 16. Dezember 1980

Gföllner

eine Gesamtlösung einbinden, sonst ist das Stückwerk, das bringt nichts. Man muß immer überlegen, wie das schließlich und endlich für den Betroffenen ausgeht. Das ist ganz offensichtlich nicht überlegt worden, und da würden wir meinen, daß das nicht richtig ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ein Wort zum Eigentum. Vielleicht wird die Frau Staatssekretär sagen oder denken, ich wiederhole mich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wiederhole mich in der Sache Eigentum und Eigentumswohnung so lange, als die Sozialistische Partei nicht bereit ist, den Erwerb einer Eigentumswohnung finanziell gleichzustellen einer Mietwohnung. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es entspricht ganz einfach unserer Auffassung vom Menschenbild, wenn jemand eine Wohnung erwirbt und sie selber dann auch zurückzahlen muß, daß er die Chancengleichheit hat mit dem, der eine Mietwohnung hat, diese Wohnung im Eigentum zu haben.

Wir sind nicht dafür, daß die Mietwohnungen schlechter dotiert werden. Es ist notwendig, daß es auch Mietwohnungen gibt, das ist richtig. Aber in der finanziellen Angelegenheit muß der Betreffende, der die Wohnung selbst bezahlt, der sie selbst zurückzahlt, wenn er will, auch Eigentümer sein können, er muß sozusagen der Herr in seinen eigenen vier Wänden sein dürfen.

Diesen Grundsatz werden wir so lange vertreten, als Sie eine andere Auffassung vertreten. Ich würde aber glauben, daß wir auch im Zusammenwirken – ich nehme an, wir können hier zusammenwirken – um die Neuregelung im sozialen Wohnbau auch diese Frage ohne Emotion behandeln können. Ich würde Sie im Interesse aller Wohnungswerber darum bitten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIII des Bundesvoranschlages 1981.

Diese umfaßt das Kapitel 64 samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleichs-Voranschlages in 460 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 909/J bis 917/J eingelangt sind.

Vertagung

Präsident Thalhammer: Es liegt mir der Antrag vor, die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen (460 und Zu 460 der Beilagen) gemäß § 53 Abs. 7 der Geschäftsordnung zu vertagen, um eine Sitzung zur Verhandlung anderer Vorlagen einzuschieben.

Ich lasse darüber abstimmen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, meine Damen und Herren!

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1981 samt Anlagen ist somit vertagt.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Dienstag, den 16. Dezember, um 20.08 Uhr ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 3 Minuten